

**Begriff und Arten
der betrieblichen Leistung**

DISSERTATION

vorgelegt dem
Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)

von
Diplom-Kaufmann
Heinz Beuck

1976



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Begriff und Arten der betrieblichen Leistung

DISSERTATION

**vorgelegt dem
Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)**

**von
Diplom-Kaufmann
Heinz Beuck**

Geographie und Natur
der Welt

DISSERTATION



Erstberichterstatter: Professor Dr. H. Diederich
Zweitberichterstatter: Professor Dr. J. Knoth
Tag der mündlichen Prüfung: 21. Dezember 1976

INHALTSVERZEICHNIS

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	X
Verzeichnis der Abbildungen	XI
PROBLEMSTELLUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG	
A. Problemstellung	1
B. Vorgehen und Methode der Untersuchung	9

ERSTER ABSCHNITT

MENSCHLICHES ZWECKHANDELN UND DIE HERAUSBILDUNG VON BETRIEBEN ALS LEISTUNGSERSTELLENDEN WIRTSCHAFTSEINHEITEN

A. Zwecke des Menschen und Mittel der Zweckerfüllung	11
I. Zwecke des Menschen	11
II. Die Mittel der Zweckerfüllung	13
B. Die Faktorkombination als Voraussetzung der Zweckerfüllung und Wirkungszusammenhänge zwischen Faktoreinsatz und zweckerfüllendem Tatbestand	16
I. Die Faktorkombination als Voraussetzung der Zweckerfüllung	16
II. Die zwischen Faktoreinsatz und zweckerfüllendem Tatbestand bestehenden Wirkungszusammenhänge	18
a) Kausalbeziehungen und Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens als mögliche Wirkungszusammenhänge	18
b) Darstellung der Wirkungszusammenhänge im einzelnen	20
1. Kausalität als Erklärung des Wirkungszusammenhanges zwischen Faktoreinsatz und angestrebter Wirkung	20

2. Das Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens als Erklärung des Wirkungszusammenhanges zwischen Faktoreinsatz und zweck- erfüllender Wirkung	26
C. Die finale Ausrichtung des Faktoreinsatzes	32
D. Das Herausbilden von Betrieben zu selbständigen Wirtschaftseinheiten und Voraussetzungen ihrer Hand- lungsfähigkeit	37
I. Die Abspaltung von Betrieben aus der geschlossenen Hauswirtschaft	37
II. Voraussetzungen der Handlungsfähigkeit von Betrieben	42

ZWEITER ABSCHNITT

DER BEGRIFF LEISTUNG

A. Der Begriff Leistung in der betriebswirtschaftlichen Literatur	44
B. Der Leistungsbegriff	47
I. Der allgemeine Leistungsbegriff	47
a) Die Ableitung der Begriffsmerkmale	47
b) Die Merkmale des allgemeinen Leistungsbegriffes	65
II. Spezielle Leistungsbegriffe	66
C. Die Unterscheidung der von Betrieben erstellten Leistungen in Endleistungen und Vorleistungen	68

DRITTER ABSCHNITT

ARTEN BETRIEBLICHER ENDLEISTUNGEN

A. Die Arten der vom Betrieb für den Bedarf Dritter erstellten Leistungen in der Literatur	76
B. Die eine Endleistung kennzeichnenden Merkmale als Gegenstand des Leistungsvertrages und die Dispositionsbestimmtheit der die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale	78
I. Die eine Endleistung kennzeichnenden Merkmale als Gegenstand des Leistungsvertrages	78
II. Die Dispositionsbestimmtheit der Ausprägungen der die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale	82
C. Die elementaren betrieblichen Endleistungen	85
I. Endleistungen als Realleistungen und als nicht objektbezogene abstrakte Leistungsverprechen auf Realleistungen	85
II. Die Realleistung als Zwecke Dritter erfüllende Veränderung betrieblicher Leistungsobjekte	87
a) Die Ableitung eines geschlossenen Systems betrieblicher Realleistungen	87
1. Die Leistungsobjekte der Realleistungen	87
2. Die möglichen Veränderungen der Faktoren ...	101
a) Anforderungen an die Eigenschaften der in Kombinationsprozessen einzusetzenden Faktoren	101
b) Die Nichtübereinstimmung von aus angestrebten Zwecken abgeleiteten notwendigen und in der Realität gegebenen Eigenschaften der Faktorausstattung als Ausgangspunkt des Wunsches der Vornahme von Veränderungen	105

3. Das geschlossene System elementarer betrieblicher Realleistungen	109
b) Darstellung einzelner Realleistungskategorien	111
1. Die Zustandsänderungsleistung	111
α) Zustandsänderung an Leistungsobjekten als betriebliche Endleistungskategorie..	111
β) Kennzeichnende Merkmale der Zustandsänderungsleistung	111
γ) Überblick über Arten der Zustandsänderungsleistung	115
(1) An Sachobjekten erstellte Zustandsänderungsleistungen	115
11. Die stoffliche Veränderung von Sachobjekten	115
12. Die Veränderung der energetischen Erscheinungsform von Sachobjekten	122
(2) An Menschen erstellte Zustandsänderungsleistungen	134
(3) An Informationen erstellte Zustandsänderungsleistungen	139
2. Die Ortsveränderungsleistung	149
α) Ortsveränderungen an Leistungsobjekten als betriebliche Endleistungskategorie..	149
β) Kennzeichnende Merkmale der Ortsveränderungsleistung	150
γ) Beispiele der von Betrieben der Praxis als elementare Endleistung erstellten Ortsveränderungsleistungen	156
(1) An mobilen Sachobjekten erstellte Ortsveränderungsleistungen	156

(2) An Menschen erstellte Ortsveränderungsleistungen	157
(3) An Informationen erstellte Ortsveränderungsleistungen	158
(4) An Geld erstellte Ortsveränderungsleistungen	159
3. Die Zeitüberbrückungsleistung	159
α) Zeitüberbrückung von Leistungsobjekten als betriebliche Endleistungskategorie...	159
β) Kennzeichnende Merkmale der Zeitüberbrückungsleistung	162
γ) Beispiele der von Betrieben der Praxis als elementare Endleistung erstellten Zeitüberbrückungsleistungen	167
(1) An Sachobjekten erstellte Zeitüberbrückungsleistungen	167
(2) An Menschen erstellte Zeitüberbrückungsleistungen	168
(3) An Informationen erstellte Zeitüberbrückungsleistungen	168
(4) An Geld erstellte Zeitüberbrückungsleistungen	169
4. Die Rechtsänderungsleistung	171
α) Die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren als betriebliche Endleistungskategorie	171
(1) Kennzeichnung der Rechtsänderungsleistung als betriebliche Endleistung	171
(2) Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren und Absatz des Betriebes	179

(3) Arbeitsteilung und Nutzungsteilung als die der Rechtsänderungsleistung zugrunde liegenden Leistungserstellungs- prinzipien	184
ß) Die Kennzeichnung der Rechtsänderungslei- stung durch Merkmale	190
7) An unterschiedlichen Leistungsobjektgattun- gen erstellte Rechtsänderungsleistungen und Überblick über von Betrieben der Praxis als Endleistung erstellte Rechtsänderungs- leistungen	197
(1) An Sachobjekten erstellte Rechtsän- derungsleistungen	197
(2) An Mitarbeitern erstellte Rechtsän- derungsleistungen	200
(3) An Informationen erstellte Rechtsän- derungsleistungen	203
(4) An Geld erstellte Rechtsänderungslei- stungen	211
(5) An Ansprüchen erstellte Rechtsänderungs- leistungen	213
III. Das abstrakte Leistungsversprechen auf Reallei- stungen als eigenständige Endleistungskategorie	215
a) Ableitung eines geschlossenen Systems nicht ob- jektbezogener elementarer Endleistungen	215
1. Risiken und Chancen	215
2. Einzelwirtschaftliche Maßnahmen des Abbaues der Ungewißheit und das abstrakte Leistungs- versprechen als Mittel der zwischenbetrieb- lichen Chancen- und Risikentransformation	229
α) Einzelwirtschaftliche Maßnahmen des Abbaues bestehender Ungewißheiten	229

8) Das abstrakte Leistungsversprechen als Mittel der zwischenbetrieblichen Chancen- und Risikentransformation und als origi- näre Endleistungskategorie	238
3. Das System nicht objektbezogener elementarer Endleistungen	245
b) Darstellung der Formen des abstrakten Leistungs- versprechens im einzelnen	248
1. Die Sicherungsleistung	248
α) Darstellung der Sicherungsleistung	248
β) Die Merkmale der Sicherungsleistung	251
γ) Beispiele der von Betrieben der Praxis erstellten Sicherungsleistungen	253
2. Das bedingte abstrakte Leistungsversprechen in den Formen Versicherungs- und Glücks- spielleistung	256
α) Die Versicherungsleistung	256
(1) Darstellung der Versicherungsleistung	256
(2) Die Merkmale der Versicherungslei- stung	257
(3) Beispiele der von Betrieben der Praxis erstellten Versicherungsleistungen ...	260
β) Die Glücksspielleistung	261
(1) Darstellung der Glücksspielleistung ..	261
(2) Die Merkmale der Glücksspielleistung ..	262
(3) Beispiele der von Betrieben der Praxis erstellten Glücksspielleistungen	264

D. Betriebliche Endleistungen als Bestandteile eines Leistungsbündels	266
I. Elementare Endleistungen und Bündel von Endleistungen	266
II. Formen der Kombination elementarer Endleistungen zu Leistungsbündeln	268
a) Kombinationen von Realleistungen	268
b) Die Verbindung von Realleistungen und abstrakten Leistungsversprechen	269
1. Die Verbindung von Realleistungen und Sicherungsleistung	269
2. Die Verbindung von Realleistung und Ver- sicherungsleistung	270
3. Die Verbindung von Realleistung und Glücks- spieleistung	271

VIERTER ABSCHNITT

ARTEN BETRIEBLICHER VORLEISTUNGEN

A. Die innerbetriebliche Leistung in der Literatur	272
B. Die Arten der betrieblichen Vorleistungen	273
I. Die Ableitung der Vorleistungsarten aus der be- trieblichen Aufgabe des Erstellens von Endlei- stungen	273
II. Die nicht-objektbezogenen Vorleistungen	277
a) Die Leistung des Absetzens	277
b) Die Leistung des Beschaffens	281

III. Die objektbezogenen Vorleistungen	283
a) Die Ableitung objektbezogener Vorleistungen aus Endleistungen	283
b) Das System elementarer objektbezogener Vor- leistungen	287
Literaturverzeichnis	290

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

A	Ansprüche
a	am
a.a.O.	am aufgeführten Ort
Abb.	Abbildung
Aufl.	Auflage
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
Diss.	Dissertation
G	Geld
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
hrsg.	herausgegeben
HWA	Handwörterbuch der Absatzwirtschaft
HWB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HWR	Handwörterbuch des Rechnungswesens
I	Informationen
Jg.	Jahrgang
M	Menschen
N	Nachfrager
n	bestimmter Endzeitpunkt
N.F.	Neue Folge
S	Sachobjekte
S.	Seite
SB	Selbstbedienung
sog.	sogenannte
Sp.	Spalte
t	laufender Index für die Zeit
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfdgStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZfVW	Zeitschrift für Verkehrswissenschaft

Verzeichnis der Abbildungen

<u>Abb. 1:</u>	
Betriebswirtschaftliche Aussagensysteme	3
<u>Abb. 2:</u>	
Ableitung von Vorzwecken aus einem angestrebten letzten Zweck und stufenweise Erfüllung von Zwecken durch Faktorkombinationen	33
<u>Abb. 3:</u>	
Arten der Wirtschaftsgüter (nach Kosiol)	91
<u>Abb. 4:</u>	
Die elementaren Arten der betrieblichen Realleistung.	110
<u>Abb. 5:</u>	
Energiefreisetzung, Energieumwandlung und Energie- bindung	124
<u>Abb. 6:</u>	
Formen des abstrakten Leistungsversprechens	247
<u>Abb. 7:</u>	
Ableitung von Vorzwecken aus einer vorgegebenen Endleistung und stufenweise Erstellung von Vor- leistungen	284
<u>Abb. 8:</u>	
Das System objektbezogener Vorleistungsarten	288

Meinen Kindern

J U T T A u n d M I C H A E L

PROBLEMSTELLUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG

A. Problemstellung

Die allgemeine Betriebswirtschaftslehre stellt ihrem Anspruch nach einen Versuch dar, zu Aussagen zu gelangen, die für alle Betriebe Gültigkeit aufweisen¹⁾. Aus diesem Anspruch folgt das Erfordernis einer hohen Abstraktionsstufe ihrer Aussagen. Sie sind dadurch einer unmittelbaren Auswertung durch Betriebe der Praxis nur schwer zugänglich und bedürfen insofern einer Ergänzung²⁾. Diese Ergänzung kann nur in betriebswirtschaftlichen Aussagensystemen bestehen, die den Anspruch der Allgemeingültigkeit aufgeben, nur einen Teil der wirtschaftlichen Tatbestände aller Betriebe betrachten und somit Aussagen größeren Realitätsbezuges ermöglichen³⁾. Sie werden spezielle Betriebswirtschaftslehren genannt.

In der betriebswirtschaftlichen Literatur der Bundesrepublik Deutschland herrscht weitgehende Einmütigkeit über die Notwendigkeit des Nebeneinanderbestehens einer allgemeinen Betriebswirtschaftslehre und spezieller Betriebswirtschaftslehren⁴⁾, allerdings sind die Auffassungen über die Art der Abgrenzung des Erkenntnisbereiches der speziellen Betriebswirtschaftslehren verschieden. Von Vertretern einer Untergliederung der speziellen Betriebswirtschaftslehren nach "institutionalen" Kriterien wird das Abgrenzungskriterium in der Zugehörigkeit

-
- 1) Vgl. Diederich, H., Die allgemeine Betriebswirtschaftslehre als Grundlage der Betriebswirtschaftslehre des Verkehrs, in: Gegenwartsfragen der Verkehrsbetriebslehre, Schriftenreihe der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG), Köln 1975, S. 135.
 - 2) Vgl. Diederich, H., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre I, 4. Aufl., Stuttgart - Düsseldorf 1974, im folgenden zitiert als "Band I", S. 23.
 - 3) Bezüglich der Abstraktionsstufe besteht nur ein gradueller Unterschied; wissenschaftliche Aussagen sind immer auf Allgemeingültigkeit ausgerichtet.
 - 4) Vgl. Koch, W., Grundlagen und Technik des Vertriebes, Bd. I, 2. Aufl., Berlin 1958, S. 19, und Bratschitsch, R., Funktionen, betriebliche, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1601.

der Betriebe zu bestimmten Wirtschaftszweigen gesehen; es ergeben sich folglich Wirtschaftszweiglehren wie Industrie-, Handels-, Bank-, Verkehrs- und Versicherungsbetriebswirtschaftslehren¹⁾. Die Vertreter einer Untergliederung nach "funktionalen" Kriterien sehen dagegen das Abgrenzungsmerkmal für die Bestimmung ihres Erkenntnisbereiches in der Erfüllung einer bestimmten Aufgabenart²⁾ und betrachten somit die mit der Ausübung einer bestimmten Funktion im Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Tatbestände gemeinsam in einer speziellen Betriebswirtschaftslehre, gleichgültig, in welchem Bereich der Gesamtwirtschaft sie auftreten³⁾.

Die Untergliederung spezieller Betriebswirtschaftslehren nach "funktionalen" Kriterien darf nicht mit der Untergliederung der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre und gegebenenfalls der Wirtschaftszweiglehren nach den in entsprechenden Betrieben ausgeübten Funktionen verwechselt werden; wenngleich zwischen beiden Untergliederungen Beziehungen bestehen. Aussagen über Funktionen innerhalb der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre oder innerhalb von Wirtschaftszweiglehren beziehen sich immer auf Betriebe, während in nach "funktionalen" Kriterien untergliederten speziellen Betriebswirtschaftslehren alle mit der Erfüllung einer bestimmten Aufgabenart zusammenhängenden Tatbestände zu erfassen versucht werden, gleichgültig, ob diese Funktionen von Betriebsabteilungen im Rahmen des betrieblichen Gesamtprozesses, von einem Betrieb als Betriebszweck, von Haushalten oder von gesamtwirtschaftlichen Einrichtungen ausgeübt werden.

In "funktional" untergliederten speziellen "Betriebs"-wirtschaftslehren sind die nicht Betriebe betreffenden Aussagen als nicht zur Betriebswirtschaftslehre zugehörig zu betrachten. Der im übrigen zwischen den Betriebswirtschaftslehren beste-

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 23.

2) Die Ausdrücke Funktion und Aufgabe werden im folgenden synonym verwendet.

3) Vgl. Bratschitsch, R., a.a.O., Sp. 1601.

hende Unterschied soll anhand der Abbildung 1 verdeutlicht werden. Aus Vereinfachungsgründen wird nur auf die Extreme hoher und niedriger Abstraktionsgrad sowie Betrachtung einzelner und aller betrieblichen Funktionen abgestellt.

Abb. 1: Betriebswirtschaftliche Aussagensysteme

Abstraktionsgrad	Die Betrachtung einer isolierten Funktion umfassend	Die Betrachtung aller in Betrieben wahrgenommenen Funktionen umfassend
niedrig	1 1	1 2
hoch	2 1	2 2

Während in der Zeile 2 Aussagen der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre als Darstellung einzelner Funktionen (2 1) oder als alle Funktionen umfassende Gesamtdarstellung¹⁾ auftreten, erscheinen Aussagen der speziellen Betriebswirtschaftslehren in Zeile 1. Nach "institutionalen" Kriterien untergliederte spezielle Betriebswirtschaftslehren können als einzelne (Teile von 1 1) oder alle Funktionen entsprechender Betriebe umfassende Darstellungen (Teile von 1 2) **erscheinen**. Demgegenüber sind nach "funktionalen" Kriterien untergliederte spezielle Betriebswirtschaftslehren durch die Zusammenfassung aller in 1 1 enthaltenen Aussagen über eine bestimmte

1) Gesamtdarstellungen der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre oder auch spezieller Wirtschaftszweige werden dabei häufig zusätzlich betriebswirtschaftliche Aussagen wie beispielsweise über betriebliche Rechtsformen enthalten, die in einer funktional untergliederten Betriebswirtschaftslehre nicht einzuordnen sind.

Funktion betreffende wirtschaftliche Tatbestände von Betrieben aufzufassen.

"Funktional" und "institutional" untergliederte spezielle Betriebswirtschaftslehren unterscheiden sich somit nicht in ihren Einzelaussagen, sondern in ihrer Zusammenfassung mit anderen Einzelaussagen zu Aussagensystemen. Ihre Unterscheidung wird streng genommen nicht in der Forschung, sondern erst in der Darstellung der Forschungsergebnisse in Lehre und Publikation kenntlich.

Neben Stellungnahmen einzelner Wissenschaftler für eine Untergliederung der speziellen Betriebswirtschaftslehren nach "institutionalen" oder "funktionalen" Kriterien wird in der Literatur auch die Ansicht vertreten, daß beide speziellen Betriebswirtschaftslehren nebeneinander ihre Daseinsberechtigung haben¹⁾.

Die Frage der Zweckmäßigkeit der Auswahl eines der genannten Kriterien zur Untergliederung spezieller Betriebswirtschaftslehren soll hier nicht diskutiert werden. Ihre Beantwortung zählt zu den Basisentscheidungen eines Wissenschaftlers. Wird die Aufgabe spezieller Betriebswirtschaftslehren in dem Bereitstellen von Aussagensystemen höheren Realitätsbezuges gesehen, so scheint dies jedoch für ihre Untergliederung nach "institutionalen" Kriterien zu sprechen.

Betriebe werden in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur gemeinhin als Wirtschaftseinheiten bezeichnet, welche Leistun-

1) So beispielsweise von Hasenack, W., Funktionenlehre, betriebswirtschaftliche, in: HWB, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 2102, und Bratschitsch, R., a.a.O., Sp. 1601 f.

gen für den Bedarf Dritter erstellen¹⁾. Dessen ungeachtet ist jedoch das Maß an Aufmerksamkeit, das die Behandlung betrieblicher Leistungen bislang in der Literatur gefunden hat, gering²⁾.

Zwar finden sich vereinzelt in der Literatur zur allgemeinen Betriebswirtschaftslehre - meist in knapper Form - ausdrückliche Aussagen über die Leistung; an einer ausführlichen Kennzeichnung und systematischen Einteilung in Arten mangelt es jedoch. Häufiger erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem Begriff und den Arten der Leistung im Zusammenhang mit der Deutung des Begriffsmerkmals "leistungsbezogen" im Zusammenhang mit der Definition der Kosten als bewertetem leistungsbezogenem Güterverzehr³⁾ und mit der Gliederung der Betriebe nach der Art der Leistung⁴⁾. Eine Erörterung des Begriffes und der Arten der Leistung im Rahmen der Produktionstheorie, welche ja gerade eine Analyse der Beziehungen zwischen Faktoren und irgendwie gearteten Leistungen zum Inhalt hat, fehlt dagegen völlig. Auch mangelt es bislang an einer umfassenden Diskussion der Arten der vom Betrieb von anderen Wirtschafts-

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 18.

2) Vgl. Engelhardt, W., Grundprobleme der Leistungslehre, dargestellt am Beispiel der Warenhandelsbetriebe, in: ZfbF, N.F., 18. Jg. 1966, S. 158, und Menrad, S., Kosten und Leistung, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 2287.

3) Vgl. Kosiol, E., Kritische Analyse der Wesensmerkmale des Kostenbegriffes, in: Betriebsökonomisierung, hrsg. von E. Kosiol und F. Schlieper, Köln und Opladen 1958, im folgenden zitiert als "Kritische Analyse", S. 23 ff., Faehndrich, H., Das Wesen von Kostenrechnung und Kalkulation, in: BFuP, 15. Jg. 1963, S. 282 ff., Menrad, S., Der Kostenbegriff, Berlin 1965, S. 51 ff., und Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, 3. Aufl., Wiesbaden 1970, S. 66 ff.

4) Vgl. Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, 21. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York 1975, im folgenden zitiert als "Die Produktion", S. 1 f., und Wöhe, G., Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 11. Aufl., München 1973, S. 10 f.

einheiten empfangenen Vorleistungen in der Beschaffungstheorie und einer Behandlung der Arten der Leistung im Bereiche des Absatzes des Betriebes¹⁾.

Während es eine allgemeine Abhandlung über die Funktion Leistungserstellung bislang nicht gibt, finden sich in den Betriebswirtschaftslehren der Wirtschaftszweige zeitlich zum Teil sehr weit in die Vergangenheit zurückreichende und ausführliche Auseinandersetzungen mit dem Begriff Leistung und den spezifischen Leistungsarten der Betriebe dieser Wirtschaftszweige. Soweit diese Abhandlungen jedoch die Funktionen der Wirtschaftszweigbetriebe im Rahmen der Gesamtwirtschaft kennzeichnen, muß kritisch angemerkt werden, daß es sich nicht um eine betriebswirtschaftliche, sondern eine gesamtwirtschaftliche Analyse handelt²⁾.

Sofern in den Wirtschaftszweiglehren Aussagen über die einzelwirtschaftliche Leistung entsprechender Betriebe getroffen wurden, sind sie überdies regelmäßig streng auf die Besonderheiten der Betriebe jener Wirtschaftszweige ausgerichtet. Eine Ausnahme hiervon bilden lediglich einige Beiträge zu "institutional" untergliederten speziellen Betriebswirtschaftslehren in der Literatur, in denen der Leistungsbegriff in die Aussagen der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre einzuordnen oder aus diesen abzuleiten versucht wurde³⁾.

-
- 1) Vgl. für den Absatz von Waren Knoblich, H., Die Typologie der Waren als Kernstück einer wirtschaftswissenschaftlichen Warenlehre, in: ZfbF, N.F., 17. Jg. 1965, S. 690. Die im Rahmen der Produktgestaltung im Absatz getroffenen Aussagen beziehen sich regelmäßig auf die Gestaltung eines industriellen Erzeugnisses.
 - 2) Vgl. Hasenack, W., a.a.O., Sp. 2101 f., Engelhardt, W., a.a.O., S. 158 f., und Händel, W., Die wirtschaftliche Leistung als Bestimmungsfaktor der Marktstellung von Betrieben, Köln und Opladen 1969, S. 6 und 45.
 - 3) Vgl. Witte, E., Zum Begriff der bankbetrieblichen Kreditleistung, in: BFuP, 9. Jg. 1957, S. 268 ff., Buddeberg, H., Betriebslehre des Binnenhandels, Wiesbaden 1959, S. 9 f., und Diederich, H., Zur Theorie des Verkehrsbetriebes, in: ZfB, 36. Jg. 1966, 1. Ergänzungsheft, im folgenden zitiert als "Theorie", S. 37 ff.

Das Bestreben, die Aussagen der Wirtschaftszweiglehren bewußt aus der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre abzuleiten, scheitert jedoch häufig daran, daß es "die" allgemeine Betriebswirtschaftslehre bislang nicht gibt. Die bestehende allgemeine Betriebswirtschaftslehre in ihrer literarisch vorliegenden und in der Lehre vertretenen Form ist regelmäßig eine mehr oder weniger an Industriebetrieben ausgerichtete Betriebswirtschaftslehre¹⁾.

Dem zu begegnen versuchend soll die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur allgemeinen Betriebswirtschaftslehre liefern. Darüber hinaus kann sie jedoch auch für spezielle Betriebswirtschaftslehren, gleich ob diese nach "institutionalen" oder "funktionalen" Kriterien untergliedert werden, nützlich sein. Erscheint es doch notwendig, ein System von nach "institutionalen" Kriterien untergliederten und mit der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre harmonisch verbundenen speziellen Betriebswirtschaftslehren anhand der von den Betrieben typischerweise erbrachten Leistungsarten zu bilden²⁾. Für eine nach "funktionalen" Kriterien untergliederte spezielle Betriebswirtschaftslehre ist eine Analyse betrieblicher Leistungsarten unabdingbare Voraussetzung der Behandlung der Funktion Leistungserstellung im engeren Sinne. Nicht zuletzt dürfte

1) Vgl. Castan, E., Typologie der Betriebe, Stuttgart 1963, S. 93, und Maleri, R., Grundzüge der Dienstleistungsproduktion, Berlin-Heidelberg-New York 1973, S. 14.

2) Vgl. Diederich, H., Theorie, a.a.O., S. 39.

die bislang unbefriedigende Systematik der von Betrieben erstellten Leistungsarten verantwortlich dafür sein, daß von Vertretern der "funktionalen" Untergliederung der speziellen Betriebswirtschaftslehren bislang noch keine umfassende Darstellung der Funktion Leistungserstellung erfolgt ist¹⁾.

1) Vgl. Kern, W., Industriebetriebslehre, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1851 f.

B. Vorgehen und Methode der Untersuchung

Im ersten Abschnitt der vorliegenden Arbeit wird zunächst auf von Menschen verfolgte Zwecke und auf Mittel der Zweckerfüllung eingegangen. Es zeigt sich dabei, daß jedwede Zweckerfüllung den Einsatz von Faktoren voraussetzt. Die durch den Einsatz von Faktoren hervorgerufenen zweckerfüllenden Tatbestände treten aufgrund unterschiedlicher Wirkungszusammenhänge ein, diese werden analysiert und in allgemeiner Form dargestellt. Es schließen sich Ausführungen über die finale Ausrichtung des Faktoreinsatzes auf die angestrebten Wirkungen an. Da Gegenstand der vorliegenden Untersuchung nur die von Betrieben erstellten Leistungen sind, beschließt der Versuch einer Abgrenzung des Betriebes von anderen auf Zwecke ausgerichteten Einheiten der Gesellschaft, insbesondere von den Haushalten, den ersten Teil der Arbeit.

Gegenstand des zweiten Abschnittes ist die Ableitung der Merkmale des betriebswirtschaftlichen Leistungsbegriffes. Dabei erweist es sich, daß der erarbeitete Leistungsbegriff einerseits allgemein auf alle betrieblichen Leistungsarten anwendbar ist und andererseits geeignet erscheint, als Grundlage eines interdisziplinär einheitlichen Leistungsbegriffes zu dienen.

Gegenstand des dritten Abschnittes ist die Darstellung eines Systems der Arten der von Betrieben für den Bedarf Dritter erstellten Leistungen. Es wird unter Verwendung erarbeiteter Kriterien ein eine vergleichsweise geringe Anzahl elementarer Leistungsarten umfassendes System vorgestellt, in welches jede in der Realität von Betrieben für Dritte erstellte Leistung eingeordnet werden kann.

Die Untersuchung schließt im vierten Abschnitt mit einer Erörterung der von Betrieben zur Erfüllung eigener Zwecke erstellten Leistungsarten. Soweit es sich um auch grund-

sätzlich für Dritte erstellbare Leistungen handelt, wird auf die Ausführungen des dritten Abschnittes verwiesen; Leistungen, welche ausschließlich für betriebliche Zwecke erstellt werden können, werden eingehend behandelt.

Die Untersuchung ist durch eine ergänzende Anwendung zweier Untersuchungsmethoden gekennzeichnet. Alle Aussagen werden zunächst streng logisch deduktiv zu gewinnen versucht. Da so abgeleitete Aussagen in einer Realwissenschaft wie der Betriebswirtschaftslehre nur dann Bedeutung erlangen können, wenn sie nicht im Widerspruch zu den Gegebenheiten der Praxis stehen, erfolgt dort, wo die Übereinstimmung nicht unmittelbar einsichtig ist oder zweifelhaft erscheint, ein mit Hilfe der induktiven Methode gewonnener Nachweis der empirischen Geltung der Aussagen¹⁾.

1) Vgl. hierzu Philipp, F., Wissenschaftstheoretische Kennzeichen der Besonderen Betriebswirtschaftslehren, Wiesbaden 1966, S. 33.

ERSTER ABSCHNITT

MENSCHLICHES ZWECKHANDELN UND DIE HERAUSBILDUNG VON BETRIEBEN ALS LEISTUNGSERSTELLENDEN WIRTSCHAFTSEINHEITEN

A. Zwecke des Menschen und Mittel der Zweckerfüllung

I. Zwecke des Menschen

Das Universum kann begriffen werden als die Gesamtheit aller in Raum und Zeit existierenden Materie¹⁾. Materie kann zu jedem Zeitpunkt in belebte und unbelebte Substanz unterschieden werden. Belebte Materie stellt entweder geistlose oder geistbehaftete Materie dar.

Der Mensch als eine Gattung der belebten Materie besteht somit ebenfalls aus körperlicher Substanz. Der wesentliche Aspekt des lebenden Menschen - im Vergleich zu allen anderen Arten der unbelebten und belebten geistlosen Materie - besteht jedoch darin, daß er darüber hinaus mit einem Verstand versehen ist. Der menschliche Geist wird durch Erbfaktoren vorgeprägt und entwickelt sich im Zeitablauf unter Einwirkungen der Umwelt zu selbständigem Bewußtsein.

Der Mensch entwickelt Zwecke. Sie können als erwünschte zukünftige Zustände aufgefaßt werden^{2) 3)}. Zwecke können sich auf geistige oder nichtgeistige Tatbestände erstrecken. In frühen Phasen menschlichen Lebens erfolgt

1) Dem liegt die Vorstellung der modernen Physik zugrunde, daß die materielle Welt durch die Kategorien Substanz, Raum und Zeit vollständig zu erfassen ist, vgl. Westphal, W. H., Physik, 25./26. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York 1970, S. 23 ff.

2) Vgl. hierzu auch Stackelberg, H. v., Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen-Zürich 1951, S. 3, Fußnote 2.

3) Auch das Vermeiden unerwünschter Zustände kann als erwünschter Zustand und somit als angestrebter Zweck angesehen werden.

die Entfaltung von Zwecken mehr instinktiv und reflexartig, in folgenden Phasen mehr durch das Bewußtsein bestimmt, um in späten Phasen gegebenenfalls ins Reflexartige zurückzufallen.

Die Zwecke des Menschen können in um ihrer selbst willen verfolgte Selbstzwecke und aus diesen abgeleitete Zwecke unterschieden werden¹⁾. Selbstzwecke werden als Bedürfnisse²⁾ bezeichnet. Abgeleitete Zwecke werden nie um ihrer selbst willen, sondern immer und ausschließlich im Hinblick auf Bedürfnisse verfolgt. Ihre Erfüllung stellt ein Erfordernis zur Befriedigung von Bedürfnissen dar, sie versetzt Menschen erst in die Lage, die letztlich angestrebten Selbstzwecke zu erreichen. Von der Warte der Bedürfnisse aus betrachtet stellen abgeleitete Zwecke somit Mittel dar; aus dem Gesichtswinkel ihrer zukünftigen Realisation beurteilt, handelt es sich dagegen um zu erfüllende Zwecke.

Während eine Darstellung der Entstehung und der Arten menschlicher Bedürfnisse mit der vorliegenden Arbeit nicht angestrebt wird³⁾, soll auf die Unterscheidung der Arten abgeleiteter Zwecke erst im Verlaufe der Untersuchung eingegangen werden. Auf eine Behandlung an dieser Stelle kann somit verzichtet werden.

-
- 1) Vgl. hierzu Kolbinger, J., Leistungs- und kostentheoretische Korrelationen, in: Gegenwartsfragen der Unternehmung, hrsg. von B. Bellinger, Wiesbaden 1961, S. 107 f.
 - 2) Mit Recht weist Berekoven darauf hin, daß nicht alle von Wirtschaftssubjekten, sondern nur jene von Menschen entfalteten Zwecke als Bedürfnisse anzusehen sind. Vgl. Berekoven, L., Die Werbung für Investitions- und Produktionsgüter, München 1961, S. 14. Er vernachlässigt dabei jedoch, daß keineswegs alle von Menschen entfalteten Zwecke als Bedürfnisse einzuordnen sind. Genauso wie von anderen Wirtschaftssubjekten können auch von Menschen abgeleitete Zwecke verfolgt werden. Sie sollten dann konsequenterweise ebenfalls nicht als Bedürfnisse bezeichnet werden.
 - 3) Vgl. hierzu beispielsweise Häuser, K., Bedürfnis, Bedarf, Gut, Nutzen, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 450 ff.

II. Die Mittel der Zweckerfüllung

Dem System der Zwecke steht ein System von Mitteln gegenüber¹⁾. Der Ausdruck Mittel wird hierbei streng abstrakt verwendet. Unter einem Mittel soll ein Instrument im weitesten Sinne verstanden werden, das in der Lage ist, die Erfüllung eines angestrebten Zweckes herbeizuführen. Die Fähigkeit, an einer Zweckverwirklichung fördernd teilzunehmen oder sie selbständig zu bewirken, kennzeichnet die Mitteleigenschaft einer Dingheit²⁾. Die Eigenschaft, Mittel zu sein, kann somit nur in der Beziehung zu Zwecken vorliegen. Ohne konkrete oder mögliche Zwecke gibt es kein Mittel. "... der Begriff 'Mittel' ... schließt ... kein Konkretum in seiner ganzen Wesenheit ein, sondern kennzeichnet nur einen speziellen Wesenszug, ... kennzeichnet also den Begriff des Mittels in streng logischer Weise als Nichtselbstzweck, als Vorzweck, als abgeleiteten Wert, hergeleitet vom Ziele und dies selbst dann, wenn das Konkretum auch Eigenwert besitzt, also..teihinhaltlich dem Zielsystem zugleich angehört."³⁾

Einem von anderen isolierten Menschen stehen zur Erfüllung seiner Zwecke nur die ihm zugänglichen Mittel der Natur und die ihm innewohnenden körperlichen und geistigen Kräfte⁴⁾ zur Verfügung⁵⁾. Weisen Objekte der Natur und Menschen in bezug auf bestimmte Zwecke die Mitteleigenschaft auf, so sind sie durch ein Zweckerfüllungspotential gekennzeichnet. Insoweit, wie dies gegeben ist, stellen Objekte der Natur und Menschen Instrumente der Zweckerfüllung dar. Im

1) Vgl. Kolbinger, J., a.a.O., S. 107.

2) Vgl. ebenda, S. 108.

3) Ebenda, S. 108.

4) Hieraus und aus dem vorher Gesagten folgt, daß der Mensch zugleich einen Zweck- und einen Mittelaspekt aufweist.

5) Vgl. Kolbinger, J., a.a.O., S. 112.

Verlaufe ihres Einsatzes werden von ihnen Wirkungen ausgeübt, die zum Entstehen Zwecke erfüllender Tatbestände führen. In diesem Zusammenhang wird in der Wirtschaftstheorie von (Produktions-)Faktoren gesprochen¹⁾. Es stellt sich die Frage, ob die Objekte oder die von ihnen ausgeübten Funktionen sinnvollerweise als Faktoren anzusehen sind. Ohne die durch die Objekte hervorgerufenen Wirkungen würde die Erfüllung angestrebter Zwecke nicht oder nicht in der gewünschten Weise herbeigeführt werden. Somit könnte die Meinung vertreten werden, daß diese "Leistungsabgaben" der Objekte als Faktoren anzusehen seien²⁾.

Einem solchen Vorgehen stehen jedoch wesentliche Einwände entgegen. Einerseits setzt die "Leistungsabgabe" logisch notwendigerweise wirkende Objekte voraus. Andererseits ist diese "Leistungsabgabe" überhaupt nicht selbständig greifbar. Sie kann nur entweder mit dem wirkenden Objekt oder einem Objekt, an dem sie sich verändernd ausgewirkt hat, erfaßt werden. Aufgrund der Tatsache, daß die "Leistungsabgabe" eines Objektes nicht unabhängig von dem sie bewirkenden Objekt oder einem Gegenstand, an dem sich die zweckerfüllende Wirkung niedergeschlagen hat, erfaßt werden kann, wird nicht die Leistungsabgabe, sondern das Objekt als selbständiges Instrument der Zweckerfüllung angesehen. Jedes selbständige Instrument der Zweckerfüllung wird als Faktor bezeichnet³⁾. Hierbei ist für das Vorliegen eines Faktors jedoch nicht unbedingt eine materielle Verkörperung notwendig. So kann, wie noch zu zeigen sein wird, auch Wissen als selbständiges Instrument zur Erfüllung von Zwecken angesehen werden.

1) Vgl. hierzu beispielsweise Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 2 ff.

2) Vgl. hierzu auch die unglückliche Kennzeichnung der Produktionsfaktoren einerseits als Arbeitsleistungen sowie andererseits als Betriebsmittel und Werkstoffe durch Gutenberg (Die Produktion, a.a.O., S. 2 f.).

3) Während aus der Sicht der Mittel-Zweck-Analyse jede Zwischenwirkung eines mehrstufigen Wirkzusammenhangs als Mittel anzusehen ist, erscheint aus produktionstheoretischer Sicht nur die Einbeziehung jener Tatbestände sinnvoll zu sein, welche im Wirtschaftsleben selbständig erfaßbar sind. Dies ist jedoch nur bei Objekten als Faktoren sowie bei Veränderungen ökonomisch bedeutsamer Eigenschaften von Objekten als Leistungen gegeben.

Allerdings hat es den Anschein, als stünden den Menschen neben den in der Natur vorgefundenen Objekten doch selbständige Leistungsabgaben von Faktoren, beispielsweise in Form der Sonnenstrahlung, der Wind- und Wasserkräfte, der Erdwärme und der Schwerkraft zur Erfüllung ihrer Zwecke zur Verfügung. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß es sich hierbei nicht um Leistungsabgaben einzelner Faktoren, sondern um Ergebnisse von der Natur durchgeführter Kombinationsprozesse handelt, welche in ihrer Wirkung dem Menschen zugänglich sind, ohne daß dieser über die Gesamtheit der die Wirkung herbeiführenden Faktoren verfügen müßte. Sie werden als Leistungen der Natur bezeichnet und stellen ebenfalls mögliche Mittel des Menschen zur Erfüllung seiner Zwecke dar.

Wird die Betrachtung eines von anderen isolierten Menschen aufgegeben, so ist zunächst zu berücksichtigen, daß die insgesamt verfügbaren Faktoren und die Leistungen der Natur einzelnen oder Gruppen von Menschen in irgendeiner Weise zugeordnet sind, der einzelne somit nicht uneingeschränkt über alle ihm physisch zugänglichen Faktoren und Leistungen der Natur verfügen kann. Weiter ist zu beachten, daß bei einer bestehenden Mehrzahl von Menschen dem einzelnen grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet wird, die Erfüllung seiner Zwecke herbeiführende Maßnahmen von anderen durchführen zu lassen¹⁾. Geschieht dies, so wird von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte gesprochen.

Als Mittel zur Erfüllung seiner Zwecke stehen einem Menschen somit von ihm unmittelbar disponierbare Faktoren sowie die Inanspruchnahme von Leistungen anderer Menschen und der Natur zur Verfügung, wobei diese allerdings ihrerseits auf Faktoren zurückgeführt werden können.

1) Dies gilt jedoch nur für jene Zwecke, die nicht durch gliedhafte Teilfunktionen eines organischen Ganzen erfüllt werden wie beispielsweise das Denken, Sehen, Hören, Fühlen, Schmecken, Riechen und Schlafen des Menschen. Da derlei Zwecke einer Erfüllung durch andere nicht zugänglich sind, können sie in der vorliegenden Arbeit aus der Betrachtung ausgeklammert werden.

B. Die Faktorkombination als Voraussetzung der Zweckerfüllung und Wirkungszusammenhänge zwischen Faktoreinsatz und zweckerfüllendem Tatbestand

I. Die Faktorkombination als Voraussetzung der Zweckerfüllung

Zur zukünftigen Erfüllung eines zum Betrachtungszeitpunkt unerfüllten Zweckes bedarf es der zweckentsprechenden Veränderung des bestehenden Zustandes. Sie erfordert Faktoren als Zweckerfüllungsinstrumente; eine Zweckerfüllung ohne Faktoren ist aus logischen Gründen nicht denkbar¹⁾. Die Veränderung des bestehenden Zustandes erfolgt jedoch nicht bereits durch das Vorhandensein von Faktoren²⁾, sondern setzt ihren Einsatz voraus³⁾. Die zweckentsprechende Veränderung kann jedoch nicht durch den Einsatz eines einzelnen Faktors herbeigeführt werden, da hierdurch der gegebene Zustand nicht verändert würde, sondern ist nur im Wege des aufeinander abgestimmten Einsatzes mehrerer Faktoren im Rahmen einer Faktorkombination⁴⁾ möglich. Jede Erfüllung von Zwecken kann somit als Ergebnis eines aufeinander abgestimmten Zusammenwirkens von Faktoren begriffen werden.

Das Erfordernis der Faktorkombination gilt unabhängig davon, ob es sich um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse oder um die Erfüllung abgeleiteter Zwecke handelt. Auch Maßnahmen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse können nach der hier vertretenen Auffassung nur als Faktorkombinationen aufgefaßt werden, in deren Wirkungen der Mensch einbezogen wird.

1) Zu den Faktoren werden dabei auch jene gezählt, über die ein Wirtschaftssubjekt nicht verfügen kann.

2) Dem steht allerdings nicht entgegen, daß Zwecke auf die Vorhaltung von Faktoren gerichtet sein können. Sind Faktoren bereits vorhanden, so handelt es sich um einen durch früher erfolgte Faktorkombination erfüllten Zweck, sind sie noch nicht vorhanden, so ist eine Faktorkombination unumgänglich.

3) Vgl. Pressmar, D. B., Kosten- und Leistungsanalyse im Industriebetrieb, Wiesbaden 1971, S. 48.

4) Vgl. zur Faktorkombination Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 2 f., und Kilger, W., Produktions- und Kostentheorie, Wiesbaden 1958, S. 7.

Als minimal notwendige Kombinationen können dabei einerseits der Einsatz von Denkinhalten und des Menschen zur Entfaltung seiner geistigen Kräfte im Rahmen von Entscheidungsprozessen sowie andererseits, im Falle der Entscheidung für eine Realisation, der Einsatz eines realen Faktors und des Menschen zur Entfaltung körperlicher Kräfte im Rahmen des Realprozesses angesehen werden. Allerdings wird in vielen Fällen mehr als nur ein sachlicher Faktor zur Zweckerfüllung notwendig sein, was die Theorie lange Zeit dazu verleitet hat, nur in diesem Fall von einer Faktorkombination zu sprechen.

Das Erfordernis einer Faktorkombination zur Erfüllung von Zwecken wird dadurch nicht berührt, daß der Zweckträger Leistungen der Natur oder anderer Wirtschaftssubjekte in Anspruch nimmt¹⁾. Allerdings ergibt sich gegenüber einer Durchführung der Faktorkombination durch den Zweckträger selbst für diesen der Unterschied, daß er im Falle der Inanspruchnahme von Leistungen der Natur über einen Teil der Faktoren nicht autonom verfügen kann, während im Falle der Inanspruchnahme der Leistungen Dritter die Faktorkombination von diesen durchgeführt wird, das betrachtete Individuum somit überhaupt nicht über die Faktoren der zweckerfüllenden Faktorkombination verfügt²⁾.

-
- 1) Jene in Anspruch genommenen Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte und der Natur werden in der Literatur teilweise ebenfalls zu den "Produktionsfaktoren" gezählt, vgl. beispielsweise Kilger, W., a.a.O., S. 7. Demgegenüber wird hier die Auffassung vertreten, daß sie zwar durch Faktorkombinationen erstellt werden, jedoch ihrerseits nicht Faktoren, sondern Leistungen darstellen.
 - 2) Hieraus folgt, daß zur Abgrenzung der Eigen- von der Fremderstellung einer zweckerfüllenden Leistung auf die Frage, wer über den Einsatz der Faktoren disponiert, abgestellt wird.

II. Die zwischen Faktoreinsatz und zweckerfüllendem Tatbestand bestehenden Wirkungszusammenhänge

a) Kausalbeziehungen und Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens als mögliche Wirkungszusammenhänge

Wenn auch Analyse und Darstellung konkreter zwischen Faktoreinsatz und zweckerfüllender Wirkung bestehender Beziehungen nicht als Gegenstand der vorliegenden Arbeit angesehen werden, so soll doch im folgenden auf die Art der möglichen Wirkungszusammenhänge eingegangen werden.

Es wurde dargestellt, daß jedwede Zweckerfüllung des Einsatzes von Faktoren bedarf. In einer Umkehrung der Ausdrucksweise kann demzufolge auch gesagt werden, daß der Eintritt der die Erfüllung von Zwecken hervorrufenden Wirkung durch den Faktoreinsatz veranlaßt wird. Diese Veranlassung tritt dann offen zutage, wenn ein Wirtschaftssubjekt uneingeschränkt über alle zur Zweckerfüllung benötigten Faktoren verfügen kann und diese im Rahmen einer Faktorkombination einsetzt. Sie liegt jedoch gleichsam mittelbar auch dann vor, wenn andere Wirtschaftssubjekte über einen Teil der oder über alle erforderlichen Faktoren verfügen und die Bereitschaft dieser Wirtschaftssubjekte zur Vornahme der zweckentsprechenden Veränderung erst durch Faktoreinsatz herbeigeführt werden muß. Veranlassung ist dabei in einem allgemeinen Sinne zu verstehen, ohne daß damit bereits Aussagen über die Art des Wirkungszusammenhanges und/oder die Determiniertheit des Eintrittes des zweckerfüllenden Tatbestandes verbunden wären.

Es stellt sich die Frage, aufgrund eines welchen Wirkungszusammenhanges der zweckerfüllende Tatbestand durch Einsatz von Faktoren veranlaßt werden kann. Offenbar muß davon ausgegangen werden, daß einem großen Teil der im Wirtschaftsgeschehen bestehenden Wirkprozesse naturwissenschaftliche Kausalbeziehungen in der Weise zugrunde liegen, daß der kombinierte Faktoreinsatz die Ursache (causa efficiens) des

Eintrittes des zweckerfüllenden Tatbestandes darstellt¹⁾.

Allerdings liegen keineswegs allen auf die Erfüllung von Zwecken ausgerichteten Faktoreinsätzen Kausalprozesse im naturwissenschaftlichen Sinne zugrunde. Wird der zweckerfüllende Tatbestand durch Faktoreinsatz veranlaßt, ohne daß dies ausschließlich aufgrund eines Kausalprozesses erfolgt, so kann es nur aufgrund menschlichen Handelns geschehen. Sofern dieses Handeln nicht reflexartig vorgenommen wird, ist es auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet und kann somit als finalbestimmtes Handeln bezeichnet werden. Zielgerichtetes Handeln unterliegt dem Finalprinzip²⁾. Allerdings erscheint es nicht sinnvoll, alle durch Faktoreinsatz veranlaßten, ausschließlich durch oder auch durch menschliches Handeln herbeigeführten Wirkungen als nach dem Finalprinzip ablaufend einzuordnen. Das Finalprinzip kann nur insofern und insoweit als gültig angesehen werden, als es durch eigenes Handeln hervorgerufene zweckerfüllende Wirkungen betrifft. Sind dagegen erwünschte Wirkungen nur durch Handlungen Dritter herbeizuführen³⁾, so hängt der Eintritt der angestrebten Wirkungen vom entsprechenden Verhalten der Betroffenen ab. Sofern diese Handlungen nicht reflexartig durchgeführt werden, sind sie zwar in bezug auf die entsprechenden Menschen grundsätzlich ebenfalls zielbestimmt, es erscheint jedoch nicht zweckmäßig, sie als finaldeterminiert in bezug auf das sie veranlassende Individuum zu bezeichnen. Im folgenden wird immer dann, wenn Wirkungen ausschließlich oder gegebenenfalls im Zusammenhang mit kausalen Prozeßabläufen vom

1) Vgl. Ehrt, R., Die Zurechenbarkeit von Kosten auf Leistungen auf der Grundlage kausaler und finaler Beziehungen, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967, S. 22 f.

2) Vgl. zum Finalprinzip Hartmann, N., Einführung in die Philosophie, 5. Aufl., Göttingen 1949, S. 112.

3) Dies ist beispielsweise dann gegeben, wenn ein Wirtschaftssubjekt einen Zweck durch Einsatz eines anderen Menschen als Faktor herbeizuführen versucht oder wenn es zur Erfüllung seiner Zwecke Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte in Anspruch nimmt.

Verhalten Dritter (fremdbestimmtes Verhalten) abhängig sind und dieses durch bestimmte Faktoreinsätze als Anreize hervorgerufen oder lenkend beeinflusst werden kann, vom Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens gesprochen.

b) Darstellung der Wirkungszusammenhänge im einzelnen

1. Kausalität als Erklärung des Wirkungszusammenhanges zwischen Faktoreinsatz und angestrebter Wirkung

Kausalität kennzeichnet die reale, vom menschlichen Bewußtsein unabhängige Form des Wirkungszusammenhanges zwischen zwei realen Tatbeständen, bei denen eine Ursache genannte Erscheinung unter bestimmten Bedingungen eine andere, Wirkung genannte Erscheinung mit Notwendigkeit hervorbringt¹⁾. Die Rückführung einer Wirkung auf eine Ursache oder einen Ursachenkomplex ("Jedes Geschehen hat eine Ursache") wird als Kausalprinzip bezeichnet²⁾. "Das sog. Kausalgesetz ('gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen' und umgekehrt) stellt eine inhaltliche Verschärfung des .. Kausalprinzips ... dar"³⁾. Zu einer präziseren Formulierung des Kausalgesetzes gelangt M. Bunge: "Wenn die Ursache eintritt, dann (und nur dann) wird dadurch immer die Wirkung (und nur diese Wirkung) erzeugt."⁴⁾ Hieraus lassen sich folgende Merkmale des Kausalgesetzes ableiten: Erzeugung der Wirkung durch die Ursache, existentielle Priorität der Ursache, Nicht-Umkehrbarkeit (Asymmetrie), Monokausalität und Ausnahmslosigkeit (Determiniertheit)⁵⁾.

1) Vgl. Höfler, A., Logik, 2. Aufl., Wien und Leipzig 1922, S. 354, und Ehrt, R., a.a.O., S. 17. Die Ausdrücke "Kausalität", "Kausalzusammenhang" und "Ursache-Wirkungs-Zusammenhang" werden synonym verwendet.

2) Vgl. Stegmüller, W., Das Problem der Kausalität, in: Probleme der Wissenschaftstheorie, Festschrift für V. Kraft, hrsg. von E. Topitsch, Wien 1960, S. 173, und Schubert, W. und Hohenbild, R., Kostenverursachung, Prinzipien und Probleme, in: HWA, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 2361.

3) Schubert, W. und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2361.

4) Bunge, M., Causality, Cambridge (Mass.) 1959, S. 47, zitiert bei Schulz, W., Kausalität und Experiment in den Sozialwissenschaften, Mainz 1970, S. 64, und Schubert, W., und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2361.

5) Vgl. Schulz, W., a.a.O., S. 64, und Schubert, W., und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2361.

Das Merkmal der Erzeugung beruht auf der Tatsache, daß alles, was zu einem Zeitpunkt t_n besteht, auf etwas zum Zeitpunkt t_o beziehungsweise auf Zeitpunkte innerhalb des Intervalls $t_o - t_n$ Bestehendes zurückgeführt werden kann. Hieraus folgt, daß durch eine Ausgestaltung der die Wirkung hervorbringenden Vorzustände die Wirkung gleichsam mittelbar "erzeugt" werden kann.

Die existentielle Priorität der Ursache vor der Wirkung läßt sich aus dem Merkmal der Erzeugung der Wirkung durch die Ursache ableiten¹⁾. Durch dieses Merkmal wird es überhaupt erst möglich, das erzeugende Ereignis als Ursache und das erzeugte Ereignis als Wirkung zu betrachten²⁾. Wenn auch die zeitliche Aufeinanderfolge von Ursache und Wirkung ein notwendiges Merkmal der Kausalität darstellt, so kann sie doch nicht als hinreichendes Kriterium der Kausalität angesehen werden³⁾. Die Beschränkung der Kausalität auf den Satz: "Post hoc, ergo propter hoc" ist falsch⁴⁾. Beispielsweise folgt der Frühling auf den Winter, der Winter ist jedoch nicht die Ursache des Frühlings; vielmehr ist die Schiefe der Ekliptik Ursache für den Wechsel der Jahreszeiten auf der Erde⁵⁾. Umstritten ist hingegen teilweise die umgekehrte Fragestellung, ob Kausalität immer zeitliche Sukzession bedeutet oder ob auch Gleichzeitigkeit von Ursache und Wirkung vereinbar ist⁶⁾. Die Zeitdifferenz zwischen Ursache und Wirkung kann, wie zum Beispiel bei physikalischen Prozessen, sehr klein sein, sie ist jedoch wegen der endlichen Ausbreitungsgeschwindigkeit aller Wirkungen stets

1) Vgl. Schubert, W., und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2361.

2) Vgl. ebenda, Sp. 2361.

3) Vgl. Stichwort Kausalität, in: Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, hrsg. von G. Klaus und M. Buhr, 7. Aufl., Berlin 1970, S. 564.

4) Vgl. ebenda, S. 564.

5) Vgl. ebenda, S. 564.

6) Vgl. Schubert, W., und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2362.

größer als Null¹⁾. Durch geeignete Einengung des Begriffes der Ursache läßt sich allerdings auch ein Standpunkt einnehmen, demzufolge Ursache und Wirkung gleichzeitig eintreten²⁾. Hierbei wird berücksichtigt, daß es bei diesem Standpunkt erst dann sinnvoll ist, von einer Ursache zu sprechen, wenn die entsprechende Wirkung vorliegt³⁾. Ein Tatbestand wird bei dieser Sichtweise erst in eben demselben Moment zur Ursache eines anderen, wie er diesen bewirkt⁴⁾. Als Beispiel mag die Erläuterung eines Gegenstandes durch eine Glühbirne genannt werden. Ursache des beleuchteten Objektes wäre nach der aufgeführten Sichtweise erst der auf das Objekt getroffene Lichtstrahl. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß dieser Tatbestand, der erst in dem Zeitpunkt, von dem an seine Wirkung auftritt, als Ursache derselben angesehen wird, bereits vor dem Auftreten der Wirkung objektiv real existiert und in diesem Sinne als Ursache seiner Wirkung zeitlich vorausgeht⁵⁾, im aufgeführten Beispiel als von einer Glühbirne abgestrahltes Licht.

Durch das Merkmal der Nicht-Umkehrbarkeit (Asymmetrie) unterscheidet sich die kausale Beziehung von der mathematisch funktionalen, deren Richtung (formal) umkehrbar ist⁶⁾. Gleichwohl können kausale Gesetze mit Hilfe mathematischer Funktionen abgebildet werden, indem die Ursache als unabhängige Variable und die Wirkung als abhängige Variable aufgefaßt werden⁷⁾.

1) Vgl. Stichwort Kausalität, in: Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 564 f.

2) Vgl. ebenda, S. 565.

3) Vgl. ebenda, S. 565.

4) Vgl. ebenda, S. 565.

5) Vgl. ebenda, S. 565.

6) Vgl. Schubert, W. und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2362.

7) Vgl. ebenda, Sp. 2362. Allerdings unterstellt die funktionale Abbildung der Ursache-Wirkungs-Beziehung in einem Diagramm oder in einer nicht dynamisch formulierten Funktion Simultanität von Ursache und Wirkung, die, wie dargelegt wurde, in Wirklichkeit nicht gegeben ist. Hierdurch wird besonders die Gefahr einer Interpretation im Sinne einer beliebigen Umkehrbarkeit von Ursache und Wirkung heraufbeschworen, wovon Aussagen in der Wirtschaftstheorie Zeugnis ablegen. Allerdings kann dieser Mangel bei einer konstanten Verzögerung durch eine implizit berücksichtigte Verzögerung der Wirkung sowie allgemein durch eine dynamische Formulierung der Ursache-Wirkungs-Funktion geheilt werden.

Die Monokausalität und die Ausnahmslosigkeit (Determiniertheit) müssen als Idealgegebenheit, nicht dagegen als in der Realität normalerweise vorzufindende Erscheinungsformen kausaler Beziehungen angesehen werden¹⁾. Der monokausale und deterministische Zusammenhang erscheint als Grenzfall des normalerweise bestehenden polykausalen und nicht deterministischen Zusammenhanges²⁾.

Polykausalität ist dabei streng von der Tatsache zu unterscheiden, daß sich jede Ursache aus einem System von unselbständigen Teilursachen zusammensetzt³⁾. Unter Ursache einer bestimmten Wirkung ist die sich aus allen zur Erreichung der Wirkung notwendigen, unselbständigen Teilursachen zusammensetzende Gesamtursache zu verstehen⁴⁾. Ist nur eine einzige Gesamtursache (ein einziger Teilursachenkomplex) in der Lage, eine bestimmte Wirkung hervorzurufen, und umgekehrt, so liegt Monokausalität vor⁵⁾. Demgegenüber gibt es bei Polykausalität mehrere selbständige Gesamtursachen, die jede für sich dieselbe Wirkung hervorbringen^{6) 7)}. Sie werden hier als unterschiedliche naturwissenschaftliche Verfahren der Herbeiführung einer bestimmten Wirkung angesehen. Allerdings läßt sich jede Polykausalität in mehrere isoliert betrachtete Monokausalbeziehungen auflösen.

1) Vgl. Schubert, W. und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2362.

2) Vgl. Schulz, W., a.a.O., S. 66.

3) Vgl. Schubert, W. und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2362.

4) Vgl. ebenda, Sp. 2362, Höfler, H., a.a.O., S. 353, und Ehrst, R., a.a.O., S. 18.

5) Vgl. Schubert, W. und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2362.

6) Vgl. ebenda, Sp. 2362.

7) Im Gegensatz zur teilweise in der Literatur vertretenen Auffassung wird hier nicht die Hervorbringung mehrerer Wirkungen aus einem Ursachenkomplex als Polykausalität bezeichnet, weil - wie noch zu zeigen sein wird - grundsätzlich aus jedem Ursachenkomplex mehrere Wirkungen folgen. Vgl. Schubert, W. und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2362.

Wird in einer isoliert betrachteten Ursache-Wirkungs-Beziehung die Gesamtheit aller theoretisch notwendigen Teilursachen erfaßt und in einem konkreten Anwendungsbeispiel vom Veranlasser beherrscht, so ist die Wirkung determiniert. Eine der Kausalität unterliegende Wirkung läßt sich somit aus der Gesamtheit der theoretisch notwendigen Teilursachen erklären, deterministisch prognostizieren¹⁾ und durch zielgerichtete menschliche Handlungen im Wege einer Faktorkombination determiniert veranlassen²⁾.

Allerdings wird im praktischen Fall wegen fehlender menschlicher Kenntnis und/oder Bestimmungsmöglichkeit der vom Menschen bewußt gestaltete Ursachenkomplex aus Gründen fehlender und/oder falscher, für notwendig erachteter und demzufolge einbezogener Teilursachen vielfach nicht mit dem theoretisch notwendigen Teilursachensystem übereinstimmen. Wird, was in der Realität häufig gegeben ist, die Betrachtung nicht umfassend auf eine begrenzte Zahl augenfälliger Teilursachen oder gar auf eine einzige, die auslösende Teilursache (in der Umgangssprache häufig "die" Ursache genannt) reduziert, so kann das Eintreten der Wirkung nicht mehr mit vollständiger Sicherheit erklärt, vorausgesagt und herbeigeführt werden, sondern nur in einer nicht determinierten Weise³⁾.

Je nach dem Wirkungszusammenhang der in der nicht-

1) Vgl. Schubert, W. und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2362.

2) Praktisch steht dem jedoch die - letztlich immer vorliegende - Nicht-Beherrschbarkeit eines Teiles der Ursachen durch einzelne Menschen oder durch die Menschen in ihrer Gesamtheit entgegen.

3) Vgl. Schubert, W. und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2362.

umfassenden Betrachtung nicht erfaßten Teilursachen lassen sich gegebenenfalls mehr oder weniger verlässliche Wahrscheinlichkeiten für den Eintritt der Wirkung bestimmen. Liegt eine Teilursache vor, so lassen sich unter Umständen Wahrscheinlichkeiten dafür angeben, daß ohne zusätzliches Einwirken des Veranlassers eine Ergänzung durch weitere Teilursachen erfolgt und eine Gesamtursache zustande kommt¹⁾. R.L. Ackoff spricht in diesem Zusammenhang von wahrscheinlicher Kausalität²⁾. Dies kann jedoch darüber hinwegtäuschen, daß, wie bei allen kausalen Ursache-Wirkungs-Beziehungen, die Wirkung stets eine notwendige und determinierte Folge der Gesamtursache ist³⁾. Den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit unterliegt nur die mögliche Ergänzung vorhandener Teilursachen zu einer Gesamtursache, nicht dagegen der Kausalprozeß⁴⁾.

Kausalgesetze können nur dort zur ausschließlichen Erklärung des Eintrittes der von einem Individuum durch Faktoreinsatz veranlaßten Wirkungen herangezogen werden, wo diese nicht vom Verhalten willensbestimmter Lebewesen abhängig sind. Als Beispiele mögen physikalisch-technische, chemisch-technische und, unter Einschränkungen, biologisch-technische Gegebenheiten aufgeführt werden. Dort, wo Wirkungen durch fremdbestimmtes menschliches Handeln beeinflußt werden, lassen sich Kausalgesetze zur Erklärung der Wirkung nicht allein heranziehen. Der Wirkungszusammenhang gehorcht dann nicht ausschließlich Kausalgesetzen. Es muß ein anderes Wirkungsprinzip zugrunde liegen. Hierauf ist im folgenden einzu-

1) Vgl. Ehrt, R. a.a.O., S. 19.

2) Vgl. Ackoff, R. L. (unter Mitarbeit von S. K. Gupta und J. S. Minas), Scientific Method, optimizing applied research decisions, New York und London 1962, S. 16 ff.

3) Vgl. Ehrt, R., a.a.O., S. 19.

4) Vgl. ebenda, S. 19.

gehen.

2. Das Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens als Erklärung des Wirkungszusammenhanges zwischen Faktoreinsatz und zweckerfüllender Wirkung

Kann ein Individuum eine angestrebte Wirkung nur mittels einer Handlung anderer Wirtschaftssubjekte erreichen, so liegt ein im grundsätzlichen anderer Wirkungszusammenhang zwischen dem die Handlung auslösenden Faktoreinsatz und dem bewirkten Tatbestand als im Falle der Kausalität vor.

Dies mag anhand eines Beispiels erläutert werden. Möchte jemand zum Zwecke des Besuches eines Konzertes zu einem bestimmten Zeitpunkt von seinem Wohnort in die Nachbarstadt fahren, so kann er den seinen Wunsch erfüllenden Tatbestand (Fahrt in die Nachbarstadt) unter Einsatz entsprechender Faktoren aufgrund einer Kausalhandlung selbst herbeiführen. Er kann die gleiche angestrebte Wirkung jedoch auch dadurch zu erlangen versuchen, daß er einen Taxifahrer mit der Durchführung der Fahrt beauftragt. Voraussetzung der Erfüllung des angestrebten Zweckes ist dann, daß der Taxifahrer damit einverstanden ist und die entsprechende Handlung vornimmt. Offenbar kann im aufgeführten Beispiel das angestrebte Ergebnis nicht ausschließlich aufgrund eines vom Veranlasser in Gang setzbaren und durchführbaren Kausalprozesses, sondern nur aufgrund des durch einen gewährten Anreiz (Information, Gegenleistungsgebot) veranlaßten zweckentsprechenden Verhaltens eines Dritten (Durchführung der Fahrt) herbeigeführt werden.

Diese Handlungen Dritter können, wie im aufgeführten Beispiel, ihrerseits wiederum mit Kausalprozessen verbunden sein. Eine Verbindung der Handlung mit Kausalprozessen ist jedoch, wie die Beispiele der Übereignung eines Grundstückes und das von einem Dritten abgegebene Versicherungsversprechen zeigen, nicht unumgänglich. Wesentliches Kennzeichen des hier zu erläuternden Aspektes ist, daß der gesamte vom Ver-

anlasser zur Herbeiführung der angestrebten Wirkung durchgeführte Prozeß nicht ausschließlich als ein naturwissenschaftlicher Kausalprozeß oder eine Abfolge naturwissenschaftlicher Kausalprozesse dargestellt und auch nicht als final ausgerichtete Handlung des Veranlassers selbst angesehen werden kann, sondern die Abhängigkeit von der Handlung eines anderen Individuums umschließt. Diese Abhängigkeit ist in der Wirklichkeit allerdings sehr häufig gegeben. Der Grund kann darin bestehen, daß das Individuum die angestrebte Wirkung nicht oder nicht in der gewünschten Weise herbeizuführen in der Lage ist oder aus hier nicht zu erörternden Gründen nicht vornehmen will. Als Beispiele mögen der Einsatz von Arbeitskräften in vom Veranlasser durchgeführten Kombinationsprozessen sowie die Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte durch den Veranlasser genannt werden.

Bestünde keine Möglichkeit des Hervorrufens oder des Beeinflussens des Verhaltens anderer Individuen, so könnte von einer Veranlassung nicht gesprochen werden. In der Wirklichkeit zeigt sich jedoch, daß durch bestimmte, vom Veranlasser durch Faktoreinsatz zu bestimmende Tatbestände (Anreize) bestimmte Verhaltensweisen anderer Individuen hervorgerufen oder in ihrer Richtung beeinflußt werden können. Der Wirkungszusammenhang zwischen von einem Veranlasser zu setzendem Tatbestand (Anreiz) und daraufhin aufgrund der von einem anderen Individuum vorgenommenen Handlung eintretenden Wirkung, welche vom Veranlasser nicht kausal bestimmt werden kann, wird, wie bereits erwähnt, als Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens bezeichnet.

Dieses Prinzip beruht auf der Gegebenheit, daß bestimmte Anreize bei Individuen Veränderungen ihres Verhaltens gegenüber ihrem sonst, das heißt ohne empfangenen Anreiz gewählten Verhalten hervorrufen können¹⁾. Hierzu ist es notwendig, daß der Anreiz dem Individuum zugeht und von die-

1) Vgl. hierzu den Einsatz absatzpolitischer Instrumente im Rahmen der Absatzpolitik sowie Ansätze der Motivation der Mitarbeiter in der Personalführungs- und Organisationslehre.

sem bewußt oder im Unterbewußtsein wahrgenommen wird. Durch Anreize bewirkte Veränderungen des Verhaltens von Individuen treten aufgrund in ihnen ablaufender psychischer Wirkzusammenhänge auf. Wenn diese auch stets im Menschen als Individuum ablaufen (Individualpsychologie), darf ihre Beeinflussung durch die Einbettung des Menschen in seine soziale Umwelt nicht vernachlässigt werden (Sozialpsychologie)¹⁾.

Wird von hier nicht zu erörternden physischen Zwängen abgesehen, so können Handlungen von Individuen in impulsive und in geistig vorausbedachte unterschieden werden²⁾. Hinsichtlich der gedanklich vorweggenommenen Handlungen kann vereinfachend davon ausgegangen werden, daß ein handelndes Individuum aus dem Bereich der ihm zum Entscheidungszeitpunkt bekannten Alternativen unter Berücksichtigung ihrer Konsequenzen im Hinblick auf eine von ihm angestrebte Zielsetzung sowie sonstiger Entscheidungsparameter jene Alternative auswählt, welche seine Zielsetzung am besten zu erfüllen verspricht³⁾.

Anreize zur Beeinflussung des Verhaltens anderer Individuen können dann, wenn von der Möglichkeit, durch psychische Zwänge geistig reflektiertes Verhalten in Impulsverhalten zu überführen, abgesehen wird, auf die Veränderung der Zielsetzung sowie auf die Veränderung der subjektiven Kenntnis des Ent-

1) Vgl. hierzu Jacobi, H., Werbepsychologie, Wiesbaden 1963, S. 16 und 37 ff.

2) Vgl. hierzu S.32ff. der vorliegenden Arbeit.

3) Vgl. zu den Elementen einer Entscheidungssituation und zum Entscheidungsprozeß Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 45 und 52 ff.

scheidungssträgers seiner Alternativen und Entscheidungsparameter gerichtet sein.

Aufgrund der Unberechenbarkeit menschlichen Verhaltens durch Außenstehende ist es möglich, daß ein bestimmtes Fremdverhalten bereits durch einen einzigen Anreiz oder erst durch mehrere, wiederholt gewährte gleichartige und/oder unterschiedliche Anreize veranlaßt werden kann; gegebenenfalls entfällt auch die Möglichkeit der Beeinflussung¹⁾. Weiterhin kann es auftreten, daß mehrere gleichartige und/oder unterschiedliche Verhaltensweisen durch einen einzigen Anreiz bewirkt werden.

Im Vergleich zu Kausalbeziehungen ist es außerordentlich schwierig, Entwicklungen und Ereignisse im psychischen und im sozial-psychischen Bereich zu antizipieren²⁾. Bezogen auf eine bestimmte Anreiz-Wirkungs-Beziehung ist festzustellen, daß die Richtigkeit einer Erklärung und damit der Bestätigungsgrad einer zukunftsorientierten Prognose als Grundlage der Realisation vom Grade der Wirklichkeitsentsprechung der Ableitung des Verhaltens des "angereizten" Individuums aus der seinem Verhalten zugrunde liegenden Entscheidungssituation abhängt.

In der Vergangenheit wurden in der Wirtschaftstheorie Aussagen über menschliches Verhalten auf der Grundlage wirklichkeitsfremder Hypothesen, wie beispielsweise Vorliegen eines bestimmten, zeitlich starren, transitiven Präferenzsystems, vollständige Kenntnis der Alternativen und Entscheidungsparameter sowie Bestimmung der Verhaltensweise

- 1) Außerdem können grundsätzlich auch autonome Handlungen Dritter erfolgen.
- 2) Vgl. Frese, E., Prognose und Anpassung, in: ZfB, 38. Jg. 1968, S. 35 f.

nach dem Rationalprinzip¹⁾, abzuleiten versucht, bei deren Vorliegen die Aussagen zwar Gültigkeit besäßen, deren Voraussetzungen in der Realität jedoch regelmäßig nicht vorliegen und somit die abgeleiteten Aussagen allenfalls zufällig richtig sein könnten. Demgegenüber beginnt sich in der letzten Zeit zunehmend die Auffassung durchzusetzen, daß bei der Ableitung von Aussagen über menschliches Verhalten von Wirklichkeitsentsprechenderen Voraussetzungen auszugehen sei.

Vertreter der sogenannten verhaltenswissenschaftlichen Richtung der Betriebswirtschaftslehre versuchen neben der Einbeziehung der durch die Einbettung des Menschen in seine soziale Umwelt auftretenden Veränderungen seiner Psyche bewußt die in der Realität auftretende eingeschränkte Rationalität des Verhaltens, nicht umfassende Kenntnis der Alternativen und Entscheidungsparameter sowie eine begrenzte Informationsverarbeitungsfähigkeit in die Betrachtung einzubeziehen²⁾. Allerdings erscheinen hierdurch Erklärungen menschlichen Verhaltens, Prognosen und damit zielgerichtete Möglichkeiten der Beeinflussung keineswegs erleichtert. Dies gilt nicht nur für Einzelaussagen, sondern aufgrund der bestehenden sozialen Abhängigkeiten ebenfalls für Massenerscheinungen im Bereiche menschlichen Verhaltens.

Aufgrund der Unberechenbarkeit menschlichen Verhaltens durch Außenstehende kann es keine determinierten Wirkungszusammenhänge zwischen Anreiz und Fremdverhalten geben. Die bestehende Indeterminiertheit bezieht sich dabei sowohl auf Art, Anzahl und Zeitpunkt der zu gewährenden Anreize wie auch auf Art, Artenbündel, Wiederholung und Zeitpunkt hervorzurufender Verhaltensweisen

1) Vgl. hierzu beispielsweise Koch, H., Über eine allgemeine Theorie des Handelns, in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von E. Gutenberg, hrsg. von H. Koch, Wiesbaden 1962, S. 380 ff., und Kirsch, W., Entscheidungsprozesse, Erster Band: Verhaltenswissenschaftliche Ansätze der Entscheidungstheorie, Wiesbaden 1970, S. 27 ff.

2) Vgl. Heinen, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Wiesbaden 1972, S. 41 ff., und Kirsch, W., a.a.O., S. 61 ff.

Dritter. Im konkreten Fall sind Prognosen über die bestehenden Wirkungszusammenhänge dann noch vergleichsweise einfach abzuleiten, wenn sie das Verhalten freiwilliger oder zwangsweiser Mitglieder von Organisationen¹⁾ zum Gegenstand haben. Organisationen sind beispielsweise Betriebe, Haushalte, Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Gefängnisse, Militärverbände und Kirchen²⁾. Neben den Regelungen bezüglich der personellen Unterstellung der Organisationsmitglieder sehen die Spielregeln der Organisationen regelmäßig Sanktionen für Fehlverhalten vor. Wenn auch hierdurch die Möglichkeit für die Leiter der Organisationen, durch Anreize Mitarbeiter und andere Mitglieder zu einem wunschentsprechenden Verhalten zu veranlassen, recht ausgeprägt ist, so kann aber selbst in diesem Fall nicht von einer Determination der Wirkungsbeziehung gesprochen werden. Dies zeigt sich beispielsweise daran, daß selbst bei Vorsehung härtester Strafen in der Realität Fälle nicht wunschentsprechenden Verhaltens (Fehlverhalten in der Schule, Familie, Befehlsverweigerung beim Militär) auftreten.

Demgegenüber stärker eingeschränkt sind die Möglichkeiten, Prognosen über durch Anreize hervorgerufenen Verhalten anderer Individuen abzugeben dann, wenn diese nicht im Sinne einer organisationsbezogenen Unterstellung mit dem Veranlasser verbunden sind. Gleiches gilt bezüglich der Ausschöpfung des nur durch Rahmenzwang eingeschränkten Verhaltensspielraumes von Organisationsmitgliedern.

-
- 1) Als Organisationen werden zweckorientierte soziale Gebilde bezeichnet, vgl. Mayntz, R., Soziologie der Organisation, Reinbek bei Hamburg 1963, S. 7. Die Ein-Mensch-Organisation als degenerierter Fall einer Organisation spielt für den hier betrachteten Sachverhalt keine Rolle.
- 2) Vgl. Mayntz, R., a.a.O., S. 7.

C. Die finale Ausrichtung des Faktoreinsatzes

Menschliche Handlungen - sofern sie nicht reflexartig erfolgen - unterscheiden sich von Naturprozessen vor allem dadurch, daß sie in ihren Wirkungen durch menschliches Bewußtsein vorherbestimmt werden¹⁾. Hierdurch eröffnet sich dem Menschen die Möglichkeit, seine Handlungen auf die Erfüllung der von ihm angestrebten Zwecke auszurichten.

Nach N. Hartmann lassen sich drei Stufen des Finalzusammenhanges unterscheiden:

- "a) Ein Vorausprojizieren des Zwecks in die Zukunft als rein geistiger, nicht realer Prozeß. Nur im Bewußtsein, nur in der Anschauungszeit, nicht aber in der realen Zeitordnung ist dieses Vorgreifen möglich.
- b) Die rückläufige eigentliche Finalbestimmung der Reihe der Mittel durch den Zweck.
- c) Die Realisation des Zwecks durch dieselbe, jetzt umgekehrt ablaufende Reihe der Mittel wie in b).

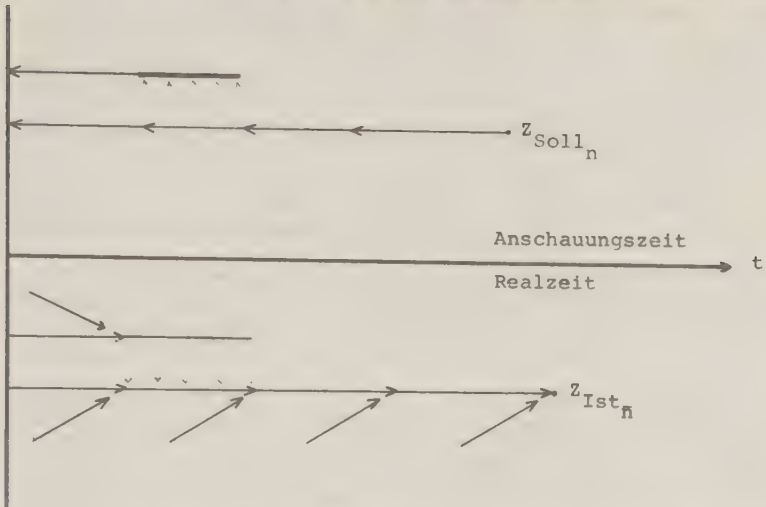
In c) vollzieht sich die eigentliche Handlung."²⁾

Dies soll mit Hilfe der Abbildung 2 verdeutlicht werden.

1) Vgl. Bendixen, P., Die Leistungserstellung der Güterverkehrsbetriebe, Diss. Hamburg 1966, S. 94.

2) Hartmann, N., Einführung in die Philosophie, a.a.O., S. 112.

Ableitung von Vorzwecken aus einem angestrebten letzten Zweck



Stufenweise Erfüllung von Zwecken durch Faktorkombinationen

Abb. 2: Ableitung von Vorzwecken aus einem angestrebten letzten Zweck und stufenweise Erfüllung von Zwecken durch Faktorkombinationen

Wird von einem für die anzustellende Betrachtung vorgegebenen, für den Zeitpunkt t_n angestrebten Endzweck (z_{Soll}) ausgegangen, so müssen aus diesem Vorzwecke in der Weise abgeleitet werden, daß das der jeweiligen Zweckerfüllung entsprechende Konkretum jeweils Mittel zur Erfüllung des übergeordneten Zweckes ist. Diese Ableitung von Vorzwecken hat gegebenenfalls in zeitlich vertikaler und/oder zeitlich horizontaler Weise zu erfolgen. Die Ableitung zeitlich vertikaler Vorzwecke ist immer dann erforderlich, wenn der letztlich angestrebte Zweck nur über eine Abfolge von im Zeitablauf eintretenden Zwischenzuständen erfüllt werden kann. Diese stellen bestimmte Zustände und Erscheinungsformen von Faktoren der Zweckerfüllung dar. Die Ableitung zeitlich horizontaler Vorzwecke ist immer dann erforderlich, wenn die angestrebte Wirkung nur über mehrere isolierbare, praktisch simultane Wirkstufen herbeigeführt werden kann¹⁾.

1) Vgl. hierzu auch die Berücksichtigung einer Zwischenstufe in der Produktionsfunktion vom Typ B durch Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 330 ff.

Als Beispiel möge das Betreiben einer E-Lokomotive genannt werden: Der Stromabnehmer der Lok muß die Oberleitung berühren, die Oberleitung muß unter Spannung stehen, dazu ist es notwendig, daß im Kraftwerk Generatoren laufen, dies setzt den Durchfluß beispielsweise hochgespannten Wasserdampfes durch Turbinen voraus und dergleichen mehr. Die Ableitung von Vorzwecken ist soweit vorzunehmen, bis ein Vorzweck erreicht wird, der durch kombinativen Einsatz vorhandener Faktoren unmittelbar erfüllt werden kann. Erst hierdurch eröffnet sich dem Handelnden die Möglichkeit der stufenweisen Realisation des letztlich angestrebten Zweckes.

Für jeden Zweck ist die den zweckerfüllenden Tatbestand herbeiführende Kombination von Faktoren zu bestimmen. Bei der Ableitung von Vorzwecken und bei der Bestimmung der Faktorkombinationen muß sich der Handelnde auf sein Wissen über die zwischen Faktoreinsatz und zweckerfüllenden Tatbeständen bestehenden Wirkungszusammenhänge stützen, welche Kausalgesetzen oder dem Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens unterliegen.

Bestehen mehrere Möglichkeiten der Ableitung von Vorzwecken und/oder der Bestimmung von Faktorkombinationen, so wird die zugrunde zu legende Alternative nach dem ökonomischen Prinzip¹⁾ in seiner Minimumfassung ausgewählt. Es ist zu beachten, daß streng genommen über die Ableitung von Vorzwecken und die Mittelwahl nur unter Berücksichtigung aller zwischen ihnen bestehenden Dependenzen und Interdependenzen simultan befunden werden kann.

1) Zum ökonomischen Prinzip vgl. beispielsweise Kosiol, E., Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum, 9. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1975, im folgenden zitiert als "Aktionszentrum", S. 20 ff.

Entsprechend umgekehrt zur rückläufigen Ableitung von Vorzwecken und Bestimmung der Faktorkombinationen erfolgt die Realisation des letztlich angestrebten Zweckes. Ausgehend von den in der Realität vorgefundenen Faktoren werden durch Faktorkombinationen Wirkungen hervorgerufen, die über die stufenweise Erfüllung von Vorzwecken zum Zeitpunkt $t_{\bar{n}}$ den vorgegebenen Zweck in mehr oder minder dem Wunsche entsprechender Weise (Z_{Ist}) erfüllen¹⁾.

Solange keinerlei Wissen über die Wirkungszusammenhänge zwischen Faktoreinsatz und zweckerfüllendem Tatbestand vorliegt, ist finales Handeln nicht möglich²⁾. Sind die Wirkzusammenhänge nur unzureichend bekannt und/oder gelingt es dem Handelnden nicht, die Faktoren sinnvoll zu kombinieren, so bleibt die Zweckerreichung ungewiß. Allerdings kann durch Kontrollen während des Ablaufes des Realisationsprozesses und gegebenenfalls Veränderungen oder Wiederholungen des Faktoreinsatzes in einzelnen Teilkombinationsprozessen die Zweckerreichung gefördert werden³⁾. Es ist allerdings auch denkbar, daß von einer Erfüllung des angestrebten Zweckes Abstand genommen werden muß.

Wie gezeigt wurde, ist die Erfüllung letztlich angestrebter Zwecke grundsätzlich nur durch eine Folge realisierender Handlungen möglich. Diese Handlungen werden nicht um ihrer selbst willen, sondern als Mittel im Hinblick auf den angestrebten Endzweck durchgeführt. Sie stellen an sich unerwünschte, aber notwendige Konsequenzen der Zweckerfüllung dar⁴⁾. Da der Faktoreinsatz zum Ingangsetzen und Durchführen

1) Es handelt sich hierbei um eine stufenweise Umschichtung von - im Sinne C. Mengers - Gütern höherer Ordnung in Güter niederer Ordnung. Vgl. hierzu Menger, C., Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Wien-Leipzig 1923, S. 21 f.

2) Vgl. Ehrt, R., a.a.O., S. 23.

3) Vgl. Schubert, W., und Hohenbild, R., a.a.O., Sp. 2363.

4) Vgl. auch Riebel, P., Die Fragwürdigkeit des Verursachungsprinzips im Rechnungswesen, in: Rechnungswesen und Betriebswirtschaftspolitik, Festschrift für G. Krüger, hrsg. von M. Layer und H. Strebel, Berlin 1969, S. 59.

kausaler und fremdverhaltensbestimmter Wirkprozesse nur im Hinblick auf den angestrebten Zweck vorgenommen wird, kann von einer finalen Ausrichtung der Wirkprozesse gesprochen werden. N. Hartmann spricht von einer Überformung des Kausalprozesses; der an sich blinde Kausalprozeß wird vom Menschen auf seine Zwecke hin gelenkt¹⁾. Diese Aussage läßt sich in gleicher Weise auf die nach dem Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens ablaufenden Wirkprozesse übertragen.

Allerdings erscheint es zu eng, nur die realisierenden Sachhandlungen - "eigentliche Handlungen" im Sinne N. Hartmanns - in den Finalzusammenhang einzubeziehen. Von der Warte einer vorgegebenen Zwecksetzung aus betrachtet lassen sich alle der Zweckerfüllung dienenden Handlungen, geistiges Antizipieren wie sachliche Realisation, als Mittel der Zweckerfüllung auffassen. Demzufolge lassen sich ebenfalls die im geistigen Bereich liegende Kenntniserlangung möglicher Vorzwecke und Faktorkombinationen sowie die Festlegung der bei der Realisation zugrunde zu legenden Vorzwecke und Faktorkombinationen als Vorzwecke begreifen, zu deren Erfüllung es seinerseits des kombinativen Einsatzes von Faktoren bedarf. Das geistige Vorausbedenken ist dann als ein der Verwirklichung vorgelagerter eigenständiger Zweck, als Mittel der Realisation anzusehen. Diese Sichtweise wird im folgenden der Arbeit zugrunde gelegt.

Wird weiterhin von einer vorgegebenen Zwecksetzung als einem Tatbestand, über den intersubjektiv keine beurteilenden Aussagen möglich sind, ausgegangen, so lassen sich alle mensch-

1) Vgl. Hartmann, N., Teleologisches Denken, Berlin 1951, S. 73.

lichen Handlungen, das heißt Ableiten von Vorzwecken und Wahl der Faktorkombinationen, als geistig vorausbedenkende wie auch nicht geistige Handlungen der Zweckerfüllung in die Phasen der Entscheidung und der Realisation unterscheiden¹⁾. In der Entscheidungsphase wird durch geistige Vorausbestimmung dessen, was sein soll, ein Handlungsprogramm für die folgende Handlung aufgestellt. Der mit der Entscheidung verbundene Imperativ kann somit als Sollgröße für die folgende Realisationshandlung angesehen werden²⁾. Hieraus folgt, daß jeder nicht reflexartig vorgenommenen geistigen oder nicht geistigen Handlung eine Entscheidung vorausgeht. Demgegenüber wird in der Realisationsphase die eigentliche Handlung vollzogen. Das Ergebnis stellt ein Ist dar, welches im Idealfall mit dem durch die Entscheidung gesetzten Soll übereinstimmt.

D. Das Herausbilden von Betrieben zu selbständigen Wirtschaftseinheiten und Voraussetzungen ihrer Handlungsfähigkeit

I. Die Abspaltung von Betrieben aus der geschlossenen Hauswirtschaft

Letztlich sind alle von Menschen durchgeführten geistigen und nichtgeistigen Prozesse der Zweckerfüllung unmittelbar oder mittelbar auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ausgerichtet, unmittelbar, sofern sie die bedürfnisbefriedigenden Maßnahmen zum Gegenstand haben, mittelbar, sofern sie auf die Erfüllung von Vorzwecken abzielen, welche ihrerseits Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen sind³⁾. Jede Erfüllung von Zwecken erfolgt in verselbständigten Einheiten als Zellen der Gesellschaft⁴⁾. Einheiten werden dabei nicht

1) Vgl. Heinen, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 17.

2) Vgl. Bendixen, P., a.a.O., S. 99

3) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 19.

4) Vgl. Grochla, E., Betrieb, Betriebswirtschaft und Unternehmung, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, S. 542 f.

als räumlich abgegrenzte Teile der realen Welt, sondern als Zusammenfassung abgegrenzter, aus Zwecken abgeleiteter Aufgabenbereiche aufgefaßt. Eine Verselbständigung liegt dann vor, wenn Entscheidungsbefugnis und Realisationsverpflichtung bezüglich eines bestimmten Aufgabenbereiches einander entsprechen. In diesem Zusammenhang kann auch von einer Institutionalisierung gesprochen werden.

Wird von den der Erfüllung nicht wirtschaftlicher Zwecke dienenden Einheiten wie beispielsweise Kirchen, Militärverbänden, Parteien, Gewerkschaften, Krankenhäusern, Universitäten, Sportvereinen und Gefängnissen abgesehen, so bleiben auf Erfüllung wirtschaftlicher Zwecke ausgerichtete Wirtschaftseinheiten übrig.

In der geschlossenen Hauswirtschaft als der frühesten Form einer Wirtschaftseinheit erfolgte die Erfüllung der von den Mitgliedern entwickelten Zwecke ausschließlich mittels selbst erstellter Leistungen. Die Vielfalt der von einzelnen Individuen verfolgten Zwecke und die geringe Effizienz bei der Zweckerfüllung durch vom Wirtschaftssubjekt selbst durchgeführte Faktorkombinationen haben bereits vor langer Zeit dazu geführt, eine Arbeitsteilung zwischen den Wirtschaftseinheiten vorzunehmen. Diese Arbeitsteilung umschließt, daß die erstellten Leistungen gegen die von anderen Wirtschaftssubjekten erstellten Leistungen anderer Art ausgetauscht werden; dies geschah früher in Form des Naturaltauses, heute fast ausschließlich in Form der Erstellung

von Leistungen gegen Geld als Gegenleistung. Hieraus folgt, daß die Wirtschaftssubjekte bei der Erfüllung der von ihnen angestrebten Zwecke teilweise auf von Dritten erstellte Leistungen zurückgreifen, während sie selbst ihrerseits Leistungen zur Erfüllung der Zwecke anderer Wirtschaftssubjekte beisteuern¹⁾. Die Arbeitsteilung fand bereits innerhalb der geschlossenen Hauswirtschaft in der Gemeinschaft von Mann und Frau sowie Eltern und Kindern ihre zwischengeschlechtliche und intertemporale Entsprechung.

Die naturgegebene räumlich/zeitliche Trennung von Leistungserstellung und Bedürfnisbefriedigung in den in frühen Zeiten des Wirtschaftens wesentlichen Bereichen der Jagd, des Fischfanges, des Ackerbaues und die durch zeitliche Trennung von Leistungserstellung und konsumtiver Verwendung in anderen Fällen ebenfalls bestehende Möglichkeit einer räumlichen Trennung legten vermutlich den Keim für eine Ausgliederung des leistungserstellenden Aufgabenbereiches aus der geschlossenen Hauswirtschaft. Zu einer Abspaltung eines mehr oder minder umfassenden Teiles des Leistungserstellungsgebietes von der geschlossenen Hauswirtschaft und somit zu dem Herausbilden zweier unterschiedlicher Typen von Wirtschaftseinheiten, der Haushalte und der Betriebe²⁾, kam es jedoch erst durch die Verselbständigung des leistungserstellenden Bereiches.

Haushalte und Betriebe können dann als Typen verselbständigter Wirtschaftseinheiten angesehen werden. Ist die für das Vorliegen verselbständigter Wirtschaftseinheiten notwendige - bereits erwähnte - Entsprechung der Entscheidungsbefugnisse und Realisationsverpflichtungen

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 18.

2) Vgl. hierzu auch Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 23 ff.; dabei ist zu berücksichtigen, daß Kosiol anstelle von Betrieben von Unternehmungen spricht.

bezüglich eines abgegrenzten Aufgabenbereiches nicht gegeben, so handelt es sich um Organe eines übergeordneten Ganzen oder um Organträger. Der Verselbständigung stehen dabei grundsätzlich weder die personale Verflechtung oder Personalunion noch eine räumliche Verbindung von Betrieb und Haushalt einerseits oder mehrerer Haushalte oder Betriebe andererseits entgegen. Mitarbeit von Personen in Haushalten und in Betrieben sowie von Personen in mehreren Betrieben und/oder Haushalten sowie eine gegebenenfalls bestehende räumliche Verbindung bedeuten nur, daß Menschen, Grundstücke, Gebäude und dergleichen als Gemeinfaktoren in bezug auf die Organisationen Zwecken unterschiedlicher Wirtschaftseinheiten zugeführt werden.

Die Haushalte sind die konsumierenden Wirtschaftseinheiten¹⁾. Ihr konstituierendes Merkmal besteht darin, daß in ihnen Faktorkombinationen zum Zwecke der Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder je für sich oder in ihrer Gesamtheit durchgeführt werden²⁾. In Haushalten werden jedoch Faktoren keineswegs ausschließlich zur Befriedigung von Bedürfnissen, sondern ebenfalls zur Erfüllung abgeleiteter Zwecke eingesetzt. Dies geschieht jedoch grundsätzlich zur Deckung des eigenen Bedarfes³⁾. Die in der Wirklichkeit vorgefundenen Haushalte umfassen eine Spanne von Typen, deren eines Extrem einem ausschließlich Faktoren zur unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung einsetzenden Typ und deren anderes Extrem der geschlossenen Hauswirtschaft nahekommt.

Bereits die Tatsache, daß Haushalte Leistungen von Betrieben regelmäßig gegen von ihnen entrichtetes Entgelt in Anspruch nehmen, weist darauf hin, daß von ihnen selbst zum Zwecke

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 18.

2) Vgl. Raffée, H., Haushalt, Wirtschaftslehre des privaten, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1791 f.

3) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 26.

der Erlangung der benötigten Geldmittel Leistungen für Dritte erbracht werden müssen, für die sie dann ihrerseits eine Gegenleistung empfangen. Regelmäßige Leistungen der Haushalte für den Bedarf Dritter bestehen im wesentlichen in der Erbringung von Arbeits- und Dienstleistungen für Betriebe und andere Haushaltungen, der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden sowie der Überlassung von Geld zum Zwecke der Nutzung an andere Wirtschaftssubjekte.

Betriebe sind die Leistungen erstellenden Wirtschaftseinheiten¹⁾. Konstituierendes Merkmal der Betriebe ist das Fehlen der Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder. In ihnen werden Faktorkombinationen zur Erfüllung der Zwecke anderer Wirtschaftseinheiten durchgeführt. Unumgänglich für das Vorliegen von Betrieben ist somit die Leistungserstellung für den Bedarf Dritter.

Betriebe haben somit einen mehr oder minder großen Teil der ehemals in der geschlossenen Hauswirtschaft erfüllten Aufgaben übernommen. Hieraus folgt, daß sich die Tätigkeit in Haushalten und Betrieben, je nach Typ des Haushaltes, überschneiden können. In Haushalten durchgeführte Faktorkombinationen und Leistungen von Betrieben sind in vielen Fällen substituierbar. Das einzige eindeutige Unterscheidungskriterium zwischen Haushalten und Betrieben kann dann nur darin gesehen werden, daß in Haushalten menschliche Bedürfnisse ihrer Mitglieder befriedigt werden, in Betrieben dagegen nicht.

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 18.

Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich im folgenden auf die Betrachtung der Betriebe ungeachtet der im Einzelfall möglicherweise auftretenden Schwierigkeiten ihrer Abgrenzung von den Haushalten. Dies erfolgt nur aus dem Grunde der Beschränkung auf einen abgegrenzten Untersuchungsbereich, den der Betriebe, nicht wegen des grundsätzlichen Unterschiedes der in Haushalten für eigenen Bedarf oder von ihnen für Dritte erstellten Leistungen gegenüber den Leistungen der Betriebe. Das im folgenden abzuleitende System betrieblicher Leistungen läßt sich in gleicher Weise auf die von Haushalten erstellten Leistungen anwenden.

II. Voraussetzungen der Handlungsfähigkeit von Betrieben

Betriebe als Leistungen erstellende selbständige Wirtschaftseinheiten werden letztlich aus Haushalten abgeleitet, das heißt, sie werden entweder unmittelbar von Haushalten und/oder mittelbar von diesen und unmittelbar von bereits abgeleiteten Betrieben durch einen Gründungsakt errichtet¹⁾. Zur Begründung ihrer Handlungsfähigkeit im Hinblick auf die Erfüllung der ihnen übertragenen oder zu übertragenden Aufgaben der Leistungserstellung ist es unumgänglich, sie mit Faktoren auszustatten; ohne Faktorausstattung fehlt Betrieben jegliche Handlungsfähigkeit. Häufig wird in diesem Zusammenhang von der Kapitalausstattung²⁾ gesprochen, jedoch erscheint eine Übertragung von Sach- oder Geldkapital nicht unumgänglich. So ist im Grenzfall, wie die Beispiele eines Dienstmannes und eines Unternehmensberaters zeigen, die Begründung der Handlungsfähigkeit eines Betriebes theoretisch auch allein durch die Ausstattung mit

1) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 24.

2) Vgl. ebenda, S. 24.

einer Arbeitskraft denkbar. Die Ausstattung des Betriebes mit Faktoren im Zusammenhang mit der Gründung kann dabei ausschließlich durch Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftseinheiten einschließlich der den Betrieb tragenden Wirtschaftssubjekte geschehen.

Betriebe werden grundsätzlich nicht um der Leistungserstellung selbst willen tätig, sondern die Leistungserstellung für den Bedarf Dritter ist vielmehr nur Mittel zum Erreichen anderer Ziele oder Zielsysteme der Träger des Betriebes¹⁾. Hieraus folgt, daß die Leistungserstellung für den Bedarf Dritter nicht Selbstzweck des Betriebes, sondern nur Mittel zur Erreichung anderer Zwecke darstellt. Dies bedingt, daß zur Erreichung einer zielgerichteten Handlungsfähigkeit eines Betriebes die Vorgabe zu verfolgender Ziele unumgänglich ist.

Zusammenfassend lassen sich Betriebe somit als mit Faktoren ausgestattete selbständige Wirtschaftseinheiten, in denen Leistungen für den Bedarf Dritter zum Zwecke der Erfüllung der dem Betrieb vorgegebenen Ziele seiner Träger erstellt werden, kennzeichnen.

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 19.

Zweiter Abschnitt

DER BEGRIFF LEISTUNG

A. Der Begriff Leistung in der betriebswirtschaftlichen Literatur

Im allgemeinen Sprachgebrauch und in den Fachsprachen der einzelnen Wissenschaften wird der Ausdruck Leistung nicht einheitlich verwendet¹⁾. Außerhalb der Mechanik, in der die Leistung eindeutig als Arbeit pro Zeiteinheit definiert wird, ist die Leistung als Funktionsbegriff anzusehen, der nur in Verbindung mit einer Aufgabe zu kennzeichnen ist, so daß jeweils durch die Angabe der Aufgabenstellung oder -erreichung die zu erstellende oder erstellte Leistung bestimmt wird²⁾.

Da eine Aufgabenerfüllung nur durch den Einsatz wirkender Faktoren erfolgen kann, wird zur Erläuterung einer Leistung häufig auch - allein oder in Verbindung mit der Angabe der Aufgabe - der Leistungsträger herangezogen. Beispiele hierfür sind ärztliche Leistungen und menschliche Arbeitsleistung zum Zwecke der Feldbestellung.

In betriebswirtschaftlichen Abhandlungen wurde der Leistungsbegriff bislang nur selten eingehend erörtert³⁾.

Zwar wird der Ausdruck Leistung in der Betriebswirtschafts-

1) Vgl. Mellerowicz, K., Leistung, in: HWB, Bd. 3, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 3774.

2) Vgl. ebenda, Sp. 3774.

3) Vgl. Engelhardt, W., a.a.O., S. 158, und Menrad, S., Kosten und Leistung, a.a.O., Sp. 2287.

lehre wegen der unterschiedlichen Aufgaben¹⁾ und Faktoren der Aufgabenerfüllung häufig verwendet und unter Angabe eines Faktors und/oder der Aufgabe näher bestimmt, in diesem Sinne wird von Arbeits- und Betriebsmittelleistungen oder von Betriebsführungs- und Absatzleistungen gesprochen; auf eine inhaltliche Klärung des Begriffes Leistung wird dabei jedoch meistens verzichtet.

Sofern Versuche zur Bestimmung des Begriffes Leistung unternommen wurden, führten diese regelmäßig nicht zu eindeutigen²⁾ und untereinander einheitlichen Ergebnissen³⁾. Abgesehen davon, daß häufig auch Autoren betriebswirtschaftlicher Abhandlungen den Leistungsbegriff der Mechanik verwenden⁴⁾, wird unter Leistung teilweise

1) Vgl. Mellerowicz, K., a.a.O., Sp. 3774.

2) Als Beispiel der nicht eindeutigen Verwendung des Ausdruckes Leistung in der Literatur mögen folgende Aussagen Kosiols herangezogen werden: "... Auffassung, die unter der Leistung einer Unternehmung das bewertete Ergebnis ihrer planmäßigen Arbeitstätigkeit versteht", "Leistungen sind das erstrebte Resultat der produktiven Gestaltungsprozesse ..." und "Jedes Ergebnis, das bei der Kombination von Produktionsfaktoren als Produkt dieser Transformation hervorgebracht wird, ist als Leistung (Erzeugnis) anzusehen", Kosiol, E., Kritische Analyse, a.a.O., S. 23.

3) Zur unterschiedlichen Verwendung des Ausdruckes Leistung in der Literatur vgl. Momburg, M., Leistungsmessung im Betriebe, Berlin 1939, S. 4 ff., Beste, Th., Was ist Leistung in der Betriebswirtschaftslehre?, ZfhF, 38. Jg. 1944, S. 6, und Becker, O., Der Leistungsbegriff in der Betriebswirtschaftslehre, Diss. Heidelberg o.J., S. 1 ff., Mellerowicz, K., a.a.O., Sp. 3774, und Menrad, S., Kosten und Leistung, a.a.O., Sp. 2287 f.

4) So beispielsweise Lücke, W., Probleme der quantitativen Kapazität in der industriellen Erzeugung, in: ZfB, 35. Jg. 1965, S. 355, und Kilger, W., a.a.O., S. 54.

die betriebliche Tätigkeit¹⁾, teilweise das Ergebnis betrieblicher Tätigkeit²⁾, teilweise auch Tätigkeit und Ergebnis verstanden³⁾.

Die Leistung als Ergebnis des betrieblichen Prozesses kann dabei entweder nach dem Maßstab der Ausbringungsmenge⁴⁾ oder des Ausbringungswertes gemessen werden⁵⁾. Auch für das in den Maßgrößen der Leistungsmenge oder des Leistungswertes gemessene Ergebnis betrieblicher Prozesse findet sich in der Literatur⁶⁾ die Verwendung des Ausdruckes Leistung.

-
- 1) So von Becker, H., Fehlleistungen im Betriebe, Diss. Köln 1930, S. 3, Prion, W., Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb, 3. Buch: Der Wirtschaftsbetrieb als Betrieb (Arbëit), Berlin 1936, S. 3, und Engelhardt, W., a.a.O., S. 160.
 - 2) So von Nicklisch, H., Leistung, in: HWB, Bd. 3, 1. Aufl., Stuttgart 1927, Sp. 1156, Henzel, F., Die Funktions- teilung in der Unternehmung, in: ZfB, 9. Jg. 1932, S. 197, Kosiol, E. Kritische Analyse, a.a.O., S. 24, Diederich, H., Theorie, a.a.O., S. 38, und Heinen, E., Betriebswirt- schaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 24.
 - 3) So handelt es sich für W. Thoms bei der Leistung um zwei Seiten einer Einheit, für die kein Name existiere. "Es liegt daher .. nahe, diese Einheit mit Leistung zu bezeichnen und unter Leistung beides gleichzeitig zu ver- stehen: Den Leistungsprozeß und das Leistungsprodukt; denn Tätigkeit und Ergebnis zusammen bilden die Einheit, die wir Leistung nennen.", Thoms, W., Rentabilität und Leistung, Stuttgart 1940, S. 12.
 - 4) Dies setzt allerdings die Bestimmung einer der Messung zugrunde gelegten, in sachlichen Kategorien (qualitativ) festgelegten Maßeinheit voraus.
 - 5) Vgl. Mellerowicz, K., a.a.O., Sp. 3775.
 - 6) Vgl. bezüglich der Leistungsmenge beispielsweise Schneider, E., Industrielles Rechnungswesen, 5. Aufl., Tübingen 1969, S. 26, und bezüglich des Leistungswertes Kosiol, E., Kritische Analyse, a.a.O., S. 23.

B. Der Leistungsbegriff

I. Der allgemeine Leistungsbegriff

a) Die Ableitung der Begriffsmerkmale

Von den aufgeführten Verwendungen des Ausdruckes Leistung in der Literatur erscheint jene besonders unzweckmäßig, bei der Leistung sowohl die Tätigkeit wie auch das Ergebnis der Tätigkeit kennzeichnet. Die Verwendung eines Ausdruckes für mehrere unterschiedliche Tatbestände ist nur dann zulässig, wenn diese untrennbar miteinander verbunden sind und er als Terminus für diese Gesamtheit auftritt. Dies ist jedoch hier nicht gegeben, sind doch auf Erstellung von Leistungen ausgerichtete Tätigkeiten denkbar, denen der Erfolg versagt bleibt.

Die bestehende unterschiedliche Verwendung des Ausdruckes Leistung in der betriebswirtschaftlichen Literatur ist unbefriedigend. Verwendungen von Ausdrücken für unterschiedliche Denkinhalte sind - neben einer fehlerhaften Anwendung von Begriffen - auf eine fehlende oder unzureichende Angabe von Begriffsmerkmalen (Definition) zurückzuführen. Folglich sind die den Begriff Leistung kennzeichnenden Merkmale aufzuführen.

Um der Gefahr zu begegnen, "daß durch Deduktionen aus Definitionen nur Erkenntnisse gewinnbar sind, die vorher in die Definition hineingelegt wurden"¹⁾, wird auf eine vorherige Begriffsbestimmung verzichtet. Es wird im folgenden vielmehr versucht, jene Merkmale abzuleiten, die den von Betrieben zur Erfüllung der Zwecke anderer Wirtschaftseinheiten bewirkten Tatbestand inhaltlich kennzeichnen.

1) Eucken, W., Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959, S. 28.

Wird der Ausdruck Leistung in dem Sinne gebraucht, wie er in der Betriebswirtschaftslehre allgemein zur Kennzeichnung des Betriebes als selbständige Wirtschaftseinheit zum Zwecke der Erstellung von Leistungen für den Bedarf Dritter herangezogen wird, so entspricht dieser Definition von den aufgeführten Verwendungen nur jene, welche die Leistung als Ergebnis betrieblicher Prozesse kennzeichnet, denn nur das Ergebnis, nicht die betriebliche Tätigkeit selbst ist am Markte verwertbar¹⁾.

Zwar wäre es aufgrund einer entsprechenden Begriffsbestimmung für vom Betrieb für Dritte erstellte Leistungen nicht unbedingt notwendig, den Ausdruck bezüglich der innerbetrieblichen Leistungen in gleicher Weise zu benutzen. Jedoch erscheint dies aus Gründen der einheitlichen Verwendung des Begriffes und der Vermeidung von Verwechslungen dringend geboten. Auch ist ein solches Vorgehen zweckmäßig; innerbetriebliche Leistungen sind ihrerseits wiederum Mittel zur Erstellung höherer innerbetrieblicher Leistungen oder von Leistungen für den Bedarf Dritter²⁾. Als Input folgender Prozesse können jedoch nur die Ergebnisse, nicht die Tätigkeiten vorangegangener Prozesse angesehen werden.

Aus der Kennzeichnung der betrieblichen Leistung als das von Dritten nachgefragte Ergebnis betrieblicher Tätigkeit folgt auch, daß die Leistung des Betriebes nicht der rechnerisch erfaßte Ausdruck des Wertes der Leistung sein kann. Von Dritten kann nur das nachgefragt werden, was als Leistung

1) Vgl. Diederich, H., Theorie, a.a.O., S. 38.

2) Vgl. Menrad, S., Der Kostenbegriff, a.a.O., S. 55.

in irgendeiner, im Verlaufe der Arbeit noch darzustellenden Form sachlich umschrieben werden kann, nicht dagegen der Leistungswert. Allerdings kann der Leistung sowohl vom Nachfrager wie auch vom Betrieb ein Wert beigelegt werden¹⁾. Es ist jedoch nicht sinnvoll, in bezug darauf ebenfalls von Leistung zu sprechen. Er wird hier als bewertete Leistung bezeichnet und ergibt sich als Produkt von Leistungsmenge und Wert je Einheit.

Wenn auch im folgenden der Begriff Leistung ausschließlich im Sinne des Ergebnisses einer Tätigkeit verwendet wird, so kann diese Kennzeichnung doch nur als eine vorläufige Begriffsbestimmung angesehen werden, denn der Ausdruck Tätigkeitsergebnis allein ist wenig präzise²⁾.

Eine Leistung als Ergebnis eines Prozesses kann nur durch Einsatz und Kombination von Faktoren erstellt werden³⁾. Durch aufeinander abgestimmten kombinatorischen Einsatz von Faktoren werden von diesen entsprechend kausaler oder fremdverhaltensbestimmter Wirkzusammenhänge Funktionen ausgeübt, als deren Folge das Ergebnis des Kombinationsprozesses und damit die Leistung entsteht. Als erstes Merkmal des Leistungsbegriffes wird somit das Erfordernis einer "Faktorkombination" angesehen⁴⁾. Allerdings wird die Faktorkombination nicht in dem Sinne als Merkmal des Lei-

- 1) Für Zwecke der Entscheidungsfindung dürfte dieser ausschließlich in Kategorien des verfolgten Zielsystems erfaßt werden. Es hat sich jedoch im betrieblichen Rechnungswesen eingebürgert, den Wert der erstellten Leistung in Geldeinheiten anzugeben. Wird dabei von einer realisierten Gegenleistung in Geld ausgegangen, so wird diese allerdings auch regelmäßig mit dem Zielerreichungsmaß in Verbindung stehen.
- 2) Vgl. Bendixen, P., a.a.O., S. 10.
- 3) Vgl. hierzu S. 16 der vorliegenden Arbeit.
- 4) Vgl. hierzu auch Kosiol, E., Kritische Analyse, a.a.O., S. 23 f., und Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 67 f., bei denen die Faktorkombination zwar nicht als Merkmal des Leistungsbegriffes aufgeführt, jedoch im Zusammenhang mit der Diskussion des Leistungsbegriffes erwähnt wird.

stungsbegriffes verstanden, daß unterschiedliche Faktorkombinationen in jedem Falle unterschiedliche Leistungen bedingen, sondern nur in der Weise, daß von einer Leistung nur dann gesprochen werden kann, wenn sie durch eine Faktorkombination bewirkt wurde.

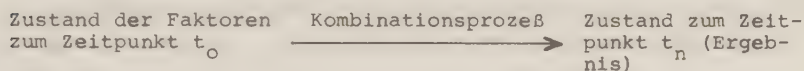
Der Prozeß des kombinativen Faktoreinsatzes soll als Kombinationsprozeß¹⁾ bezeichnet werden. Der Ausdruck Tätigkeit scheint wegen seiner Verbindung zu von Menschen durchgeführten Verrichtungen zu eng angelegt. Zwar stehen alle betrieblichen Vorgänge unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit Tätigkeiten von Menschen, jedoch läßt die zum Teil geringe Bedeutung der Tätigkeit sowie eine gegebenenfalls bestehende weitgehende Selbständigkeit nicht menschlicher Kombinationsprozesse es sinnvoll erscheinen, anstelle von Tätigkeit den weiteren Ausdruck Kombinationsprozeß zugrunde zu legen.

Statt von Kombinationsprozeß wird häufig von Produktions- oder Leistungserstellungsprozeß gesprochen. Der Ausdruck Produktionsprozeß erscheint schon allein wegen seiner gedanklichen Verbindung zur Erstellung materiell faßbarer Leistungen nicht geeignet, allgemein die auf Erstellung von Leistungen gerichteten Kombinationsprozesse von Betrieben zu kennzeichnen. Darüber hinaus haftet ihm wie auch dem Ausdruck Leistungserstellungsprozeß der Mangel an, daß die Begriffsbestandteile "Produkt" und "Leistung" nur im Falle einer erfolgreichen Durchführung von Kombinationsprozessen zu Recht aufgeführt werden; Kombinationsprozesse ohne Er-

1) Vgl. hierzu beispielsweise Kilger, W., a.a.O., S. 7.

stellung von Leistungen sind keine Leistungserstellungsprozesse. Es erfolgen in der Wirklichkeit jedoch kombinatorische Faktoreinsätze, ohne daß eine Leistung erstellt wird. Als Gründe mögen nicht ausreichende Beherrschung des Wirkungszusammenhanges zwischen Faktoreinsatz und angestrebtem Ergebnis und fehlerhaft durchgeführte Faktoreinsätze genannt werden. Es liegen dann zwar Kombinationsprozesse vor, nicht dagegen Leistungserstellungsprozesse. Folglich erscheint der weitere Begriff Kombinationsprozeß geeigneter als der des Produktions- oder Leistungserstellungsprozesses.

Modellhaft lassen sich zwei zu unterschiedlichen Zeitpunkten bestehende Zustände folgendermaßen durch den Kombinationsprozeß verknüpfen:



Wenn auch diese Darstellung in ihrer schematischen Weise uneingeschränkte Gültigkeit aufweist, so bedarf doch der Ausdruck Ergebnis des Kombinationsprozesses einer näheren Erläuterung.

Es besteht die Gefahr, Ergebnis nur im Sinne des Endergebnisses eines sachlich und zeitlich abgegrenzten Kombinationsprozesses aufzufassen und die Leistung als Ergebnis eines Kombinationsprozesses in diesem Sinne zu verstehen. Hieraus könnte eine berechtigte Kritik jene Kombinationsprozesse betreffend folgen, bei denen vom Betrieb Wirkungen hervorgebracht werden, die zeitlich annähernd simultan zur Befriedigung von Bedürfnissen nachfragender Menschen geeignet sind und unmittelbar konsumtiven Zwecken zugeführt werden müssen. Zu denken ist beispielsweise an Vorträge, Lehrveranstaltungen in Schulen, Konzerte, Theater- und Filmtheaterveranstaltungen, Rundfunk- und Fernsehsendungen und Rundreisen. Es könnte vorgebracht werden, die Leistung als Ergebnis eines Prozesses eines Reiseveranstalters, der Rund-

reisen zum Zwecke der Erbauung seiner Kunden an den landschaftlichen Schönheiten durchführt, würde im Zurückbringen an den Ausgangsort bestehen, oder das Ergebnis und damit die Leistung eines Filmtheaters wäre die Beendigung der Veranstaltung, was jeweils sinnlos ist.

Eine oberflächliche Betrachtungsweise könnte zu dem Schluß führen, daß in den aufgeführten und in anderen ähnlichen Fällen der Leistungsprozeß (Tätigkeit) und nicht das Prozeßergebnis von Dritten nachgefragt würde und somit als Leistung des Betriebes anzusehen sei. Ein solcher Schluß wäre jedoch voreilig. Er beruhte auf einer falschen Vorstellung vom Begriff Prozeßergebnis. Ergebnis kennzeichnet nur das Bewirkte zur Abgrenzung vom Wirken, es steht nicht unbedingt für das innerhalb eines sachlich oder zeitlich abgegrenzten Prozesses insgesamt Bewirkte.

Somit erscheint es notwendig, zwischen dem, was in jedem Moment im Verlaufe eines zeitlich abgegrenzten Prozesses bewirkt wird, und dem insgesamt durch den Prozeß hervorgerufenen Endergebnis zu unterscheiden. E. Heinen spricht in diesem Zusammenhang - allerdings nur bezogen auf innerbetrieblich durchgeführte Prozesse der Energieumwandlung - von der Momentanleistung¹⁾ als dem momentanen Ergebnis eines Kombinationsprozesses. Der Momentanleistung kann die Prozeßleistung als Gesamtergebnis eines Kombinationsprozesses gegenübergestellt werden.

Durch eine Unterscheidung zwischen Momentanergebnis und Prozeßergebnis zeitlich abgegrenzter Kombinationsprozesse

1) Vgl. Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 226 und S. 228 f.

läßt sich die oben erwähnte mögliche Kritik an der Kennzeichnung der Leistung als Ergebnis eines Prozesses ausräumen. Für einen Kinobesucher ist offenbar nicht die Tatsache, daß der Kinobetrieb einen technischen Vorführungsprozeß durchführt, sondern nur die für ihn wahrnehmbare optische und akustische Wirkung bedeutsam. Entsprechendes gilt für die übrigen aufgeführten Beispiele. Diese Wirkungen stellen jedoch nichts anderes als Momentanergebnisse entsprechender Kombinationsprozesse dar. Es darf dabei nicht verkannt werden, daß diese Momentanergebnisse vom Zweckträger grundsätzlich in einer reihenfolgemäßig aufeinander abgestimmten und sachlich und/oder zeitlich abgeschlossenen Form gewünscht werden. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß nicht die Tätigkeit als solche, sondern nur das Ergebnis des Kombinationsprozesses als Leistung anzusehen ist und dabei von Wirtschaftssubjekten entweder in der Gesamtheit der Momentanergebnisse oder als Endergebnis bei Betrieben nachgefragt wird.

Es stellt sich nun die Frage, ob das durch Faktorkombination herbeigeführte Ergebnis insgesamt als Leistung anzusehen ist oder ob die Ausgangsbasis mit in die Definition der Leistung einzubeziehen ist. Offenbar können bei der Hervorbringung einer bestimmten Wirkung die Vorzustände der Faktoren vor Durchführung von Kombinationsprozessen als Ausgangsbasis sehr unterschiedlich sein, ohne die Hervorbringung eines bestimmten Endergebnisses zu gefährden¹⁾.

Es erscheint nicht sinnvoll, bei unterschiedlichen Ausgangstatbeständen nur aufgrund identischer Endergebnisse von gleichen Leistungen zu sprechen. Vielmehr ist es notwen-

1) Ein gleiches Ergebnis läßt sich häufig durch Einflußnahme auf die Art der verwendeten Faktoren und die Gestaltung des Ablaufes des Kombinationsprozesses herbeiführen.

dig, bei der Erfassung der Leistung auf die durch den Kombinationsprozeß hervorgerufene Veränderung abzustellen¹⁾. Dies soll anhand eines Beispiels erläutert werden. Eine Maschine befindet sich am Ort A und soll zum Ort B transportiert werden. Ein Betrieb führt den Transport durch. Ist nun als Leistung des Betriebes das gesamte Endergebnis des Prozesses, nämlich die Maschine am Ort B, anzusehen, oder besteht die Leistung nur in der Veränderung der räumlichen Erscheinungsform des Objektes Maschine von A nach B? Augenscheinlich kann hier nur der zweiten Sichtweise gefolgt werden. Die strukturell gleiche Gegebenheit liegt jedoch auch in anderen Fällen vor und muß dort in gleicher Weise gedeutet werden. Jede Art industrieller "Erzeugung" läßt sich, da der Mensch **keine Materie erzeugen** kann,²⁾ als Veränderung bislang bestehender Objektzustände auffassen. Zwar verbindet sich bei Kombinationsprozessen, die auf die Veränderung von Objekten ausgerichtet sind, die bewirkte Veränderung untrennbar mit dem Objekt, dennoch kann nicht das veränderte Objekt in seiner Ganzheit als Leistung des letzten Kombinationsprozesses angesehen werden³⁾.

Dies läßt sich allerdings auch, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird, auf jede Form nichtindustrieller Leistungserstellung übertragen. "Technisch wie wirtschaftlich betrachtet, 'schafft' die Produktion nichts im naturgesetzlichen Sinne. Sie kann in beiden Fällen nur vorhandene Dinge und Vorgänge beeinflussen"⁴⁾. Alle Faktorkombinationen

- 1) Dieser Gedanke findet sich auch bei Becker, H., a.a.O., S. 3, Engelhardt, W., a.a.O., S. 160, und Diederich, H., Theorie, a.a.O., S. 42. Mit Recht weist Engelhardt darauf hin, daß eine derartige Betrachtung der Leistung als bewirkte Veränderung in die unmittelbare Nähe der Wertschöpfungstheorie führt (a.a.O., S. 160 f.).
- 2) Vgl. Marshall, A., Principles of Economics, 8. Aufl., London 1952, S. 53.
- 3) Vgl. Engelhardt, W., a.a.O., S. 160.
- 4) Schumpeter, J., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., Berlin 1952, S. 16.

des Betriebes sind auf die Veränderung bestehender Zustände ausgerichtet. "Stets aber handelt es sich darum, etwas vom Standpunkte unserer Bedürfnisbefriedigung Anderes zu erzielen, als was wir vorfinden."¹⁾

Wird diesen Überlegungen gefolgt, so läßt sich die vorläufig als Ergebnis einer Faktorkombination beschriebene Leistung genauer als bewirkte Veränderung gegenüber einem sonst, das heißt ohne Einwirkung bestehenden Zustand kennzeichnen. Da jede Veränderung nur an Veränderlichem erfolgen kann, niemals - gleichsam freischwebend - für sich vonstatten geht²⁾, müßte noch das Objekt der Veränderung aufgeführt werden³⁾. Da jedoch Leistungen denkbar sind und in der Praxis auch auftreten, die nicht Veränderungen der Eigenschaften von Objekten zum Inhalt haben, ist es notwendig, den Gegenstandsbereich der Veränderung weiter zu fassen. Es wird allgemein auf Tatbestände abgestellt. Aus der Sicht der Betriebswirtschaftslehre ist es allerdings sinnvoll, nur auf Veränderungen ökonomisch bedeutsamer Tatbestände abzustellen⁴⁾. Die Leistung wird somit durch die Merkmale "bewirkte Veränderung" und "ökonomisch bedeutsamer Tatbestand" gekennzeichnet.

Aus dieser Definition der Leistung ist auch der Grund zu ersehen, warum hier dem Ausdruck Leistung gegenüber den in der Literatur ebenfalls gebräuchlichen, zum Teil sogar vorherrschenden Ausdrücken Produkt und Gut⁵⁾ der Vorzug gegeben wurde. Während Produkte und Güter ihrer Natur nach Bestandsphänomene sind, stellen Leistungen Bewegungsphänomene

1) Schumpeter, J., a.a.O., S. 16.

2) Heyde, J. E., Entwertung der Kausalität? Für und wider den Positivismus, Zürich-Wien 1957, S. 129.

3) Vgl. dazu die Angabe der Merkmale "transportiertes Objekt" und "ursprünglicher Aufenthaltsort" und "neuer Aufenthaltsort" der Definition der Verkehrsleistung bei Diederich, H., Absatzpolitische Entscheidungen in Verkehrsbetrieben, in: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen, Festschrift für R. Henzler, hrsg. von K. Alewell, Wiesbaden 1967, S. 320.

4) Was dabei als ökonomisch bedeutsamer Tatbestand anzusehen ist, wird im Verlaufe der Arbeit eingehend erörtert.

5) Vgl. beispielsweise Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 108 ff.

dar¹⁾. Da jedoch das, was von Betrieben für den Bedarf Dritter zur Erfüllung ihrer unerfüllten Zwecke erbracht wird, Veränderungen von Tatbeständen sind, kann dies durch die Ausdrücke Produkt und Gut nicht ausreichend kenntlich gemacht werden.

Die obigen Ausführungen könnten den Eindruck hervorgerufen haben, es sei als Ergebnis des Kombinationsprozesses nur jeweils eine einzige Veränderung eines ökonomisch bedeutsamen Tatbestandes festzustellen. Da dies nicht der Realität entspricht, bedarf es der Aufführung unterschiedlicher Veränderungsarten sowie einer Erläuterung ihrer Einschätzung.

Das Erleben des Menschen vollzieht sich immer in der Gegenwart des jeweiligen Augenblicks, der sich im Verein mit unzähligen anderen zur Kette des Geschehens formt²⁾. Zu jedem Zeitpunkt steht der Mensch einem bestimmten Zustand seiner selbst sowie seiner Umwelt gegenüber. Wird zunächst von zu verschiedenen Zeitpunkten sachlich gleichen Zuständen ausgegangen, so traten Veränderungen nur bezüglich der zeitlichen Erscheinungsform des Menschen und der Objekte seiner Umwelt auf. Wird die Annahme einer sachlichen Unveränderlichkeit aufgegeben, so liegt in jedem neuen Zeitpunkt ein veränderter Zustand im weitesten Sinne vor. Wird der neue Zustand durch Faktorkombinationen hervorgerufen, so ist die bewirkte Veränderung in jedem Falle als Unterschied zwischen verändertem Zustand und jenem Zustand, der sonst, das heißt ohne Einwirkung bestanden haben würde, feststellbar. Sie ist grundsätzlich³⁾ auch, da jede Verän-

1) Vgl. zu den Begriffen Bestands- und Bewegungsphänomen Stackelberg, H. v., a.a.O., S. 7.

2) Vgl. Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, Köln und Opladen 1959, S. 13.

3) Ausnahmen können dann vorliegen, wenn autonome Veränderungen auftraten.

derung im Übergang von einem Zeitpunkt auf einen anderen erfolgen muß, durch den Vergleich des zu einem Zeitpunkt bestehenden mit dem zum Vorzeitpunkt gegebenen Zustand zu ermitteln. Aufgrund dieser Überlegung lassen sich alle Veränderungen als Momentanveränderungen feststellen; sie bestehen in jedem Fall in der Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform um ein sehr kleines Zeitintervall (dt)¹⁾ und gegebenenfalls in einer sachlich in irgendeiner Weise beschreibbaren Veränderung gegenüber dem zum Vorzeitpunkt bestehenden Sachzustand. Die gesamte während der Dauer des Kombinationsprozesses bewirkte Veränderung läßt sich als Summe der Momentanveränderungen feststellen²⁾.

Die obigen Ausführungen bezogen sich ausschließlich auf den Gegenstand einer Veränderung und gingen von einer dem Wunsche entsprechenden Veränderung aus. Nun kann einerseits die Veränderung mißlingen und andererseits bedarf, wie bereits mehrfach erwähnt, die Veränderung eines Objektes des kombinierten Einsatzes von Faktoren. Veränderungen treten auch bei diesen wirkenden Faktoren auf. Beides mag anhand eines Beispiels aus dem Bereich industrieller Kombinationsprozesse erläutert werden. Das Endergebnis eines auf die Erstellung eines gedrehten Stahles gerichteten Kombinationsprozesses besteht offenbar nur bei erfolgreicher Durchführung in einer Veränderung des Vorzustandes des Werkstoffes auf den erwünschten, nutzbaren Zustand, bei nicht erfolgreicher Durchführung dagegen in einer Veränderung auf

-
- 1) Es erscheint notwendig, die Veränderung der Zeit um dt zu unterstellen, da sachliche Veränderungen in einem Zeitpunkt unmöglich sind. Hiervon ist streng die Frage zu unterscheiden, bezogen auf welches Zeitintervall die der Messung der sachlichen Veränderung zugrunde gelegte Maßeinheit definiert ist. Dieses Zeitintervall kann beliebig groß festgelegt werden. Aus der Momentanveränderung ist zu errechnen, wie groß die gesamte Veränderung innerhalb des gesamten Intervalls wäre, wenn sie mit gleicher Intensität wie im betrachteten Moment weiterwirken würde.
 - 2) Vgl. Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 226.

ein nicht maßhaltiges, zerstörtes oder sonstwie nicht gelungenes Stück. In jedem Falle sind jedoch darüber hinaus Veränderungen der übrigen eingesetzten Faktoren festzustellen. Energiestoffe wie beispielsweise Benzin sind verbraucht, Teile eines Motors, Getrieberäder sowie die Spindel der Drehbank sind während des Prozesses in Drehbewegung, Motor und Drehbank sind gegenüber ihrer sonst bestehenden Temperatur erwärmt und die anderweitige Nutzungsmöglichkeit des Motors, der Drehbank, einer Arbeitskraft sowie ihrer Stell- und Arbeitsplätze sind verbraucht¹⁾.

Allerdings ist die Gesamtheit der Veränderungen damit noch keineswegs vollständig beschrieben. Aufzuführen sind ebenfalls jene Veränderungen, welche nicht augenscheinlich feststellbar sind oder welche wegen ihres fehlenden einzelwirtschaftlichen Niederschlages vom Betrieb regelmäßig nicht beachtet werden. Dies gilt beispielsweise für Erschütterungen der Maschinen sowie für Veränderungen ihrer atomaren oder molekularen Materialstruktur (Verschleiß) sowie für den Verbrauch von in der Luft enthaltenem Sauerstoff, Anreicherungen der Luft mit Fremd- und Schadstoffen sowie für Verschmutzungen der Maschinen und Werkhallen.

Offenbar kann nicht die Gesamtheit der durch den Kombinationsprozeß bewirkten Veränderungen als Leistung angesehen werden. Einige der Veränderungen stellen nämlich Faktorverzehr oder Entstehung unerwünschter Tatbestände dar, welche unmittelbar Zwecken zuwiderlaufen (Lärm, Hitze) oder, sofern sie dauerhaft sind²⁾, in folgenden Kombinationsprozessen durch Faktoreinsatz beseitigt werden müssen und somit

1) Vgl. hierzu auch Riebel, P., Die Fragwürdigkeit des Verursachungsprinzips im Rechnungswesen, a.a.O., S. 55 ff.

2) Vgl. hierzu die von Lehmann aufgeführten "Mißgüter", Lehmann, M. R., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl., Wiesbaden 1956, S. 89. Allerdings sind hier nicht nur unerwünschte Güter wie umweltbelastende Abfallstoffe, beschmutzte Behälter, für folgende Prozesse nicht richtig eingerichtete Maschinen aufzuführen, sondern ebenfalls am falschen Ort und/oder zum nicht gewünschten Zeitpunkt verfügbare Faktoren zu beachten.

ebenfalls Faktorverzehr hervorrufen.

P. Riebel spricht von einer Doppelwirkung des Realprozesses, deren eine Seite Verzehr beziehungsweise Inanspruchnahme der eingesetzten Produktionsfaktoren und deren andere Seite Entstehung des Produktes oder Produktbündels ist¹⁾. Es ist allerdings fraglich, ob anhand des Kriteriums Produktentstehung die Leistungen darstellenden Veränderungen allgemein isoliert werden können. Zum einen vermag der Ausdruck Produktentstehung der Tatsache, daß Leistungen nur Veränderungen sonst bestehender Zustände darstellen können, nicht ausreichend Rechnung zu tragen. Zum anderen können bei identischen Produkten auch Leistungen vorliegen, indem beispielsweise die räumliche und die zeitliche Erscheinungsform von Produkten verändert wird. Auch scheint es nicht ohne weiteres möglich zu sein, die Wirkungen des Kombinationsprozesses in Produktentstehung und Faktorverzehr zu trennen. Sollen im aufgeführten Beispiel etwa neben dem veränderten Stück Werkstoff die Drehung der Spindel, die Erwärmung oder Abkühlung von Objekten, die mit Fremdstoffen angereicherte Luft, der Untergang giftiger Stoffe als Produktentstehung oder als unerwünschte Veränderungen angesehen werden? Es handelt sich hierbei ausnahmslos um Veränderungen, die in bestimmten Situationen Leistungen darstellen können, jedoch keineswegs immer den Charakter von Leistungen aufweisen.

Hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, als seien die durch einen Kombinationsprozeß bewirkten Veränderungen normalerweise nicht eindeutig in Leistungen und Nicht-Leistungen zu scheiden; es sind jedoch Fälle denkbar, in denen die

1) Riebel, P., Die Fragwürdigkeit des Verursachungsprinzips im Rechnungswesen, a.a.O., S. 55.

Feststellung, ob Veränderungen Leistungen darstellen oder ob es sich um indifferente oder unerwünschte Konsequenzen des Kombinationsprozesses handelt, Schwierigkeiten bereitet.

Es bedarf somit eines eindeutigen Kriteriums, um die durch Faktorkombination bewirkten Veränderungen in Leistungen und Nicht-Leistungen zu scheiden. Dieses Kriterium könnte darin vermutet werden, daß als Leistung nur die in einem Kombinationsprozeß angestrebte Veränderung aufgefaßt wird¹⁾. Zwar ließe sich hierdurch eine Abgrenzung der angestrebten von den nicht erwünschten und den indifferenten Veränderungen erlangen, welche nicht als angestrebt anzusehen sind, jedoch wäre dieses Kriterium nicht in der Lage, die nicht angestrebten, aber nützlichen durch Faktorkombination bewirkten Veränderungen als Leistungstatbestände zu erfassen, wie sie bei einem günstigen Abweichen der tatsächlich realisierten von den angestrebten Wirkungen sowie beim Anfall mehrerer nützlicher Wirkungen innerhalb eines Kombinationsprozesses (Kuppelproduktion) auftreten. Das Kriterium muß folglich so gewählt werden, daß es diese Veränderungen als Leistungen zu erfassen gestattet und obendrein die Scheidung der Wirkungen in erwünschte und unerwünschte vorzunehmen erlaubt.

Es wird hier von durch den Kombinationsprozeß bewirkten Betroffenheiten im weitesten Sinne ausgegangen, aufgrund derer Veränderungen gegenüber dem sonst bestehenden Zustand eintreten. Nun bedingt jede isoliert betrachtete Veränderung, da der Mensch aus dem Nichts keine

1) Vgl. hierzu auch Kosiol, der an einer Stelle seiner Ausführungen Leistungen als "das erstrebte Resultat der produktiven Gestaltungsprozesse" bezeichnet, Kosiol, E., Kritische Analyse, a.a.O., S. 23.

Materie erzeugen und auch nicht in Nichts

verwandeln kann, denknotwendigerweise nicht nur Gewinn, sondern auch Verlust¹⁾. Beispielsweise birgt der Sachzustand eines Faktors zu einem Zeitpunkt an einem Ort ein bestimmtes Nutzungspotential. Wird die räumliche Erscheinungsform des Faktors bei unverändertem Sachzustand von einem gegebenen auf einen anderen Aufenthaltsort verändert, so ist als unerwünschte Wirkung die Aufgabe der Nutzungsmöglichkeit am alten Ort und als erwünschte Wirkung das Entstehen der Nutzungsmöglichkeit am neuen Ort anzusehen. Ähnliches gilt für sachliche Veränderungen oder Veränderungen der zeitlichen Erscheinungsform des Faktors. Nun können offenbar Leistungen nur dann vorliegen, wenn durch die Veränderungen Zwecke erfüllt werden, das heißt, wenn die Zweckerfüllung beziehungsweise das Zweckerfüllungspotential im veränderten Zustand größer als im unveränderten beziehungsweise im Vorzustand ist.

Das gesuchte Kriterium wird somit in der Erfüllung von Zwecken gesehen^{2) 3)}. Veränderungen als Ergebnisse von Kombinations-

1) Vgl. Heyde, J. E., a.a.O., S. 125 f.

2) Dieses Vorgehen ist dem Heinen's ähnlich. "Als Leistung ist hiernach allgemein das anzusehen, was als Beitrag zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse durch die Kombination von Produktionsfaktoren ... hervorgebracht wird." Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 67 f. Es erscheint jedoch sinnvoll, nicht nur auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern allgemein auf die Erfüllung von Zwecken abzustellen. Hierdurch gelingt es, ebenfalls die Erfüllung abgeleiteter Zwecke anderer Wirtschaftseinheiten sowie des die Leistung erstellenden Betriebes in die Betrachtung einzubeziehen.

3) Es ist zu beachten, daß Zwecke von Betrieben nur aus dem betrieblichen Zielsystem abgeleitete Zwecke sein können, mit anderen Worten, anhand ihrer Auswirkungen auf die Zielerreichung können alle Veränderungen in Leistungen und Nicht-Leistungen geschieden werden.

prozessen werden nur insofern und insoweit als Leistungen angesehen, wie sie Zwecke erfüllen. Dies kann einerseits in dem unmittelbaren Hervorbringen sonst nicht oder nicht in diesem Ausmaß bestehender erwünschter Wirkungen, dem Vermeiden oder Vermindern sonst bestehender unerwünschter Wirkungen sowie andererseits in der Erfüllung sonst nicht erfüllter abgeleiteter Zwecke, wie beispielsweise Herstellung einer bestimmten Form eines Werkstoffes oder Ortsveränderung eines Objektes, bestehen. Da derlei erwünschte Endzustände jedoch nur durch Aufgabe der mit einer bestimmten Zweckerfüllungsmöglichkeit versehenen Vorzustände herbeigeführt werden können, wird nur dann von Leistung gesprochen, wenn die Zweckerfüllung beziehungsweise das neu entstandene Zweckerfüllungspotential das aufgegebenes Zweckerfüllungspotential übersteigt¹⁾. Diese Bedingung ist notwendig, um ein Mißlingen des Kombinationsprozesses sowie allgemein Kostentatbestände als Nicht-Leistungen erfassen zu können. Kommt es in der Weise zu einem Mißlingen des Kombinationsprozesses, daß beispielsweise ein Werkstück im veränderten Zustand ein geringeres Zweckerfüllungspotential als im Vorzustand aufweist, oder liegen allgemein Veränderungen von Faktoren vor, deren Zweckerfüllung beziehungsweise zum Endzeitpunkt bestehendes Zweckerfüllungspotential geringer als jenes zu Beginn bestehende ist, so können diese Veränderungen keine Leistungen

-
- 1) Wie bereits erwähnt wurde, rückt diese Betrachtung in die Nähe der betriebswirtschaftlichen Wertschöpfungstheorie. Leistungen sind unumgänglich mit einer Wertschöpfung verbunden. Die hier gewählte Betrachtung unterscheidet sich jedoch insofern von dieser, als sie nicht die Gesamtheit der mit einem Kombinationsprozeß verbundenen Veränderungen insgesamt, sondern isolierte Teilveränderungen wie beispielsweise jene der Werkstoffe oder sonstiger Faktoren zu betrachten versucht. Allerdings kann es im Einzelfall notwendig sein, einen größeren Bereich als den eines einzelnen Faktors zu erfassen, da einzelne Faktoren zerteilt oder mehrere Faktoren zu neuen Einheiten verbunden werden können.

darstellen. Die nicht Zwecke erfüllenden Veränderungen stellen die nicht erwünschten, aber grundsätzlich unumgänglichen Konsequenzen von Kombinationsprozessen dar. Sie können in Zwecken zuwiderlaufende und die Zweckerfüllung nicht berührende Veränderungen geschieden werden. Zwecken zuwiderlaufende Veränderungen stellen Kosten¹⁾ dar.

Aus den obigen Ausführungen folgt, daß die Gesamtheit der durch Faktorkombination bewirkten Veränderungen anhand des Kriteriums der Zweckerfüllung in Leistungen, Kosten und indifferente Veränderungen geschieden werden kann. Dabei ist jedoch zu beachten, daß derlei Veränderungen keineswegs immer nur für den Betrieb, sondern gegebenenfalls auch für Nachfrager oder unbeteiligte Dritte²⁾ bezüglich deren Zweckerfüllung spürbar werden können.

Somit ist die "Zweckerfüllung" als weiteres Merkmal des Begriffes Leistung anzusehen. Durch das Abstellen auf die Erfüllung von Zwecken erfolgt eine Eingrenzung des Umfanges des Leistungsbegriffes; von der Gesamtheit der durch Faktorkombination bewirkten Veränderungen ökonomisch bedeutsamer Tatbestände werden nur jene als dem Leistungsbegriff zugehörig betrachtet, welche Zwecke erfüllen.

Nun kann sich die Einschätzung dessen, was als Leistung, Kosten und indifferente Veränderung anzusehen ist, im Zeitablauf wandeln. Neben einer Veränderung der Zwecksetzung liegt der Grund dafür darin, daß das, was als zweckerfüllend,

1) Sie bestehen im unmittelbaren Hervorbringen sonst nicht oder nicht in diesem Ausmaß bestehender unerwünschter Wirkungen.

2) Vgl. hierzu auch die Systematisierung der Produktionsmethoden nach der Art der Umweltbeeinflussung bei Kortz-fleisch, G. v., Systematik der Produktionsmethoden, in: Industriebetriebslehre in programmierter Form, Bd. 1, hrsg. von H. Jacob, Wiesbaden 1972, S. 169 ff.

Zwecken zuwiderlaufend und indifferent betrachtet wird, von der konkreten sachlichen, räumlichen und zeitlichen Einbettung der Kombinationsprozesse in das Gesamt von gleichzeitig, vorher und nachher durchgeführten, mit dem Prozeß über Faktoren oder Zwecke verbundenen Kombinationsprozessen abhängig ist. So ist beispielsweise der Verbrauch der Nutzungszeit einer Maschine nicht mehr indifferent, wenn durch andere Kombinationsprozesse bereits eine vollständige Belegung der Nutzungszeit gegeben ist¹⁾. Der Anfall eines zwar grundsätzlich, allerdings nur bis zu einer bestimmten Höchstmenge pro Periode verwendbaren Kuppelproduktes kann dann nicht mehr als Leistung angesehen werden, wenn diese Höchstmenge schon durch andere Kombinationsprozesse erreicht wurde und eine Übertragbarkeit in folgende Perioden nicht gegeben ist.

Die hier vorgetragene Sichtweise kann dann dazu führen, daß bei äußerlich gleichen Veränderungen von Tatbeständen im einen Fall von Leistung, im anderen nicht von Leistung, möglicherweise sogar von Kosten zu sprechen ist. So wäre beispielsweise die Ortsveränderung eines Lastkraftwagens an einen Einsatzort für eine folgende Lastfahrt als Ergebnis eines Kombinationsprozesses eine Zwecke des Betriebes erfüllende Leistung, während die gleiche Ortsveränderung dann, wenn im Ausgangsort eine Lastfahrt zu übernehmen wäre, im veränderten Ort jedoch nicht, als Kosten anzusehen wäre. Dies scheint jedoch nicht nur vertretbar, sondern bei einer finalen Betrachtung aller betrieblichen Aktivitäten unumgänglich notwendig. Leistungen können nur im Hinblick auf Zwecke entstehen, und diese verändern sich im Zeitablauf.

1) Vgl. Adam, D., Entscheidungsorientierte Kostenbewertung, Wiesbaden 1970, S. 47 ff.

b) Die Merkmale des allgemeinen Leistungsbegriffes

Zusammenfassend läßt sich die Leistung somit durch die Merkmale

- Faktorkombination,
- bewirkte Veränderung,
- ökonomisch bedeutsamer Tatbestand und
- Zweckerfüllung

definieren. Das gemeinsame Auftreten dieser Merkmale begründet allgemein das Vorliegen von Leistungen. In diesem Sinne wird vom allgemeinen Leistungsbegriff gesprochen.

Während die Begriffsmerkmale "bewirkte Veränderung" und "ökonomisch bedeutsamer Tatbestand", die zunächst zwangsläufig noch sehr allgemein gehalten sind und im Verlaufe der Arbeit durch Angabe möglicher Ausprägungsarten konkretisiert werden, als die den Begriff inhaltlich kennzeichnenden Merkmale angesehen werden, sind "Faktorkombination" und "Zweckerfüllung" als die den Begriffsumfang einengenden Abgrenzungsmerkmale¹⁾ aufzufassen. Sie können überdies, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, als Merkmale der Zuordnung der Erstellung und der Inanspruchnahme von Leistungen auf Wirtschaftseinheiten verwendet werden.

Es erscheint möglich, den aufgeführten allgemeinen Leistungsbegriff als mögliche Grundlage eines interdisziplinär gültigen Leistungsbegriffes anzusehen. So lassen sich beispielsweise die Leistungen des Politikers, des Militärs, des Wissenschaftlers, des Künstlers und des Sportlers unter dem obigen Leistungsbegriff erfassen, indem der Tatbestandsbereich entsprechend abgegrenzt wird. Letztlich

1) Vgl. hierzu Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 66 f.

ist auch der aufgeführte Leistungsbegriff der Mechanik, Arbeit pro Zeiteinheit, in der Weise eng mit dem hier aufgeführten Leistungsbegriff verwandt, als bei ihm nur zusätzlich eine Relativierung der Leistung einer bestimmten Art (physikalische Arbeit) auf die Zeiteinheit vorgenommen wird.

II. Spezielle Leistungsbegriffe

Die Merkmale des allgemeinen Leistungsbegriffes umfassen als Gattungsbegriffe (Oberbegriffe) eine Vielzahl von Artbegriffen (Unterbegriffen) mit jeweils geringerem Umfang¹⁾. Jedes der aufgeführten Merkmale des allgemeinen Leistungsbegriffes läßt sich in verschiedener Weise durch Angabe spezieller Klassen von Merkmalsausprägungen oder konkreter Merkmalsausprägungen einengen. Daraus ergeben sich unübersehbar viele Kombinationsmöglichkeiten zur Bestimmung spezieller Leistungsbegriffe²⁾.

Spezielle Leistungsbegriffe weisen im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit nur insoweit Bedeutung auf, als sie Arten der betrieblichen Leistung kennzeichnen. Artbegriffe eines Sachverhaltes können jedoch nur durch Arten der den Sachverhalt inhaltlich kennzeichnenden Merkmale und ihren Kombinationen, nicht dagegen durch Arten der den Begriffsumfang abgrenzenden Merkmale gebildet werden. Demzufolge werden Leistungsarten durch die Merkmale "bewirkte Veränderung" und "ökonomisch bedeutsamer Tatbestand" bestimmt. Unterschiedliche Ausprägungen dieser Merkmale führen zu unterschiedlichen Leistungsarten. Die Ableitung eines geschlossenen Systems betrieblicher Leistungs-

1) Vgl. Menrad, S., Kosten und Leistung, a.a.O., Sp. 2282.

2) Vgl. ebenda, Sp. 2282.

arten sowie ihre Kennzeichnung ist Gegenstand des folgenden Abschnittes der vorliegenden Arbeit, so daß auf eine Darstellung an dieser Stelle verzichtet werden kann.

Da die Merkmale "Faktorkombination" und "Zweckerfüllung" hier nur als den Begriffsumfang einengende Merkmale, nicht dagegen den sachlichen Inhalt der Leistung bestimmende Merkmale verstanden werden, führen unterschiedliche Ausprägungen dieser Merkmale bei gleichen Ausprägungen der die Leistungsart inhaltlich kennzeichnenden Merkmale nicht zu unterschiedlichen Leistungsarten. Allerdings ist es mit ihrer Hilfe möglich, Leistungen bestimmter Art auf sie erstellende und sie in Anspruch nehmende Wirtschaftseinheiten zuzuordnen. Sie können somit auch als Merkmale der Zuordnung aufgefaßt werden.

Anhand des Trägers der Faktorkombination kann die Leistung einem Veranlasser zugeordnet werden. Es ist zwischen Leistungen des Betriebes und Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte sowie der Natur zu unterscheiden. Als Leistung des Betriebes wird nur eine bewirkte Veränderung eines ökonomisch bedeutsamen Tatbestandes angesehen, die durch eine von ihm durchgeführte Faktorkombination erstellt wird. Im folgenden werden, sofern nicht ausdrücklich anders kenntlich gemacht, unter Leistungen stets durch Faktorkombination eines gedanklich betrachteten Betriebes erstellte Leistungen verstanden.

Anhand des Trägers des Zweckes, welcher durch eine Leistung erfüllt wird, kann die Leistung dem sie in Anspruch nehmenden Wirtschaftssubjekt zugeordnet werden. Es wird zwischen Zwecke des Betriebes und Zwecke Dritter erfüllenden Leistungen unterschieden. Hierauf wird, wegen der besonderen Bedeutung dieser Unterscheidung, im folgenden Teilabschnitt ausführlich eingegangen.

Zwei in der gleichen Zeitspanne oder zeitlich nacheinander erstellte Leistungen sind nach der hier vertretenen Auffassung einander nur dann gleich, wenn sie in den Ausprägungen der ihre Art kennzeichnenden Merkmale "bewirkte Veränderung" und "ökonomisch bedeutsamer Tatbestand" sowie im Träger der Faktorkombination und des Zweckes übereinstimmen. Dies bedeutet jedoch keineswegs unumgänglich, daß sie vom die Leistung erstellenden Betrieb und/oder in Anspruch nehmenden Wirtschaftssubjekt als ökonomisch gleichwertig eingeschätzt werden.

C. Die Unterscheidung der von Betrieben erstellten Leistungen in Endleistungen und Vorleistungen

Es erscheint fraglich, ob die Gesamtheit der vom Betrieb durch Faktorkombination erstellten Leistungen pauschal als für den Bedarf Dritter erstellte Leistungen anzusehen ist. Zwar werden letztlich alle betrieblichen Leistungen im Zusammenhang mit Zwecke Dritter erfüllenden Leistungen erbracht, jedoch handelt es sich zum Teil um solche Leistungen, die allein oder im wesentlichen aus der Sicht des die Leistung erstellenden Betriebes bedeutsam sind und nur **weitläufig** mit Zwecken der Nachfrager erfüllenden Leistungen im Zusammenhang stehen.

Zum einen sind dies Leistungen, die niemals für Dritte bestimmt sind¹⁾. Als Beispiele mögen die betriebliche Beschaffungsleistung, die Leistungen einer Werkbahn²⁾, das Abrüsten von Maschinen und das Reinigen von Behältnissen angeführt werden. Zum anderen handelt es sich um Leistungen, die bei mehrstufiger Leistungserstellung zwar als Mittel zum Zwecke der Erstellung von Leistungen für den Bedarf

1) Vgl. Walther, A., Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1. Bd.: Der Betrieb, 2. Aufl., Zürich 1959, S. 237.

2) Vgl. ebenda, S. 237.

Dritter erbracht werden¹⁾, welche jedoch in ihrer Art durch die Faktorausstattung des Betriebes und seine Vorgehensweise bei der Leistungserstellung bestimmt werden und keineswegs immer im Hinblick auf den letztlich verfolgten Zweck als objektiv notwendig aufgefaßt werden können. Außerdem kann bei Betrieben, die objektbezogene Leistungen für den anonymen Markt erstellen, eine Annahme eines entsprechenden Leistungsangebotes durch Nachfrager ausbleiben, Eigenverbrauch eintreten oder ein Untergang der Objekte erfolgen. In allen aufgeführten Fällen ist eine Einordnung der Leistungen als für den Bedarf Dritter erstellt unbefriedigend. Hieraus resultiert der Wunsch, die vom Betrieb erstellten Leistungen danach zu differenzieren, ob sie sich bei einem bestimmten Nachfrager zweckerfüllend ausgewirkt h a b e n oder nicht.

Ausgehend von der Vorstellung eines sich in mehreren isolierbaren Stufen gleichzeitig und/oder zeitlich nacheinander vollziehenden Gesamtleistungsprozesses des Betriebes werden unter Verwendung des oben zur Zuordnung der Leistungen auf Inanspruchnehmer verwendeten Merkmals der Zweckerfüllung die vom Betrieb erstellten Leistungen danach unterscheiden, ob sie unmittelbar Zwecke Dritter oder - zunächst nur - Zwecke des Betriebes erfüllen. Unmittelbar Zwecke Dritter erfüllende Leistungen des Betriebes werden als Endleistungen^{2) 3)}, unmittelbar Zwecke lediglich des Betrie-

1) Vgl. Lehmann, M. R., Industriekalkulation, 4. Aufl., Stuttgart 1951, S. 48 und 152, und Ehrt, R., a.a.O., S. 32.

2) Endleistungen stellen dabei nur die letzte Stufe des betrieblichen "Leistungs"-prozesses, nicht des gesamtwirtschaftlichen Prozesses dar. Sie können die Befriedigung von Bedürfnissen wie auch die Erfüllung abgeleiteter Zwecke zum Gegenstand haben.

3) Diese unmittelbare Erfüllung von Zwecken Dritter liegt noch n i c h t vor, wenn für den anonymen Markt bestimmte industrielle Erzeugnisse fertiggestellt werden. Derlei Fertigerzeugnisse können nämlich beispielsweise durch Schadensfälle wieder vernichtet werden oder unverkäuflich bleiben. In diesen Fällen kommt es n i e zu einer Erfüllung der Zwecke Dritter.

bes erfüllende Leistungen als Vorleistungen bezeichnet¹⁾.

Hierbei ist streng auf einzelne Stufen der Leistungserstellung abzustellen und die Zweckerfüllung eng aufzufassen. Es wird beispielsweise dann, wenn Veränderungen an einem nicht dem Dritten gehörenden Objekt vorgenommen werden, noch nicht von einer Erfüllung der Zwecke Dritter, sondern des Betriebes ausgegangen²⁾ denn hierdurch versetzt sich dieser erst in die Lage, die von Dritten angestrebte Endleistung zu erbringen. Andererseits werden durch die Erstellung von Endleistungen - abgesehen von dem hierdurch erlangten Anspruch auf die vereinbarte Gegenleistung des Marktpartners beim Leistungstausch - grundsätzlich nicht unmittelbar Zwecke des Betriebes erfüllt, denn dem Betrieb obliegt die Durchführung eines Kombinationsprozesses, und mit diesem sind für ihn regelmäßig Zwecken zuwiderlaufende Veränderungen ökonomisch bedeutsamer Tatbestände verbunden. Die im Zusammenhang mit der Erstellung von Endleistungen auftretende Erfüllung von Zwecken des Betriebes kann somit grundsätzlich nur in einer von ihm erlangten Gegenleistung Dritter gesehen werden.

1) Diese Unterscheidung zwischen End- und Vorleistungen ist nicht identisch mit der von A. Walther getroffenen Differenzierung zwischen Markt- und Betriebsleistungen, vgl. Walther, A., a.a.O., S. 237 ff. Während die Betriebsleistung nach der Auffassung A. Walthers einen Zwischenzustand der für den Bedarf Dritter erstellten Leistungen darstellen soll, welcher nur noch der Übernahme durch Dritte bedarf, um zur Marktleistung zu werden, wird hier die Auffassung vertreten, daß es diesen Zwischenzustand bezüglich der Zwecke Dritter erfüllenden Leistungen nicht geben kann. Leistungen als bewirkte Veränderungen ökonomisch bedeutsamer Tatbestände erfüllen entweder unmittelbar Zwecke Dritter oder nicht. Sofern sie nicht Zwecke Dritter erfüllen, bedarf es in jedem Falle einer weiteren Veränderung, um den Zwecke Dritter erfüllenden Tatbestand zu erreichen. Diese Veränderung stellt dann die Endleistung dar. Vgl. zur Kritik der Allgemeingültigkeit der Unterscheidung von Betriebs- und Marktleistungen auch Bendixen, P., a.a.O., S. 32 ff.

2) Etwas anderes ist gegeben, wenn das veränderte Objekt dem Dritten bereits rechtlich zugeordnet ist. Dann ist die durch den Betrieb vorgenommene Veränderung des Objektes als Erfüllung eines aus dem vom Nachfrager letztlich angestrebten Endzweck abgeleiteten Vorzweckes des Dritten anzusehen. Vgl. hierzu auch S. 33 f. der vorliegenden Arbeit.

Eine Erfüllung der Zwecke Dritter erscheint nun nur dann möglich, wenn diese selbst oder ihnen zugeordneten Faktoren an dem Prozeß der Leistungserstellung teilnehmen. Dies geschieht, indem Dritte und/oder ihre Objekte in die zweckerfüllende Faktorkombination einbezogen werden. Ohne eine derartige Mitwirkung ist eine positive Auswirkung der Veränderung bei Dritten und somit eine Zweckerfüllung nicht möglich. Die Teilnahme kann entweder aktiv oder passiv sein¹⁾.

Wird zunächst von einer aktiven Teilnahme des nachfragenden Wirtschaftssubjektes ausgegangen, so kann diese vor und nach oder während des vom Betrieb durchgeführten Kombinationsprozesses stattfinden. Als Beispiele für dem Kombinationsprozeß vor- und nachgelagerte Handlungen möge das Beisteigen und Verlassen eines fahrplanmäßig verkehrenden Zuges genannt werden. Es handelt sich jedoch in diesem Fall um dem betrachteten betrieblichen Kombinationsprozeß vor- und nachgelagerte Prozesse, in denen das die Endleistung nachfragende Wirtschaftssubjekt selbst Leistungen erbringt. Sie stellen keine Leistungen des Betriebes dar.

Ist dagegen während des betrieblichen Leistungsprozesses eine aktive Teilnahme des Nachfragers erforderlich, so ist zu unterscheiden, ob sie aufgrund der Disposition des Betriebes, des Nachfragers oder beider gemeinsam erfolgt. Disponiert entweder ausschließlich der Betrieb oder der Nachfrager über die im Kombinationsprozeß eingesetzten Faktoren, so stellt die zweckerfüllende Veränderung eine vom einen oder anderen erstellte Leistung dar. Wird dagegen von beiden eine aktive Teilnahme verlangt und kann diese nur nach vorheriger Einigung beider erfolgen, so stellt die entstandene Leistung eine Gemeinschaftsleistung beider dar. Eine Zurechnung ausschließlich auf eine der Parteien

1) Vgl. Maleri, R., a.a.O., S. 69 und 78 ff.

ist nicht möglich.

Eine notwendige passive Mitwirkung des Nachfragers besteht im Regelfall im Erdulden der Vornahme von Veränderungen am Nachfrager selbst oder an ihm zugeordneten Faktoren. Allerdings erscheint es notwendig, die passive Mitwirkung weiter abzugrenzen. Sie wird beispielsweise auch dann als vorliegend angesehen, wenn dem Nachfrager Rechte bestimmter Art übertragen werden.

Aus dem Erfordernis der Teilnahme des die Endleistung nachfragenden Wirtschaftssubjektes am Prozeß der Leistungserstellung folgt, daß Endleistungen grundsätzlich nicht gegen den Willen der Wirtschaftssubjekte erstellt werden können. Allerdings darf daraus nicht geschlossen werden, daß es sich bei Endleistungen in jedem Fall um vom Betrieb abgesetzte¹⁾ Leistungen handeln muß. Es sind beispielsweise im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung von Austauschbeziehungen Leistungen denkbar, die Ausprägungen aller Merkmale des Leistungsbegriffes aufweisen, denen jedoch der Absatz im hier verstandenen Sinne fehlt. Dies gilt beispielsweise für Dritten vom Betrieb zugeführte Werbeformationen, Werbegeschenke, Warenproben, Beratungen, Einweisungen in die Verwendung, sofern und soweit sie nicht Gegenstand des Leistungsvertrages sind. Es handelt sich dabei um erstellte, nicht dagegen um abgesetzte Endleistungen des Betriebes.

1) Unter Absatz wird dabei die Gesamtheit der auf den Abschluß von Leistungsverträgen, die auf die Erstellung von Endleistungen gerichtet sind, abzielenden Aktivitäten des Betriebes verstanden. Vgl. hierzu S. 182 der vorliegenden Arbeit. Abgesetzte Leistungen stellen somit jene Endleistungen dar, die aufgrund von Leistungsverträgen erstellt werden.

Als Vorleistungen werden demgegenüber jene betrieblichen Leistungen bezeichnet, die unmittelbar Zwecke lediglich des Betriebes erfüllen. Es handelt sich bei ihnen einerseits um nicht im Hinblick auf die Endleistungen erstellte betriebliche Leistungen und andererseits um aus den zu erstellenden Endleistungen abgeleitete Vorzwecke erfüllende Leistungen. Ihre Erstellung versetzt den Betrieb auf der Grundlage der gegebenen Faktorausstattung erst in die Lage, die von Dritten angestrebten Endleistungen zu erstellen. Wie bereits gezeigt wurde, bestehen sie aus einer Anzahl gleichzeitig oder zeitlich nacheinander vorzunehmender stufenweiser Veränderungen¹⁾.

Vorleistungen können den Charakter von Zwischenleistungen annehmen. Für sie sollte jedoch der Begriff Zwischenprodukte, wie er in der Literatur teilweise gebräuchlich ist, nicht verwendet werden. Ist es doch nur sinnvoll in bezug auf solche Vorleistungen, die sich dauerhaft an Objekten niedergeschlagen haben, von Zwischenprodukten zu sprechen, und umfassen sie doch mehr als nur betriebliche Vorleistungen, nämlich beispielsweise auch Vorleistungen anderer Betriebe und der Natur. Ebenso sollte der Ausdruck Wiedereinsatzleistungen vermieden werden. Zwar sind alle nicht nutzlos vertanen Vorleistungen Einsatzleistungen gleichzeitiger oder zeitlich folgender Kombinationsprozesse, jedoch kann von Wiedereinsatzleistungen nur dann gesprochen werden, wenn sich die Vorleistungen dauerhaft an Objekten niedergeschlagen haben. Dies ist allerdings keineswegs bei allen Vorleistungen der Fall. Wiedereinsatzleistungen umfassen somit nur einen Teil der Vorleistungen. Der übrige Teil stellt unmittelbar im Zeitmoment der Entstehung einzusetzende Leistungen dar²⁾.

1) Vgl. S.33 f der vorliegenden Arbeit.

2) Vgl. hierzu auch die Verwendung des Ausdruckes "(Wieder-)Einsatzleistungen" durch Menrad, S., Der Kostenbegriff, a.a.O., S. 53.

Unter Vorleistungen sollen jedoch nicht nur jene Leistungen verstanden werden, die als Mittel im Hinblick auf Endleistungen erstellt werden, sondern auch Ergebnisse von auf die Beseitigung von negativen Wirkungen vorhergehender Aktivitäten gerichteten Kombinationsprozessen¹⁾. Als Beispiele mögen aufgeführt werden die Rückführung eines Fahrzeuges zum Standort des Betriebes, die Abrüstung einer in bestimmter Weise eingerichteten Maschine, die Säuberung eines verschmutzten Behälters und die Beseitigung angefallener Schadstoffe. Allerdings lassen sich diese Vorleistungen häufig auch als Mittel zur Durchführung folgender Kombinationsprozesse deuten. Dies wird jedoch dem Wesen der aufgezeigten Vorleistungen nicht immer gerecht.

Wenn auch die Unterscheidung von End- und Vorleistungen weitgehend parallel der Frage ist, ob der Betrieb unabhängig vom nachfragenden Wirtschaftssubjekt die Leistungserstellung planen und realisieren kann, so deckt sie sich doch nicht völlig mit dieser. Während Endleistungen nur unter Mitwirkung von Nachfragern erstellt werden können, eine autonome Erstellung durch den Betrieb und somit Erstellung von Endleistungen auf Vorrat ausgeschlossen ist,²⁾ können Vorleistungen vom Betrieb grundsätzlich unabhängig vom Nachfrager erstellt werden. Eine Ausnahme besteht dann, wenn in einer in der Folge mehrerer Stufen der Leistungserstellung frühen Phase die Mitwirkung des die Endleistung nachfragenden Dritten notwendig ist, wie dies beispielsweise bei aufgrund von Konstruktionsplänen des Nachfragers zu erstellenden Vorleistungen auftritt. Eine Erstellung derlei Vor-

1) Dieses Vorgehen mag begrifflich betrachtet unbefriedigend erscheinen; auf eine gesonderte Erfassung derlei "Nachleistungen" wird jedoch aus Vereinfachungsgründen verzichtet.

2) Von der Möglichkeit, Leistungen autonom zu erstellen, ist die Frage zu unterscheiden, ob Leistungen auf Vorrat erstellt werden können. Bei autonom zu erstellenden Leistungen ist eine Vorratserstellung grundsätzlich möglich, jedoch nicht immer erwünscht; bei nicht autonom zu erstellenden Leistungen ist eine Vorratserstellung ausgeschlossen.

leistungen auf Vorrat ist ausgeschlossen. Allerdings kann von Betrieben gegebenenfalls die notwendige Mitwirkung in eine spätere Phase verschoben werden.

Die von Betrieben insgesamt erstellten Leistungen ergeben sich aus den für Dritte erstellten Endleistungen sowie aus der Summe der vom Betrieb im wesentlichen zur Vorbereitung der Erstellung von Endleistungen erbrachten Vorleistungen. Da "von Betrieb zu Betrieb erhebliche Unterschiede in dem Anteil am jeweiligen Ablauf zwischen Natur und menschlichem Bedarf bestehen"¹⁾, ist die Leistungstiefe²⁾ der Betriebe höchst unterschiedlich. Hieraus folgt, daß die vom Betrieb insgesamt erbrachte Leistung nicht nur mit Hilfe der Endleistung³⁾, sondern nur durch die sich aus Endleistungen und Vorleistungen zusammensetzende Gesamtleistung des Betriebes gekennzeichnet werden kann.

-
- 1) Schäfer, E., Die Unternehmung, 8. Aufl., Opladen 1974, S. 4. (Hervorhebung fortgelassen).
 - 2) Vgl. ebenda, S. 4.
 - 3) Nicht in jedem Falle stellt die Endleistung die augenfälligste Leistung aus dem Bereich der betrieblichen Gesamtleistung dar. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß nur die Endleistung Zwecke Dritter zu erfüllen vermag und nur bei ihrem Vorliegen überhaupt eine wirtschaftliche Leistung für Dritte erbracht wird.

Dritter Abschnitt

ARTEN BETRIEBLICHER ENDLEISTUNGEN

A. Die Arten der vom Betrieb für den Bedarf Dritter erstellten Leistungen in der Literatur

Aussagen über die Arten der von Betrieben für den Bedarf Dritter erstellten Leistungen, soweit sie nicht zur Kennzeichnung der Leistung der Betriebe eines Wirtschaftszweiges dienen, finden sich in der Literatur regelmäßig nur im Zusammenhang mit der Untergliederung von Betrieben nach der Art der erstellten Leistung. Weitgehend einheitlich wird zwischen der Erstellung von Sachleistungen (Sachgüter) und Dienstleistungen unterschieden¹⁾. "Güter materieller Art werden als Sachgüter oder Sachleistungen, Güter immaterieller Art als ... Dienstleistungen bezeichnet."²⁾

Als Sachleistungen werden die Gewinnung von Rohstoffen in Gewinnungsbetrieben, Erstellung von Produkten (Fabrikaten, Erzeugnissen) in Produktionsbetrieben und Rohstoffen und Fabrikaten in Veredelungsbetrieben angesehen³⁾. Dienstleistungen stellen die Sammlung oder Verteilung von Sachgütern durch Handelsbetriebe, Vergabe von Krediten durch Bankbetriebe, Beförderung von Personen und Sachen durch Transportbetriebe, Gewährung von Versicherungsschutz durch Versicherungsbetriebe und Übernahme revisionstechnischer,

1) Vgl. beispielsweise Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 1, Eick, J., Dienstleistungen, in: HdSW, Bd. 12, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 552, Heinen, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 127, Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 18, Löffelholz, J., Repetitorium der Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl., Wiesbaden 1975, S. 30, Nieschlag, R., Dichtl, E., und Hörschgen, H., Marketing, 8. Aufl., Berlin 1975, S. 6, und Wöhe, G., a.a.O., S. 10 f.

2) Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 1.

3) Vgl. ebenda, S. 1 f.

organisatorischer und steuerrechtlicher Betreuung durch Treuhandgesellschaften dar¹⁾. Eine identische oder ähnliche Aufzählung der Arten der von Betrieben für den Bedarf Dritter erstellten Leistungen findet sich bei einer großen Zahl anderer betriebswirtschaftlicher Autoren²⁾.

Der aufgeführten Einteilung der Arten betrieblicher Leistungen mangelt es einerseits an Vollständigkeit; so sind beispielsweise die Leistungen der Lagerhausbetriebe, die zeitlich begrenzte Überlassung von Sachobjekten durch Leasing-Betriebe sowie Leistungen der Lotterie- und Spielbankbetriebe nicht erfaßt. Zum anderen, und dies scheint Voraussetzung einer vollständigen Erfassung der von Betrieben für den Bedarf Dritter erstellten Leistungsarten, fehlt es der obigen Aufzählung von Leistungsarten an einer systematischen Einteilung anhand logisch einwandfreier Kriterien.

Selbst die aufgeführte, auf den ersten Blick einwandfrei erscheinende Unterscheidung der Leistungen in (materielle) Sachleistungen und (immaterielle) Dienstleistungen kann nicht als eindeutig angesehen werden. Für eine zweifelsfreie Untergliederung wäre festzulegen, ob das Unterscheidungskriterium in einer Veränderung immaterieller Objekte oder einer immateriellen Veränderung materieller Objekte zu sehen ist. Je nachdem wären Verkehrs- und Lagerleistungen der Gruppe der Sach- oder der Dienstleistungen zuzuordnen³⁾. Wegen der häufig unbefriedigenden Ergebnisse einer Unter-

1) Vgl. Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 1.

2) Vgl. beispielsweise Heinen, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S.127 ff., Löffelholz, J., a.a.O., S. 22 f., Nieschlag, R., Dichtl, E., und Hörschgen, H., a.a.O., S. 6, und Wöhe, G., a.a.O., S. 10 f und 275.

3) Vgl. hierzu auch Bendixen, P., a.a.O., S. 17 ff.

scheidung in Sach- und Dienstleistungen¹⁾ und wegen der nahezu beliebig ausgedehnten Verwendung des Ausdruckes Dienstleistung in der Literatur²⁾ wird im folgenden auf den Gebrauch der Ausdrücke Sach- und Dienstleistungen verzichtet.

B. Die eine Endleistung kennzeichnenden Merkmale als Gegenstand des Leistungsvertrages und die Dispositionsbestimmtheit der die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale

I. Die eine Endleistung kennzeichnenden Merkmale als Gegenstand des Leistungsvertrages

Endleistungen können von Betrieben definitionsgemäß nur für den Bedarf Dritter erstellt werden. Hierbei sind das, was der Betrieb dem Dritten gewährt, und das, was der Dritte vom Betrieb empfängt, die zwei Seiten eines identischen Tatbestandes, wenn auch Motive und subjektive Wertschätzung bei Leistendem und Empfangendem grundsätzlich unterschiedlich sind. Obwohl Absatz der Endleistung sowie Empfang einer Gegenleistung nicht zu den die betriebliche Endleistung kennzeichnenden Merkmalen gezählt werden, wird im folgenden doch das Hauptaugenmerk auf jene Endleistungen gerichtet sein, die vom Betrieb aufgrund eines erfolgreich durchgeführten Absatzprozesses erstellt werden und für die er vom Nachfrager eine Gegenleistung empfängt³⁾.

-
- 1) Als Beispiel mag nachstehendes Zitat aufgeführt werden: "Etwas verwirrend ist auch folgendes: die Überlassung eines Sachgutes auf Zeit ist eine Dienstleistung. Obwohl das vermietete Haus ein Sachgut darstellt, besteht die Leistung des Vermieters in einer Dienstleistung", Eick, J., a.a.O., S. 552. Demnach würden von einem Büromaschinenhersteller, welcher Rechenanlagen alternativ verkauft oder vermietet, einem Verwender gegenüber zum einen eine Sachleistung und zum anderen eine Dienstleistung, somit völlig unterschiedliche Leistungen erbracht. Wird berücksichtigt, daß in der Praxis Kauf auf Raten und langfristige Miete (Leasing) häufig nicht exakt zu trennen sind und daß eine verkaufte Maschine aufgrund aufgetretener Mängel nach einer Zeit der Nutzung an den liefernden Betrieb zurückgehen kann (Wandlung), so vermag das Vorliegen völlig unterschiedlicher Leistungsarten aus der Sicht des Verwenders nicht eingesehen zu werden.
- 2) Vgl. hierzu Maleri, R., a.a.O., S. 4 ff.
- 3) Dieses Vorgehen ist für den hier verfolgten Zweck, die mögliche Beeinflussung der die konkrete Leistungsart

In Marktwirtschaften wird der Austausch von Leistung und Gegenleistung zwischen Anbieter und Nachfrager über den Markt vollzogen¹⁾. Der Austausch von Leistungen kann so gedeutet werden, daß jedem Wirtschaftssubjekt die Durchführung einer Faktorkombination obliegt, deren zweckerfüllende Wirkung dem Partner und deren Zwecke zuwiderlaufende Wirkung ausschließlich oder im wesentlichen ihm selbst zufallen. Die Durchführung der Faktorkombination erfüllt für jeden Partner grundsätzlich nur insoweit eigene Zwecke, als er dafür einen rechtlich durchsetzbaren Anspruch auf die Gegenleistung des Partners erlangt. Aus der Freiheit des Leistungstausches, die in marktwirtschaftlichen Wirtschaftsformen grundsätzlich besteht, folgt, daß jedem realen Leistungstausch eine Einigung zwischen anbietendem Betrieb und nachfragendem Wirtschaftssubjekt vorausgeht²⁾. Die Einigung über die die Leistungsbeziehung kennzeichnenden Merkmalsausprägungen wird als Leistungsvertrag bezeichnet.

Der auf die Erstellung von Endleistungen gerichtete Leistungsvertrag stellt das Ergebnis erfolgreich abgeschlossener Absatzbemühungen des Betriebes und Beschaffungsbemühungen des nachfragenden Wirtschaftssubjektes dar. Der Vertrag erfordert dabei, von in den einschlägigen Gesetzen geregelten Sonderfällen abgesehen, weder eine besondere Form³⁾ noch bedarf es einer ausdrücklichen Einigung; Verträge können auch durch schlüssiges Handeln geschlossen werden⁴⁾.

kennzeichnenden Merkmalsausprägungen durch den Verhandlungsprozeß zwischen Betrieb und Nachfrager aufzuzeigen, angängig, weil bei nicht abgesetzten Endleistungen die die Leistungsart kennzeichnenden Merkmalsausprägungen vom Betrieb autonom festgelegt werden können.

1) Vgl. Bendixen, P., a.a.O., S. 32 f.

2) Vgl. ebenda, S. 33.

3) Vgl. Kallwass, W., Privatrecht für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, 6. Aufl., Porz am Rhein 1972, S. 49.

4) Vgl. ebenda, S. 55.

Der Leistungsvertrag ist Grundlage einer jeden, gleichzeitig mit Vertragsschluß oder später realisierten gegenseitigen Leistungsbeziehung zwischen Betrieb und Nachfrager. In ihm werden die erwünschten Ausprägungen der die Erstellung der Endleistung sowie der Gegenleistung kennzeichnenden Merkmale festgelegt¹⁾, die durch den folgenden Realprozeß in die Wirklichkeit umzusetzen sind.

Sowohl die vom Betrieb zu erstellende Endleistung wie auch die vom Nachfrager zu erbringende Gegenleistung können insgesamt durch Ausprägungen der ihre Art kennzeichnenden Merkmale, der Menge, des Ortes und der Zeit genau beschrieben werden²⁾. Sie sind Gegenstand des Leistungsvertrages. Es ist dabei allerdings fraglich, ob letztere Merkmale ebenfalls zu den die Leistungsart bildenden Merkmalen zu zählen sind. Dies ist zunächst hinsichtlich der den Umfang der Gesamtleistung bestimmenden Menge zu verneinen; die Menge der auf einmal oder im Zeitablauf sukzessive zu erstellenden Einheiten einer abgegrenzten Leistungsart³⁾ wird nicht als Merkmal der Leistungsart angesehen, so bedeutsam ihre Festlegung im Einzelfall für Betrieb und Nachfrager auch sein mag. Ähnliches gilt für Ort und Zeit der Leistungserstellung, soweit entsprechende Ausprägungen nicht zu den die Leistungsart kennzeichnenden Merkmalen gehören⁴⁾. Es wird davon ausgegangen, daß eine Leistung einer bestimmten Art in gleicher Weise grundsätzlich sowohl an einem anderen Ort wie auch zu einem anderen Zeitpunkt erstellt werden kann. Wenn dies so ist, dann können Ort und Zeit nicht zu den die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale gezählt werden.

-
- 1) Im Leistungsvertrag wird ebenfalls die vom die Leistung in Anspruch nehmenden Wirtschaftssubjekt zu erbringende Mitwirkung am Kombinationsprozeß bestimmt.
 - 2) Sofern mehrere unterschiedliche Leistungsarten Gegenstand des Leistungsvertrages sind, gilt dies für jede Leistungsart.
 - 3) Allerdings muß jeder mengenmäßig erfaßten Leistung eine abgegrenzte Einheit der Leistungsart zugrunde gelegt werden. Durch eine entsprechende Abgrenzung der Einheit der Leistungsart läßt sich die Menge immer auf 1 zurückführen. Insofern sind Aussagen über Mengen immer als relativ anzusehen.
 - 4) Dies ist, wie noch zu zeigen sein wird, beispielsweise bei der Verkehrs- und der Lagerleistung gegeben.

Sie sind als die eine Leistung bestimmter Art in den konkreten Raum- und Zeitzusammenhang einordnenden Merkmale aufzufassen.

Wird die Leistung des Betriebes nicht gleichzeitig mit oder unmittelbar nach Abschluß des Leistungsvertrages erbracht, sondern ihre Erstellung zu einem bestimmten Zeitpunkt¹⁾ der Zukunft vereinbart, so liegt ein Termingeschäft vor²⁾. Zwischen Vertragsschluß und Abwicklung der Leistungsbeziehung bestehen Rechtsbeziehungen zwischen Betrieb und Marktpartner; letzterer hat einen Anspruch auf die vereinbarte Leistung, der Betrieb einen auf die vereinbarte Gegenleistung³⁾. Die Ansprüche können sich bei sukzessiver Erfüllung des Leistungsvertrages im Zeitablauf entsprechend den erbrachten Teilleistungen kontinuierlich oder diskontinuierlich verringern.

-
- 1) Kann der Zeitpunkt der Erstellung vom Nachfrager nach Abschluß des Leistungsvertrages frei gewählt werden, so liegt eine spezielle Leistungsart vor, vgl. S. 254 f. Dieser Fall wird zunächst aus der Betrachtung ausgeklammert. Aus Vereinfachungsgründen wird von einer zufälligen Festlegung des Ausführungszeitpunktes abgesehen.
 - 2) Zum Termingeschäft vgl. beispielsweise Krümmel, H.-J., Börsen und Börsengeschäfte, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 979. Wenn auch der Begriff Termingeschäft bislang nur für bestimmte Güterarten und Märkte gebraucht wird, so ist doch nicht einzusehen, warum er nicht allgemein für alle Leistungsarten verwendet werden sollte.
 - 3) Ansprüche können darüber hinaus unter anderem noch im Zusammenhang mit der zeitlich begrenzten Übertragung des Nutzungsrechtes von Faktoren entstehen.

Die im Leistungsvertrag zugrunde gelegten Ausprägungen der die gesamte Leistungsbeziehung zwischen Betrieb und Nachfrager kennzeichnenden Merkmale stellen Sollgrößen¹⁾ für den folgenden Realisationsprozeß dar und werden diesem zugrunde gelegt. In diesem Sinne sind die im Verlaufe der Arbeit aufzuführenden, die Leistungsarten inhaltlich kennzeichnenden Merkmale aufzufassen. Einschließlich Menge, Ort und Zeit der Leistungserstellung kennzeichnen sie die vom Betrieb dem Dritten gegenüber zu erbringende Leistung, auf die dieser einen Anspruch hat. Entsprechendes gilt für die Gegenleistung. Von diesen Sollgrößen können als Istgrößen jedoch die Merkmalsausprägungen der erstellten Leistung als Ergebnis des Realisationsprozesses abweichen. Das Ausmaß der Abweichung zwischen Vereinbartem und Realisiertem kann dabei als ein qualitativer Aspekt der Ausführung des Kombinationsprozesses aufgefaßt werden²⁾. Zu vertretende Abweichungen der realisierten von den vereinbarten Merkmalsausprägungen begründen Bestehen und Ausmaß der Gewährleistungsverpflichtungen der Marktpartner.

II. Die Dispositionsbestimmtheit der Ausprägungen der die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale

Die Ausprägungen der die gesamte Leistungsbeziehung kennzeichnenden Merkmale werden grundsätzlich durch einen Verhandlungsprozeß zwischen Betrieb und nachfragendem Wirtschaftssubjekt festgelegt³⁾. Wenn auch Maßnahmen des Herbeiführens des Eintrittes der Nachfrager in Verhandlungen mit dem Betrieb sowie die Durchführung des Verhandlungsprozesses zum Zwecke der Einigung über die Ausprägungen der die Leistungsbeziehung kennzeichnenden Merkmale als dem Bereich

- 1) Analog der oben aufgeführten Unterscheidung der Phasen menschlichen Handelns in Entscheidung und Realisation kann der Leistungsvertrag als eine gemeinschaftlich von Betrieb und nachfragendem Wirtschaftssubjekt herbeigeführte Entscheidung über den folgenden realen Leistungstausch aufgefaßt werden.
- 2) Vgl. auch Bendixen, P., a.a.O., S. 45.
- 3) Genau wie im Verlaufe der Entwicklung der letzten Jahrhunderte die Betriebe erfahren haben, daß wirtschaftliche Vorteile in der Erstellung standardisierter Leistungsarten in dabei zu erreichender großer Stückzahl und weniger im Eingehen auf individuelle Leistungswünsche einzelner Nachfrager liegen, so läßt sich ebenfalls für den Absatz wie im übrigen auch für die Beschaffung feststellen, daß Betriebe durch Standardisierung der Bedingungen des

des Absatzes zugehörig betrachtet werden und demzufolge hier nicht zu behandeln sind, so ist der Verhandlungsprozeß doch insofern für den Gegenstand der vorliegenden Arbeit beachtlich, als durch ihn Einfluß auf die die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale ausgeübt werden kann. Hierauf sei im folgenden kurz eingegangen.

Zwar sind in vielen Fällen der Praxis die Ausprägungen der die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale Gegenstand des Verhandlungsprozesses, jedoch darf nicht verkannt werden, daß häufig vom Betrieb und/oder Nachfrager bestimmte Ausprägungen als unabdingbare Voraussetzung der Aufnahme von Austauschbeziehungen angesehen werden. Es kann insofern von einer Optionsfixierung in bezug auf alle oder einzelne Merkmalsausprägungen der Leistungsart gesprochen werden¹⁾²⁾.

Häufig wird eine Optionsfixierung bezüglich der Leistungsmerkmale vom Nachfrager vorgenommen. Er wird regelmäßig bestimmte, aus dem verfolgten Zweck abgeleitete Vorstellungen über die in Anspruch zu nehmende Leistungsart entwickeln und davon durch Einwirkungen des Betriebes im Rahmen eines Verhandlungsprozesses nicht oder nicht wesentlich abzubringen sein.

Leistungstausches einer Fülle von Einzelverhandlungen aus dem Wege zu gehen versuchen. Hierbei kann es zu einem mehr oder minder stark degenerierten Verhandlungsprozeß kommen.

- 2) Zwar ist der Begriff der Optionsfixierung in der Wirtschaftstheorie durch R. Frisch auf den Fall der Vorgabe sowohl einer Menge wie auch eines Preises festgelegt, für welche dem Partner nur die Wahl der gemeinschaftlichen Annahme oder Ablehnung bleibt, jedoch wird im allgemeinen wie auch im betriebswirtschaftlichen Sprachgebrauch der Begriff Optionsfixierung als grundsätzliche Wahlmöglichkeit eines Tuns oder Lassens gebraucht. In dieser, auf einzelne Merkmalsausprägungen bezogenen Form wird der Begriff hier verwendet. Vgl. zur Optionsfixierung Frisch, R., Monopol - Polypol - Der Begriff der Kraft in der Wirtschaft, in: Preistheorie, hrsg. von A. E. Ott, 3. Aufl., Köln-Berlin 1968, S. 22.
- 2) Die Optionsfixierung kann sich im übrigen auf weitere Merkmale der Leistung erstrecken.

Demgegenüber ist eine Optionsfixierung der Leistungsart durch den Betrieb dann unumgänglich, wenn er aufgrund der Auslegung seiner Leistungserstellungseinrichtungen nur bestimmte Leistungsarten zu erstellen in der Lage ist. Als Beispiele mögen städtische Wasserwerke genannt werden. Eine entsprechende Optionsfixierung kann jedoch auch aufgrund einer generell gültigen Vorentscheidung des Betriebes erfolgen, wie dies bei im Linienverkehr fahrenden Omnibussen gegeben ist.

Tritt auf der Seite des Betriebes und/oder des Nachfragers Optionsfixierung bezüglich der die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale auf, so ist hierdurch die mögliche Leistungsart vorgeprägt. Unbestimmt ist, ob es zu einer Einigung über die Durchführung eines Leistungstausches kommt. Sofern diese nicht durch nicht deckungsgleiche Vorprägungen der Leistungsart auf seiten des Nachfragers und des Betriebes von vornherein ausgeschlossen ist, kann sie nur im Wege eines Verhandlungsprozesses herbeigeführt werden.

In anderen Fällen werden weder beim Betrieb noch beim Nachfrager exakt umrissene Vorstellungen über die Ausprägungen der die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale vorliegen. Die konkrete Bestimmung der Leistungsart kann dann zum Gegenstand eines Verhandlungsprozesses werden. Allerdings dürfen Verhandlungen über die Leistungsart nicht losgelöst von den übrigen Bestandteilen des Leistungsvertrages gesehen werden. Entgegenkommen bezüglich einzelner Merkmale wird häufig durch Beharren oder verstärktes Fordern bei anderen Merkmalen auszugleichen versucht. Wesentlich für das Zustandekommen eines Leistungsvertrages ist, daß zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses von beiden Vertragspartnern die Gesamtheit der die Leistungsbeziehung kennzeichnenden Merkmalsausprägungen als ihre Zielerreichung fördernd eingeschätzt wird.

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die durch den Leistungsvertrag bestimmten Merkmale der Leistungsart nicht in jedem Fall den Wunschvorstellungen des Betriebes und des Nachfragers entsprechen, sondern häufig einen Kompromiß zwischen den Wünschen beider darstellen. Wie dieser im einzelnen auch ausfällt, Grundlage der die Leistungserstellung herbeiführenden Kombinationsprozesse ist die Leistungsart, wie sie im Leistungsvertrag zugrundegelegt ist. In diesem Sinne sind die die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale im weiteren Verlaufe der vorliegenden Arbeit aufzufassen.

C. Die elementaren betrieblichen Endleistungen

I. Endleistungen als Realleistungen und als nicht objektbezogene abstrakte Leistungsversprechen auf Realleistungen

Im folgenden werden die von Betrieben erstellten Endleistungen zunächst danach unterschieden, ob sie eine Zwecke Dritter erfüllende Veränderung der ökonomisch bedeutsamen Eigenschaften bestehender Objekte zum Inhalt haben oder nicht. Objekte als Gegenstand der Veränderung werden als Leistungsobjekte¹⁾ bezeichnet. An Leistungsobjekten bewirkte, Zwecke erfüllende Veränderungen werden Realleistungen genannt.

1) Bezogen auf die industrielle Produktion verwendet Gutenberg den Ausdruck Werkstoff, vgl. Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 3. Hier soll jedoch der umfassende Ausdruck Leistungsobjekt verwendet werden. Vgl. dazu Diederich, H., Theorie, a.a.O., S. 42 ff., und ders., Band I, a.a.O., S. 129.

Besteht eine betriebliche Endleistung nicht in der Veränderung der Eigenschaften bereits existierender Leistungsobjekte, so kann sie nur in einem vom Betrieb abgegebenen Versprechen auf Erstellung von Realleistungen begründet sein. Eigenständig Zwecke Dritter erfüllende Endleistungen dieser Art werden als abstrakte Leistungsversprechen bezeichnet¹⁾. Durch das abstrakte Leistungsversprechen werden, wie zu zeigen sein wird, dem nachfragenden Wirtschaftssubjekt vom Betrieb Risiken abgenommen oder Chancen übertragen. Das Mittel der Risiken- und Chancentransformation ist das Eingehen entsprechender rechtlicher Verpflichtungen seitens der Betriebe.

Somit werden Leistungsobjekte sowie Risiken und Chancen eines Wirtschaftssubjektes als jene Tatbestände im Sinne der allgemeinen Leistungsdefinition angesehen, deren zweckerfüllende Veränderung von anderen Wirtschaftssubjekten als Leistung empfunden wird. Entsprechend wird zwischen Realleistungen und abstrakten Leistungsversprechen als Gruppen betrieblicher Endleistungen unterschieden.

Es wird angestrebt, ein geschlossenes System betrieblicher Endleistungsarten abzuleiten. Hierzu wird aus methodischen Gründen der Erkenntnisgewinnung zunächst versucht, elementare Arten betrieblicher Endleistungen herauszubilden. Sie sind als elementar in dem Sinne anzusehen, daß sie die kleinsten selbständig existierenden Einheiten betrieblicher Endleistungen darstellen. Die elementaren Leistungsarten werden

1) Es ist im Verlaufe der Untersuchung zu klären, wann ein Leistungsversprechen als eine originäre Leistung des Betriebes für den Bedarf Dritter anzusehen ist.

durch Merkmale gekennzeichnet, und es wird versucht, die ökonomisch bedeutsamen Tatbestände von Leistungen nachfragenden Wirtschaftssubjekten sowie ihre angestrebten möglichen Veränderungen strukturell vollständig zu erfassen, so daß ein geschlossenes System betrieblicher Endleistungsarten entsteht, in welches jede in der Praxis erstellte Leistung eingeordnet werden kann.

Allerdings treten Endleistungen in der Realität nicht in jedem Fall in elementarer Form auf, sondern sie stellen gegebenenfalls Bündel elementarer Leistungsarten dar¹⁾. Die hier gewählte Vorgehensweise, die Arten betrieblicher Leistungen auf einige wenige Grundstrukturen zurückzuführen, durch deren beliebige Kombination alle in der Realität auftretenden Leistungen erklärt werden können, ist dem Erstellen unterschiedlicher körperlicher Gebilde aus Elementen eines Baukastens vergleichbar. Im folgenden werden zunächst Leistungsarten in ihrer elementaren Form dargestellt, bevor auf ihre Verbindung zu Leistungsbündeln eingegangen wird.

II. Die Realleistung als Zwecke Dritter erfüllende Veränderung betrieblicher Leistungsobjekte

a) Die Ableitung eines geschlossenen Systems betrieblicher Realleistungen

1. Die Leistungsobjekte der Realleistungen

Werden Realleistungen als an Leistungsobjekten bewirkte zweckerfüllende Veränderungen gekennzeichnet, so sind zur Ermittlung der Arten der Realleistungen die möglichen Lei-

1) Vgl. S. 266 f. der vorliegenden Arbeit sowie die dort aufgeführte Literatur.

stungsobjekte darzustellen sowie mögliche Veränderungen aufzuführen.

Wegen der Vielfalt des Auftretens von Objekten der realen Welt müßte eine unerschöpfliche Menge unterschiedlicher Leistungsobjekte als Gegenstand betrieblicher Leistungsprozesse betrachtet werden. Ein solches Vorgehen muß zwangsläufig an der Fülle der zu betrachtenden unterschiedlichen Objekte scheitern. Es ist somit nicht möglich, alle Arten von Objekten einzeln zu erfassen. Jedoch erscheint dies vom Standpunkt einer wissenschaftlichen Betrachtung auch nicht notwendig. Wissenschaftliches Arbeiten ist auf Allgemeingültigkeit der Aussagen ausgerichtet und verlangt somit Abstraktion von einzelnen Ausprägungen. Es erscheint somit zulässig und notwendig, Aussagen über die Objekte der Veränderung soweit zusammenzufassen, wie es für das Beibehalten der Allgemeingültigkeit verträglich ist. Entsprechend wird ein die reale Welt vollständig erfassendes System von Leistungsobjektgattungen abzuleiten versucht.

Veränderungen können am Menschen als Leistungsobjekt bewirkt werden. Sie können diesen zum einen in seiner Rolle als Zweckträger und zum anderen in seiner Eigenschaft als Faktor betreffen. Demgegenüber liegen alle übrigen im folgenden aufzuführenden Leistungsobjekte betrieblicher Realleistungen ausschließlich im Faktorbereich. Es ist folglich auf die möglichen Arten der Faktoren einzugehen.

Faktoren wurden oben als selbständig erfaßbare Zweckerfüllungsinstrumente bezeichnet, welche aufgrund eines ihnen innewohnenden Nutzungspotentials infolge ihres mit anderen Faktoren kombinierten Einsatzes die Erfüllung angestrebter Zwecke herbeizuführen in der Lage sind¹⁾. Aus Gründen

- 1) Hierbei ist das, was als selbständiges Zweckerfüllungsinstrument anzusehen ist, aus dem Zweck abzuleiten und von Fall zu Fall unterschiedlich. So kann beispielsweise bezüglich einer Kraftfahrzeug-Reparatur ein Motor oder auch eine Zündkerze ein selbständiges Zweckerfüllungsinstrument sein, bezüglich einer Verkehrsleistung wäre dagegen nur das Kraftfahrzeug als Ganzes als Faktor anzusehen.

einer umfassenden Analyse ist sowohl auf in Betrieben wie auch in anderen Wirtschaftseinheiten eingesetzte Faktoren abzustellen, da von letzteren Veränderungen der Eigenschaften ihrer Faktoren bei Betrieben nachgefragt werden können.

Zweckerfüllungsinstrumente im Sinne der aufgeführten Faktoren werden in der betriebswirtschaftlichen Literatur zum Teil als Produktionsfaktoren und zum Teil als Wirtschaftsgüter bezeichnet und dargestellt. Während die in der betriebswirtschaftlichen Literatur weitverbreitete, auf E. Gutenberg zurückgehende Einteilung der Produktionsfaktoren in Arbeitsleistungen, Betriebsmittel und Werkstoffe¹⁾, abgesehen von ihrem bereits erwähnten Mangel, daß zum Teil auf die Leistungsabgabe und zum Teil auf die Objekte abgestellt wird, wegen ihres Zuschnittes auf die Gegebenheiten der industriellen Produktion nicht als Grundlage eines umfassenden Systems der in Wirtschaftseinheiten eingesetzten Faktoren und damit potentieller Leistungsobjekte der Realleistungen geeignet erscheint, ist zu prüfen, ob die in der Literatur aufgeführten Wirtschaftsgüter ein vollständiges System der in Wirtschaftseinheiten eingesetzten Faktoren darstellen.

Als Gut werden die zur Erfüllung von Zwecken verwendbaren Mittel bezeichnet²⁾. "Güter sind allgemein Dinge (Gegenstände), die als Mittel für einen Zweck Bedeutung (Gewicht oder Wert) haben. ... Die entscheidenden Merkmale liegen nicht in der Art der Dinge selbst, sondern in einer Reihe von Attributen. Um als Gut angesprochen werden zu können, muß ein betrachteter Gegenstand mehrere Bedingungen erfüllen."³⁾

1) Vgl. hierzu Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 2 ff.

2) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 108 ff., und Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut, in: HWR, Stuttgart 1970, Sp. 1943. Kosiol spricht in diesem Zusammenhang von Produktoren (S. 108).

3) Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 110.

Die ein Wirtschaftsgut kennzeichnenden Merkmale werden von K. Chmielewicz, aufbauend auf C. Menger¹⁾, E. v. Böhm-Bawerk²⁾, A. Amonn³⁾, H. Mayer⁴⁾, W. Clauss⁵⁾ und E. Kosiol⁶⁾ zusammengefaßt dargestellt als

"Erkenntnis über:

1. Vorhandensein von bedarfsauslösenden Zwecken bei Wirtschaftssubjekten
2. Technische (qualitative) Zweckeignung der Güter und Beherrschung der Verfahrenstechnik zur Zweckerreichung
3. Vorhandensein von faktisch und rechtlich verfügbaren Gütern
4. Übertragbarkeit der Güter auf andere Subjekte
5. Relative Knappheit (einsetzbare Menge < Bedarfsmenge)
6. Ökonomische (preisliche) Eignung
(Preis < maximaler Nachfragepreis)"⁷⁾.

Dieser Güterbegriff umschließt neben Sachgütern auch immaterielle Realgüter wie Arbeitstätigkeiten, Dienste, Nutzungen von Gebrauchsgütern und Informationen sowie das Nominalgut Geld und Ansprüche auf Real- und Nominalgüter⁸⁾.

1) Menger, C., a.a.O.

2) Böhm-Bawerk, E. v., Rechte und Verhältnisse vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Güterlehre, Innsbruck 1881.

3) Amonn, A., Objekt und Grundbegriffe der Theoretischen Nationalökonomie, 2. Aufl., Leipzig-Wien 1927.

4) Mayer, H., Gut, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, hrsg. von L. Elster, A. Weber, F. Lieser, 4. Aufl., Bd. 4, Jena 1927, S. 1272 - 1280.

5) Clauss, W., Der Begriff des wirtschaftlichen Gutes, Diss. Halle 1927.

6) Kosiol, E., Die Unternehmung als wirtschaftsliches Aktionszentrum, Reinbek bei Hamburg 1966.

7) Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, in: ZfbF, 21. Jg. 1969, S. 85 (Hervorhebungen fortgelassen).

8) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 121, und Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 86.

Die von E. Kosiol unterschiedenen Arten der Wirtschaftsgüter können der Abbildung 3 entnommen werden^{1) 2)}. Nur sofern die vorher genannten Merkmale sowie zusätzlich Erkenntnis über diese Merkmale vorliegen, handelt es sich bei den in der Tabelle aufgeführten Güterarten um Wirtschaftsgüter³⁾. Von K. Chmielewicz werden die ursprünglichen Realgüter als absolute Güter und die ursprünglichen Nominalgüter sowie die abgeleiteten Real- und Nominalgüter als relative Güter bezeichnet⁴⁾. Die relativen Güter sind ihrer Funktion nach immateriell, benötigen jedoch im Falle der ursprünglichen Nominalgüter immer sowie im Falle der abgeleiteten Real- und Nominalgüter häufig eine zu den absoluten Gütern zugehörige Trägersubstanz⁵⁾.

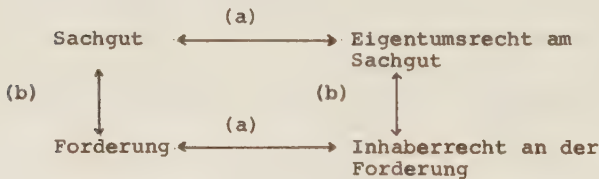
Abb. 3: Arten der Wirtschaftsgüter (nach Kosiol)¹⁾

Güter	Realgüter		Nominalgüter
	Materielle (körperliche) Realgüter	Immaterielle (unkörperliche) Realgüter	Stets immaterielle Güter
Ursprüngliche Güter	Sachgüter a) unbewegliche Sachgüter (Immobilien) b) bewegliche Sachgüter (Mobilien)	1. Arbeits- tätigkeiten jeder Art 2. Dienste 3. Informationen 4. Adjunktive Güter 5. Abstrakte Vorratigkeit	Geld
Abgeleitete Güter		Ansprüche auf ursprüngliche Realgüter a) Ansprüche auf ma- terielle Realgüter b) Ansprüche auf im- materielle Realgüter	Ansprüche auf ursprüngliche Nominalgüter (auf Gold) a) Darlehen b) Beteiligungen

- 1) Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 121 (Abb. 4).
- 2) Die bei Chmielewicz aufgeführte Einteilung ist detaillierter, jedoch strukturell gleich. Vgl. Chmielewicz, Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 86.
- 3) Vgl. Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 85 und 87.
- 4) Vgl. ebenda, S. 87.
- 5) Vgl. ebenda, S. 87, und Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 121.

"Abgeleitete Güter sind stets Antizipationen ursprünglicher Güter. Bargeld ist insofern kein abgeleitetes Gut, als im Gegensatz zur goldgedeckten Währung heute ein hinter der Banknote stehendes Objekt der Forderung fehlt. Buchgeld kann dagegen als auf Bargeld gerichtete Nominalforderung betrachtet und zu .. (den abgeleiteten Nominalgütern, der Verf.) gerechnet werden."¹⁾

Wirtschaftsgüter sind in einer bestimmten Weise auf Wirtschaftssubjekte rechtlich zugeordnet. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung ist auf die Frage einzugehen, inwieweit Rechte als Wirtschaftsgüter anzusehen sind. Zur Beantwortung der Frage sind die Rechte in Ansprüche auf ursprüngliche Güter und die aus der Zuordnungsrelation ursprünglicher und abgeleiteter Güter auf Wirtschaftssubjekte resultierenden Rechte zu unterscheiden.²⁾



-
- 1) Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 87 (Hervorhebung fortgelassen).
 - 2) Vgl. Hirsch, E. E., Einführung in das Bürgerliche Vermögensrecht, 2. Aufl., Berlin-Frankfurt/M. 1959, S. 49, und Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 87.

Hierbei kennzeichnet (a) die zeitlich-horizontale Zuordnungsrelation von Wirtschaftsgütern auf Wirtschaftssubjekte und (b) die Ansprüche auf ursprüngliche Güter.

E. v. Böhm-Bawerk verneinte den Wirtschaftsgutcharakter der Rechte mit der Begründung, daß neben dem Wirtschaftsgut nicht auch noch das Recht auf das Gut ein selbständiges Wirtschaftsgut darstellen könne; ein Wirtschaftsgut sah er nur im geforderten Gegenstand¹⁾. Nach K. Chmielewicz ergibt sich, daß E. v. Böhm-Bawerk zwei Fragen nicht unterschieden hat: 1. Stellt die Zuordnungsrelation Wirtschaftsgüter dar? und 2. gibt es Ansprüche auf ursprüngliche Güter als abgeleitete Wirtschaftsgüter?²⁾ Aus der berechtigten Verneinung der Frage 1 leitete er eine nicht zutreffende Verneinung der Frage 2 ab³⁾. Allerdings ist zu beachten, daß Ansprüche auf Güter, wie noch zu zeigen sein wird, streng genommen stets nur eine Antizipation einer zu einem Zeitpunkt der Zukunft vorzunehmenden Veränderung der Zuordnungsrelation darstellen.

Es ist zu prüfen, ob die aufgeführte Einteilung der Wirtschaftsgüter als umfassendes System der von Wirtschaftseinheiten in auf die Erfüllung von Zwecken ausgerichteten Kombinationsprozessen einzusetzenden Faktoren anzusehen ist. Hierbei ist zu kritisieren, daß als immaterielle Realgüter Leistungsabgaben von Faktoren als selbständige Wirtschaftsgüter an-

1) Vgl. v. Böhm-Bawerk, E., a.a.O., S. 4 f., 77, 82 f., 117 ff., und Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 88.

2) Vgl. Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 88.

3) Vgl. ebenda, S. 88.

gesehen werden. Es handelt sich bei E. Kosiol¹⁾ um Leistungsabgaben des Menschen in Form von Arbeitstätigkeiten und Diensten, bei K. Chmielewicz²⁾ zusätzlich um Leistungsabgaben produzierter Gebrauchsgüter (in Form der Abnutzung).

Leistungsabgaben der Menschen und Sachgüter wie allgemein aller Faktoren sind jedoch unabhängig vom Objekt als Träger des Nutzungspotentials, und ohne daß sich die Leistungsabgaben an Leistungsobjekten zweckerfüllend niedergeschlagen haben, produktionstheoretisch nicht erfaßbar. Sie stellen folglich keine selbständigen Zweckerfüllungsinstrumente dar. Somit erscheint es erforderlich, nur die entsprechenden, ein Nutzungspotential aufweisenden Objekte als Faktoren anzusehen und Leistungsabgaben von Faktoren nur in der Form aufzuführen, wie sie im Wirtschaftsleben von Wirtschaftssubjekten selbständig disponiert werden können, nämlich als an Leistungsobjekten bewirkte Veränderungen (Realleistungen).

Von den aufgeführten ursprünglichen Realgütern können somit nur die materiellen Sachobjekte als selbständige Zweckerfüllungsinstrumente und somit als Faktoren anerkannt werden. Zu ihnen gesellen sich Menschen in ihrer Eigenschaft als Faktoren (Arbeitskräfte). Weiter wird es hier für zweckmäßig gehalten, Informationen als eigenständige Faktorart zu betrachten. Informationen werden im Anschluß an W. Wittmann als zweckorientiertes Wissen bezeichnet³⁾. Wenn auch Wissen keine neben Menschen, Real- und Nominalgütern bestehende eigenständige Objektgattung der materiellen Welt

1) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 121.

2) Vgl. Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 86.

3) Vgl. Wittmann, W., a.a.O., S. 14.

ist, sondern nur eine zusätzliche Schicht, weil es nur die Abbildung der materiellen Objekte, allerdings einschließlich der auf sie gerichteten Ansprüche und ihrer Zuordnung auf Rechtssubjekte sowie ihrer Veränderungen im menschlichen Geiste zum Inhalt hat, so erscheint es doch sinnvoll, Wissen als selbständiges Objekt der realen Welt aufzufassen. Dies ist insofern angebracht, als Informationen im Gegensatz zu den Arbeitstätigkeiten und Diensten losgelöst vom Menschen wie andere Objekte als Faktor selbständig existieren können, wenngleich sie hierzu regelmäßig einer Bindung an ein materielles Trägermedium bedürfen. Sind Informationen an materielle Trägermedien oder an Menschen gebunden, so sind als Faktoren der hier betrachteten Art nur die Denkinhalte, nicht dagegen Menschen oder sachliche Trägermedien anzusehen¹⁾. Informationen als eigenständige Faktorart anzusehen empfiehlt sich auch, weil sie ebenso wie andere Faktoren Gegenstand einer faktischen und rechtlichen Zuordnung auf Wirtschaftssubjekte und weil sie unter bestimmten Bedingungen Objekt von auf sie gerichteten Ansprüchen sein können.

Fraglich ist, ob das Nominalgut Geld (Bargeld) als eigenständige Faktorgattung anzusehen ist. Zwar wird es in der Literatur in Produktionsfaktoren darstellenden Abhandlungen weitgehend vernachlässigt oder es wird ihm regelmäßig die Faktoreigenschaft nicht zuerkannt²⁾, jedoch ist zur Beantwortung obiger Frage zu untersuchen, ob Geld ein selbständiges Zweckerfüllungsinstrument sein kann.

Im Gegensatz zu den Ansprüchen kann Geld in den heute bestehenden Wirtschaftsordnungen nicht als Antizipation zu-

1) Vgl. auch Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 177.

2) Vgl. hierzu Maleri, R., a.a.O., S. 102.

künftiger Leistungen bestimmter Art angesehen werden, wenn-
gleich es historisch nicht anders denn als Anspruch auf
Leistungen entstanden denkbar ist. Wenn Geld auch keinen zeit-
lich konkretisierten Anspruch auf Leistungen bestimmter Art
darstellt, so ist doch die wesentliche Funktion des Geldes
in einer Tauschwirtschaft darin zu sehen, daß es als Tausch-
mittel zu jedem Zeitpunkt in gewünschte Faktoren und
sonstige Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte getauscht
werden kann ¹⁾. Darüber hinaus kann Geld als Mittel der
Wertaufbewahrung und der Gewährung von Geldkrediten einge-
setzt werden ²⁾. Hierdurch wird Geld jedoch zu einem selbstän-
digen Zweckerfüllungsinstrument. Aus diesem Grunde erscheint
es notwendig, Geld in der heute bestehenden Wirtschaftsord-
nung als Faktor anzuerkennen ³⁾. Würde
diesem Vorgehen nicht gefolgt, so wäre die Möglichkeit
der Einbeziehung eines Teiles der insbesondere von Banken,
aber auch von anderen Betrieben erstellten Endleistungsar-
ten in das Gesamtsystem der von Betrieben erstellten Leistun-
gen versperrt.

Wenn auch die Eigenschaft des Geldes, selbständiges Zwecker-
füllungsinstrument zu sein, nach der hier vertretenen Auf-
fassung nicht geleugnet werden kann, so ist doch zu beachten,
daß es ausschließlich zur Erfüllung abgeleiteter Zwecke
herangezogen werden kann und im Gegensatz zu Menschen,

-
- 1) Vgl. beispielsweise Ehrlicher, W., Geldtheorie, in:
HdSW, Bd. 4, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1965, S. 233.
 - 2) Vgl. ebenda, S. 232 ff.
 - 3) Vgl. Farny, D., Produktions- und Kostentheorie der Ver-
sicherung, Karlsruhe 1965, S. 101, und Maleri, R., a.a.O.,
S. 102.

Sachobjekten und Informationen als Faktoren keinerlei Selbstzweck-Erfüllungsmöglichkeiten aufweist. Diese Tatsache stellt jedoch keinen Grund dar, ihm die Faktoreigenschaft abzusprechen. Würde dies geschehen, so müßte es konsequenterweise auch für zur Erfüllung abgeleiteter Zwecke eingesetzte Sachobjekte, Arbeitskräfte und Informationen erfolgen. Ein ausschließlich auf Bedürfnisse beschränkter Faktorbegriff wäre jedoch allgemein und insbesondere für betriebswirtschaftliche Zwecke unbrauchbar.

Es stellt sich die Frage, ob Ansprüche auf Inanspruchnahme von Leistungen¹⁾ als Faktoren anzusehen sind. Aus Vereinfachungsgründen werden hier nur Ansprüche auf Inanspruchnahme von Leistungen zu einem bestimmten Zeitpunkt²⁾ betrachtet. Diese Ansprüche stellen rechtlich durchsetzbare Anwartschaften auf Inanspruchnahme von Leistungen bestimmter Art zu einem bestimmten Zeitpunkt dar. Als Beispiel mag der zum Zeitpunkt t_0 abgeschlossene Leistungsvertrag zwischen A und B, aufgrund dessen A dem B für die Zeitspanne $t_2 - t_5$ das Nutzungsrecht an einem Kraftfahrzeug zu überlassen hat, genannt werden. In der Zeit $t_0 - t_2$ hat B einen Anspruch gegenüber A auf Überlassung des Kraftfahrzeuges zum Zeitpunkt t_2 für das Zeitintervall bis zum Zeitpunkt t_5 , in der Zeit zwischen $t_2 - t_5$ hat A einen Anspruch gegenüber B auf Rückerlangung des Kraftfahrzeuges zum Zeitpunkt t_5 . Zwar erfolgt zu den entsprechenden Zeitpunkten t_2 und t_5 eine Erfüllung der von B beziehungsweise A angestrebten Zwecke, jedoch nicht aufgrund des Einsatzes des Anspruches,

-
- 1) Im folgenden wird nur noch auf Ansprüche auf Leistungen abgestellt, weil auch die Übertragung von Faktoren als Leistung anzusehen ist.
 - 2) Sofern der Zeitpunkt vom Nachfrager frei gewählt werden kann, liegt - wie bereits erwähnt (vgl. S. 81, Fußnote 1) - nach der hier vertretenen Auffassung eine besondere Leistung vor. Vgl. hierzu S. 254 f. der vorliegenden Arbeit. Von einer zufälligen Bestimmung des Zeitpunktes wird abgesehen.

sondern allgemein aufgrund des Einsatzes von Faktoren im Rahmen einer Faktorkombination.

Die Eignung von Ansprüchen besteht nur in der Sicherung der zukünftigen Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte. Außer diesem Zweck, der allerdings bereits durch ihre Begründung erfüllt ist, weisen sie grundsätzlich keinerlei weitere Eignung zur Zweckerfüllung auf. Bezogen auf ihre Fähigkeit, den von ihnen erfüllbaren Zweck herbeizuführen, besteht allerdings zwischen den zeitlich bestimmten Ansprüchen und den aufgeführten Faktoren ein wesentlicher Unterschied darin, daß sie vom Wirtschaftssubjekt grundsätzlich nicht selbständig zur Erfüllung von Zwecken eingesetzt werden können, weil für diese keinerlei Wahlfreiheit bezüglich des Einsatzes oder Nichteinsatzes und des Zeitpunktes des Einsatzes besteht. Es kann jedoch in einem solchen Fall nicht von einem selbständigen Zweckerfüllungsinstrument gesprochen werden. Insoweit kann Ansprüchen die Faktoreigenschaft nicht zuerkannt werden.

Ansprüche eines Wirtschaftssubjektes gegenüber einem anderen sind allerdings unter Umständen vor ihrem Fälligkeitstermin auf andere Wirtschaftssubjekte übertragbar. Sofern dies gegeben ist, können sie nach freier Wahl des Betriebes als Tauschmittlersatz und als Handelsware zur Sicherung der Leistungs-Inanspruchnahmewünsche anderer Wirtschaftssubjekte verwendet werden. Sie stellen dann selbständig einsetzbare Zweckerfüllungsinstrumente und damit Faktoren dar.

Zusammenfassend können somit die Faktoren in die Gattungen

- Sachobjekte
- Menschen (Arbeitskräfte)
- Informationen
- Geld

sowie, unter den genannten Einschränkungen,

- übertragbare Ansprüche auf Leistungen aller Art

unterschieden werden. Durch das aufgeführte System der Faktoren erscheint eine vollständige Erfassung der von Wirtschaftssubjekten zur Erfüllung ihrer Zwecke einsetzbaren selbständigen Zweckerfüllungsinstrumente gelungen¹⁾.

Die betrieblichen Faktoren werden in aktive, das heißt Veränderungen bewirkende, und passive, das heißt Veränderungen erdulden-
de Faktoren unterschieden. Die passiven Faktoren eines jeden Kombinationsprozesses werden als Leistungsobjekte bezeichnet.

Aus den obigen Ausführungen folgt, daß Sachobjekte, Menschen und Informationen die aktiven Faktoren der Veränderung ökonomisch bedeutsamer Tatbestände sind. In Kombinationsprozessen, die ihrem Einsatz als aktive Faktoren vor- oder nachgelagert sind, können sie auch als passive Faktoren auftreten. Zusammen mit den ausschließlich passiven Faktoren Geld und übertragbare Ansprüche sowie den Menschen in ihrer Eigenschaft als Zweckträger stellen sie das System möglicher Leistungsobjektgattungen betrieblicher Kombinationsprozesse dar.

Sofern es für eine theoretische Darstellung erforderlich erscheint, können die aufgeführten Gattungen der Leistungsobjekte unter Verwendung von Klassifikationsmerkmalen weiter untergliedert werden. Beispiele wären nach dem Merkmal der Mobilität unterschiedene mobile und immobile Sachobjekte, nach der Qualifikation unterschiedene Arbeitskräfte und nach der Währung unterschiedene Nominalgüter. Im praktischen Fall wird darüber hinaus die Notwendigkeit bestehen, derlei nur gattungsmäßig bestimmte Leistungsobjekte zu konkretisieren. Dies ist zum einen hinsichtlich ihrer qualitativen Ausprägung (Spezies) notwendig und bereitet keinerlei Schwierigkeit. Anstelle "bewegliches Sachobjekt" oder "Geld"

1) Vgl. hierzu auch die Ausführungen bezüglich der Prüfung der Faktoreigenschaft der Energie auf S.126 f. der vorliegenden Arbeit.

tritt dann "Kraftfahrzeug des Typs A" oder "DM" als Leistungsobjekt auf.

Schwierigkeiten kann dagegen jene Abgrenzung des Leistungsobjektes bereiten, die einer quantitativen Messung zugrunde gelegt wird. Jede Quantitätsbestimmung setzt, wie bereits erwähnt, die Festlegung einer qualitativ bestimmten Einheit voraus. Während bei diskreten Leistungsobjekten der realen Welt wie Menschen, Informationen und einem Teil der Sachobjekte wie beispielsweise Maschinen eine qualitative Einheit für den Betrachter leicht erkennbar von der Natur oder aufgrund von Einwirkungen des Menschen vorgegeben ist, gilt dies für beliebig oder annähernd beliebig teilbare Leistungsobjekte wie beispielsweise Flüssigkeiten, Gase und Geld nicht. Es wird jedoch im folgenden davon ausgegangen, daß die sinnvolle Festlegung einer Maßeinheit hinsichtlich aller Leistungsobjekte möglich sei und somit der Quantitätsbestimmung als Einheit zugrunde gelegt werden kann¹⁾. Auf Schwierigkeiten der Abgrenzung von Leistungsobjekten, welche grundsätzlich bei allen Leistungskategorien auftreten, wird im folgenden nicht mehr eingegangen.

1) Dies muß keinesfalls immer in einer anerkannten Maßgröße wie kg, m³, m² und m bestehen, sondern kann gegebenenfalls auch aus der Leistungsbeziehung zum Nachfrager (Gesamtmenge) oder den Gegebenheiten des Kombinationsprozesses (Quantum der auf einmal zu verarbeitenden Leistungsobjektmenge) abzuleiten versucht werden. Vgl. zu den Problemen der Abgrenzung des Leistungsobjektes auch Bendixen, P., a.a.O., S. 38 ff.

2. Die möglichen Veränderungen der Faktoren

α) Anforderungen an die Eigenschaften der in Kombinationsprozessen einzusetzenden Faktoren

Jede Zweckerfüllung erfordert den Einsatz von Faktoren in einem Kombinationsprozeß. Aussagen über die Art der Faktoren und der Prozeßdurchführung sind aus dem angestrebten Zweck abzuleiten.

Wenn auch durch die Eigenschaften¹⁾ der übrigen im Kombinationsprozeß verwendeten Faktoren einer Faktorkombination sowie die Art der Prozeßdurchführung Einflüsse auf die an einen Faktor zu stellenden Anforderungen bezüglich seiner Eigenschaften ausgeübt werden können, so lassen sich doch Anforderungen bezüglich der Eigenschaften ableiten, die für einen jeden in einem Kombinationsprozeß eingesetzten Faktor allgemein Gültigkeit aufweisen. Sie sollen im folgenden dargestellt werden.

Der Faktor muß Zweckeignung aufweisen²⁾, das heißt im Rahmen der durch die übrigen Faktoren und den Prozeßablauf gesetzten Bedingungen den angestrebten Zweck aufgrund kausaler oder verhaltensbestimmter Wirkungen herbeizuführen in der Lage sein.

Der Faktor muß faktisch verfügbar sein³⁾. Es ist zunächst zu erläutern, was unter faktischer Verfügbarkeit zu verstehen ist. Die Möglichkeit des Ausübens der unmittelbaren

1) Der Ausdruck Eigenschaften wird in einem weiten Sinne verwendet.

2) Vgl. v. Böhm-Bawerk, E., a.a.O., S. 16, Menger, C., a.a.O., S. 10 f., Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 112, und Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 85.

3) Vgl. v. Böhm-Bawerk, E., a.a.O., S. 17 f., Menger, C., a.a.O., S. 11, und Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 85.

physischen Herrschaft ist bei der Vielzahl der Faktoren, die einem Wirtschaftssubjekt regelmäßig zur Verfügung stehen, sehr eingeeengt und trifft allenfalls unmittelbar für die von Menschen am Leibe getragene Kleidung sowie die zu einem Zeitpunkt gerade in Gebrauch befindlichen Faktoren zu. Eine Beschränkung auf derlei unmittelbar beherrschte Faktoren wäre jedoch zu eng. Zweifellos sind auch nur mittelbar beherrschte Faktoren wie beispielsweise nicht benutzte abgegrenzte Grundstücke, Teile der Betriebsausstattung, im Tresor verschlossenes Geld wie auch jedermann zugängliche Straßen zu den faktisch verfügbaren Faktoren zu zählen, sofern sie nur bei entsprechendem Wunsche vom Wirtschaftssubjekt im Kombinationsprozeß eingesetzt werden könnten. Ein Einsatz ist allerdings nur dann möglich, wenn ein Faktor zum gewünschten Zeitpunkt am gewünschten Ort vorhanden ist¹⁾. Folglich wird die faktische Verfügbarkeit darin gesehen, daß ein Faktor in räumlicher und zeitlicher Hinsicht passend in eine den angestrebten Zweck erfüllende Faktorkombination des diese durchführenden Wirtschaftssubjektes einbezogen werden kann.

Allerdings können Zweckeignung, räumliche und zeitliche Einsatzfähigkeit noch nicht als hinreichend für die Verwendbarkeit eines Faktors in Kombinationsprozessen angesehen werden. Ein jeder Faktor muß grundsätzlich obendrein rechtlich verfügbar sein²⁾. Hierzu gehört zunächst das auf sozialen Konventionen beruhende gesellschaftliche Verfügungsrecht³⁾. Dieses unterliegt einer raum-zeitlichen Variabilität; so sind zum Beispiel bestimmte Kühe in Indien durch Konvention aus dem Kreis der zur Ernährung der Bevölkerung

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 209.

2) Vgl. Menger, C., a.a.O., S. 13, Bergner, H., Zur Frage des Gutscharakters von Rechten in der Unternehmung, in: ZfbF, 19. Jg. 1967, S. 591, Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 85, und Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 113.

3) Vgl. Menger, C., a.a.O., S. 13 f.

verfügbaren Faktoren ausgeschlossen¹⁾. Hinsichtlich des Einsatzes der durch gesellschaftliche Beschränkungen des Verfügungsrechtes nicht betroffenen Faktoren muß allerdings auch ein individuelles Verfügungsrecht des Wirtschaftssubjektes gegeben sein²⁾. Wird von einem Zustand ausgegangen, in dem der einzelne Mensch der Natur allein gegenübersteht, so würde die tatsächliche Herrschaft über den Faktor genügen, die Zweckerfüllung herbeizuführen, denn der Gebrauch eines Faktors ist ursprünglich ein im weitesten Sinne physischer Akt³⁾. Das Zusammenleben von Menschen in Gemeinschaften erfordert es nun aber, daß die Möglichkeit der Ausübung der faktischen Verfügungsgewalt über Faktoren von der Rechtsordnung gesichert werden muß, um Übergriffe gegen sie auszuschalten⁴⁾. "Zwar bildet auch heute für viele Wirtschaftsakte die physische Gewalt über ein Gut eine unentbehrliche Voraussetzung; man kann auf sie keinesfalls verzichten, wenn das Gut unmittelbar zur Bedürfnisbefriedigung eingesetzt werden soll, und auch nicht wenige Formen des Tauschverkehrs erfordern sie. Andererseits ist die rechtliche Verfügungsgewalt allein in allen Fällen zum Wirtschaften wichtig, in denen ein Tauschobjekt den Marktteilnehmer körperlich nicht mehr unbedingt berühren muß."⁵⁾ Folglich ist davon auszugehen, daß die rechtliche Zuordnung eines Faktors auf ein Wirtschaftssubjekt zu den an einen in Kombinationsprozessen einzusetzenden Faktor zu stellenden Anforderungen zu zählen ist.

1) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 113.

2) In Anlehnung an Bergner kann der Zweck des individuellen Verfügungsrechtes in einer Gesellschaft darin gesehen werden, dem einzelnen eine Herrschaftsmacht an einem Faktor zu sichern, vermöge deren er ohne Einschränkung oder in bestimmter eingeschränkter Weise über diesen faktisch verfügen darf. Vgl. Bergner, H., a.a.O., S. 591.

3) Vgl. dazu v. Böhm-Bawerk, E., a.a.O., und Bergner, H., a.a.O., S. 591.

4) Vgl. Bergner, H., a.a.O., S. 592.

5) Bergner, H., a.a.O., S. 592 (Hervorhebung fortgelassen).

Im Zusammenhang mit der Kennzeichnung des Wirtschaftsgutes durch Merkmale werden in der Literatur, wie oben aufgeführt¹⁾, weitere Merkmale genannt, welche als ein Wirtschaftsgut kennzeichnend angesehen werden. Es ist zu prüfen, ob die Beherrschung der Verfahrenstechnik durch den Verwender sowie die Erkenntnis über Faktormerkmale zu den an einen im Kombinationsprozeß einzusetzenden Faktor zu stellenden Anforderungen bezüglich seiner Eigenschaften zugehörig zu betrachten sind²⁾.

Zunächst könnte die Vorstellung bestehen, die Beherrschung der Verfahrenstechnik zur Zweckerfüllung sei als an dem Faktor zu stellende Anforderung anzusehen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß durch die hier vorgenommene Unterscheidung einzelner Faktoren und Trennung in die oben aufgeführten Faktorarten die Beherrschung der Verfahrenstechnik nicht allgemein mit jedem Faktor, sondern ausschließlich mit Menschen als Faktoren verbunden sein muß und nichts anderes als das oben aufgeführte Erfordernis der Zweckerfüllungseignung des Faktors Mensch darstellt; besteht doch die Beherrschung der Verfahrenstechnik nur in zweckentsprechenden geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Verwendung anderer Faktoren durch den Menschen.

Es ist nun zu prüfen, ob das Informiertsein eines Verwenders über Faktoreigenschaften als an in einer Faktorkombination einzusetzende Faktoren zu stellende notwendige Anforderung aufzufassen ist. Aufgrund der hier vorgenommenen

-
- 1) Vgl. die Ausführungen auf S. 90 der vorliegenden Arbeit.
 - 2) Die übrigen der auf S. 90 aufgeführten Merkmale sind entweder bereits indirekt (Vorhandensein von Zwecken und Übertragbarkeit der Faktoren) oder direkt (Zweckeignung sowie faktische und rechtliche Verfügbarkeit) berücksichtigt oder spielen in dem hier betrachteten Zusammenhang der Ableitung der an einen im Kombinationsprozeß einzusetzenden Faktor zu stellenden Anforderungen bezüglich seiner Eigenschaften keine Rolle: Weder ist es für einen von einem Wirtschaftssubjekt einzusetzenden Faktor notwendig, daß sein Preis < dem maximalen Nachfragepreis ist, noch, daß der Faktor relativ zu den Zwecken knapp ist; so ist beispielsweise auch der Sauerstoff der Luft bezogen auf Verbrennungsprozesse als Faktor anzusehen.

Einordnung der Informationen als eigenständige Faktoren ist das Informiertsein von Verwendern nicht als eine zusätzliche notwendige Eigenschaft einzusetzender Faktoren anzusehen, sondern stellt das Erfordernis des Einsatzes eines zusätzlichen Faktors "Information" dar, für welchen dann ebenfalls die oben aufgeführten Anforderungen bezüglich seiner Eigenschaften gültig sind.

Durch die hier vorgetragene Sichtweise gelingt es somit, die an einen in einem Kombinationsprozeß einzusetzenden Faktor zu stellenden Anforderungen auf die Merkmale Zweckerfüllungseignung, räumliche und zeitliche Verfügbarkeit sowie rechtliche Zuordnung zu beschränken.

- 8) Die Nichtübereinstimmung von aus angestrebten Zwecken abgeleiteten notwendigen und in der Realität gegebenen Eigenschaften der Faktorausstattung als Ausgangspunkt des Wunsches der Vornahme von Veränderungen

Wird vereinfachend davon ausgegangen, daß Wirtschaftssubjekte ihre Pläne bezüglich der in der Zukunft zu erfüllenden Zwecke unabhängig von den ihnen zur Verfügung stehenden Faktoren aufstellen und daß über die anzustrebenden Zwecke bereits entschieden sei, so lassen sich aus derlei vorgegebenen Zwecken Anforderungen bezüglich der gesamten Faktorausstattung ableiten, deren Vorliegen als Voraussetzung einer Zweckerfüllung anzusehen ist¹⁾.

Während in der Literatur eine kaum zu überblickende Fülle von Abhandlungen über die Entstehung von Bedürfnissen und ihre Untergliederung sowie über die Ausstattung von Bedürfnissen mit Kaufkraft vorliegt, wird auf die Abhängigkeit der

-
- 1) Vereinfachend sei zunächst davon ausgegangen, daß die letztlich angestrebten Zwecke durch Selbsterstellung erfüllt werden sollen.

Art der wirksamen Nachfrage von den Gegebenheiten der Faktorausstattung eines Wirtschaftssubjektes kaum eingegangen. Hierauf kann jedoch in der vorliegenden Untersuchung insofern nicht verzichtet werden, als davon die Arten der von Wirtschaftssubjekten gegebenenfalls gewünschten Veränderungen von Leistungsobjekten und damit die möglichen Arten der von ihnen bei Betrieben nachgefragten Endleistungen abhängig sind.

Den Wirtschaftssubjekten insgesamt stehen zur Erfüllung ihrer Zwecke die in der Realität auftretenden Faktoren zur Verfügung. Es handelt sich hierbei um die Faktoren Arbeitskräfte und Sachobjekte und um an materielle Trägermedien gebundene Informationen, Geld und Ansprüche auf Leistungen sowie an Wirtschaftssubjekte gebundene Informationen und Ansprüche. Von der Gesamtheit der Faktoren der realen Welt ist dem einzelnen Wirtschaftssubjekt zu jedem Zeitpunkt nur ein Teil rechtlich zugeordnet. Die konkreten Ausprägungen der Merkmale rechtliche Zuordnung, sachliche, räumliche und zeitliche Erscheinungsform sind dabei als das vorläufige Endergebnis aller in der Vergangenheit bis zum Betrachtungszeitpunkt erfolgten natürlichen und menschlichen Einwirkungen auf die Faktoren sowie des Zeitablaufes anzusehen.

Entspricht zu einem Zeitpunkt die Faktorausstattung eines Wirtschaftssubjektes in allen Merkmalen den aus den zu erfüllenden Zwecken abgeleiteten Anforderungen, so besteht für es keine Veranlassung, Veränderungen des Zustandes anzustreben mit Ausnahme jener Veränderungen, die mit dem Faktoreinsatz zur Erfüllung angestrebter Zwecke verbunden sind. Besteht eine Nichtübereinstimmung zwischen aus den angestrebten Zwecken abgeleiteten notwendigen und gegebenen Eigenschaften des Faktorbestandes oder tritt diese im Zeitablauf aufgrund einer Änderung der angestrebten Zwecke und/oder der Faktorausstattung ein, so wird das Wirtschaftssubjekt im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten auf eine Veränderung der

Diskrepanz hinzuwirken versuchen. Bei im praktischen Falle immer vorliegenden wirksamen Beschränkungen der verfügbaren Mittel können diese auch zu einer Änderung oder Nichterfüllung der Zwecke führen.

Einwirkungen auf den Zustand der Faktorausstattung werden bei jenen Merkmalen ansetzen, deren gegebene Ausprägungen nicht den gewünschten Eigenschaften entsprechen und somit einer Zweckerfüllung im Wege stehen. Aus der bestehenden Nichtübereinstimmung sind Vorzwecke zur Herbeiführung der notwendigen Eigenschaften abzuleiten. Wird auf die im vorhergehenden Abschnitt aufgeführten, für jeden in Kombinationsprozessen einzusetzenden Faktor erforderlichen Eigenschaften der Zweckerfüllungseignung, der räumlichen und der zeitlichen Verfügbarkeit sowie der rechtlichen Zuordnung zurückgegriffen, so können die zu erfüllenden Vorzwecke in der Erlangung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren, Veränderungen des Zustandes, der räumlichen oder der zeitlichen Erscheinungsform bestehen¹⁾.

Für Wirtschaftssubjekte besteht grundsätzlich die Möglichkeit, die der Zweckerfüllung notwendigerweise vorausgehenden Veränderungen durch Selbsterstellung herbeizuführen oder Leistungen von Betrieben in Anspruch zu nehmen²⁾. Dies gilt grundsätzlich auch für die Erlangung der rechtlichen Zuordnung eines Faktors. Allerdings ist zu beachten, daß diese, abgesehen von kriminellen Aktionen, nur dann durch Selbsterstellung herbeigeführt werden kann, wenn hierdurch nicht Rechte anderer Wirtschaftssubjekte beeinträchtigt werden.

- 1) Hierzu ist es allerdings nicht unbedingt notwendig, auf den Zustand, die räumliche und/oder die zeitliche Erscheinungsform des betrachteten Faktors einzuwirken, sondern der zweckerfüllende Kombinationsprozeß kann gegebenenfalls auch nach einer entsprechenden Veränderung des Zweckträgers oder der übrigen Faktoren der Kombination durchgeführt werden. Hiervon wird im folgenden jedoch abgesehen.
- 2) Bezogen auf Betriebe wird diese Wahlmöglichkeit in der betriebswirtschaftlichen Literatur unter dem Schlagwort "Eigenerzeugung oder Fremdbezug" behandelt, vgl. Männel, W., Eigenfertigung und Fremdbezug, in: HWB, Bd. 1, 4.Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1231 ff.

Dies trifft nur für jene noch aneignungsbaren Faktoren zu, die anderen Wirtschaftssubjekten noch nicht oder nicht mehr rechtlich zugeordnet sind. Allerdings spielen diese gegenwärtig im Wirtschaftsleben, mit Ausnahme geistiger Tatbestände und des Fischfanges in freien Gewässern, keine Rolle mehr; die materielle Welt ist weitgehend auf Wirtschaftssubjekte aufgeteilt. Im Falle der Selbsterstellung der Veränderung der rechtlichen Zuordnung noch aneignungsbarer Faktoren sowie der Veränderung des Zustandes, der räumlichen und der zeitlichen Erscheinungsform rechtlich zugeordneter Faktoren ist jedoch zu beachten, daß diese nur im Wege einer Faktorkombination möglich ist und somit den Einsatz von Faktoren anderer Art notwendig macht und, falls diese nicht die erforderlichen Eigenschaften aufweisen, das Wirtschaftssubjekt wiederum Veränderungen selbst vornehmen oder von Betrieben durchführen lassen muß¹⁾.

Es ist davon auszugehen, daß Wirtschaftssubjekte nur dann eine Veränderung ihrer Faktorausstattung am Markt nachfragen, wenn die ohne weitere Maßnahmen der Veränderung bestehende Faktorausstattung nicht oder nicht in gewünschter Weise zur Erfüllung angestrebter Zwecke geeignet ist und sie die notwendige Veränderung nicht selbst herbeiführen können oder wollen. Allerdings kann nicht davon ausgegangen werden, daß die gewünschte Veränderung der Faktoren wie im übrigen auch der Menschen als Zweckträger in jedem Falle durch die Inanspruchnahme einer entsprechenden Leistung eines Betriebes erlangt werden kann, setzt diese doch die Bereitschaft eines Betriebes voraus, eine entsprechende Leistung zu erstellen, welche im Einzelfall nicht immer vorhanden sein wird.

1) Vgl. hierzu auch die Rückführung aller Güter niederer Ordnung auf Güter höchster Ordnung, das heißt auf Güter, die selbst nicht mehr produziert worden sind, bei Stackelberg, H. v., a.a.O., S. 5.

3. Das geschlossene System elementarer betrieblicher Realleistungen ¹

Nachdem in den vorhergegangenen Teilabschnitten die Gattungen möglicher Leistungsobjekte betrieblicher Kombinationsprozesse und die Arten der von Wirtschaftssubjekten an Faktoren möglichen erwünschten Veränderungen analysiert wurden, ist unter Einbeziehung der Tatsache, daß auch an Menschen als Zweckträger ein Teil der aufgeführten Veränderungen von Betrieben vorgenommen werden kann, auf das System der elementaren Realleistungen einzugehen. Zu diesem Zwecke sind die Leistungsobjekte mit den Arten der Veränderung, soweit sie aufgrund der Eigenarten der Objekte auftreten können, kombinatorisch zu verknüpfen.

Als mögliche Leistungsobjekte betrieblicher Kombinationsprozesse waren Menschen (M) in ihrer Eigenschaft als Träger von Zwecken und als Faktoren, Sachobjekte (S), Informationen (I), Geld (G) und, bezüglich der rechtlichen Übertragung, Ansprüche auf Leistungen (A) als die Realität vollständig erfassend erkannt worden.

Als von Nachfragern angestrebte mögliche Arten der Veränderung von Objekten ergaben sich grundsätzlich Veränderungen des die Zweckerfüllungseignung bedingenden Zustandes, der räumlichen und der zeitlichen Erscheinungsform¹⁾ sowie der rechtlichen Zuordnung von Faktoren auf Wirtschaftssubjekte. Allerdings können nicht sämtliche aufgeführten Objektgattungen

1) Bereits V. Pareto unterscheidet in seiner Produktionslehre als Arten objektiver Produktion die materielle Transformation, die Transformation im Raum und in der Zeit, vgl. Pareto, V., *Manuale di economia politica*, 2. Aufl., Milano 1921, S. 171 f., zitiert bei Hofmann, W., *Wert- und Preislehre*, Berlin 1964, S. 197. Vgl. zu den aufgeführten Kategorien der Leistungserstellung auch Stackelberg, H. v., a.a.O., S. 4, Bendixen, P., a.a.O., S. 15, und Kosiol, E., *Aktionszentrum*, a.a.O., S. 108.

allen erwähnten Veränderungsarten unterzogen werden. So ist eine Zustandsänderung des Geldes ausgeschlossen und, wie bereits erwähnt, die an Ansprüchen erstellte Leistung auf eine Veränderung der rechtlichen Zuordnung beschränkt¹⁾.

Aus der Kombination der Leistungsobjektgattungen und der zulässigen Arten der Veränderung folgt das System elementarer betrieblicher Realleistungen. Es kann aus der Abbildung 4 ersehen werden.

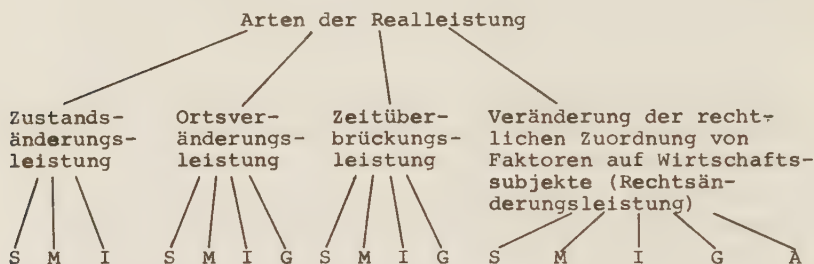


Abbildung 4: Die elementaren Arten der betrieblichen Realleistung

Allen aufgeführten Realleistungen ist, wie in den problembehafteten Fällen zu zeigen sein wird, gemein, daß sie durch Faktorkombination zu bewirken sind. Aussagen über die zwischen den Leistungen und den notwendigen Faktoreinsätzen bestehenden Beziehungen werden jedoch nicht zum Gegenstand der vorliegenden Arbeit gezählt.

1) Vgl. hierzu auch S. 150, Fußnote 2, und S. 162, Fußnote 1, der vorliegenden Arbeit.

b) Darstellung einzelner Realleistungskategorien

1. Die Zustandsänderungsleistung

α) Zustandsänderung an Leistungsobjekten als betriebliche Endleistungskategorie

Die Zustandsänderungsleistung knüpft daran an, daß Menschen als körperhafte und als mit Geist ausgestattete Wesen sowie alle übrigen Faktoren, deren Nutzungspotential von ihrem Zustand abhängig ist, zu jedem Zeitpunkt einen bestimmten Zustand im weitesten Sinne aufweisen können, welcher nicht mit dem aus den angestrebten Zwecken abgeleiteten Zustand übereinstimmt. Sowohl bezüglich des Zustandes von Menschen wie auch für den gegebenen Zustand der Zweckerfüllungseignung der übrigen Faktoren kann auf Seiten der Wirtschaftssubjekte der Wunsch nach Veränderung bestehen.

Vielfach werden Wirtschaftssubjekte eine entsprechende Veränderung des Zustandes durch Faktorkombination selbst herbeiführen können. Ist dies dagegen nicht möglich oder vom Wirtschaftssubjekt aus hier nicht zu erörternden Gründen nicht erwünscht, so kann die Vornahme einer entsprechenden Veränderung am Markt nachgefragt werden. Wird von einem Betrieb mittels Faktorkombination der Zustand eines Leistungsobjektes verändert, so liegt eine Zustandsänderungsleistung vor. Sie tritt als Endleistung von Betrieben nur dann in elementarer Form auf, wenn sie an in der Verfügungsgewalt des Nachfragers befindlichen Faktoren oder an diesem selbst erstellt wird oder wenn eine zweckerfüllende Zustandsänderung von Leistungsobjekten des Betriebes dem Nachfrager gegenüber dargeboten wird.

β) Kennzeichnende Merkmale der Zustandsänderungsleistung

Zur Unterscheidung der Arten der Zustandsänderungsleistung ist es notwendig, diese durch die sie kennzeichnenden Merkmale vollständig zu beschreiben. Die Zustandsänderungsleistung erscheint dann vollständig beschrieben, wenn das Leistungsobjekt und die vom Betrieb vorzunehmende Ver-

Änderung¹⁾ des Leistungsobjektes angegeben wird.

Als Leistungsobjekte von Zustandsänderungsleistungen treten alle in ihrem Zustand veränderbaren Objekte der realen Welt auf. Es handelt sich hierbei um Sachobjekte, Menschen und Informationen; Geld als Nominalgut²⁾ und bestehende Ansprüche auf Leistungen aller Art sind einer Zustandsänderung nicht zugänglich.

Als zweites Merkmal der Zustandsänderungsleistung wird die vom Betrieb vorzunehmende Veränderung des Leistungsobjektes angesehen. Sie kann durch Angabe der Artenmerkmale gegebener beziehungsweise ohne weitere Einwirkung bestehender Zustand und gewünschter Zustand des Leistungsobjektes beschrieben werden. Um Veränderungen aller aufgeführten Faktorgattungen erfassen zu können, wird die Zustandsänderung hier in einer sehr weiten Sichtweise aufgefaßt. Da die Arten der möglichen Veränderungen des Zustandes von Leistungsobjekten sehr stark durch die Objektgattung geprägt werden, soll auf die Gewährung eines Überblickes an dieser Stelle verzichtet und auf die folgende Darstellung der an bestimmten Leistungsobjektgattungen bewirkten Zustandsänderungen verwiesen werden.

Während bei der hier betrachteten Leistungskategorie, sofern sie in elementarer Form auftritt, die Veränderung des Zustandes eines Leistungsobjektes angestrebt wird, ist eine Veränderung der räumlichen und zeitlichen Erscheinungsform

-
- 1) Wie bereits erwähnt, werden in der vorliegenden Arbeit die die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale als die im Leistungsvertrag zwischen Betrieb und Nachfrager vereinbarten Sollgrößen dargestellt. Im nachhinein lassen sich die vom Betrieb erstellten Leistungen jeweils durch die realisierten Ausprägungen der aufgeführten Merkmale kennzeichnen.
 - 2) Von einer zwar möglichen, aber in keinem Fall zweckerfüllenden physischen Vernichtung oder Beschädigung von Geld verkörpernden materiellen Trägermedien sei abgesehen.

sowie der rechtlichen Zuordnung grundsätzlich nicht erwünscht¹⁾. Treten Veränderungen der rechtlichen Zuordnung oder der räumlichen Erscheinungsform auf, so werden sie vom Nachfrager regelmäßig als nicht vereinbarungsgemäße Erstellung der Leistung angesehen und bieten die Grundlage für folgende Gewährleistungsansprüche gegenüber dem Betrieb. Demgegenüber ist, da jede nicht nur ideal, sondern real existierende Veränderung des Zustandes eines Leistungsobjektes Zeit benötigt, eine Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform des Objektes nicht zu vermeiden. Sie kann bei in elementarer Form auftretenden Zustandsänderungsleistungen jedoch nicht als Leistungstatbestand angesehen werden, da sie vom Nachfrager nicht angestrebt wird. Folglich sind entsprechende Veränderungen auch nicht zu den Merkmalen der hier betrachteten Leistungskategorie zu zählen. Sie stellen an sich nicht erwünschte oder indifferente Nebenwirkungen der Inanspruchnahme der Zustandsänderungsleistung dar.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß im praktischen Fall die Zeitdauer des Kombinationsprozesses wie auch gegebenenfalls die Art der zur Leistungserstellung eingesetzten Faktoren und die Art der Durchführung des Kombinationsprozesses für den Nachfrager Bedeutung erlangten, weil durch sie auf das Erfüllungsausmaß weiterer Zwecke Einfluß genommen werden kann²⁾. Dadurch, daß die Zustandsänderungsleistung als elementare Endleistungskategorie am Nachfrager selbst oder an in seinem Verfügungsbereich befindlichen Objekten erstellt wird, führt eine unterschiedliche Dauer

1) Dies schließt jedoch nicht aus, daß derlei Veränderungen vom Nachfrager im Rahmen eines Leistungsbündels angestrebt werden.

2) Vgl. hierzu die Einordnung der Gestaltung der Umstände des Transportprozesses als absatzpolitisches Instrument des Verkehrsbetriebes bei Diederich, H., Die allgemeine Betriebswirtschaftslehre als Grundlage der Betriebswirtschaftslehre des Verkehrs, a.a.O., S. 159 f.

des Kombinationsprozesses zu einer mehr oder minder langen Aufgabe der uneingeschränkten Verfügung des Wirtschafts-subjektes über sich selbst oder über ihm zugeordnete Objekte, welche Zwecken zuwiderlaufen oder auch, im Rahmen eines Leistungsbündels, zusätzliche Zwecke erfüllen kann. Ähnliches gilt für den Fall, daß der Nachfrager selbst als Leistungsobjekt der Zustandsänderungsleistung auftritt, für die mit der Benutzung bestimmter Faktoren¹⁾ verbundene und durch die Umstände des Kombinationsprozesses wie beispielsweise Bequemlichkeit, Erschütterung, Wärme, Kälte, Lärm und Schmutz begründete Zweckerfüllungsbeeinflussung sowie allgemein für die mit dem Prozeß verbundenen Risiken der unerwünschten Veränderung von Eigenschaften der Leistungsobjekte.

Die vorstehenden Ausführungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß Zustandsänderungsleistungen, sofern sie in elementarer Form erstellt werden, durch die Merkmale Leistungsobjekt, gegebener und erwünschter Zustand gekennzeichnet werden. Unterschiedliche Ausprägungen dieser Merkmale führen zu verschiedenen Arten der Zustandsänderungsleistung. Im folgenden wird auf die möglichen Veränderungen von Leistungsobjekten der verschiedenen Gattungen eingegangen sowie ein Überblick über die von Betrieben der Praxis als Endleistung erstellten Zustandsänderungsleistungen zu geben angestrebt.

1) Als Beispiele mögen die von einem anerkannten Chirurgen durchgeführte Operation sowie der vom Friseurmeister erbrachte Haarschnitt genannt werden.

7) Überblick über Arten der Zustandsänderungsleistung

(1) An Sachobjekten erstellte Zustandsänderungsleistungen

11. Die stoffliche Veränderung von Sachobjekten

Im folgenden wird versucht, ein System elementarer und weitgehend überschneidungsfreier Zwischenstufen der Veränderung von Sachobjekten vom Naturzustand bis zum zweckerfüllenden Einsatz in der Hand des Verwenders darzustellen. Alle Zustandsänderungsleistungen setzen an einem gegebenen Zustand von Objekten an, welcher nicht dem aus den angestrebten Zwecken abgeleiteten gewünschten Zustand entspricht. Letzterer wird als ein in sachlichen Kategorien beschreibbarer, eine bestimmte Nutzungsmöglichkeit¹⁾ aufweisender Zustand eines Objektes angesehen. Somit sind alle Arten der Zustandsänderungsleistung auf die Begründung oder Wiederherstellung einer bestimmten Zweckerfüllungseignung eines Objektes gerichtet.

Die Funktionsfähigkeit von Sachobjekten wird jedoch nicht in jedem Fall ausschließlich durch bestimmte stoffliche Zustände, sondern gegebenenfalls auch durch bestimmte energetische Erscheinungsformen²⁾ begründet. So erfüllt beispielsweise ein Bohrer seine Aufgabe nicht bereits durch sein Vorhandensein, sondern nur dadurch, daß er in Drehbewegungen gebracht und unter Druck auf ein zu bearbeitendes Werkstück aufgesetzt wird. Die an Sachobjekten erstellten Zustandsänderungsleistungen werden folglich danach unterschieden, ob es sich um Veränderungen des Stoffes oder der energetischen Erscheinungsform handelt. Zunächst wird auf stoffliche Veränderungen eingegangen.

1) Mit Recht weist Gutenberg darauf hin, daß die Produktgestaltung sowohl die Auslegung im Hinblick auf eine bestimmte Funktionsfähigkeit wie auch auf die Fähigkeit, potentielle Nachfrager anzusprechen, umfaßt, vgl. Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 2. Band: Der Absatz, 15. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York 1976, im folgenden zitiert als "Der Absatz", S. 508.

2) Vgl. hierzu S. 127 der vorliegenden Arbeit.

Die möglichen stofflichen Veränderungen von Sachobjekten sind in der Wirklichkeit so vielfältig, daß die folgenden Ausführungen nur einen Überblick verschaffen können. Hierbei darf, entgegen dem üblichen Vorgehen der Literatur, nicht nach einer Unterscheidung technischer Verfahren vorgegangen werden, sondern es muß auf die als wesentlich erkannten möglichen Veränderungen abgestellt werden. Verfahren werden als zum Teil alternativ anwendbare technische Vorgehensweisen der Herbeiführung bestimmter Veränderungen angesehen¹⁾. Die Darstellung von Verfahren wird nicht zum Gegenstand der vorliegenden Untersuchung erhoben.

Zur Erfüllung des hier verfolgten Zweckes der Darstellung möglicher stofflicher Veränderungen von Sachobjekten ist es zunächst notwendig, gedanklich von einem abgegrenzten Quantum eines bestimmten Stoffes auszugehen. Erst hierdurch wird es möglich, Trennung in Teilquanten und Verbindung zu Gesamtquanten in die Betrachtung einzubeziehen. Wird von einem in der Natur vorgefundenen Stoff ausgegangen, so besteht die erste Möglichkeit der Veränderung in der Lösung eines Quantums aus dem Naturverbund²⁾. Entsprechendes gilt für die Verbindung von Quanten eines Stoffes mit Objekten der Natur. Trennung von und Verbindung mit anderen Teilquanten eines bestimmten Stoffes beziehen sich jedoch keineswegs immer auf den Naturverbund. Sie können in gleicher Weise bei aus diesem gelösten Objekten auftreten³⁾. Dies folgt schon daraus, daß Trennung und Verbindung abgegrenzter Quanten bei Objekten auftreten, die in dieser stofflichen Zusammensetzung nie in der Natur vorgefunden

1) Vgl. Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 86.

2) Hierbei besteht eine enge Verbindung mit der im Verlaufe der Arbeit noch darzustellenden Ortsveränderung, jedoch keineswegs Identität. Die Trennung betrifft die Lösung aus dem Naturverbund, während die Ortsveränderung die Veränderung der räumlichen Erscheinungsform zum Gegenstand hat. Eine Trennung ist zwar Voraussetzung einer gegebenenfalls folgenden Ortsveränderung, jedoch keineswegs als dieser zugehörig zu betrachten.

3) Riebel erfaßt die Trennung und Verbindung unter der Formgebung von Objekten, vgl. Riebel, P., Industrielle Erzeugungsverfahren in betriebswirtschaftlicher Sicht, Wiesbaden 1963, im folgenden zitiert als "Erzeugungsverfahren", S. 38. Es wird nicht verkannt, daß jede Teilung und Verbindung eines Quantums mit anderen mit einer irgendwie definierten Veränderung der Form einhergehen muß. Je-

werden. Bei der Verbindung mehrerer Teilquanten eines bestimmten Stoffes zu einem Gesamt ist jedoch zu beachten, daß diese keine Veränderung eines einzelnen Leistungsobjektes, sondern die Zusammenführung zweier oder mehrerer Leistungsobjekte zum Gegenstand hat. Trennung und Verbindung von Quanten eines bestimmten Stoffes sind häufig Voraussetzung folgender, einer weiteren Erhöhung der Nutzungsmöglichkeit dienender Veränderungen. Sie sind als eigenständige Art der Zustandsänderungsleistung aufzufassen. Als Beispiele mögen der Abbau von Kohle durch Lohnunternehmer sowie die Aufteilung von Schlachtvieh in Portionen aufgeführt werden.

Wird weiterhin von einer bestimmten Stoffart ausgegangen, so ist die zweite mögliche Art der Veränderung in einer Umwandlung des gegebenen Stoffes in einen anderen zu sehen. Hierzu ist einerseits die Veränderung biologischer und physikalischer Eigenschaften eines Objektes bei gleichbleibender chemischer Zusammensetzung sowie die Isolierung von Bestandteilen heterogener Stoffe und die Bildung von Stoffgemischen zu zählen¹⁾.

Veränderungen der biologischen Eigenschaften von Stoffen treten bei Reifeprozessen von chemisch unveränderten Naturprodukten wie beispielsweise dem Keimen von Saatgut, dem Ausbrüten von Hühnereiern und dem Reifen von Bananen, Wein und Whisky auf. Ebenfalls sind aufzuführen das Abtöten

doch scheint eine Unterordnung der Trennung und Verbindung unter die Formgebung insofern unbefriedigend, als dieser Aspekt auch bei jenen Objekten bedeutend ist, bei denen eine dauerhafte Formgebung unmöglich oder wirtschaftlich unbedeutend ist, wie dies für Gase und Flüssigkeiten generell sowie beispielsweise für Grundstoffe und bestimmte Lebensmittel zutrifft.

1) Vgl. Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 30 f.

pflanzlichen und tierischen Lebens.

Zur physikalischen Stoffumwandlung gehört die dauerhafte Änderung physikalischer Eigenschaften von Stoffen, ohne daß dabei die chemische Zusammensetzung der Substanz betroffen wird¹⁾. Hierzu gehören beispielsweise Änderungen der Kristallstrukturen von Stoffen, wie Umwandlung von Kohle in Graphit und von Graphit in Diamant²⁾.

Die Isolierung von Stoffbestandteilen setzt das Vorliegen von heterogenen Stoffen voraus. Als Beispiele seien Extraktionen der Bestandteile von Gemischen sowie Aufspaltung chemischer Verbindungen genannt³⁾. Die Verbindung mehrerer Stoffe erfolgt aufgrund physikalischer Prozesse zu Stoffgemischen und/oder aufgrund chemischer Vereinigung von Elementen zu neuen Stoffen⁴⁾. In diesen Fällen liegt jedoch nicht mehr die Veränderung eines einzelnen Leistungsobjektes, sondern die Zusammenführung zweier oder mehrerer Leistungsobjekte zu einem einheitlichen Ganzen vor.

Stoffumwandlungen der aufgeführten Arten finden ihren Zweck in der Verbesserung der Nutzungsmöglichkeit von gegebenen Objekten. Regelmäßig sind derlei Veränderungen Voraussetzung oder aus dem Gesamtzusammenhang jedenfalls nützlich, um in folgenden Kombinationsprozessen angestrebte Veränderungen zu bewirken.

1) Vgl. Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 31. Die bei Riebel ebenfalls aufgeführten Veränderungen des Aggregatzustandes und der Druck- und Dichtezustände werden hier nicht in die Stoffumwandlung einbezogen, sondern zusammen mit anderen als Veränderungen der energetischen Erscheinungsform von Materie aufgefaßt und im folgenden Abschnitt dargestellt.

2) Vgl. Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 31.

3) Vgl. ebenda, S. 31.

4) Vgl. ebenda, S. 31.

Wird von abgegrenzten Quanten einer bestimmten Stoffart ausgegangen,' so betrifft die dritte Möglichkeit der Veränderung die Form des Körpers des Stoffes. Form kann als Umgrenzung eines von einem Körper erfüllten Raumes definiert werden; sie ist durch die geometrische Beschreibung der Grenzflächen bestimmt¹⁾. Eine dauerhafte Formänderung ist nur möglich, sofern und solange sich Stoffe in festem Aggregatzustand befinden. Formänderungen weisen für den Zweck der vorliegenden Arbeit überdies nur insofern Bedeutung auf, als Stoffe in ihrer Nutzungsmöglichkeit von der Gestalt ihres Körpers abhängig sind.

Unter Formänderung wird hier nur die Änderung der Form einfacher Körper einbezogen; die Bildung von Aggregaten aus einzelnen Teilen wird nicht als Aspekt der Formänderung angesehen und erst im folgenden behandelt²⁾. Durch die Formänderung verformbarer und verformungsrelevanter Objekte wird die Nutzungsmöglichkeit eines Quantums einer bestimmten Stoffart in einer bestimmten zweckentsprechenden Weise verändert. Im Idealfall kann die Formveränderung ohne jegliche Trennung oder Zusammenfügung von Stoffbestandteilen sowie Stoffumwandlung vorgenommen werden³⁾. Anforderungen an die Formveränderungen sind aus den angestrebten Zwecken abzu-

1) Vgl. Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 34.

2) Dies steht im Gegensatz zu Riebel, der - ausgehend von der Behandlung industrieller Erzeugungsverfahren - das Zusammenfügen von Teilen zu Baugruppen und von Baugruppen zu komplexen Anlagen ebenfalls zu den Stoffumformungsverfahren zählt, vgl. Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 33 f. Nach der hier vertretenen Auffassung handelt es sich bei dem Zusammenfügen von Einzelteilen zu komplexen Faktorsystemen um eine im grundsätzlichen andere Leistung als bei der Veränderung der Form abgegrenzter Teile eines Werkstoffes. Demzufolge werden sie im folgenden als eigenständige Kategorie der Veränderung von Objekten aufgefaßt, wenngleich eine Unterscheidung im Einzelfall schwierig sein mag.

3) Vgl. Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 88.

leiten. Ihre Erscheinungsmöglichkeiten sind in der Praxis so vielfältig, daß Allgemeingültiges über Kategorien der Formänderung außerhalb der angewendeten Verfahren¹⁾ nicht ausgesagt werden kann.

Nach der hier vertretenen Auffassung erscheint es sinnvoll, die Zuordnung abgegrenzter Teile zu komplexen Faktoren beziehungsweise Faktorsystemen, wie dies beim Zusammenbau von Einzelteilen zu Baugruppen und von Einzelteilen und Baugruppen zu Aggregaten der Fall ist, als eigenständige Art der stofflichen Veränderung von Sachobjekten aufzufassen²⁾. Wird von abgegrenzten, in bestimmter Weise geformten Quanten eines Stoffes ausgegangen, so handelt es sich hierbei um die Zusammenfügung mehrerer Leistungsobjekte zu einem Ganzen, welches bestimmte Funktionen auszuüben in der Lage ist. Hierdurch werden die Nutzungsmöglichkeiten der Einzelteile regelmäßig entscheidend verändert. Als Beispiel mag die Erstellung einer Schere aufgeführt werden. Nach auf Stoffumwandlung, Trennung und Stoffumformung ausgerichteten Kombinationsprozessen ist es notwendig, ihre Einzelteile zu einer funktionsfähigen Faktoreinheit zusammenzufügen. Zwei Scherenblätter und ein Verbindungsbolzen sind als Einzelteile hinsichtlich ihrer Nutzungsmöglichkeit etwas grundsätzlich anderes als eine Schere. Gleiches gilt für die Montage von Aggregaten und Faktorsystemen aus Einzelteilen sowie für die Montage und Einrichtung von Maschinen und maschinellen Anlagen. Zwar mag eine derartige Veränderung auch als Gestaltung (Formänderung) eines Faktorsystems angesehen werden, jedoch steht außer Frage, daß eine derartige

1) Vgl. zu den Verfahren der Formänderung Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 33 ff.

2) Entsprechendes gilt für die Demontage.

"Gestaltung" etwas im grundsätzlichen anderes darstellt als die Umformung des Körpers eines abgegrenzten Quantums einer bestimmten Stoffart.

Die aufgeführten Arten der Veränderung von Sachobjekten können zwar in idealtypischer Weise auftreten, in der Praxis werden sie jedoch häufig miteinander verbunden sein. So werden beispielsweise nach spanabhebenden Verfahren durchgeführte Formänderungen immer mit einer Trennung von Einzelteilen des Stoffes einhergehen¹⁾. Eine Abgrenzung der aufgeführten Arten der Veränderung kann somit im Einzelfall Schwierigkeiten bereiten.

1) Vgl. Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 88.

12. Die Veränderung der energetischen Erscheinungsform von Sachobjekten

Die Betrachtung möglicher betrieblicher Leistungen müßte als unvollständig angesehen werden, wenn nicht auf die Energie eingegangen würde. In der Physik wird Energie als Fähigkeit, Arbeit zu verrichten, bezeichnet¹⁾.

Es ist davon auszugehen, daß alle im vorhergehenden Teilabschnitt aufgeführten stofflichen Veränderungen von Sachobjekten sowie ein Großteil der im Verlaufe der Arbeit noch darzustellenden Veränderungen von Leistungsobjekten des Einsatzes von Energie bedürfen. Energie ist zweifellos als Mittel entsprechender Veränderungen anzusehen. Es ist allerdings fraglich, ob Energie als Faktor der Leistungserstellung angesehen werden sollte, wie dies in der Literatur teilweise geschieht²⁾.

Zur Klärung der Fragen, ob Energie als Faktor einzuordnen ist und in welchen Formen Energie von einem Betrieb auf andere Wirtschaftssubjekte übertragen werden kann, ist zunächst darauf einzugehen, was Energie ist und in welchen Erscheinungsformen sie auftritt. Hierzu wird streng zwischen Energieformen (Energie) und Energieträger unterschieden.

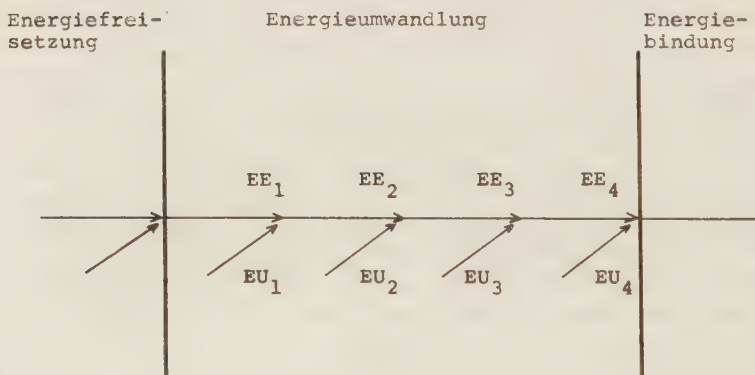
-
- 1) Vgl. Gerthsen, C., und Kneser, H. O., Physik, 10. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York 1969, S. 28, und Westphal, W. H., a.a.O., S. 38.
 - 2) Vgl. Gälweiler, A., Produktionskosten und Produktionsgeschwindigkeit, Wiesbaden 1960, S. 115 f. Mit Recht weist Gälweiler jedoch darauf hin, daß die Rolle der Energie in der wirtschaftstheoretischen Literatur weitgehend vernachlässigt wird (a.a.O., S. 114).

In vom Energieträger gelöster Form tritt Energie in der Wirklichkeit im wesentlichen in den Arten der Bewegungsenergie (Flächen- und Drehbewegung), der Wärme- und Kälteenergie¹⁾, der Licht- und sonstigen Strahlungsenergie, der Schallenergie, der magnetischen Energie sowie der elektrischen Energie auf²⁾. Es erscheint keinesfalls ausgeschlossen, daß weitere selbständige Energieformen bestehen könnten noch daß für bestimmte Zwecke eine Auffächerung oder Zusammenfassung der aufgeführten Energiearten sinnvoller erscheinen mag. Die allgemeine Maßeinheit der Energie ist erg³⁾. Alle Energieformen sind hinsichtlich ihres Energiegehaltes ineinander überführbar⁴⁾.

Demgegenüber stellen Energieträger keinerlei wirkliche Energie dar, sondern sie sind Objekte, welche aufgrund eines ihnen innewohnenden Nutzungspotentials Energien der aufgeführten Arten abzugeben in der Lage sind. Die Frage der Energieträger läßt sich nur für die unterschiedlichen Energiearten gesondert beantworten. Menschen und Tiere sind beispielsweise direkt Träger von Bewegungs-, Schall- und im gewissen Umfange Wärmeenergie, fossile Brennstoffe und Kernbrennstoffe sind Träger potentieller Wärmeenergie und Wasser in Pumpspeicherbecken stellt Träger potentieller Bewegungsenergie dar. Auf eine ausführliche Darstellung der möglichen Energieträger einer jeden Energieform muß an dieser Stelle verzichtet werden.

-
- 1) Obwohl, ausgehend vom absoluten Nullpunkt, alle Veränderungen der Temperatur als mehr oder minder starke Wärmezuführung aufgefaßt werden können, empfiehlt es sich, die Kälte als relativen Entzug von Wärme als eigene Energieart aufzufassen.
 - 2) Vgl. Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 42, und Westphal, W. H., a.a.O., S. 40.
Da einige Energiearten in ihren Wirkungen nicht direkt in einer einheitlichen Wirkung sinnlich wahrnehmbar sind, sind sie vom Menschen schwer zu begreifen. Dies gilt insbesondere für den elektrischen Strom. Strom wird hier als aufgrund eines Druckunterschiedes zwischen zwei Polen eines elektrischen Leitersystems auftretender Elektronenfluß aufgefaßt.
 - 3) Vgl. Stichwort Energie, in: Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, hrsg. von G. Klaus und M. Buhr, 7. Aufl., Berlin 1970, S. 285 f.
 - 4) Vgl. Westphal, W. H., a.a.O., S. 40.

Vom Menschen kann aufgrund biologischer, chemischer und/oder physikalischer Wirkzusammenhänge durch Faktorkombination Energie aus Energieträgern freigesetzt werden. Freigesetzte Energie bestimmter Art kann unter Verwendung von Faktoren der Energieumwandlung (Energiewandler) nach Maßgabe bekannter technischer Verfahren in andere Energieformen umgewandelt ¹⁾ und gegebenenfalls in Energiespeichereinrichtungen gebunden werden. Dies soll anhand der Abbildung 5 beispielhaft dargestellt werden.



EE_1 = Faktoren in bestimmten energetischen Erscheinungsformen (i)

EU_j = Energieumwandlungsfaktoren bestimmter Art (j)

Abb. 5: Energiefreisetzung, Energieumwandlung und Energiebindung

1) Zu den Verfahren der Energieumwandlung vgl. beispielsweise Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 42 ff.

Aufgrund bestimmter in der Natur vorgefundener Energieformen muß der gesamte Energieumwandlungsprozeß jedoch nicht unbedingt mit der durch Faktorkombination bewirkten Freisetzung von Wärmeenergie beginnen, sondern er kann auch mit der Umwandlung in der Natur vorgefundener Wärme in Form der Sonnenstrahlung oder der Erdwärme sowie in der Natur vorgefundener Bewegungsenergie in Form der Luft- und Flußwasserströmung in andere Energieformen anfangen.

Außerdem kann, neben einer direkten Nutzung in der Natur vorgefundener Energien, je nach angestrebter Wirkung der gesamte Energieumwandlungsprozeß vom Menschen durch Faktorkombination freigesetzter oder in der Natur vorgefundener Energien nach einer oder wenigen Stufen zweckerfüllend abgebrochen werden. So kann beispielsweise freigesetzte oder vorgefundene Wärmeenergie unmittelbar zur Heizung von Wohnräumen (Ofen, Heizung mit Erdwärme), zum Schmelzen von Metallen (Kokshochofen, Sonnenhochofen) oder über die Erzeugung von Drücken in Dampfkesseln oder Zylindern einer Verbrennungskraftmaschine zur Erzeugung mechanischer Bewegung verwendet werden. Auch sind andere als die aufgeführten Energieumwandlungsstufen denkbar; so kann beispielsweise die Sonnenenergie mit Hilfe von Solarzellen unmittelbar in Elektrizität umgewandelt werden.

Der gesamte Prozeß der Energiefreisetzung, -umwandlung und -speicherung ist als Folge stufenweiser, verändernder Einwirkung auf Objekte aufzufassen, in deren Folge diese bestimmte energetische Erscheinungsformen annehmen. Aufgrund dieser Erscheinungsformen sind die Objekte ihrerseits in der Lage, auf andere Objekte einzuwirken¹⁾. So werden

1) Hierbei treten Ursache und Wirkung in jedem Falle zeitlich verzögert auf, vgl. hierzu S. 21 f. der vorliegenden Arbeit. Diese Verzögerung kann mehr oder minder ausgeprägt sein, so daß zwischen Ursache des ersten Gliedes und Wirkung der letzten Stufe je nach Stufenzahl und nach technischen Wirkungszusammenhängen ein mehr oder minder langes Zeitintervall liegen kann.

beispielsweise durch Verbrennung fossiler Brennstoffe aufgrund freiwerdender Wärmeenergie Luft sowie andere Objekte erwärmt, durch Einwirkung von Wärmestrahlung auf Wasser werden Bewegungskräfte des Wassers (Ausdehnung) hervorgerufen, durch Durchströmen von Wasserdampf durch Turbinen werden Turbinenteile in mechanische Drehbewegung versetzt, durch Übertragung mittels Getriebe wird der Läufer eines Stromgenerators in Drehbewegungen versetzt, durch Drehbewegung des Generatorläufers werden im Generator Magnetfelder gegeneinander bewegt, durch Gegeneinanderverschieben von Magnetfeldern werden in einem durch das Magnetfeld verlaufenden System elektrischer Leiter bei offenen Leitersystemen Spannungen induziert und bei geschlossenen Leitersystemen Ströme hervorgerufen. Durch elektrische Ströme werden in sekundären Energiewandlungseinrichtungen wiederum Magnetkräfte und über diese Bewegungen von Motorankern, Membranen und über diese wiederum gegebenenfalls Schall oder direkt Wärme und Licht bewirkt.

Nach diesen Vorbemerkungen soll jetzt die Frage zu klären versucht werden, ob Energien bestimmter Art als Faktoren der Leistungserstellung anzusehen sind. Während die Faktoreigenschaft der Energieträger¹⁾ nicht bestreitbar ist, sie allerdings keine Energie, sondern nur potentielle Energie darstellen, ist es fraglich, ob Energie in stofflich nicht gebundener Form als Faktor einzuordnen ist. Faktoren wurden als selbständige Zweckerfüllungsinstrumente bezeichnet. Eine Selbständigkeit der in ungebundener Form auftretenden Energie ist jedoch nicht gegeben. Es ist weder möglich, unabhängig von einer erzeugenden Faktorkombination noch von einem Objekt, an dem sich Energie bestimmter Art verändernd ausgewirkt hat, Bewegung, Wärme und Kälte, Schall, Magnetismus und Elektrizität produktionstheoretisch zu erfassen. Vom

- 1) Die Faktoreigenschaft der Energieträger folgt auch daraus, daß sie regelmäßig weitere Nutzungsmöglichkeiten aufweisen. So dient Kohle beispielsweise als Ausgangs- und Werkstoff vieler Produkte und Benzin als Lösungs- und Reinigungsmittel.

Energieträger gelöste Energie tritt über stufenweises Einwirken auf Leistungsobjekte (Energieübetragung und -umwandlung) somit nur als bewirkte Veränderung von Leistungsobjekten auf. Derlei erfaßbare Energie kann dann jedoch nicht Faktor, sondern als bewirkte Veränderung von Objekten nur Leistung sein. Eine derartige Leistung wird, da sie nicht Veränderungen der stofflichen Erscheinungsform von Materie zum Gegenstand hat, als Veränderung der energetischen Erscheinungsform von Sachobjekten bezeichnet. Sie liegt dann vor, wenn Materie in Bewegung gebracht, erwärmt oder abgekühlt, magnetisiert, in Schwingungen versetzt, beleuchtet oder von Strömen durchflossen wird. Eine Einbeziehung der Energie in das System der Faktoren wird somit nicht für möglich gehalten.

Diese Negierung eines eigenständigen Faktors "Energie" erscheint im übrigen auch aus den Gründen zweckmäßig zu sein, daß dieser alle auftretenden Energieformen zu umfassen hätte. Neben Bewegungen des Menschen, seiner Sprache und Körperwärme wären beispielsweise entsprechende Energien von Tieren, die Tagestemperatur, der Wind, fließendes Wasser, sich bewegende Fahrzeuge und Maschinenteile, Elektrizität sowie die hier als Energieträger aufgeführten Faktoren als einheitlicher "Faktor" zu erfassen.

Die Nichtanerkennung der Faktoreigenschaft der Energie hat Auswirkungen auf die Deutung der Energieumwandlungsprozesse als Faktorkombination. Wenn vom Energieträger gelöste Energie nicht als Faktor angesehen wird, so kann der Energieumwandlungsprozeß nicht als eigenständige Faktorkombination aufgefaßt werden. Aufgrund der oben vorgenommenen Charakterisierung des Energieumwandlungsprozesses als stufenweises Einwirken auf die energetische Erscheinungsform von Leistungsobjekten ergibt sich, daß bei der Energieumwandlung nicht von einer selbständigen Faktorkombination, sondern nur von einer stufenweisen Einbeziehung zusätzlicher Faktoren in eine aufgrund der Energiefrei-

setzung bereits bestehende Faktorkombination gesprochen werden kann. Wird von der aufgrund Verbrennung fossiler Brennstoffe erfolgenden Freisetzung von Wärme im Ofen ausgegangen, so kann die mittels Erhitzung hervorgerufene energetische Veränderung von Wasser zu Hochdruckdampf nicht als durch die Faktoren Wasser und Wärme hervorgerufen gedeutet werden, sondern nur als durch die Einbeziehung von in einem Kessel befindlichem Wasser in die bereits bestehende produktive Faktorkombination zur Freisetzung von Wärme aufgefaßt werden.

Hieraus ergeben sich theoretisch bedeutsame Konsequenzen, auf die kurz einzugehen ist. So kann die Umwandlung von in der Natur vorgefundenen freien Energien wie Sonnenstrahlung, Erdwärme, natürliche Wasser- und Luftströmung (Wind) dann theoretisch nicht als eine ausschließlich von Menschen angestrengte Faktorkombination, sondern nur als Einbeziehung der von Menschen bereitgestellten Energieumwandlungsfaktoren in die Wirkungen der von der Natur durchgeführten Faktorkombination gedeutet werden.

Ebenfalls kann die Verwendung elektrischen Stromes der öffentlichen Stromversorgung zur Verrichtung bestimmter produktiver Aufgaben nicht als Einsatz eines Faktors bezeichnet werden, sondern als simultane Einbeziehung von Energieumwandlungsfaktoren des Verwenders in die Faktorkombination des Stromerzeugers. Aufgrund dieser Einbeziehung von Faktoren werden in elektrischen Leitersystemen Stromflüsse induziert, die unmittelbar oder über eine oder mehrere Stufen der Energieumwandlung die letztlich angestrebte Wirkung herbeiführen. Wenn auch dieses Ergebnis überraschend sein mag, so kann der Einsatz von Strom theoretisch doch nicht anders gesehen werden. Dies ergibt sich auch daraus, daß ohne Einbeziehung von stromverbrauchenden Faktoren keinerlei Strom fließt¹⁾. Wenn jedoch

1) Vgl. Riebel, P., Typen der Markt- und Kundenproduktion in produktions- und absatzwirtschaftlicher Sicht, in: ZfbF, N.F., 17. Jg. 1965, S. 670.

Strom vor Einschalten des stromverbrauchenden Faktors objektiv nicht existiert, kann er produktionstheoretisch auch nicht als ein selbständig einsetzbares Zweckerfüllungsinstrument angesehen werden. Strom entsteht nur durch Einbeziehung eines sekundären elektrischen Leitersystems in ein unter Spannung befindliches primäres Leitersystem. Als weiteres Argument zur Stützung der aufgestellten These ist anzuführen, daß jede Unterbrechung des Wirkzusammenhanges an einer vorgelegerten Stelle des gesamten Energieumwandlungsprozesses zu einem mehr oder minder kurzzeitig folgenden Fortfall der in nachgelagerten Stufen eintretenden Wirkungen führt. Dies kann jedoch nur dann geschehen, wenn an irgendeiner Stelle des über mehrere Stufen wirkenden gesamten Kombinationsprozesses Faktoren fehlerhaft kombiniert werden¹⁾.

Allerdings weist die theoretische Notwendigkeit, im Falle des elektrischen Stromes von einer Einbeziehung geeigneter Faktoren des Verwenders in die produktive Kombination des Stromerzeugers ausgehen zu müssen, außer bei - in der heutigen Zeit allerdings seltenen - Stromausfällen keine praktisch nachteilige Bedeutung gegenüber dem Einsatz von Faktoren auf. Strom kann aufgrund seiner weitgehenden Erhältlichkeit genau so gut, aufgrund seiner nahezu beliebigen Teilbarkeit in vielen Fällen besser als Faktoren zur Herbeiführung der angestrebten Wirkungen herangezogen

1) Die Erzeugung, Übertragung und Verwendung von Strom ist der Erzeugung mechanischer Bewegungsenergie durch Kraftmaschinen, ihrer Übertragung mittels Transmissionswellen und -riemen und ihrer dezentralen Verwendung durch Arbeitsmaschinen nicht unähnlich. Auch eine Transmissionsanlage ist als Faktorkombination aufzufassen, bei der durch stufenweises Einwirken die energetische Erscheinungsform von Leistungsobjekten verändert wird. Eine fehlerhafte Faktorkombination an einer Stelle des gesamten Kombinationsprozesses führt dabei zu einem Entfallen der Wirkungen in den nachgelagerten Stufen. Dies kann ebenfalls nur deshalb geschehen, weil in den nachgelagerten Stufen keine selbständigen Faktorkombinationen durchgeführt werden, sondern weitere Faktoren in die bestehende produktive Kombination einbezogen werden.

werden. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Erzeugung von Strom erst durch Einbeziehung von Verbrauchsgeräten des Nachfragers in die produktive Kombination des Stromerzeugers ermöglicht wird und daß es sich bei Strom, wie bei anderen Energiearten auch, nicht um einen Faktor, sondern um Leistungen in Form der Veränderung der energetischen Erscheinungsform von Objekten handelt.

Bevor im folgenden auf Möglichkeiten der Übertragung von Energie vom Betrieb auf nachfragende Wirtschaftssubjekte als betriebliche Endleistungsart eingegangen wird, ist zu klären, was diese letztlich mit der Energie bezwecken. Energie wird grundsätzlich nicht um ihrer selbst willen, sondern nur als Mittel zur Erfüllung von Zwecken gebraucht. Als Beispiele mögen die Verwendung von Bewegungsenergie zur Veränderung der Form fester Stoffe und des Aufenthaltsortes von Objekten, der Einsatz von Licht für fotografische Zwecke und zur Beleuchtung von Arbeitsplätzen, Wärme als Mittel zur Trennung und Verbindung fester Stoffe (Schweißen), Kälte als Mittel der Konservierung verderblicher Stoffe, der Einsatz von Magnetismus zum Zwecke der Trennung von Stoffgemischen¹⁾, Schall zum Zwecke der Hervorbringung angestrebter akustischer Wirkungen sowie die direkte Verwendung von Strom zur chemischen Aufspaltung von Stoffen und die indirekte Verwendung von Strom zur Hervorbringung anderer Energiearten²⁾ genannt werden.

Energie wäre als Mittel der Hervorbringung zweckerfüllender Veränderungen für die hier angestrebte Darstellung der Arten betrieblicher Endleistungen unerheblich, wenn es

-
- 1) Bei der Magnetscheidung werden unterschiedliche magnetische Eigenschaften der Bestandteile eines Stoffgemisches ausgenutzt. Vgl. zur Magnetscheidung Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 42, und Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S. 87.
 - 2) Strom zeichnet sich durch eine mehr oder minder direkte Umwandelbarkeit in alle übrigen Energieformen aus.

nicht gelänge, sie mit Hilfe geeigneter technischer Verfahren auf andere Wirtschaftssubjekte zu übertragen. Energie stellte dann nur den Aspekt des technischen Hervorbringens der letztlich angestrebten Wirkung und nicht die zweckerfüllende Wirkung selbst dar. Nun ist in der Wirklichkeit Energie allerdings vom Betrieb auf andere Wirtschaftssubjekte übertragbar, ohne daß jene über die gesamte produktive Kombination der Faktoren verfügen müßten. Aufgrund der nicht gegebenen Selbständigkeit der Energie entfällt jedoch eine der Zuführung materieller Objekte vergleichbare "Energieförderung"¹⁾. Es stellt sich jetzt die Frage, in welcher Weise Energie vom Betrieb nachfragenden Wirtschaftssubjekten zugeführt werden kann.

Eine Erfüllung der Zwecke des Nachfragers wird nur dann für möglich gehalten, wenn seine Faktoren die aus den angestrebten Zwecken abgeleitete gewünschte energetische Erscheinungsform annehmen, also beispielsweise die Spindel einer Drehbank sich in Drehbewegungen befindet, eine Wohnung gegenüber der Umwelt erwärmt ist, eine Glühlampe ihre Umwelt erleuchtet und ein Lautsprecher akustische Schwingungen der Luft hervorruft. Sofern von einer Selbstdurchführung der gesamten, die letztlich angestrebte Wirkung herbeiführenden gegebenenfalls mehrstufigen Faktorkombination durch den Nachfrager abgesehen wird, erscheint dies nur dadurch möglich, daß die energetische Erscheinungsform von Faktoren des Nachfragers durch ihre Einbeziehung in die Faktorkombination des Betriebes verändert wird. Dies kann zum einen in der Weise geschehen, daß Faktoren des nachfragenden Wirtschaftssubjektes durch Faktorkombi-

1) Dies gilt natürlich nicht für die Energieträger, welche nach der hier getroffenen Unterscheidung zwischen Energieträger als Faktoren und Energie als Wirkungen nicht zur Energie gezählt werden.

nation des Betriebes in ihrer energetischen Erscheinungsform verändert werden, um zeitlich folgend als wirkender Faktor im Kombinationsprozessen des Nachfragers eingesetzt zu werden; zum anderen kann die Einbeziehung von Faktoren des Nachfragers zwecks nahezu gleichzeitiger Abgabe erwünschter Wirkungen geschehen. Überdies können beide Möglichkeiten miteinander verbunden auftreten.

Bei der Veränderung der energetischen Erscheinungsform von Faktoren des Nachfragers, die einer Energieabgabe in zeitlich folgenden Kombinationsprozessen dient, handelt es sich um eine energetische Aufladung von Energiespeichereinrichtungen. Energiespeicher sind solche Einrichtungen, die zugeführte Energie bestimmter Art innerhalb eines mehr oder minder langen Zeitintervalls mehr oder weniger vollständig zu speichern und zeitlich folgend nutzbringend wieder abzugeben in der Lage sind. Beispiele hierfür sind Strom-, Kälte- und Wärmeakkumulatoren, Uhrwerke und Schwungräder zur Speicherung von Bewegungsenergie sowie Druckbehälter zur Speicherung von unter Druck stehenden Stoffen. Direkte Speichereinrichtungen für Schall und Licht, wenn von der nicht erwähnenswerten Speicherung von Licht in fluoreszierenden Zellen abgesehen wird, sind nicht bekannt. Elementare Endleistungen der hier betrachteten Art können dann darin bestehen, daß Betriebe entsprechende Speichereinrichtungen der Nachfrager mit den entsprechenden Energien aufladen. Dies tritt in der Praxis beispielsweise in Form des Aufladens von Stromakkumulatoren durch Tankstellen sowie des Aufladens von Kälteakkumulatoren durch campingplatzbewirtschaftende Betriebe sowie des Befüllens von Pressluftflaschen¹⁾ auf.

1) Streng genommen handelt es sich hierbei obendrein um die Lieferung von Luft, vergleichbar der Lieferung von Gas in Gasflaschen. Da jedoch Luft Ubiquität darstellt und bei der Befüllung von Pressluftflaschen eindeutig der energetische Aspekt im Vordergrund steht, kann dies hier vernachlässigt werden.

Bei jenen Veränderungen der energetischen Erscheinungsform von Objekten, bei denen diese annähernd gleichzeitig die Zwecke des Nachfragers erfüllenden Wirkungen hervorbringen, handelt es sich um eine durch geeignete technische Maßnahmen herbeigeführte Einbeziehung von Faktoren des Nachfragers in die Faktorkombination des Betriebes. In der Praxis tritt dies in der Form der sogenannten "Lieferung von Fernwärme"¹⁾ auf, bei der ein hochtemperiertes Medium (meist Wasserdampf) so an Faktoren des Nachfragers vorbeigeführt wird, daß diese in der gewünschten Weise erhitzt werden. Leistungen der Art werden regelmäßig von Kraftwerken und Hochofenbetrieben erstellt, um die in ihren Kombinationsprozessen anfallende Wärme zu nutzen. Vergleichbare Leistungen sind für die Übertragung anderer Energiearten wie Kälte, Licht und Schall theoretisch denkbar. Bei der Zuführung elektrischer Energie handelt es sich, wie bereits erwähnt, um die zweckentsprechende Einbeziehung von Faktoren des Nachfragers in die Faktorkombination des Stromerzeugers. Aufgrund der hierdurch in den Leitersystemen der Faktoren eintretenden Stromflüssen kommt es, wie im Falle der Elektrolyse unmittelbar oder, wie bei der Erzeugung von Licht, Wärme, Kälte, Magnetismus, Bewegung und Schall aufgrund einer oder mehrerer Stufen der Energieumwandlung mittelbar, zur Zwecke des Nachfragers erfüllenden Wirkung. Leistungen dieser Art werden von öffentlichen Kraftwerken für den Bedarf Dritter erstellt.

1) Vgl. Riebel, P., Erzeugungsverfahren, a.a.O., S. 44, Fußnote 23.

(2) An Menschen erstellte Zustandsänderungsleistungen

An Menschen als Leistungsobjekten betrieblicher Kombinationsprozesse vorzunehmende Zustandsänderungen finden ihren Grund in einem Zustand von Menschen, welcher nicht dem aus den angestrebten Zwecken abgeleiteten erwünschten Zustand entspricht. Dies gilt in gleicher Weise für den Zustand des Nachfragers selbst¹⁾, wie für den Zustand von Mitarbeitern (Arbeitskräften) des Betriebes, deren zweckerfüllende Veränderung dem Nachfrager gegenüber dargeboten wird. An Menschen erstellte Zustandsänderungsleistungen können somit in am Nachfrager erstellte Leistungen und in menschliche Darbietungsleistungen²⁾ unterschieden werden. Zunächst wird die Betrachtung auf am Nachfrager als Leistungsobjekt vorgenommene Zustandsänderungen abgestellt.

Wird vom lebenden Menschen als körperhaftem und mit Geist ausgestattetem Wesen ausgegangen und wird der Geist in einen Zweckaspekt und einen Mittelaspekt unterschieden, wobei der Zweckaspekt wiederum in die beiden Bereiche Zwecksetzung (Ziel, Motivation) und Zweckerfüllung (Empfinden) getrennt werden kann, so ist zunächst die Frage zu klären, bei der Veränderung welcher der aufgeführten Tatbestände der Mensch als Leistungsobjekt betrieblicher Kombinationsprozesse anzusehen ist.

Leistungsobjekte wurden als passive, Veränderungen erdulden- de Objekte gekennzeichnet. Während der Mensch in auf Veränderung seines Körperzustandes ausgerichteten

-
- 1) Voraussetzung ist, daß es sich beim nachfragenden Wirtschaftssubjekt um einen Menschen handelt. Obendrein kämen an Haushalts- und Betriebsangehörigen des Nachfragers erstellte Zustandsänderungen in Betracht. Hier- von wird im folgenden jedoch abgesehen.
 - 2) Von den menschlichen Darbietungsleistungen sind die sachlichen Darbietungsleistungen zu unterscheiden, welche in der Darbietung von an Sachobjekten erstellten Zustandsänderungen bestehen. Als Beispiel hierfür möge die Demonstration technischer Prozeßabläufe genannt werden.

Kombinationsprozessen unzweifelhaft als Leistungsobjekt anzusehen ist, muß im folgenden untersucht werden, ob dies in gleicher Weise für auf Veränderungen seines Geisteszustandes abstellende Prozesse gilt. Wenn auch nicht bestritten wird, daß von Nachfragern Veränderungen ihrer Zwecksetzung angestrebt werden können¹⁾ und von Dritten wie beispielsweise Psychoanalytikern und Psychologen herbeigeführt werden können, so kann doch nicht vom Vorliegen einer durch betriebliche Kombinationsprozesse bewirkten Veränderung der Zwecksetzung und somit vom Menschen als Leistungsobjekt ausgegangen werden. Vom Betrieb kann allenfalls die letztlich angestrebte Veränderung durch geeignete Mittel und Maßnahmen herbeizuführen v e r - s u c h t , nicht dagegen die angestrebte Veränderung unmittelbar b e w i r k t werden. Aus Gründen des Versuches einer objektivierten Ermittlung der vom Betrieb erstellten Leistung empfiehlt es sich jedoch, in der Betrieb-Nachfrager-Beziehung nur von solchen Veränderungen auszugehen, die objektiv feststellbar sind. Folglich kann der Mensch im betrachteten Fall nicht als Leistungsobjekt angesehen werden. Ebenfalls stellt der Mensch nicht generell Leistungsobjekt betrieblicher Kombinationsprozesse dar, wenn durch diese seine Empfindungen verändert werden, da sonst alle von ihm empfangenen Leistungen als am Nachfrager erstellt einzuordnen wären.

Fraglich ist, ob auf Veränderung der geistigen Fähigkeiten des Menschen ausgerichtete betriebliche Leistungen als am Menschen als Leistungsobjekt erstellt aufzufassen sind. Dies betrifft unter anderem die Frage, ob in der schulischen Ausbildung der Schüler als Leistungsobjekt anzusehen ist²⁾. Die Veränderung des Verstandes eines Menschen kann

- 1) Streng genommen verlangt das Entstehen eines entsprechenden Wunsches jedoch das Vorliegen eines Metazweckes.
- 2) Vgl. Pleiß, U., Bildungsbetriebe, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 953.

nur durch seine Mitwirkung erreicht werden. Diese Mitwirkung kann aktiv oder mehr passiv sein. Aktives Mitwirken stellt unmittelbar geistige Ergebnisse hervorbringendes Denken, mehr passives Mitwirken die Aufnahme der von anderen Menschen vorbedachten und übermittelten Denkinhalte dar¹⁾.

Da das Leistungsobjekt als passiv Veränderungen erdulgender Faktor eines Kombinationsprozesses bezeichnet wurde, könnte der Mensch nur im Falle des mehr passiven Aufnehmens einer auf die Veränderung seines Geistes gerichteten Wirkung eines Kombinationsprozesses als Leistungsobjekt, im Falle der aktiven Teilnahme dagegen selbst als leistender Faktor, nämlich menschliche Arbeit²⁾, angesehen werden. Wenn von einer alleinigen aktiven Teilnahme des Menschen am Kombinationsprozeß abgesehen wird, bei der dann allerdings auch keine spezifischen Endleistungen von Betrieben vorliegen könnten, so erfolgt im praktischen Fall der Ausbildung regelmäßig eine Abwechslung aktiven und mehr passiven Verhaltens zum Zwecke der Veränderung der geistigen Fähigkeiten des Auszubildenden. Eine Abgrenzung ist dabei schwierig. Das zumindest phasenweise Auftreten annähernd passiv erduldeten Einwirkungen Lehrender auf den eigenen Geisteszustand erfordert jedoch eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob insoweit der Auszubildende als Leistungsobjekt anzusehen ist.

Zwar darf nicht verkannt werden, daß derlei betriebliche Kombinationsprozesse auf die Veränderung der geistigen Fähigkeiten des Menschen ausgerichtet sind, diese kann jedoch in keinem Falle durch den Betrieb unmittelbar bewirkt werden, weil sie von der Aufnahmefähigkeit und Mitwirkung des Nachfragers abhängig ist. Es erscheint jedoch sinnvoll, nur solche Veränderungen als mögliche Leistungs-

- 1) Anders als durch Informationsaufnahme im weitesten Sinne ist nicht aktives Verändern menschlichen Geistes nicht möglich.
- 2) Vgl. hierzu auch die Prüfung der Frage, ob Schüler als Faktor "Arbeit" einzuordnen sind, bei Pleiß, U., a.a.O., Sp. 953 f.

tatbestände anzusehen, die objektiviert in der Beziehung zwischen Betrieb und Nachfrager feststellbar sind. Dies ist hier jedoch nur bezogen auf die vom Lehrenden dargebotenen Informationen, nicht dagegen in bezug auf die dadurch bewirkten Veränderungen des Geistes des Lernenden gegeben. Folglich sollte dann auch nicht der Mensch, sondern nur der vom Betrieb abgegebene und übermittelte Denkinhalt als Leistungsobjekt angesehen werden¹⁾. Bei der Betrachtung strukturell unter Umständen gleicher Tatbestände wie der Wissensvermittlung durch Fernsehen (Schulfernsehen) oder Rundfunk (Schulfunk) zeigt sich, daß die aufgezeigte Sichtweise sinnvoll ist. Ansonsten wäre nämlich in den aufgeführten Beispielen die Gesamtheit der Zuschauer und/oder Zuhörer als Leistungsobjekte der von den Fernseh- und Rundfunkanstalten durchgeführten Kombinationsprozesse anzusehen, eine Einordnung, die produktions-theoretisch in keinem Falle zu befriedigen vermag.

Somit treten am Nachfrager als Leistungsobjekt erstellte Leistungen nur dann auf, wenn sie auf die Veränderung seines Körpers ausgerichtet sind. Aufzuführen sind hier jene äußerlich erkennbaren Veränderungen des menschlichen Körpers, die beispielsweise in einer Verkürzung der Haarlänge oder Veränderung der Haarform als Leistung von Friseurbetrieben, der Hautoberfläche als Leistung von Kosmetiksalons oder auf medikamentöser oder chirurgischer Behandlung seitens von Ärzten zurückzuführende Veränderungen äußerer menschlicher Organe beruhen. Als Beispiele für innere Veränderungen des menschlichen Körpers mögen alle aufgrund von chirurgischen Eingriffen, medikamentöser oder sonstiger Behandlung eintretenden Veränderungen des menschlichen Körpers als Leistungen von Ärzten und der im Bereich der Medizinalversorgung tätigen Betriebe aufgeführt werden.

1) Vgl. hierzu auch Pleiß, U., a.a.O., Sp. 953.

Eine Beschränkung der an Menschen als Objekte der Veränderung erbrachten, Zwecke des Nachfragers erfüllenden Leistungen auf die an diesem selbst bewirkten Veränderungen seines körperlichen Zustandes wäre jedoch zu eng. Am Menschen als Leistungsobjekt erstellte Leistungen von Betrieben können auch darin bestehen, daß diesem rechtlich zugeordnete Mitarbeiter Zustandsänderungen unterzogen werden oder einzeln oder gemeinschaftlich mit anderen selbst herbeiführen¹⁾, deren Betrachtung Zwecke des Nachfragers zu erfüllen vermag. Dabei wird regelmäßig eine sachlich und/oder zeitlich abgeschlossene Darstellung momentaner Veränderungen nachgefragt. Derlei Leistungen werden als menschliche Darbietungsleistungen bezeichnet. Wegen der bestehenden Vielfalt kann über die Art möglicher Veränderungen kaum Allgemeingültiges ausgesagt werden; die menschliche Fähigkeit, sich über Menschen und ihre Veränderungen erfreuen zu können, ist im positiven wie im negativen Sinne unbeschreiblich groß.

Menschliche Darbietungsleistungen werden als elementare Endleistungen beispielsweise von Balletts, Theaterbetrieben, Varietés, Zirkusbetrieben, Nachtclubs, Fußballclubs und anderen Sportvereinen erstellt.

1) Hierbei handelt es sich insofern um eine Ausnahme von der dargestellten Sichtweise einer Veränderung als Faktorkombination von Leistungsobjekt und wirkendem Faktor, als der Mensch aufgrund des ihm innewohnenden energetischen Bewegungspotentials in der Lage ist, als Leistungsobjekt und als wirkender Faktor zugleich aufzutreten. Allerdings können auch Bewegungen des Menschen als im Körperinneren ablaufende Faktorkombination gedeutet werden.

(3) An Informationen erstellte Zustandsänderungsleistungen

Der Ausdruck "Information" kann entweder zur Bezeichnung einer Tätigkeit oder des Ergebnisses von Tätigkeiten verwendet werden¹⁾. Im letzteren Sinne wird er von dem überwiegenden Teil der Autoren²⁾ und ebenfalls in der vorliegenden Arbeit gebraucht.

Wie bereits erwähnt, werden Informationen im Anschluß an W. Wittmann³⁾ als zweckorientiertes Wissen definiert⁴⁾. Unter Wissen wird die Abbildung realer oder idealer Zustände und ihrer Veränderungen sowie der zwischen Zuständen und Veränderungen bestehenden Beziehungen im menschlichen Geist verstanden⁵⁾. Einerseits verbindet Wissen die Realität mit dem menschlichen Geist, andererseits ist der Mensch in der Lage, sich über die Realität hinausgehende ideale Gebilde zu schaffen⁶⁾.

Kenntnis als Zustand, sich bestimmter Denkinhalte bewußt zu sein, ist eine psychische Kategorie und damit stets an Menschen gebunden⁷⁾. Denkinhalte entstammen dem Bereich immaterieller Tatbestände, wenngleich sie beim Wissen über materielle Tatbestände aus diesen abgeleitet sind und bei allen Denkinhalten eine Bindung an materielle Trägermedien möglich ist. Sie können nämlich durch einen Akt der Wissensabgabe und Speicherung unter Verwendung von Zeichen auf ein geeignetes materielles Trägermedium übertragen und somit vom Menschen gelöst (materialisiertes Wissen), beispielsweise in Form eines Buches⁸⁾, existieren, ohne auch nur in einem Menschen als tatsächliche Kenntnis vorhanden zu sein. Denkinhalte dieser Art sollen nicht als wirkliches

1) Vgl. Berthel, J., Informationen und Vorgänge ihrer Bearbeitung in der Unternehmung, Berlin 1967, S. 27.

2) Vgl. ebenda, S. 27.

3) Wittmann, W., a.a.O., S. 14.

4) Vgl. beispielsweise Berthel, J., a.a.O., S. 28, und Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 175.

5) Vgl. Berthel, J., Information, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1866.

6) Sie stellen im übrigen - neben rechtlichen Bindungen - das einzige dar, was der Mensch originär erzeugen kann.

7) Vgl. Bochenski, J. M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, 2. Aufl., München 1959, S. 10 f.

8) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 175.

Wissen, sondern als potentiellles Wissen bezeichnet werden ¹⁾. Von potentielllem Wissen als tatsächlich existierende Denkinhalte sind potentielle Denkinhalte zu unterscheiden, die mit jedem subjektiv unbekannten objektiv feststellbaren Tatbestand der realen Welt sowie gegebenenfalls seiner nicht nur gedanklichen (ikonischen) Abbildung verbunden sind, dessen Aufnahme im menschlichen Geist (Kenntniserlangung) nur der Wissensgewinnung bedarf.

Wissen kann sich auf vergangene oder zukünftige Sachverhalte beziehen ²⁾. Allerdings ist zu beachten, daß Wissen über Zukünftiges stets nur in Form wahrscheinlichen Wissens, nie als gesichertes Wissen auftreten kann ³⁾.

Zur Information wird potentiellles und wirkliches Wissen über vergangene und zukünftige Sachverhalte jedoch erst dann, wenn es auf einen Zweck hin orientiert ist ⁴⁾. Ob potentiellles oder wirkliches, vergangenheits- oder zukunftsbezogenes Wissen für ein Wirtschaftssubjekt eine Information darstellt, hängt somit davon ab, ob dieses Zwecke verfolgt, für die dieses Wissen nützlich ist ⁵⁾. Hierbei ist es unerheblich, ob das Wissen für das Wirtschaftssubjekt neu ist oder nicht ⁶⁾.

Die Zweckorientierung wird darin gesehen, daß die Erlangung bestimmten Wissens entweder unmittelbar Zwecke erfüllt (Kenntniserlangung als Selbstzweck) oder der auf die Erfüllung sachlicher Zwecke ausgerichteten Realhandlung unumgänglich voraus-

- 1) Zu beachten ist, daß auch mental im Langzeitgedächtnis gespeichertes Wissen den Charakter potentiellen Wissens annehmen kann.
- 2) Vgl. Berthel, J., Informationen und Vorgänge ihrer Bearbeitung in der Unternehmung, a.a.O., S. 28.
- 3) Vgl. Wittmann, W., a.a.O., S. 15 ff., und Berthel, J., Informationen und Vorgänge ihrer Bearbeitung in der Unternehmung, a.a.O., S. 28.
- 4) Vgl. Wittmann, W., a.a.O., S. 14, und Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 175.
- 5) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 175.
- 6) Vgl. ebenda, S. 175.

gehen muß und somit als abgeleiteter Zweck, als durch Kenntniserlangung von Informationen zu erfüllender Vorzweck anzusehen ist¹⁾. Dies gilt beispielsweise bei einem angestrebten Erlebnisinhalt "Trinken aus der Quelle" bei bereits vorhandenem Wissen um eine im Wald befindliche Quelle für die Erfahrung der genauen örtlichen Lage und bei gegebenem Wissen um mehrere vorhandene Quellen und ihre örtliche Lage für die Entscheidung für die im Einzelfall anzusteuernde Quelle.

Dabei ist es durchaus möglich, daß der durch Informationen zu erfüllende Zweck dem Handlungsträger durch gesetzliche Vorschriften von außen vorgegeben wird. Auch muß es sich nicht unbedingt um Zwecke des betrachteten Wirtschaftssubjektes handeln; auch auf Zwecke anderer Wirtschaftssubjekte ausgerichtetes Wissen stellt Informationen dar. Schließlich sollte auch davon ausgegangen werden, daß für das Vorliegen von Informationen weder nur ein einziger Zweck der Verwendung als möglich angesehen wird noch daß im vorhinein die möglichen Zwecke, denen Wissen nutzbar zugeführt werden kann, bestimmt sind; auch das möglichen Zwecken zuführbare Wissen sollte als - potentielle - Information aufgefaßt werden. Da Objekte anderer Gattungen häufig ebenfalls nur in der Form potentieller Zweckerfüllungsinstrumente auftreten, erscheint es sinnvoll, auch potentielle Informationen zu den Faktoren zu zählen.

Da es sich bei Informationen um den Geist ansprechende Tatbestände handelt, kann die Zweckerfüllung primär auch nur im geistigen Bereich liegen. Das schließt allerdings nicht aus, daß über die Stufe des im Geiste erfolgenden Antizipierens zukünftiger Gegebenheiten Veränderungen realer Tatbestände folgen. Die weitaus größte Bedeutung der Informationen liegt nämlich in ihrer Verwendung zur

1) Vgl. hierzu S. 36 der vorliegenden Arbeit.

Gestaltung zukünftiger Prozesse. So sind Informationen über Ziele, Alternativen und Entscheidungsparameter¹⁾ als Faktoren des Entscheidungsprozesses anzusehen. Entscheidungsprozesse werden als Kombinationsprozesse gedeutet, bei denen neben Informationen, gegebenenfalls nach vorhergehender Informationsaufnahme, Menschen und Sachobjekte wie Rechenanlagen, Papier und Schreibwerkzeuge, zum Zwecke der Ableitung der Entscheidung über die optimale Verhaltensweise kombiniert werden. Es handelt sich dabei um Entscheidungen über die Aktivitäten in den menschlichen, güterlichen und geldlichen Bereichen der Wirtschaftseinheiten sowie letztlich über die Informationsgewinnung und -verarbeitung selbst.

Strittig ist, ob auch die bei Arbeitsteilung zwischen Entscheidungsträger und Ausführendem notwendigen Realisationsanweisungen sowie die bei Arbeitsteilung zwischen mehreren ausführenden Aktionseinheiten notwendigen Kommunikationen als zweckorientiertes Wissen anzusehen sind²⁾. Dies wird hier aus dem Grunde bejaht, daß auch in den angesprochenen Fällen das Wissen als Mittel zur Erfüllung eines der Realhandlung vorgelagerten geistigen Zweckes, nämlich des Hervorrufens des Entschlusses zum Beginn einer vollziehenden Handlung, anzusehen ist.

Informationen, bei denen das aufgezeigte gestaltende Einflüssen auf zukünftiges Geschehen nicht in jedem Falle auftritt, stellt jenes Wissen über Tatbestände der Vergangenheit dar, welches nicht unumgänglich Grundlage zu treffender

1) Vgl. zu den aufgeführten Elementen der Entscheidungssituation beispielsweise Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 45 ff.

2) Vgl. hierzu Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 176.

Entscheidungen ist. Es handelt sich beispielsweise um Kenntnisse über vergangene betriebliche und außerbetriebliche Gegebenheiten, wie Vollzugsmeldungen über betriebliche Prozesse, Zahlungseingänge, Umsätze des Betriebes, sonstige Buchhaltungsdaten, Rechenschaftslegung des Betriebes und Berichte über Aktivitäten der Konkurrenzbetriebe. Wenn auch der überwiegende Teil dieser Informationen im Hinblick auf in der Zukunft zu treffende Entscheidungen erhoben werden dürfte, selbst wenn es in der Weise geschieht, daß aufgrund der Informationen die Entscheidung getroffen wird, das Verhalten nicht zu ändern, oder daß sie in Form statistisch erfaßter Daten als potentielle Informationen für zukünftige Entscheidungsprozesse vorgehalten werden, so darf doch nicht verkannt werden, daß bei einem Teil dieser Informationen die Beziehung zu Entscheidungen gänzlich fehlt. Eine Zweckbezogenheit kann jedoch darin gesehen werden, daß ein Kenntnismewunsch als eigenständiger Zweck vorliegt.

Es wurde festgestellt, daß Wissen über Ziele, Alternativen und Entscheidungsparameter als Einsatzfaktoren von Entscheidungsprozessen, die Entscheidungen selbst, Realisationsanweisungen, aus arbeitsteiliger Ausführung herrührende Kommunikationen sowie gegebenenfalls Berichte über Realisationen als Informationen anzusehen sind. Die durch sie erfolgende Steuerung und Kontrolle betrieblicher Prozesse läßt sich in der Weise vervollkommen, daß, gegebenenfalls technisch selbsttätig, erlangte Informationen über Einhaltung beziehungsweise Abweichung von Sollzuständen während der Realisationsprozesse neue Entscheidungsprozesse auslösen und diese Entscheidungen über geeignete Steuerungsmaßnahmen Veränderungen von Zuständen herbeiführen. Es liegt dann ein kybernetischer Regelungsprozeß vor¹⁾.

1) Vgl. hierzu beispielsweise Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 59 ff.

Nach obigen Vorbemerkungen stellt sich die Frage, ob und in welcher Weise an Informationen bewirkte Zustandsänderungen als objektbezogene Endleistungen von Betrieben auftreten können. Da für das Vorliegen von Objekten nicht materielle Verkörperung, sondern selbständige Erfäßbarkeit als notwendige Eigenschaft aufgeführt wurde, können Denkinhalte zweifellos als Objekte angesehen werden. Nun können Informationen grundsätzlich, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird, Veränderungen unterzogen werden¹⁾²⁾; sie sind somit als mögliche Leistungsobjekte betrieblicher Kombinationsprozesse anzuerkennen.

An Informationen vorgenommene Zustandsänderungen gehen von einem gegebenen Zustand aus, welcher nicht dem aus den angestrebten Zwecken abgeleiteten erwünschten Zustand entspricht. Sofern es sich um eine elementare Endleistung handeln soll, muß eine Basisinformation des nachfragenden Wirtschaftssubjektes als Leistungsobjekt vorliegen, welche vom Betrieb in irgendeiner Weise verändert wird. Das verlangte Vorliegen eines zu verändernden Denkinhaltes darf dabei allerdings nicht zu eng ausgelegt werden. Es wird beispielsweise schon als gegeben unterstellt, wenn das nachfragende Wirtschaftssubjekt eine unbestimmte Vermutung über einen bestimmten Tatbestand, über mögliche Veränderungen oder über einen bestehenden Zusammenhang zwischen zwei Tatbeständen hegt und das Wissen über den tatsächlich bestehenden Sachverhalt durch einen Betrieb ermitteln läßt. Nicht von Veränderung einer bestehenden Information, sondern von Informationsschöpfung

-
- 1) Vgl. Berthel, J., Informationen und Vorgänge ihrer Bearbeitung in der Unternehmung, a.a.O., S. 30 ff., und Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 177.
 - 2) Allerdings sind nicht alle Informationen einer Veränderung ihres Zustandes zugänglich. Gesichertes Wissen über Vergangenes wie beispielsweise Jahreszahlen geschichtlicher Ereignisse ist unveränderbar.

wird dagegen dann gesprochen, wenn durch Intuition von Mitarbeitern des Betriebes bislang noch nicht existierende Informationen geboren werden. Als Beispiele können Produkt-, Faktor- und Verfahrensideen, soweit sie nicht Weiterentwicklungen bestehenden Wissens darstellen, genannt werden¹⁾. Eine Informationsschöpfung kann nicht Gegenstand einer Endleistung sein²⁾.

Zwecks Ableitung unterschiedlicher Arten der an Informationen erstellten Zustandsänderungsleistungen ist zu klären, in welcher Weise diese einer Veränderung ihres Zustandes durch einen Betrieb zugänglich sind. Veränderungen des Zustandes können an Einzelinformationen sowie an Gesamtheiten von Informationen als Leistungsobjekten vorgenommen werden. Allerdings stellt diese im folgenden zugrunde gelegte Unterscheidung mehr eine theoretische denn eine praktische, leicht zu ziehende dar. Die Abgrenzung des Umfanges von Einzelinformationen wird, wenn von technischen Maßgrößen der Nachrichtentheorie abgesehen wird³⁾, häufig Schwierigkeiten bereiten. Vielfach wird eine Einzelinformation über einen Tatbestand in mehrere Teilinformationen isolierbar sein.

Die an einer bestehenden Einzelinformation bewirkte Zustandsänderung kann in der gedanklichen Aufnahme eines dem Grundsatz nach bekannten vergangenen oder gegenwärtigen Sachverhaltes im weitesten Sinne bestehen. Es handelt sich hierbei um die gedankliche Erfassung qualitativer Merkmale und/oder quantitativer Merkmalsausprägungen eines Zustandes

- 1) Allerdings mag im Einzelfall eine Trennung zwischen Informationsschöpfung und -veränderung schwierig sein.
- 2) Sofern das Ergebnis der Informationsschöpfung Dritten zugänglich gemacht wird, liegt nach der hier vertretenen Auffassung eine Informationsübertragung und gegebenenfalls eine Veränderung der rechtlichen Zuordnung vor.
- 3) In der Nachrichtentheorie wird das sogenannte binary digit (bit) als Maßeinheit verwendet. Unter einem bit wird eine Ja-Nein-Entscheidung, beispielsweise im binären Zahlensystem der Zustand 1 oder 0, verstanden. Vgl. hierzu Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 178.

oder seiner Veränderungen oder der zwischen Zuständen und Veränderungen bestehenden Beziehungen. Leistungen dieser Art können beispielsweise als Tatbestandsaufnahme von Dedek- teien und Rechtsanwälten, in der Form der Feststellung von Produkteigenschaften und -güteklassen und der Überprüfung der Einhaltung bestimmter Qualitätsstandards von Testinstituten sowie in der Form der Messung quantitativer Ausprägungen qualitativer Merkmale, soweit noch nicht als qualitatives Merkmal erfaßt, von Testinstituten, öffentlichen Prüfan- stalten und öffentlichen Waagen erstellt werden.

Wird davon ausgegangen, daß ein großer Teil der von Wirt- schaftssubjekten erwünschten Veränderungen von Einzelinfor- mationen im Hinblick auf zukunftsorientierte Entscheidungen nachgefragt wird, so können die Zustandsänderungsleistungen auf die Ausarbeitung bestimmter zukünftiger Verhaltensweisen (Alternativen) sowie einer Prognose der Entscheidungsparameter gerichtet sein. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß von Wirtschaftssubjekten häufig vergangenheitsbezogene In- formationen für Entscheidungszwecke herangezogen werden.

Bei den zukünftige Verhaltensweisen betreffenden Informa- tionen handelt es sich um die Ausarbeitung von Mitteln und Wegen, bestimmte angestrebte Zwecke zu erreichen. Als Bei- spiele seien Konstruktionen technischer Aggregate und Wissen über Verfahrensabläufe als Leistungen von Ingenieurbüros, Informationen über Vorgehensweisen im wirtschaftlichen Be- reich als Leistungen von Steuer- und Unternehmensberatern, aber auch die Fahrtroutenplanung durch Reisebüros, Fahrt- zeitenauskunft der Deutschen Bundesbahn und Auskunft über Telefonanschlußnummern durch die Post genannt.

Wird beachtet, daß Entscheidungsparameter die bei einer Realisation in der Zukunft eintretenden Konsequenzen der Alternativen im Hinblick auf die angestrebte Zielsetzung

sowie durch die Entscheidung nicht beeinflussbare, aber beachtliche zukünftige Gegebenheiten¹⁾ sind und das Wissen über Zukünftiges nur in Form wahrscheinlichen Wissens, nie als gesichertes Wissen vorliegt, dann kann zukunftsbezogenes Wissen gedanklich in die Teilaspekte Informationsinhalt und Auftrittswahrscheinlichkeit unterteilt werden. Veränderungen von Informationen können entsprechend auf den Inhalt oder die Wahrscheinlichkeit ausgerichtet sein. Auf Veränderungen des Informationsinhaltes ausgerichtete Zustandsänderungsleistungen können die Konsequenzen von Alternativen betreffend beispielsweise von Ingenieurbüros, Unternehmensberatern und Marktforschungsinstituten, die sonstigen Entscheidungsparameter betreffend beispielsweise von Maschinenherstellern, Ingenieurbüros und Rechtsanwälten erstellt werden. Auf die Veränderung des Bestätigungsgrades von zukunftsbezogenen Informationen ausgerichtete Leistungen werden beispielsweise bezüglich bestimmter zu erwartender Erfolge absatzpolitischer Maßnahmen von Marktforschungsinstituten, Ausgänge von politischen Wahlen betreffend von Meinungsforschungsinstituten und allgemein von Gutachtern aller Art erbracht.

Darüber hinaus können Einzelinformationen in ihrer Erscheinungsform verändert werden. Neben einer Übertragung in eine andere lebendige Sprache als Leistung von Übersetzungsbüros ist vor allem die Umsetzung von in natürlichen Sprachen ausgedrückten Informationen in nicht natürliche, technische zu denken, wie sie bei der Kodierung zwecks Geheimhaltung, als Voraussetzung nachrichtentechnischer Übermittlung oder als Vorbereitungsstufe folgender

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 46 f.

Informationsverarbeitungsprozesse unter anderem von Unternehmensberatern erbracht wird.

Die Veränderung kann auch die Übertragung der Information von ihrer gedanklichen Erscheinungsform in eine an einen materiellen Träger gebundene Form oder die Übertragung von an einen bestimmten Träger gebundenen Informationen auf einen anderen Träger betreffen. Als Beispiele seien die Niederschrift eines Gedankens auf Papier sowie der Druck eines Buches aufgeführt. Allerdings wird hierbei im ersten Fall der Übergang von einer Information als Leistungsobjekt auf ein diese Information bindendes materielles Leistungsobjekt vollzogen, während im zweiten Fall nur noch eine Veränderung des Sachzustandes von materiellen Objekten vorliegt.

Veränderungen von Informationsgesamtheiten betreffen die Überprüfung oder Verarbeitung von Informationen im Hinblick auf einen angestrebten Zweck. Wird dieser Zweck zunächst in der vom Wirtschaftssubjekt autonom gewünschten oder ihm vom Gesetzgeber aufgezwungenen Kenntniserlangung eines vergangenen Sachverhaltes ohne zukunftsbezogenen gestaltenden Aspekt gesehen, so wären hier beispielsweise die Erstellung des Jahresabschlusses aus den Daten der Buchhaltung eines Betriebes durch kaufmännische Hilfsbetriebe, die Erstellung der Steuererklärung durch einen Steuerberater, die Prüfung des Jahresabschlusses durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und die Aufsetzung eines Mustervertrages durch einen Rechtsanwalt anzuführen.

Als Grundlage zu treffender betrieblicher Entscheidungen erstellte Veränderungen von Informationsgesamtheiten können beispielsweise in der Ausarbeitung eines organisatorischen Konzeptes aufgrund vorgegebener Informationen des Betriebes und in der Ermittlung von Beschaffungs- und Lagerhaltungs-

Produktions-, Absatz- und Finanzierungskonzepten aufgrund vorgegebener betrieblicher und außerbetrieblicher Informationen gesehen werden, wie sie beispielsweise von Unternehmensberatern, Ingenieurbüros, Banken, EDV-Gesellschaften erstellt werden.

2. Die Ortsveränderungsleistung

α) Ortsveränderungen an Leistungsobjekten als betriebliche Endleistungskategorie

Die Ortsveränderungsleistung "knüpft an der Tatsache an, daß" körperlichen Objekten und Informationen "zu jedem Zeitpunkt ein bestimmter Aufenthaltsort zukommt, dieser .. aber nicht immer mit dem erwünschten oder dem für die Zukunft geplanten Aufenthaltsort übereinstimmt."¹⁾ Menschen können für sich oder Wirtschaftssubjekte können allgemein für die in ihrer Verfügungsgewalt befindlichen Faktoren den Wunsch hegen, den Aufenthaltsort zu verändern²⁾. In den meisten Fällen geschieht dies nicht mit Hilfe von Betrieben, sondern im Wege der Eigenvornahme³⁾ entsprechender Faktorkombinationen. "Ein Teil der Wünsche nach Ortsveränderung tritt jedoch am Markt als Nachfrage nach Vornahme von Ortsveränderung auf"⁴⁾. Die von Betrieben erstellte Ortsveränderungsleistung besteht in der bewirkten Veränderung des Aufenthaltsortes eines Leistungsobjektes von einem gegebenen auf einen gewünschten Aufenthaltsort⁵⁾. Als Endleistung von Betrieben tritt die Ortsveränderungsleistung in elementarer Form nur dann auf, wenn Faktoren in der Verfügungsgewalt Dritter oder diese selbst in

1) Diederich, H., Theorie, a.a.O., S. 38.

2) Vgl. ebenda, S. 38.

3) Vgl. ebenda, S. 38.

4) Ebenda, S. 38.

5) Vgl. ebenda, S. 38.

ihrer räumlichen Erscheinungsform verändert werden.

B) Kennzeichnende Merkmale der Ortsveränderungsleistung

Zur Unterscheidung der Arten der Ortsveränderungsleistung ist es notwendig, diese durch die sie kennzeichnenden Merkmale zu beschreiben. Die Ortsveränderungsleistung erscheint dann vollständig beschrieben, wenn das Leistungsobjekt und die vom Betrieb vorzunehmende Veränderung des Leistungsobjektes aufgeführt werden¹⁾.

Als erstes Merkmal soll das Leistungsobjekt eingehend behandelt werden. Als Gattungen der Objekte einer Ortsveränderungsleistung kommen Sachobjekte, Menschen, Informationen und Geld in Frage²⁾. Menschen als Leistungsobjekte können Privatpersonen oder Mitglieder von Zweckverbänden sein. Im letzteren Fall ist bedeutsam, daß Leistungsobjekte und Nachfrager nicht identisch sein müssen.

Es ist zu beachten, daß Objekte häufig nicht in reiner Form, sondern in einer mit anderen Objekten der gleichen oder einer anderen Gattung verbundenen Form als Leistungsobjekte von Ortsveränderungsleistungen in Erscheinung treten. So werden Sachobjekte gasförmigen und flüssigen Aggregatzustandes vielfach erst durch Aufbewahrung in Behältnissen ortsveränderbar, für andere Sachobjekte stellen Verpackungsmittel im weitesten Sinne wirtschaftlich bedeutende Mittel des Schutzes des Objektes vor unerwünschten Zustandsänderungen und der rationalen Durchführung des Kombi-

1) Vgl. Diederich, H., Theorie, a.a.O., S. 38, und derselbe, Absatzpolitische Entscheidungen in Verkehrsbetrieben, a.a.O., S. 320.

2) Streng genommen wären an materielle Trägermedien gebundene Ansprüche wie beispielsweise Aktien, Obligationen, Wechsel, Schecks, Fahrkarten und Briefmarken hier ebenfalls aufzuführen. Da eine Bindung von Ansprüchen an Trägermedien jedoch nicht wesensnotwendig ist, soll hier von einem Leistungsbündel ausgegangen werden. Aus Vereinfachungsgründen werden an materielle Trägermedien gebundene Ansprüche bezüglich der Veränderung ihrer räumlichen Erscheinungsform den Sachobjekten zugeordnet.

nationsprozesses dar. Menschen treten ausschließlich mit den mit ihnen in einem Sachverbund¹⁾ stehenden Objekten wie Kleidung, Handgepäck und Geld als Leistungsobjekte von Ortsveränderungsleistungen auf. Informationen werden häufig in an Menschen oder an Sachobjekten gebundener Form ortsverändert, und schließlich wird Geld in einer in Briefen, Paketen oder sonstigen verpackten Form einer Veränderung der räumlichen Erscheinungsform unterzogen.

Da eine Ortsveränderung immobilier Objekte definitionsgemäß nicht möglich ist, kommt eine Veränderung der räumlichen Erscheinungsform von Leistungsobjekten nur an ortsveränderbaren und bei diesen wiederum nur an dem Menschen selbst oder mit Hilfe von technischen Werkzeugen zugänglichen Objekten in Betracht. Ortsveränderungen von Grundstücken oder an mit diesen fest verbundenen Teilen der Erdoberfläche, Bauwerken und Pflanzen und an den Menschen nicht zugänglichen, im außerirdischen oder innerirdischen Raum befindlichen beweglichen oder unbeweglichen Objekten sind nicht möglich. Dies gilt jedoch nur so lange, wie die aufgeführten Bedingungen Gültigkeit aufweisen. So sind beispielsweise Ortsveränderungen an aus der festen Verbindung mit Grundstücken gelösten Bauwerksteilen und Bauwerken²⁾ nach Lösung der festen Verbindung und an innerirdischen und außerirdischen beweglichen Objekten nach Überwindung der Unzugänglichkeit beispielsweise durch Bergwerksstollen beziehungsweise durch Raumfahrt sehr wohl möglich. Dabei ist zu beachten, daß das, was als beweglich und was als zugänglich anzusehen und somit potentiell Leistungsojekt von Ortsveränderungsleistungen ist, im Verlaufe der technischen

1) Vgl. Kloten, N., Die Eisenbahntarife im Güterverkehr, Tübingen-Basel 1959, S. 7.

2) Es werden beispielsweise seit geraumer Zeit ganze Häuser, Kirchen und Brücken versetzt.

Entwicklung eine Erweiterung erfahren hat und noch erfährt.

Es wird dagegen nicht von Ortsveränderung gesprochen, wenn **Energien** wie Bewegung, Licht, Wärme, Kälte, Schall, Magnetismus und Elektrizität über räumliche Distanzen übertragen werden. Zwar sind energetische Wirkungen aufgrund natürlicher oder von Menschen durchgeführter Kombinationsprozesse mehr oder minder vollkommen räumlich übertragbar, jedoch stellen sie kein Objekt im hier verstandenen Sinne dar und sind folglich auch nicht autonom in ihrem Aufenthaltsort veränderbar. Die räumliche Übertragung der Wirkungen ist dabei so zu deuten, daß mittels eines geeigneten Leitersystems eine Einbeziehung von Objekten der Umwelt in die Faktorkombination erreicht werden kann, aufgrund derer die energetische Erscheinungsform räumlich entfernter Leistungsobjekte verändert wird. Dies ändert jedoch nichts am Vorliegen einer Zustandsänderungsleistung entsprechender Leistungsobjekte und gegebenenfalls auch der räumlich verzweigten Trägermedien. Folglich sind derlei Energieübertragungen unter der Zustandsänderungsleistung und nicht unter der Ortsveränderungsleistung zu erfassen.

Das zweite Merkmal der Ortsveränderungsleistung, die zu bewirkende Veränderung des Leistungsobjektes, kann durch Angabe der Artenmerkmale gegebener und gewünschter Aufenthaltsort gekennzeichnet werden¹⁾. Die hier dargestellte, auf H. Diederich²⁾ gründende Sichtweise der Ortsveränderungsleistung wird in der Verkehrsbetriebslehre allerdings nicht einheitlich vertreten. Häufig wird in der Literatur die Verkehrsleistung mit Hilfe der Maßgrößen Tonnenkilometer, Raumkilometer oder Objektkilometer (Personenkilometer)

1) Vgl. Diederich, H., Theorie, a.a.O., S. 38, und derselbe, Absatzpolitische Entscheidungen in Verkehrsbetrieben, a.a.O., S. 320.

2) Vgl. ebenda.

zu erfassen versucht¹⁾. Beispielsweise würde der Transport einer Person über eine Entfernung von 100 km eine Verkehrsleistung von 100 Personenkilometern zum Gegenstand haben. Ausschlaggebend dafür ist offenbar die Auffassung der zwischen zwei Punkten der räumlichen Welt bestehenden Distanz als quantitative, nicht als qualitative Gegebenheit.

Wenn auch die Quantifizierbarkeit der zwischen zwei Raumpunkten bestehenden Entfernung mit Hilfe zwar letztlich willkürlich gewählter, aber allgemein anerkannter Maßgrößen nicht geleugnet wird, so ist doch das beschriebene Vorgehen als unzweckmäßig anzusehen. Zum einen widerspricht es strukturell dem bezüglich anderer betrieblicher Leistungsarten in der Literatur üblichen Vorgehen. So könnte als Beispiel in gleicher Weise die Leistung eines Bretter von einer Stärke von 20 mm auf eine Stärke von 16 mm im Lohndienst für einen Nachfrager abhobelnden Betriebes als viermal 1 mm Hobelleistung dargestellt werden; mit Recht werden Zustandsänderungsleistungen nicht in dieser Weise zu erfassen versucht. Wenn dies jedoch bezüglich anderer Leistungen nicht erfolgt, so ist nicht einzusehen, warum es bezüglich der Ortsveränderungsleistung geschehen sollte. Zum anderen, dies stellt das bedeutendere Argument dar, widerspräche ein derartiges Vorgehen allgemein den von Nachfragern angestrebten Zwecken. Wirtschaftssubjekte fragen nicht einhundertmal einen Personenkilometer nach, sondern eine Ortsveränderung von A nach B. Von ihnen werden somit ihre Zwecke erfüllende qualitative Veränderungen bestimmter Art nachgefragt. Das gilt auch dann, wenn diese

1) Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung abweichender Definitionen der Verkehrsleistung durch Bendixen, P., a.a.O., S. 50 ff.

in allgemein anerkannten Maßgrößen meßbar sind¹⁾. Im Falle der Ortsveränderungsleistung bestehen sie in der Veränderung des Aufenthaltsortes eines Objektes von einem gegebenen Aufenthaltsort auf einen gewünschten.

Sowohl der ursprüngliche wie auch der gewünschte Aufenthaltsort sind genau zu bestimmende Punkte der räumlichen Welt²⁾. Wird davon ausgegangen, daß eine Endleistung in elementarer Form nur an Leistungsobjekten des Nachfragers oder dem Nachfrager selbst erstellt werden kann, so kommt als ursprünglicher Aufenthaltsort nur jener Ort in Frage, an dem das Leistungsobjekt in die Faktorkombination des Betriebes eintreten soll. Entsprechend ist als veränderter Aufenthaltsort jener Ort anzusehen, an dem das Leistungsobjekt die Faktorkombination des die Leistung erstellenden Betriebes verlassen soll.

Es erscheint notwendig, die Ortsveränderungsleistung aus praktischen, nicht aus theoretischen Erwägungen nach dem Umfang der Ortsveränderung zu unterscheiden. Ortsveränderungen umfassen nämlich einerseits Veränderungen der räumlichen Komponente von Objekten innerhalb eines geographisch eng begrenzten Bereiches und andererseits solche, die die Überwindung räumlicher Distanzen in horizontaler und/oder vertikaler Sicht zum Zwecke haben. Die Ortsveränderungsleistung wird entsprechend in eine Umschlagsleistung und eine Verkehrsleistung unterschieden. Bei der Umschlagsleistung ist nicht die Überwindung räumlicher Distanzen in vertikaler und/oder horizontaler Weise erheblich, sondern die Veränderung der tatsächlichen Lage eines Objektes, insbesondere seiner Zuordnung zu anderen Objekten innerhalb eines räumlich eng umgrenzten Bereiches der Erdober-

- 1) Dies schließt jedoch keineswegs aus, daß von Betrieben derartige Quanten einer Maßgröße der Ermittlung der vom Nachfrager zu entrichtenden Gegenleistung zugrunde gelegt werden.
- 2) Vgl. Koch, H., Die Preispolitik der Güterverkehrsbedriebe im Linienverkehr, Göttingen 1968, S. 32.

fläche, während bei der Verkehrsleistung die Überwindung räumlicher Distanzen angestrebt wird. Die Unterscheidung zwischen Umschlagsleistung und Verkehrsleistung erscheint notwendig, weil sie sich in der Praxis im angestrebten Zweck und in den verwendeten Faktoren sehr stark unterscheiden. Allerdings kann die Trennung zwischen beiden im Einzelfall beträchtliche Schwierigkeiten bereiten¹⁾.

Während bei der elementaren Ortsveränderungsleistung vom Nachfrager die Veränderung der räumlichen Erscheinungsform von Leistungsobjekten angestrebt wird, ist eine Veränderung des Zustandes, der zeitlichen Erscheinungsform und der rechtlichen Zuordnung nicht beabsichtigt²⁾. Während eine gegebenenfalls während des Kombinationsprozesses eintretende Veränderung der rechtlichen Zuordnung oder des Zustandes regelmäßig als eine Leistungsstörung im Sinne eines nicht vereinbarungsgemäßen Erstellens der Leistung angesehen wird, ist eine Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform, selbst wenn sie wie bei mancher Nachrichtenübermittlung nur eine sehr kleine Zeitspanne umfaßt, unumgänglich. Vom Standpunkt des die Leistung erstellenden Betriebes handelt es sich bei der Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform jedoch um Merkmale der Dauer des Kombinationsprozesses und nicht der Leistungsart, von der Warte des die Leistung nachfragenden Wirtschaftssubjektes um eine im Grunde nicht gewünschte, aber unvermeidbare Nebenwirkung. Folglich können bei in elementarer Form auftretenden Ortsveränderungsleistungen entsprechende Veränderungen nicht zu den Merkmalen der Leistungsart gezählt werden.

- 1) So ist beispielsweise bei innerbetrieblichen Vorgängen schwer feststellbar, ob die Weitergabe eines Leistungsobjektes durch Arbeitskräfte von einem Arbeitsplatz zu einem anderen, gegebenenfalls unter Zuhilfenahme eines Fließbandes, als Umschlagsleistung oder als Verkehrsleistung anzusehen ist oder gegebenenfalls beides umfaßt.
- 2) Dies schließt jedoch nicht aus, daß vom Nachfrager auch entsprechende Veränderungen innerhalb eines Leistungsbündels angestrebt werden.

Bezüglich der im praktischen Fall durch Dauer, Art der verwendeten Faktoren (Verkehrsmittel) sowie Art der Durchführung des Kombinationsprozesses gegebenenfalls auf das Zweckerfüllungsausmaß sonstiger von Wirtschaftssubjekten angestrebter Zwecke ausgehenden Wirkungen sei auf die die Zustandsänderungsleistung betreffenden Ausführungen sowie die dort aufgeführte Literatur verwiesen¹⁾.

Aus den vorstehenden Ausführungen folgt, daß die in elementarer Form auftretende Ortsveränderungsleistung durch die Merkmale Leistungsobjekt, gegebener und gewünschter Aufenthaltsort gekennzeichnet wird. Unterschiedliche Ausprägungen dieser Merkmale führen zu verschiedenen Arten der Ortsveränderungsleistung.

7) Beispiele der von Betrieben der Praxis als elementare Endleistung erstellten Ortsveränderungsleistungen

(1) An mobilen Sachobjekten erstellte Ortsveränderungsleistungen

An mobilen Sachobjekten erstellte Ortsveränderungsleistungen umfassen die Veränderung der örtlichen Aufenthaltskomponente aller beweglicher Sachobjekte der materiellen Welt einschließlich der an materielle Trägermedien gebundenen Informationen und Ansprüche.

In der Form der Umschlagsleistung treten sie beispielsweise als Endleistung von Stauereien, Pumpstationen, Hebebetrieben sowie Kranbetrieben auf; in der Form Verkehrsleistung werden sie von den Verkehrsbetrieben wie Eisenbahnen, Schifffahrtsgesellschaften, Flugbetrieben,

1) Siehe S.113 f. der vorliegenden Arbeit.

Postbetrieben, Pipeline-Betriebsgesellschaften, Speditionen und Abschleppbetrieben als Endleistung erstellt.

(2) An Menschen erstellte Ortsveränderungsleistungen

An Menschen erstellte Ortsveränderungsleistungen beinhalten alle bewirkten Veränderungen der örtlichen Aufenthaltskomponente von Menschen. In der Form der Umschlagsleistung spielt diese Leistungskategorie als Endleistung von Betrieben eine wirtschaftlich betrachtet vergleichsweise unbedeutende Rolle, da sie im Regelfall von den betreffenden Menschen selbst vorgenommen wird. Dies ist beispielsweise beim Besteigen von Verkehrsmitteln, beim Betreten eines Wartesaales oder beim Platznehmen auf einem Friseurstuhl der Fall. Außer beispielsweise beim Ein- und Ausschiffen von Personen von Land zu auf Reede liegenden Schiffen dürfte diese Leistungskategorie nur im Falle abnormer Gegebenheiten wie Krankheit und Rettung aus Katastrophensituationen als Leistung von Feuerwehren und Hilfsorganisationen auftreten.

An Menschen als Leistungsobjekten erstellte Ortsveränderungsleistungen, bei denen der gewünschte Aufenthaltsort ein anderer als der gegebene Aufenthaltsort ist, stellen in der Form der Verkehrsleistung den Gegenstand der Endleistungen von Betrieben des Personenverkehrs dar. Hierzu gehören Eisenbahnen, Fluggesellschaften, Schifffahrtsbetriebe, soweit sie im Personenverkehr tätig sind, sowie Bus- und Taxenbetriebe. Ebenfalls hier einzuordnen sind die Endleistungen von Kabinenbahnen, Sesselliften, Zahnradbahnen und dergleichen mehr. Grundsätzlich sind auch die Leistungen der Einrichtungen wie Fahrstühle und Lifte betreibenden Betriebe aufzuführen, die eine Ortsveränderung von Menschen in vertikaler Weise vornehmen, um ihnen Zugang zu im Erdinneren gelegenen Stollen oder zu Räumen oder Plattformen auf Bauwerken (Hochhäuser, Aussichtstürme) zu verschaffen. Derlei Leistungen werden allerdings häufig nicht in der Form der isoliert erstellten Endleistung, sondern entweder als innerbetriebliche Vorleistung oder

als Teil eines umfassenderen Leistungsbündels erbracht. Aufzuführen sind ebenfalls von Personenverkehrsbetrieben vorgenommene Rundfahrten und -flüge zum Zwecke der Erbauung von Menschen an der durchquerten Landschaft.

(3) An Informationen erstellte Ortsveränderungsleistungen

Informationen treten im Geiste des Menschen oder auf materiellen Trägermedien gespeichert auf. Sofern eine Ortsveränderung von Informationen in gespeicherter Form angestrebt wird, ist sie nur durch eine Ortsveränderung des Trägermediums möglich. Sofern dies geschieht, sind entsprechende Leistungen in die bereits behandelten an Sachobjekten und Menschen erstellten Ortsveränderungsleistungen einzuordnen.

Die Bedeutung der Ortsveränderung von Informationen besteht jedoch darin, daß eine Ortsveränderung ohne Übermittlung eines körperlichen Objektes möglich ist. Sie beruht zum einen darauf, daß durch Konvention Signalen im weitesten Sinne eine bestimmte, Absender und Empfänger bekannte semantische Bedeutung beigelegt wurde¹⁾, und zum anderen darauf, daß diese Signale mit Hilfe technischer Verfahren von einem gegebenen Raumpunkt auf einen gewünschten übermittelt werden können.

Wenn nur das Teilproblem des Austausches von Informationen mit anderen Menschen oder der räumlichen Übermittlung von Informationen betrachtet wird, ist es üblich, von Kommunikation zu sprechen²⁾. Die Informationsübermittlung in der der Umschlagsleistung vergleichbaren Form der Kommunikation mit Menschen wird als Endleistung beispielsweise von Vortragenden, Lehrkräften aller Art und Auskunft gewährenden

1) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 177.

2) Vgl. Cherry, C., Kommunikationsforschung - Eine neue Wissenschaft, 2. Aufl., Hamburg 1967, S. 14 ff.

Menschen und Automaten erbracht. In der Form der Verkehrsleistung besteht sie darin, Informationen ohne Übersendung eines körperlichen Trägers an einen anderen Ort zu übertragen. Hierzu sind ein Sender und ein Empfänger sowie eine Beziehung zwischen beiden notwendig. Leistungen der aufgezeigten Art werden von Betrieben, die Boten- und Kurierdienste erbringen, sofern keine Bindung der Information an ein materielles Trägermedium vorliegt, von Betrieben des Post-, Fernsprech-, Fernschreibwesens sowie von Betrieben, die Funkverkehr betreiben, erbracht.

(4) An Geld erstellte Ortsveränderungsleistungen

An Geld als Leistungsobjekt erstellte Ortsveränderungsleistungen liegen immer dann vor, wenn der Aufenthaltsort von Bargeld verändert wird.

In der Form der Umschlagsleistung treten sie als elementare Endleistung offenbar nicht auf. Als Verkehrsleistung ist diese Leistungskategorie zum Zwecke der Veränderung der räumlichen Erscheinungsform von Bargeld zwischen Zentralbank, Geschäftsbanken und anderen Wirtschaftseinheiten in elementarer Form denkbar und wird beispielsweise von Geldtransportbetrieben erstellt.

3. Die Zeitüberbrückungsleistung

α) Zeitüberbrückung von Leistungsobjekten als betriebliche Endleistungskategorie

Die Zeitüberbrückungsleistung setzt bei der Gegebenheit an, daß Faktoren eines Wirtschaftssubjektes eine Ausprägung des Verfügungszeitpunktes aufweisen, die mit dem aufgrund ihres beabsichtigten Einsatzes in später durchzuführenden Kombinationsprozessen gewünschten Verfügungszeitpunkt nicht übereinstimmt. Von Wirtschaftssubjekten kann dann eine Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform von Faktoren angestrebt werden.

Nun vollzieht sich der Zeitablauf stetig fortschreitend und somit die zeitliche Erscheinungsform von Objekten ebenfalls. Die Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform von Faktoren kann somit von einem konkreten Betrachtungszeitpunkt nur zeitlich voranschreitend, nie rückwirkend in die Vergangenheit vorgenommen werden. Da eine Beeinflussung des Zeitablaufes dem Menschen nicht zugänglich ist, kann zeitliche Veränderung nur im Sinne des Abwartens der Zeitspanne vom gegebenen bis zum gewünschten Zeitpunkt geschehen. Es soll als Zeitüberbrückung bezeichnet werden¹⁾. Die Zeitüberbrückung beinhaltet, daß ein bestimmtes Objekt so behandelt wird, daß es ohne Veränderungen des Zustandes und der räumlichen Erscheinungsform und ohne unrechtmäßiges Einwirken von Dritten einen Zeitraum überdauert, um am Ende dieses Zeitintervalles in gleicher Weise wie zu Beginn dem Wirtschaftssubjekt verfügbar zu sein²⁾.

Wird bei der Zeitüberbrückung von einer Nichtveränderung des Zustandes und der räumlichen Erscheinungsform eines Objektes ausgegangen, so folgt hieraus, daß alle Zeitüberbrückungen, die zum Zwecke einer Veränderung des Zustandes oder der räumlichen Erscheinungsform eines Objektes durchgeführt werden wie beispielsweise einerseits Wachstum von Tieren und Pflanzen, Reifen von natürlichen Produkten (Wein, Whisky) oder industriellen Erzeugnissen (Sintern) und andererseits die Lagerung während eines Transportprozesses nicht zur hier zu behandelnden Zeitüberbrückung zu zählen sind, sondern Mittel der an entsprechenden Objekten erstellten Zustandsänderungs- oder Ortsveränderungsleistungen darstellen.

1) Vgl. zum Begriff Zeitüberbrückung Bendixen, P., a.a.O., S. 16.

2) Vgl. Bendixen, P., a.a.O., S. 16.

Es ist zu prüfen, ob die Zeitüberbrückung von Objekten als eine durch Faktorkombination bewirkte Veränderung anzusehen ist. Während die zeitliche Erscheinungsform von Objekten gleichsam von selbst einer Veränderung unterliegt, bedarf es zur Zeitüberbrückung in jedem Fall einer Aufbewahrungsgrundlage¹⁾. Im Minimalfall besteht die Faktorkombination somit aus dem als Aufbewahrungsgrundlage dienenden Faktor sowie einem Leistungsobjekt²⁾. Darüber hinaus bedarf es gegebenenfalls des Einsatzes von Faktoren, um nicht erwünschte Zustands- und Ortsveränderungen sowie Veränderungen der rechtlichen Zuordnung des Leistungsobjektes, die aufgrund von Einwirkungen der Natur oder nicht berechtigter Dritter erfolgen könnten, zu verhindern. Hierbei handelt es sich, je nach den Eigenschaften des Leistungsobjektes, um Prozesse, bei denen das Objekt vor Verderb, Feuchtigkeit, Erschütterung, Verlagerung und Diebstahl geschützt wird. Somit erscheint erwiesen, daß auch die Veränderungen der zeitlichen Erscheinungsform von Leistungsobjekten des kombinierten Einsatzes von Faktoren bedürfen und somit der allgemeinen Leistungsdefinition entsprechend als Leistungen anzuerkennen sind.

In den weitaus meisten Fällen werden Zeitüberbrückungen von den Wirtschaftssubjekten selbst vorgenommen, häufig ohne daß ihnen bewußt wird, daß auch sie nur durch Faktorkombination herbeigeführt werden können. Ein Teil der Zeitüberbrückungswünsche tritt jedoch am Markt als Nachfrage

1) Dies gilt neben für bewegliche Objekte, einschließlich der Lebewesen, ebenfalls für Gebäude und Pflanzen, deren Aufbewahrungsgrundlage der Boden ist. Es scheint dann jedoch für diesen selbst nicht zuzutreffen. Allerdings bedarf der Boden als abgegrenzter Teil der Erdoberfläche des Erdballes als "Aufbewahrungsgrundlage", dieser wiederum des Sonnensystems. Nur das alles umfassende Universum bedarf seinerseits keiner weiteren Grundlage der Existenz.

2) Die Zeitüberbrückung wird dabei nicht in jedem Falle von Menschen durchgeführt. So geschieht die Zeitüberbrückungsleistung an einem brachliegenden Grundstück, sofern von einem Schutz vor Einwirkungen Dritter abgesehen werden kann, ausschließlich aufgrund von der Natur durchgeführter Prozesse.

nach Vornahme von Zeitüberbrückungen auf und kann von Betrieben durch Erstellung entsprechender Leistungen befriedigt werden. Die Zeitüberbrückungsleistung als Endleistungskategorie besteht dabei in der vom Betrieb bewirkten Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform von Leistungsobjekten. Als Endleistung von Betrieben tritt sie nur dann in elementarer Form auf, wenn sie an Leistungsobjekten des Nachfragers oder an diesem selbst erstellt wird.

β) Kennzeichnende Merkmale der Zeitüberbrückungsleistung

Zur Unterscheidung verschiedener Arten der Zeitüberbrückungsleistung ist es notwendig, sie durch die sie kennzeichnenden Merkmale zu beschreiben. Die Zeitüberbrückungsleistung erscheint dann vollständig beschrieben, wenn das Leistungsobjekt und die vom Betrieb vorzunehmende Veränderung des Leistungsobjektes angegeben werden.

Zunächst wird auf die möglichen Objekte der Zeitüberbrückungsleistung eingegangen. Als Leistungsobjekte kommen all jene Tatbestände der realen Welt sowie ihre Abbildungen in Frage, die nicht im Zeitmoment ihres Auftretens untergehen. Hierbei handelt es sich um dauerhafte Leistungsobjekte in Form der Sachgegenstände, der Menschen, der Informationen und des Geldes¹⁾, bei nicht dauerhaften Objekten gegebenenfalls bezogen auf die Zeitspanne der physischen Nichtverderblichkeit, welche jedoch durch geeignete Maßnahmen wie Konservierung regelmäßig nahezu beliebig verlängert werden kann.

Bei den nicht dauerhaften Tatbeständen handelt es sich um nur im Zeitmoment ihres Auftretens existierende Erscheinungen von Objekten. Beispiele dafür sind die Sonnenstrahlung,

- 1) Obendrein wären Ansprüche auf ihre Eignung als Leistungsobjekt zu überprüfen. Da nicht an materielle Trägermedien gebundene Ansprüche jedoch keines Faktoreinsatzes zu ihrer Zeitüberbrückung bedürfen und andererseits die Bindung von Ansprüchen an materielle Trägermedien nicht wesensnotwendig ist, werden letztere der Einfachheit halber unter den Sachobjekten erfaßt.

das Licht einer Glühbirne, der Wind, die zwischen zwei Elektroden bestehende Spannung, das Magnetfeld eines Elektromagneten, die Drehung der Kurbelwelle eines Motors, Bewegungen eines Fahrzeuges, die vor Witterungseinflüssen schützende momentane Wirkung eines Lagerraumes oder das momentane optische Bild einer Landschaft. Diese momentanen Erscheinungen von Objekten sind in dieser Form einer Zeitüberbrückung nicht zugänglich, wohl sind sie dagegen in der Form speicherbar, in der sie sich dauerhaft an Leistungsobjekten ausgewirkt haben. Dies gilt beispielsweise für das durch Zustandsänderungsleistung belichtete Fotopapier, durch Schmelzen und anschließendem Ausgießen in eine Form veränderte Stück Metall oder die durch Ortsveränderungsleistung bewirkte Veränderung des Aufenthaltsortes eines Sachobjektes, nicht dagegen für den beleuchteten lichtunempfindlichen Gegenstand.

In den aufgeführten Beispielen kann jedoch nur von einer Speicherung, nicht dagegen von einer Zeitüberbrückung der momentanen Größe gesprochen werden. Zeitüberbrückung liegt nur hinsichtlich der Leistungsobjekte, gegebenenfalls in der durch die momentanen Größen bewirkten veränderten Form vor. Dies gilt selbst dann, wenn die die Veränderung hervorrufenden Wirkungen in technisch mehr oder weniger vollkommener Weise umkehrbar (reversibel) sind, wie dies bei einigen Formen der Energiespeicherung wie der Speicherung von Strom in Akkumulatoren, von Überdrücken in Druckbehältern oder von Wärme und Kälte in Thermobehältnissen möglich ist.

streng von der Speicherung sind Abbildung und Messung momentaner Tatbestände zu unterscheiden. Während die ikonische Abbildung (Foto, Tonbandaufzeichnung) als am Trägermedium bewirkte Zustandsänderung anzusehen ist, stellt die nur in Denkinhalten abbildende Messung eine Informationsaufnahme dar.

Das zweite Merkmal der Zeitüberbrückungsleistung, die vom Betrieb zu bewirkende Veränderung eines Leistungsobjektes, kann durch die Angabe der Artenmerkmale gegebener und gewünschter Verfügungszeitpunkt beschrieben werden. Allerdings könnte, ähnlich wie bei der Ortsveränderungsleistung, gegen die hier vorgetragene Sichtweise vorgebracht werden, daß es sich bei der zwischen zwei Zeitpunkten liegenden Dauer um ein quantitatives und nicht um ein qualitatives Merkmal der Zeitüberbrückungsleistung handele. Da nicht zu leugnen ist, daß es sich bei der Zeit um einen in zwar letztlich willkürlich bestimmten, jedoch allgemein anerkannten Zeiteinheiten quantitativ faßbaren Tatbestand handelt, wäre es möglich, die Zeitüberbrückungsleistung in der Übertragung eines Objektes über eine Standardzeiteinheit anzusehen und die Anzahl der Zeiteinheiten als eine, gegebenenfalls neben der Anzahl der Objekte zweite, Dimension der Leistungsmenge aufzufassen. Gegen eine solche Vorgehensweise sind jedoch die bei der Darstellung der Ortsveränderungsleistung aufgeführten Einwände vorzubringen¹⁾. Im Interesse der Gleichbehandlung aller Leistungskategorien und aus dem Grunde, daß Nachfrager nicht eine Zeitüberbrückung über eine Zeiteinheit und davon eine bestimmte Anzahl, sondern die Zeitüberbrückung ihrer Objekte über ein bestimmtes Zeitintervall, innerhalb dessen sie nicht über diese zu verfügen beabsichtigen, nachfragen, wird die Dauer hier nicht als quantitatives, sondern als qualitatives Merkmal der Zeitüberbrückungsleistung angesehen²⁾.

Gegebener und gewünschter Verfügungszeitpunkt können nach der Kalenderzeit exakt bestimmt werden. Wird davon ausgegangen, daß die Zeitüberbrückungsleistung in elementarer Form nur an Leistungsobjekten des Nachfragers oder an diesem selbst erstellt werden kann, so kommt als gegebener Zeitpunkt nur jener in Frage, zu dem das Leistungsobjekt in die Faktorkombi-

1) Vgl. hierzu S.153 f. der vorliegenden Arbeit.

2) Dies schließt wiederum nicht aus, daß die Anzahl der Zeiteinheiten Bemessungsgrundlage für die Höhe der vom Nachfrager zu entrichtenden Gegenleistung ist.

nation des Betriebes eintreten, und als veränderter Verfügungszeitpunkt nur jener, zu dem das Leistungsobjekt diese wieder verlassen soll. Grundsätzlich sind dabei sowohl für Beginn und Beendigung alle denkbaren Ausprägungen der Kalenderzeit möglich, jedoch werden sich hierfür in vielen Fällen aus den Wünschen des Nachfragers und/oder des Betriebes Einschränkungen ergeben. Während sich im nachhinein die überbrückte Zeit immer exakt bestimmen läßt, dafür jedoch vielfach die Notwendigkeit fehlt, wird bei der Zeitbestimmung im zugrunde liegenden Leistungsvertrag eine umrißartige Angabe der Merkmale Anfangs- und Endzeitpunkt als ausreichend anzusehen sein.

Für das die Zeitüberbrückungsleistung in Anspruch nehmende Wirtschaftssubjekt kann grundsätzlich die Notwendigkeit bestehen, die faktische Verfügungsgewalt an dem Leistungsobjekt für die Dauer des Kombinationsprozesses auf den die Leistung erstellenden Betrieb zu übertragen¹⁾. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um die im Verlaufe der Arbeit noch darzustellende Veränderung der rechtlichen Zuordnung des Leistungsobjektes. Das Recht zur Nutzung wird dem die Zeitüberbrückungsleistung erstellenden Betrieb vom Nachfrager grundsätzlich nicht übertragen²⁾.

Während bei der elementaren Zeitüberbrückungsleistung eine Veränderung der zeitlichen Verfügbarkeit von Objekten angestrebt wird, ist, wie bereits erwähnt, eine Veränderung des Zustandes, der räumlichen Erscheinungsform und der

- 1) Dies ist, wie das Beispiel der Bewachung von Grundstücken und Gebäuden zeigt, nicht zwingend erforderlich.
- 2) Allerdings kann in der Praxis im Rahmen eines Leistungsbündels eine Verquickung zwischen Zeitüberbrückung und Nutzungsrechtsübertragung in der Weise auftreten, daß das eine Wirtschaftssubjekt eine Zeitüberbrückung an einem Objekt anstrebt, während das andere die Nutzung des entsprechenden Objektes wünscht. Durch ein und denselben Vorgang könnten somit Zwecke beider Wirtschaftssubjekte erfüllt werden. Wird die Zweckerfüllung von beiden als gleichwertig angesehen, so liegt keine Notwendigkeit vor, daß eine Seite für die in Anspruch genommene Leistung zusätzlich eine Gegenleistung zu erbringen hätte. Eine entsprechende Leistungsbeziehung liegt dem Grundsatz nach bei unverzinslichen Sichteinlagen bei Banken vor.

rechtlichen Zuordnung nicht erwünscht¹⁾. Wird von mehr oder weniger geringfügigen Zustandsänderungen der Leistungsobjekte, die sich aufgrund der besonderen Eigenschaften eines Leistungsobjektes²⁾ oder der Durchführung des Kombinationsprozesses ergeben können, abgesehen, so wird eine beim Realisationsprozeß eintretende Veränderung des Zustandes, der räumlichen Erscheinungsform und der rechtlichen Zuordnung als ein Abweichen der realisierten von der im Leistungsvertrag vereinbarten Leistung angesehen werden, an welche sich gegebenenfalls Gewährleistungsansprüche des Nachfragers knüpfen. Folglich können entsprechende Ausprägungen nicht zu den Merkmalen der Zeitüberbrückungsleistung gezählt werden.

Bezüglich der im praktischen Fall unter Umständen durch Art der verwendeten Faktoren sowie Art und Weise der Durchführung des Kombinationsprozesses auf das Erfüllungsausmaß weiterer durch das Wirtschaftssubjekt verfolgter Zwecke ausgehenden Wirkungen sei wiederum auf die im Zusammenhang mit der Darstellung der Zustandsänderungsleistung getroffenen Aussagen verwiesen³⁾.

Aus den vorstehenden Ausführungen geht hervor, daß die in elementarer Form auftretende Zeitüberbrückungsleistung durch die Merkmale Leistungsobjekt, gegebener und gewünschter Verfügungszeitpunkt gekennzeichnet wird. Unterschiedliche Ausprägungen dieser Merkmale führen zu verschiedenen Arten der Zeitüberbrückungsleistung.

1) Dies schließt jedoch nicht aus, daß derlei Veränderungene vom Nachfrager im Rahmen eines Leistungsbündels angestrebt werden.

2) So wird bei biologisch aktiven Leistungsobjekten (Saatgut, Tiere) der gegebene Zustand häufig nicht vollkommen unverändert aufrechterhalten werden können, da sie sich im Grunde genommen immer biologisch fortentwickeln.

3) Vgl. S.113 f. der vorliegenden Arbeit.

2) Beispiele der von Betrieben der Praxis als elementare Endleistung erstellten Zeitüberbrückungsleistungen

(1) An Sachobjekten erstellte Zeitüberbrückungsleistungen

An Sachobjekten erstellte Zeitüberbrückungsleistungen umfassen alle jenen von Betrieben erbrachten Leistungen, die auf die Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform von in ihrem Zustand, ihrem Aufenthaltsort sowie ihrer rechtlichen Zuordnung unveränderten Sachobjekten, zu denen ebenfalls materielle Trägermedien von Informationen und Ansprüchen gezählt werden, gerichtet sind.

An immobilien Sachobjekten wie Grundstücken und Gebäuden umfassen sie, da deren Zustand, Aufenthaltsort und rechtliche Zuordnung grundsätzlich von selbst keiner Veränderung unterliegt und sie keiner weiteren, vom Menschen bereitzustellenden Aufbewahrungsgrundlage bedürfen, den Schutz der Objekte gegen mutwillige Beschädigungen und unrechtmäßige Inanspruchnahme der Nutzungsmöglichkeiten durch Dritte. Leistungen dieser Art werden beispielsweise von der Polizei sowie von Wach- und Schließgesellschaften erstellt.

Demgegenüber umfaßt die an beweglichen Sachobjekten erstellte Zeitüberbrückungsleistung neben dem Schutz vor unbefugtem Einwirken Dritter regelmäßig auch das Abstellen auf geeigneten Aufbewahrungsgrundlagen sowie gegebenenfalls Maßnahmen zur Erhaltung des Zustandes, sofern dieser nicht gleichsam von selbst erhalten bleibt. Hierzu gehören beispielsweise Schutz vor natürlichen Umwelteinflüssen aller Art und Konservierungen durch Luftabschluß und Kälte. Leistungen dieser Art werden von Lagerhausbetrieben im weitesten Sinne erstellt. Hinsichtlich der an materielle Trägermedien gebundenen Informationen und Ansprüche treten sie als Endleistungen von Datenbanken, Bankbetrieben und Depot-Versicherungsgesellschaften auf.

(2) An Menschen erstellte Zeitüberbrückungsleistungen

Es erscheint zunächst fraglich, ob an Menschen überhaupt Zeitüberbrückungsleistungen erstellt werden können. Werden Zeitüberbrückungen doch in fast allen Fällen von ihnen selbst in Form des bewußten Abwartens, sich zwischenzeitlich mit anderen Dingen Beschäftigens sowie des Schlafens vorgenommen. Allerdings können bei Nachfragern Bedürfnisse nach Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform und nach Schutz ihrer eigenen Person sowie ihrer Angehörigen bestehen, welche durch Leistungen von Betrieben befriedigt werden können.

Während bei der Inanspruchnahme von Einrichtungen wie Hotelzimmern und Wartesälen nicht von Zeitüberbrückungsleistungen, sondern von Rechtsänderungsleistungen entsprechender Betriebe auszugehen ist, weil die die Zwecke des Nachfragers erfüllende Faktorkombination von diesem selbst durchgeführt wird, wäre allenfalls bei der Unterbringung Schwerkranker in Krankenhäusern und der "Aufbewahrung" von Kleinkindern in Kinderhorten und Pflegestellen von einer Zeitüberbrückungsleistung an Menschen auszugehen. Allerdings liegen keine elementaren Endleistungen vor, da immer andere Zwecke des Menschen zu beachten sind.

Zeitüberbrückungsleistungen in der Form des Schutzes vor dem unbefugten Einwirken Dritter auf die Person des Nachfragers oder seiner Angehörigen werden beispielsweise von der Polizei, von Dedekteien sowie Wach- und Schließgesellschaften erbracht.

(3) An Informationen erstellte Zeitüberbrückungsleistungen

Eine Zeitüberbrückung oder, wie in diesem Zusammenhang meistens gesagt wird, eine Speicherung von Informationen¹⁾ kann in mentaler oder an materiellen Trägermedien gebundener Form geschehen. Liegen Informationen in an materiellen

1) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 188.

Trägermedien des Nachfragers gebundener Form vor, so besteht über das Problem der Speicherung der Information auf dem Speichermedium hinaus die Notwendigkeit der Zeitüberbrückung des Datenträgers. Abgesehen davon, daß diese großenteils vom Nachfrager selbst erbracht wird, stellt sie eine Zeitüberbrückung materieller Objekte dar und ist hier nicht zu behandeln.

Wenn auch eine Speicherung von nicht an materielle Trägermedien gebundenen Informationen im wesentlichen durch nachfragende Wirtschaftssubjekte oder ihre Mitglieder selbst erfolgt, so tritt die Informationsspeicherung doch auch als elementare Endleistung von Betrieben auf. Häufig wird allerdings eine Verbindung zur Verarbeitung oder Übermittlung von Informationen vorliegen. Hier sind entsprechende Leistungen von Datenbanken und EDV-Gesellschaften einzuordnen.

(4) An Geld erstellte Zeitüberbrückungsleistungen

An Geld als Leistungsobjekt erstellte Zeitüberbrückungsleistungen umfassen als elementare Endleistung alle von Betrieben für nachfragende Wirtschaftssubjekte vorgenommenen Veränderungen der zeitlichen Erscheinungsform bestimmter Nominalfaktoren.

Zunächst könnte die Vorstellung bestehen, derartige Leistungen würden unter anderem von Bankbetrieben im Wege des Sichteinlagengeschäftes erbracht. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß in dem aufgeführten Beispiel von Banken nicht die zeitliche Erscheinungsform identischer Faktoren überbrückt wird, sondern eine Vereinnahmung von Geld zur freien Verfügung der Bank und eine Rückgewähr gleichartiger Objekte auf Anforderung des Einlegers erfolgt. Eine derartige Verfügung der Bank über Geld kann jedoch nur dann rechtmäßig geschehen, wenn ihr vom Einleger das zwischenzeitliche Nutzungsrecht eingeräumt worden ist.

Insofern ist die Geldeinlage als vom Einleger der Bank gegenüber erbrachte Rechtsänderungsleistung zu deuten. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß durch die Einlage offenbar auch Zwecke des Nachfragers erfüllt werden. Ansonsten wäre nicht einzusehen, warum sich Einleger, deren Konto beständig ein Guthaben zu ihren Gunsten aufweist, mit einem Habenzins von Null oder doch sehr geringer positiver Höhe zufriedengeben. Diese Zwecke liegen unter anderem in einer von Einlegern angestrebten Zeitüberbrückung des Geldes. Somit ist in diesem Fall von einer besonderen, auch die Zeitüberbrückung umfassenden Form des Leistungsbündels auszugehen, bei dem durch eine identische Maßnahme sowohl Zwecke des einen wie auch des anderen Marktpartners erfüllt werden¹⁾.

Während die Einlagerung von Geld in Schließfächern der Bank durch Kunden nicht als Inanspruchnahme einer Zeitüberbrückungsleistung, sondern einer Rechtsänderungsleistung am Schließfach einzuordnen ist, wären als elementare Endleistung erstellte Zeitüberbrückungsleistungen in der Form denkbar, daß Banken Bargeld in Streifband-Depotverwahrung nähmen. Dies ergibt allerdings kaum einen wirtschaftlichen Sinn²⁾. Als elementare Endleistung treten an Geld erstellte Zeitüberbrückungsleistungen in der Praxis allenfalls dann auf, wenn Hotels, Pensionen und Spielbanken bestimmte Geldstücke und -scheine ihrer Kunden in Verwahrung nehmen.

-
- 1) Ein derartiges Leistungsbündel tritt zuweilen in gleicher Form bezüglich anderer Faktoren auf, ist jedoch auch in der Weise denkbar, daß von einem Wirtschaftssubjekt die endgültige Aufgabe von Faktoren (Gift- und Schadstoffe), von einem anderen dagegen die Zuordnung der Stoffe angestrebt wird. Dies hat beispielsweise zur Gründung einer Abfallbörse in der Bundesrepublik geführt.
 - 2) Ein derartiges Vorgehen wäre wohl nur bezüglich Sammlergeldmünzen und -scheine in der Praxis vorstellbar. In diesem Fall würden jedoch die Geldstücke, selbst wenn es sich um noch gültige Zahlungsmittel handelte, ihrer Tauschmittelfunktion entledigt werden und den Charakter Endzwecke erfüllender Sachobjekte annehmen.

4. Die Rechtsänderungsleistung

α) Die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren als betriebliche Endleistungskategorie

(1) Kennzeichnung der Rechtsänderungsleistung als betriebliche Endleistung

Als Ausgangspunkt des von Wirtschaftssubjekten an Betriebe herangetragenen Wunsches nach Inanspruchnahme objektbezogener Endleistungen war erkannt worden, daß ihre Faktorausstattung in der gegebenen Form nicht den aus den angestrebten Zwecken abgeleiteten Anforderungen entspricht und die Nachfrager die notwendigen Veränderungen vorzunehmen nicht willens oder in der Lage sind.

Elementare Endleistungen der oben dargestellten Kategorien stellen Veränderungen des Zustandes sowie der räumlichen und der zeitlichen Erscheinungsform von Faktoren des nachfragenden Wirtschaftssubjektes dar. Voraussetzung war somit das Verfügungsrecht des Nachfragers über einen den letztlich angestrebten Zweck erfüllenden Faktor, welcher bislang nur in seinem Zustand, seiner räumlichen oder zeitlichen Erscheinungsform nicht seinen Wünschen entsprach.

Die hier zu behandelnde Leistungskategorie setzt demgegenüber bei der Vorstellung an, daß dem nachfragenden Wirtschaftssubjekt die rechtliche Verfügungsmöglichkeit über einen entsprechenden Faktor bislang fehlt, sie beim die Leistung erstellenden Betrieb dagegen vorliegt¹⁾. Wird die rechtliche Zuordnung eines Objektes vom Betrieb auf den Nachfrager verändert, so wird von einer Rechtsänderungsleistung gesprochen.

Aus Gründen der Darstellung eines elementaren Typs der

1) Hierbei ist es unerheblich, ob die rechtliche Verfügungsmöglichkeit über einen bestimmten Faktor beim Betrieb zum Zeitpunkt des Abschlusses des Leistungsvertrages vorliegt oder erst von anderen Wirtschaftssubjekten erworben werden muß oder ob ein Objekt erst unter Einsatz von Faktoren zu erstellen ist.

betrieblichen Endleistung wird zunächst davon ausgegangen, daß der Faktor in seinem Zustand sowie seiner räumlichen und zeitlichen Erscheinungsform dem aus dem angestrebten Einsatz abgeleiteten Wunsche des Nachfragers entspricht. Bei der in elementarer Form erstellten Rechtsänderungsleistung wird somit - im Gegensatz zu den oben aufgeführten Leistungen - von einem unveränderten Zustand sowie einer unveränderten räumlichen und zeitlichen Erscheinungsform des Leistungsobjektes ausgegangen. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Erscheinungsform des Objektes im Zeitablauf tatsächlich unverändert bleibt, was für die zeitliche Erscheinungsform überdies unmöglich wäre.

Durch die Inanspruchnahme der Rechtsänderungsleistung erlangt der Nachfrager eine generelle rechtliche Einsatzbereitschaft des Faktors. Aufgrund der Veränderung der rechtlichen Zuordnung kann er diesen im Rahmen der durch den Leistungsvertrag gezogenen Grenzen nach freier Wahl in auf die Erfüllung der von ihm angestrebten Zwecke ausgerichtete Kombinationsprozesse einsetzen oder auch davon absehen, also autonom über den Faktor verfügen. Im Zusammenhang mit dem Einsatz des Faktors durch den Nachfrager kann es zu Veränderungen des Zustandes, der räumlichen oder zeitlichen Erscheinungsform kommen. Diese betreffen jedoch ausschließlich den Leistungserstellungsbereich des Nachfragers und können somit nicht als der vom Betrieb erstellten Rechtsänderungsleistung zugehörig angesehen werden.

Der wesentliche Unterschied zwischen den oben aufgeführten Realleistungskategorien und der hier zu diskutierenden Rechtsänderungsleistung wird, wenn vereinfachend zunächst von einem gleichen beim Nachfrager vorhandenen und mittels einer Faktorkombination zu erfüllenden Zweck ausgegangen wird, darin gesehen, daß der Nachfrager im Falle der Inanspruchnahme der Rechtsänderungsleistung selbst über die den Zweck herbeiführende Faktorkombination entscheidet und ihre Realisation

vornimmt oder nach seinen Anweisungen in seinem Einflußbereich vornehmen läßt, während dies im Falle der übrigen Realleistungen durch den die Leistung erstellenden Betrieb geschieht. Die Frage, ob der Betrieb oder das die Leistung in Anspruch nehmende Wirtschaftssubjekt die zweckerfüllende Faktorkombination durchführt, soll somit im Zweifelsfall zum Kriterium der Abgrenzung der Rechtsänderungsleistung von den übrigen Realleistungsarten erhoben werden.

Der hier als Rechtsänderungsleistung gekennzeichnete Tatbestand betrifft, wie noch zu zeigen sein wird, die endgültige und die eingeschränkte Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren von einem Betrieb auf andere Wirtschaftssubjekte. Während der erste Aspekt in der Literatur unter Absatz von Gütern erfaßt wird, wurde der zweite Aspekt weitgehend vernachlässigt¹⁾. Sofern überhaupt beachtet, wird er in der Literatur bezogen auf Menschen als Dienste und Arbeitstätigkeiten²⁾, bezogen auf die übrigen Faktoren als Nutzungen³⁾ oder allgemein als Leistungsabgabe bezeichnet. Hier wird jedoch die Auffassung vertreten, daß über "Leistungsabgaben" von Faktoren nicht autonom, das heißt unabhängig vom Faktor als Träger des Nutzungspotentials oder einem Leistungsobjekt, an dem sich die "Leistungsabgabe" zweckerfüllend in Form einer Zustandsänderung, Ortsveränderung oder Zeitüberbrückung niedergeschlagen hat, verfügt werden kann. Folglich kann die hier betrachtete Leistung nur in einer Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren zum Zwecke der Nutzung bestehen.

-
- 1) Ausnahmen gelten, regelmäßig bezogen auf Sachobjekte, für Koch, W., Grundlagen und Technik des Vertriebes, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1958, S. 326 ff., Berekoven, L., Grundlagen der Vermietung mobiler Güter, Essen 1967, sowie teilweise für die das Leasing darstellende Literatur.
 - 2) Vgl. beispielsweise Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 121.
 - 3) "Schließlich ist es in einer Reihe von Branchen üblich, Erzeugnisse nicht zu verkaufen, sondern zu vermieten ... Auch in der Bereitstellung einer Nutzung ist somit eine echte Leistung zu erblicken." Nieschlag, R., Dichtl, E., Hörschgen, H., a.a.O., S. 7 (Hervorhebung fortgelassen).

Gegen diese Betrachtung der Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines Faktors als betriebliche Leistung könnte vorgebracht werden, daß diese zur Erfüllung angestrebter Zwecke nicht zwingend notwendig sei oder mindere Bedeutung aufwiese. "Rechtliche Übertragung an sich vermag zwar den Übergang des Eigentums, des Besitzes oder beider zu bewirken, ohne daß damit etwa zwangsläufig Konsumnäherung verbunden sein muß. Diese setzt die Überbrückung wirtschaftlicher Unterschiede und damit wirtschaftliche Leistungen voraus."¹⁾

Nun treten in der Praxis vielfältig wirtschaftliche Aufgaben auf, die zu ihrer Bewältigung ausschließlich der rechtlichen Herrschaft über Faktoren bedürfen. Außerdem wurde oben bereits festgestellt, daß beim Zusammenleben von Menschen in Gesellschaften auch bei jenen konsumtiven und produktiven Aufgaben, die zu ihrer Erfüllung den faktischen Einsatz von Faktoren verlangen, eine rechtliche Zuordnung dieser auf Individuen vorliegen muß²⁾. Im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung aller Völker sind Konventionen entstanden, die einen Übergriff Unberechtigter auf den Faktorbestand eines Wirtschaftssubjektes verhindern sollen. Liegen in einer Gesellschaft entsprechende Konventionen in kodifizierter Form vor und unterwirft sich ein Wirtschaftssubjekt diesen, und hierdurch unterscheidet sich der "Normalbürger" vom Dieb, Schwarzfahrer, -hörer und -seher sowie Erschleicher sonstiger Leistungen, so ist die fehlende rechtliche Herrschaft über einen zweckgeeigneten und faktisch verfügbaren Faktor genau so als ein die Erfüllung angestrebter Zwecke im Wege stehender Tatbestand anzusehen, wie das Fehlen der Zweckeignung sowie der räumlichen und der zeitlichen Einsatzbereitschaft des Faktors.

1) Oberparleiter, K., Funktionen und Risiken des Warenhandels, 2. Aufl., Wien 1955, S. 5 (Hervorhebung fortgelassen).

2) Vgl. S. 103 der vorliegenden Arbeit.

Die obige Aussage K. Oberparleiters ließe sich mit gleichem Recht auf eine' Zustandsänderung, Ortsveränderung oder Zeitüberbrückung übertragen. Auch diese müssen, sofern sie nicht unmittelbar zur Erfüllung letzter Zwecke führen, nicht zwangsläufig "mit Konsumnäherung verbunden sein". Stehen jedoch der Erfüllung letztlich angestrebter Zwecke die Nichtübereinstimmung der gegebenen mit den geforderten Merkmalen Zweckeignung, räumliche und zeitliche Verfügbarkeit sowie rechtliche Zuordnung eines einzusetzenden Faktors entgegen, so sind entsprechende Veränderungen mit einer "Konsumnäherung" verknüpft. Folglich ist davon auszugehen, daß die Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines Faktors ebenso als Erfüllung eines Vorzweckes, als Schritt auf dem Wege zur Erfüllung des letztlich angestrebten Zweckes anzusehen ist, wie dies für Zustandsänderung, Ortsveränderung und Zeitüberbrückung von Faktoren unbestritten ist¹⁾.

Hier soll nicht der Eindruck hervorgerufen werden, als sei die Übertragung des Nutzungspotentials eines meistens beim anbietenden Betrieb vorhandenen zweckgeeigneten Faktors auf einen regelmäßig an einem anderen Ort sich befindenden und zu einem späteren Zeitpunkt den Einsatz des Faktors anstrebenden Nachfrager nur ein rechtliches und kein physisches Problem. Es besteht in vielen Fällen ebenso die Notwendigkeit der räumlichen und zeitlichen Zuordnung der Faktoren auf Nachfrager. Wenn auch Betriebe ihre Leistung ausschließlich im Bereich der Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren erstellen können, so wird in der Praxis die Leistung häufig nicht darauf beschränkt bleiben. Es kann von Nachfragern zusätzlich ein sachliches, räumliches und/oder zeitliches Einwirken auf Faktoren gewünscht werden. Bei mobilen Objekten kann beispielsweise das nachfragende

1) Im übrigen scheint, da die rechtliche Zuordnung von Faktoren grundsätzlich das Tragen spezifischer Risiken bedingt, eine Veränderung der rechtlichen Zuordnung auch aus dieser Sicht ein bedeutender wirtschaftlicher Tatbestand zu sein.

Wirtschaftssubjekt eine räumliche Zuordnung zu sich beziehungsweise seinem Einflußbereich verlangen. Wird aus diesem Grunde vom die Leistung erstellenden Betrieb eine Ortsveränderung in Form der Umschlags- oder Verkehrsleistung erstellt, so ist diese Ortsveränderungsleistung jedoch nicht als von der Rechtsänderungsleistung umschlossen zu betrachten, sondern stellt mit dieser und gegebenenfalls anderen Leistungsarten ein Bündel elementarer Endleistungen dar, welches aufgrund des Leistungsvertrages vom Betrieb erstellt wird. Daß Ortsveränderungs- und gegebenenfalls Zustandsänderungs- und Zeitüberbrückungsleistungen nur Elemente eines Leistungsbündels, nicht dagegen Bestandteil der Rechtsänderungsleistung des Betriebes sein können, wird besonders dadurch deutlich, daß die Ausführung entsprechender Vorrichtungen vom die Leistung empfangenden Wirtschaftssubjekt selbst vorgenommen oder auf entsprechende Leistungen erstellende andere Betriebe übertragen werden kann¹⁾. Im Interesse der in diesem Abschnitt angestrebten einzelnen Leistungskategorien isoliert darstellenden Betrachtung kann hier jedoch nur auf die Veränderung der rechtlichen Zuordnung als elementare Endleistungskategorie, nicht dagegen auf weitere in einem Leistungsbündel enthaltene Leistungsarten eingegangen werden.

Nun könnte die Auffassung vertreten werden, die rechtliche Übertragung sei generell nur als ein Nebenerfordernis der letztlich entscheidenden physischen Übertragung anzusehen. Dem muß allerdings aufs schärfste widersprochen werden. Es treten sowohl Fälle der rechtlichen Übertragung des Nutzungspotentials ohne faktische Übertragung (Grundstücke)

- 1) Der Charakter einer eigenständigen Leistung derlei Veränderungen wird in der Literatur auch kaum bestritten. Sie werden zusammen mit anderen zu den betrieblichen Nebenleistungen gezählt. Vgl. hierzu Theisen, P., Grundzüge einer Theorie der Beschaffungspolitik, Berlin 1970, S. 86 ff. und 92 f., und Wöhe, G., a.a.O., S. 471 f.

wie der faktischen Übertragung ohne Übertragung des Nutzungsrechtes (Aufbewahrung von Objekten) sowie beider zusammen auf. Zudem wurde hier angestrebt, elementare Kategorien der Leistungstatbestände isoliert darzustellen. Aus diesem Grunde würde schon die Tatsache, daß die Übertragung des Nutzungsrechtes an einem Faktor ohne faktische Übergabe überhaupt auftreten kann, eine Darstellung dieser Leistungskategorie rechtfertigen.

Es bliebe allerdings auf dem erhobenen Anspruch der Allgemeingültigkeit des hier vorgestellten Systems elementarer Endleistungsarten ein Mangel haften, wenn davon auszugehen wäre, daß ein wesentlicher Teil betrieblicher Leistungen notwendigerweise ausschließlich im Rahmen eines Leistungsbündels aus Rechtsänderungs- und Umschlagsleistung auftreten könnte. Während Rechtsänderungsleistungen an Grundstücken, Lagerhallen und -plätzen, Wohnungen, Straßen, Sportplätzen, Arbeitskräften, Ansprüchen sowie in der Form der Verlängerung des Nutzungsrechtes bereits vorher faktisch übertragener sonstiger Objekte ohne faktische Übertragung erstellt werden können, scheint für an beweglichen materiellen Faktoren und Geld grundsätzlich das Erfordernis einer zusätzlich zu erbringenden Umschlagsleistung zu bestehen; eine Rechtsänderungsleistung ohne physische Übertragung durch den Betrieb scheint zunächst wertlos.

Allerdings ist dies nicht denknotwendigerweise der Fall. Einerseits treten in der Praxis Formen auf, bei denen die faktische Übertragung des Faktors von anderen Betrieben vorgenommen (Auslieferungslager, Geldauszahlung durch die Bank) oder die faktische Verfügung vom Nachfrager selbst erlangt wird (SB-Laden). Andererseits ist eine auf entsprechenden Konventionen beruhende Gesellschaftsform vorstellbar, bei der alle einem Wirtschaftssubjekt rechtlich zugeordneten Faktoren für jedermann frei zugänglich aufbewahrt würden¹⁾. In einer solchen -

1) Wird von der nicht freien Zugänglichkeit abgesehen, so kommt bei ausschließlich bargeldlosem und über Banken abgewickelterm Zahlungsverkehr die Rechtsänderungsleistung an Geld diesem Gedanken sehr nahe.

utopischen - Gesellschaftsform wären Rechtsänderungsleistungen bezüglich eines jeden Faktors in elementarer Form möglich. Die gegebenenfalls sofort oder später vom Nachfrager gewünschte faktische Zuordnung könnte durch diesen selbst oder durch von ihm damit betraute Betriebe vorgenommen werden. Hierdurch ist bewiesen, daß das Auftreten der Rechtsänderungsleistungen in der Praxis in Form eines Leistungsbündels nicht aus dem System heraus begründet ist, sondern seinen Ursprung im mangelnden Vertrauen seitens der Betriebe auf das Einhalten der gesellschaftlichen Konventionen durch alle Mitglieder der Gesellschaft findet¹⁾.

Es ist zu prüfen, ob eine Anerkennung der Rechtsänderungsleistung als eigenständige Endleistungskategorie nicht an dem vermeintlichen Fehlen des Merkmals "Faktorkombination" des allgemeinen Leistungsbegriffes scheitern müßte. Hierzu ist festzustellen, ob die Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines Faktors durch eine Faktorkombination herbeigeführt wird.

Ohne jeden Zweifel liegt der Einsatz des Faktors, dessen rechtliche Zuordnung verändert wird, zugrunde. Fraglich ist dagegen, ob notwendigerweise der Einsatz weiterer Faktoren erfolgen muß. Nun ist davon auszugehen, daß ein einem Wirtschaftssubjekt rechtlich zugeordneter Faktor ohne weiteren Faktoreinsatz in dieser Eigenschaft nicht verändert wird. Es muß im geringsten Fall noch die Abgabe einer Willenserklärung durch den Verfügungsberechtigten und somit der Ein-

- 1) Da jedoch bei einer Vielzahl von Rechtsänderungsleistungen zusätzlich zur Übertragung des Nutzungsrechtes eine Übergabe des Objektes und somit zusätzlich eine Umschlagsleistung erbracht wird, diese jedoch im Vergleich zur Rechtsänderungsleistung häufig eine geringe Bedeutung aufweist, sollen diese Leistungen hier ebenfalls betrachtet werden. Diese Inkonsequenz mag erlaubt sein, um die Darstellung jener Leistungsarten zu gestatten, deren Bedeutung in der rechtlichen Übertragung des Nutzungspotentials liegt und bei denen grundsätzlich die faktische Übertragung des Faktors auch durch nachfragende Wirtschaftssubjekte selbst herbeigeführt werden kann.

satz menschlicher Arbeitskraft als Faktor hinzutreten. Häufig wird allerdings die Faktorkombination nicht darauf beschränkt bleiben.

Aus den vorstehenden Ausführungen folgt, daß die Notwendigkeit des Vorliegens einer Faktorkombination zum Entstehen einer Rechtsänderungsleistung nicht geleugnet werden kann. Die Rechtsänderungsleistung ist somit als eigenständige Endleistungskategorie anzuerkennen. Sie stellt eine Leistung dar, die denotwendigerweise nur bei einer aus mehreren selbständigen Einheiten bestehenden Wirtschaft erstellt werden kann¹⁾.

(2) Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren und Absatz des Betriebes

Es könnte gegen die Einordnung der Rechtsänderungsleistung als eigenständige Endleistungskategorie vorgebracht werden, sie stellte in Abgrenzung zur Zustandsänderung, Ortsveränderung und Zeitüberbrückung als Leistungserstellung den Absatz oder einen Bestandteil des Absatzes des Betriebes dar. Diese Sichtweise ist in der betriebswirtschaftlichen Literatur nahezu ausschließlich zu finden²⁾. Es erscheint jedoch fraglich, ob die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren dem Absatz im Sinne einer eigenständigen betrieblichen Funktion zuzuordnen ist.

- 1) Dies gilt auch für den aus mehreren Mitarbeitern bestehenden Betrieb. So kann die Zuordnung von sachlichen und menschlichen Ausführungseinheiten auf Mitarbeiter, die einen Aspekt der Organisation darstellt, als innerbetriebliche Erscheinungsform der Rechtsänderungsleistung aufgefaßt werden.
- 2) Vgl. S. 277 der vorliegenden Arbeit sowie die dort aufgeführte Literatur.

Nach der hier vertretenen Auffassung ist die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren als Endleistung streng von den absetzenden Aktivitäten des Betriebes zu unterscheiden. Es wird keineswegs bestritten, daß bei der Erstellung von Rechtsänderungsleistungen die von Betrieben an Objekten vorgenommenen, dauerhaft an diesen niedergeschlagenen Veränderungen sowie auch entsprechende Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte und der Natur dem Nachfrager zugänglich gemacht werden. Es wird allerdings in Frage gestellt, ob dies zweckmäßigerweise als Absatz des Betriebes zu bezeichnen sei.

Würde dies nämlich für die vom Betrieb vorgenommenen Veränderungen geschehen, so wäre nicht einzusehen, warum es für am Objekt niedergeschlagene Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte und der Natur nicht gelten sollte. Die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren wäre nach einer solchen Auffassung dann als Absatz aller bis zum Zeitpunkt der Vornahme historisch an dem Objekt vorgenommenen Veränderungen anzusehen. Diese Deutung des Absatzes wird nicht für zweckmäßig gehalten. Darüber hinaus würde eine solche Sichtweise die Einordnung solcher Tatbestände als von Betrieben erstellte Leistungen verhindern, die in einer Veränderung der rechtlichen Zuordnung solcher Faktoren bestehen, die einer Veränderung des Zustandes oder der räumlichen oder zeitlichen Erscheinungsform nicht zweckerfüllend zugänglich sind oder einer entsprechenden Veränderung nicht unterzogen werden sollen. Die Übertragung des Rechtes der Nutzung von Straßen, Parks, Schwimmbädern, Sportplätzen und anderen öffentlichen Einrichtungen, das Verpachten von Grundstücken, das Vermieten von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen sowie das Personal-Leasing stellte nur Absatz dar; das Bestehen jeglicher Leistungserstellung müßte verneint werden. Es kann jedoch nicht gelaugnet werden, daß in den betrachteten Fällen von Betrieben erstellte Leistungen vorliegen. Diese können dann jedoch nur in einer Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren zum Zwecke der Nutzung durch Nachfrager bestehen.

Allerdings wird in der Literatur für die aufgeführten Beispiele das Vorliegen erstellter Leistungen regelmäßig nicht bestritten¹⁾. In den aufgeführten Fällen wie auch allgemein wird zur Abgrenzung von den Erstellungsleistungen von Markt- oder Absatzleistungen gesprochen²⁾. Die damit verbundene Zuordnung der aufgeführten Leistungen zum Absatz des Betriebes enthält jedoch schwerwiegende Nachteile. Der erste ist darin zu sehen, daß eine Trennung von Leistungserstellung und Absatz selbst bei jenen Betrieben nicht möglich ist, die Zustandsänderungen, Ortsveränderungen und Zeitüberbrückungen an ihnen verfügbaren Faktoren auf Vorrat erstellen, ohne daß konkrete Kundenaufträge vorliegen. Zweifellos müßten derlei Absatzleistungen nämlich erstellt werden. Wenn dem so ist, erscheint es notwendig, die Absatzleistungen der Leistungserstellung zuzuordnen. Dies schließt jedoch nicht aus, daß sie als eine besondere Art der erstellten Leistung angesehen werden, wie dies hier als Zwecke Dritter erfüllende Endleistungen ebenfalls geschieht. Sie sollten jedoch, um Verwechslungen mit dem Gegenstandsbereich des Absatzes zu vermeiden, nicht als Absatzleistungen bezeichnet werden.

Der zweite wesentliche Nachteil ist darin zu sehen, daß eine Zuordnung der Rechtsänderungsleistung zum Absatz des Betriebes den Zugang zu einer allgemeingültigen Erfassung des Absatzes im Rahmen der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre erschwert. "Absatz" im Sinne der Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren ist nur in jenen Betrieben möglich, die ihnen verfügbare Faktoren ohne oder gegebenenfalls nach Vornahme von Veränderungen auf nachfragende Dritte übertragen. Er stellte dann eine Besonderheit jener Betriebe dar, die Veränderungen an in ihrem Verfügungsbereich befindlichen Leistungsobjekten aufgrund vorliegender Kundenaufträge oder für den anonymen

1) Vgl. beispielsweise Nieschlag, R., Dichtl, E., und Hörschgen, H., a.a.O., S. 7.

2) Vgl. Walther, A., a.a.O., S. 237, 276 und 283, und Menrad, S., Der Kostenbegriff, a.a.O., S. 53.

Markt vornehmen, um diese dann mit dem Objekt an Nachfrager weiterzuleiten. Allerdings müßte in allen Betrieben entsprechend vorgegangen werden. Das entsprechende Korrelat anderer Betriebe wäre jedoch die an Objekten Dritter erstellte Zustandsänderungs-, Ortsveränderungs- und Zeitüberbrückungsleistung. Auch diese Leistungen wären dann als Absatzleistungen zu bezeichnen. Somit wäre in allen Betrieben eine exakte Trennung von Leistungserstellung und Absatz nicht möglich.

Darüber hinaus ist es fraglich, ob eine derartige Sichtweise zweckmäßig ist. Würden doch bei ihr Betriebe, die Zustandsänderungs-, Ortsveränderungs-, Zeitüberbrückungs- und Rechtsänderungsleistungen aufgrund langfristiger Lieferungsverträge erstellen, unentwegt absetzen, selbst wenn sie nur in geringem Maße oder keine absatzpolitischen Instrumente einsetzten und gegebenenfalls, wie dies beispielsweise für der Versorgung der Einwohner einer Stadt dienende Gas- und Wasserwerke denkbar ist, die Inanspruchnahme der von ihnen erstellten Leistungen vollständig den Nachfragern überlassen. Ein derartiges Verhalten unter Absatz zu erfassen erscheint wenig zweckmäßig¹⁾, wird doch dem Absatz regelmäßig ein aktives Element zuerkannt.

Als Ausweg bietet sich die Möglichkeit, unter Absatz alle auf den Abschluß von auf die Erstellung von Endleistungen gerichteten Leistungsverträgen abzielende Aktivitäten aufzufassen²⁾. Absatz in diesem Sinne des Suchens eines Marktpartners für die folgende, einen Endleistungstausch darstellende Leistungsbeziehung tritt allgemeingültig in allen Betrieben auf. Dieser Sichtweise wird hier gefolgt.

1) Vgl. hierzu auch die Negierung des Absatzes für Betriebe der Zentralverwaltungswirtschaft durch Gutenberg, E., Der Absatz, a.a.O., S. 3 ff.

2) Vgl. S. 279 f. der vorliegenden Arbeit.

Ist im Leistungsvertrag bestimmt, daß der leistende Betrieb dem nachfragenden Wirtschaftssubjekt das Nutzungsrecht an einem Faktor zu überlassen habe, und wird der Vertrag vereinbarungsgemäß erfüllt, so kann die vom Betrieb dem Dritten gegenüber erbrachte Leistung nur in der Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines bestimmten Faktors bestehen. Dies gilt ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb den Faktor im gegebenen Zustand der Natur entnommen, von einem anderen Wirtschaftssubjekt erworben oder ob er ein in der Natur vorgefundenes oder von anderen Wirtschaftssubjekten erworbenes Leistungsobjekt unter Einsatz von Veränderungen bewirkenden Faktoren in seinem Zustand, seiner räumlichen und zeitlichen Erscheinungsform verändert hat. Dies bedeutet nun, daß die Endleistungen der Veränderungen an ihnen verfügbaren Objekten erstellenden Industriebetriebe Rechtsänderungsleistungen sind und denen der mit gleichen Faktoren handelnden Handelsbetriebe entsprechen¹⁾. Diese Sichtweise erscheint jedoch sinnvoll, denn für den Nachfrager ist grundsätzlich nur der Erwerb einer bestimmten Nutzungsmöglichkeit eines Objektes, regelmäßig unter Bestimmung des Raumes und der Zeit der Inanspruchnahmefähigkeit, bedeutsam. Ob das Objekt vom anbietenden Betrieb selbst produziert oder von diesem seinerseits von anderen Wirtschaftssubjekten erworben wurde, ist für ihn grundsätzlich gleichgültig. Dies zeigt sich deutlich, wenn von einem Zustandsänderungsleistungen an Objekten erstellenden Industriebetrieb aus Gründen einer knappen Produktionskapazität Handelsware zugekauft wird und diese zusammen mit den eigenen Produkten unterschiedlichen Abnehmern, einem Abnehmer zu verschiedenen Zeitpunkten oder diesem innerhalb einer Anzahl gleichartiger, selbsterstellter und fremdbezogener Produkte angedient wird. Sofern keine qualitativen Unterschiede der Faktoren bestehen, werden diese betrieblichen Leistungen vom Nachfrager als gleichartig angesehen.

1) Vgl. hierzu auch Wedell, H., Das Geldkapital als systemabhängiger betriebswirtschaftlicher Produktionsfaktor, in: BFuP, 21. Jg. 1969, S. 217.

Diese Gleichartigkeit besteht jedoch nur in der Beziehung des Betriebes zu seinen Nachfragern, also in bezug auf die erbrachte Endleistung. Die vom Betrieb in den angesprochenen Fällen verwendeten Faktoren beziehungsweise die durch Faktorkombination erstellten betrieblichen Vorleistungen sind unterschiedlich.

(3) Arbeitsteilung und Nutzungsteilung als die der Rechtsänderungsleistung zugrunde liegenden Leistungserstellungsprinzipien

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird gemeinhin davon ausgegangen, daß der Austausch von Gütern zwischen Wirtschaftseinheiten eine notwendige Folge der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung sei¹⁾. Wenn diese Aussage auch für den physischen Austausch von Faktoren²⁾ uneingeschränkte Richtigkeit aufweist, so kann sie doch nicht auf die hier betrachtete Rechtsänderungsleistung übertragen werden. Einerseits sind auch die ohne das Erfordernis der Rechtsänderungsleistung erstellten Zustandsänderungs-, Ortsveränderungs- und Zeitüberbrückungsleistungen an Objekten der Nachfrager als Ausfluß einer arbeitsteilig organisierten Wirtschaft anzusehen³⁾, denn Arbeitsteilung bedingt nur, daß unterschiedliche Verrichtungen an Objekten von verschiedenen Wirtschaftseinheiten vorgenommen werden, und keineswegs, daß diese an im Eigentum des Betriebes stehenden Objekten durchzuführen sind. Andererseits sind nicht alle auftretenden Rechtsänderungsleistungen als Folge einer zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung im Sinne der Aufteilung der Verrichtungen an Leistungsobjekten aufzufassen, sondern zum Teil auf einen Tatbestand zurückzuführen,

1) Vgl. zum Beispiel Stackelberg, H. v., a.a.O., S. 14, und Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 18.

2) Der physische Austausch wird hier im Sinne der räumlich-zeitlichen Zuordnung aktiver Faktoren zu Leistungsobjekten verstanden.

3) Vorstellbar wäre, daß Haushalte Rohstoffe selbst gewinnen und arbeitsteilig von Betrieben bis zur Konsumreife verändern ließen, ohne daß Rechtsänderungsleistungen notwendigerweise vorgenommen werden müßten.

der hier als Nutzungsteilung bezeichnet werden soll.

Ausgangspunkt sowohl der Arbeitsteilung wie auch der Nutzungsteilung ist die Zusammensetzung eines umfassenden produktiven Systems aus mehreren organisatorisch selbständigen Teileinheiten. Dies gilt für die aus mehreren Volkswirtschaften bestehende Wirtschaft der Erde, die aus Betrieben und Haushalten bestehende Volkswirtschaft und die aus Arbeitsplätzen und Abteilungen bestehenden Betriebe. Wenn auch die folgenden Aussagen grundsätzliche Gültigkeit aufweisen, so ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit ausschließlich die zwischenbetriebliche Arbeits- und Nutzungsteilung bedeutsam. Auf sie sei demzufolge abgestellt.

Wird davon ausgegangen, daß sich der gesamtwirtschaftliche Produktionsprozeß vereinfacht als in mehreren Stufen in Betrieben durch Einsatz von Arbeitskräften und sonstigen Faktoren bewirkte Zustandsänderung von Rohstoffen als dem gesamtwirtschaftlichen Leistungsobjekt bis hin zur Konsumreife auffassen läßt, so besteht die zwischenbetriebliche Arbeitsteilung darin, daß die notwendige Gesamtverrichtung in isolierte Teilverrichtungen aufgelöst wird und diese von darauf spezialisierten Betrieben ausgeführt werden. Voraussetzung hierfür ist, wie bereits erwähnt, der physische Austausch von Faktoren.

Demgegenüber bezieht sich die Nutzungsteilung auf die Veränderungen an den Leistungsobjekten bewirkenden aktiven Faktoren. Die Nutzungsteilung besteht darin, daß das Gesamtnutzungspotential eines aktiven Faktors auf mehrere den Faktor selbständig einsetzende Wirtschaftseinheiten geteilt wird. Die Nutzungsteilung kann demzufolge nur bei mehrfach einsetzbaren Faktoren auftreten. Bei der Nutzungsteilung wird den nachfragenden Wirtschaftssubjekten die Möglichkeit eröffnet, je nach der Art des Faktors und nach

Disposition der Beteiligten über das Nutzungspotential eines Faktors zusammen mit anderen Wirtschaftseinheiten (zeitlich horizontale Teilung) oder in Abwechslung mit diesen (zeitlich vertikale Teilung) zu verfügen^{1) 2)}. Dies mag anhand einiger Beispiele erläutert werden.

Die zeitlich horizontale Nutzungsteilung setzt das Vorliegen eines gleichzeitig in unterschiedlicher Weise einfach oder mehrfach nutzbaren oder in einer Verwendungsrichtung mehrfach nutzbaren Faktors voraus. Sie besteht darin, daß mehrere Wirtschaftssubjekte gleichzeitig autonom einen bestimmten Faktor in auf die Erfüllung ihrer Zwecke ausgerichteten Kombinationsprozessen einsetzen können. Als Beispiele mögen öffentliche Straßen, Parks, Schwimmbäder, Eisstadion, sonstige Sportplätze aller Art sowie Vergabe von Lizenzen an mehrere Lizenznehmer aufgeführt werden. Allerdings ließe sich die Tatsache der gemeinsamen Nutzung eines Faktors auch als Einzelnutzung deuten, indem der Objektbereich entsprechend eng abgegrenzt würde. Als potentieller Faktor wäre dann beispielsweise nicht mehr eine Straße oder ein Schwimmbad als Ganzes, sondern der gerade in Anspruch genommene Teil der Straße oder des den Schwimmer umhüllenden Wassers anzusehen. Dies erscheint jedoch nicht zweckmäßig. Stellt doch der so abgegrenzte Faktorteil kein selbständiges Zweckerfüllungsinstrument dar. Es wird von Objekten der Mehrfachnutzung ausgegangen, wobei allerdings grundsätzlich, und zwar um so mehr sich die Auslastung einer der Faktoren inwohnenden Kapazität nähert, eine Beeinträchtigung der

- 1) Daß es sich bei der Nutzungsteilung um einen eigenständigen Effekt handelt, läßt sich folgendermaßen nachweisen. Es ist eine Wirtschaftsform denkbar, die ohne jegliche Arbeitsteilung im Sinne der Zuordnung unterschiedlicher, an einem Rohstoff zu verrichtender Arbeitsgänge auf Wirtschaftseinheiten auskommt, jedoch eine Nutzungsteilung an mehrfach einsetzbaren wirkenden Faktoren kennt.
- 2) Arbeitsteilung und Nutzungsteilung könnten in dem Sinne zusammen als Arbeitsteilung im weiteren Sinne aufgefaßt werden, als sie die Wahrnehmung bestimmter unterschiedlicher gesamtwirtschaftlicher Teilaufgaben durch selbständige Wirtschaftseinheiten zum Gegenstand haben.

Nutzungsmöglichkeit des einzelnen durch Mitbenutzer zu berücksichtigen ist. Es kommt zu einer tatsächlichen Einschränkung der rechtlich zugestandenen uneingeschränkten Nutzungsmöglichkeit¹⁾.

Die zeitlich vertikale Nutzungsteilung besteht demgegenüber darin, daß die einem einfach oder mehrfach nutzbaren Faktor dauernd oder während eines abgegrenzten oder noch offenen Zeitabschnittes innewohnende Nutzungsmöglichkeit während abgegrenzter Zeitabschnitte auf unterschiedliche Wirtschaftseinheiten übertragen wird. Als Beispiele mögen das Verpachten von Grundstücken, Vermieten von Gebäuden, Wohnungen, Kraftfahrzeugen und industriellen Maschinen, Operating Lease, Personal-Leasing und die Vergabe von Lizenzen aufgeführt werden. Meistens wird auch die zeitlich-horizontale Teilung mit einer zeitlich-vertikalen Teilung einhergehen.

Nicht gefolgt werden kann der im Zusammenhang mit Miete, Pacht und Leasing von Sachobjekten häufig zu findenden Aussage, daß diese Instrumente in jedem Fall erhebliche Finanzierungsleistungen einschließen²⁾. Wird Finanzierung im Anschluß an E. Preiser als Beschaffung von "Geld für Investitionszwecke" definiert³⁾, so bleibt festzustellen, daß keinerlei Finanzierungsleistungen erbracht werden. Allerdings ergeben sich, im Vergleich zum Kauf, häufig sehr stark verringerte Finanzmittelanforderungen für den Nachfrager. Daß dies keinesfalls immer der Fall sein muß, folgt daraus, daß einerseits eine Nutzungsteilung (Miete, Pacht und Leasing von

1) In der Praxis wird häufig eine Selbstregelung auftreten. Beispiele sind der Verzicht auf die Inanspruchnahme der grundsätzlich generell gewährten Rechtsänderungsleistung der Nutzung einer öffentlichen Straße zu Spitzenzeiten oder der Verzicht auf die Benutzung eines überfüllten Schwimmbades.

2) Vgl. beispielsweise Berekoven, L., Grundlagen der Vermietung mobiler Güter, a.a.O., S. 56.

3) Preiser, Erich, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für W. Rieger zu seinem 75. Geburtstag, Stuttgart 1953, S. 18.

Sachobjekten) denkbar ist, bei der die gesamte geldliche Gegenleistung zu Beginn in einer Summe entrichtet werden muß, während beim Verkauf Formen denkbar sind und auch auftreten, bei denen die gesamte finanzielle Gegenleistung über die Zeit der Nutzung verteilt wird.

Der wesentliche gesamtwirtschaftliche Vorteil der Nutzungsteilung von Faktoren gegenüber jeweils ausschließlicher Nutzung ist darin zu sehen, daß immer dann, wenn die beim einzelnen Verwender auftretende Kapazitätsauslastung geringer als der Kapazitätsquerschnitt des Faktors und/oder die tatsächliche Einsatzzeit geringer als die mögliche Nutzungszeit des Faktors ist, die Nutzungsteilung zu einer bedeutenden Verbesserung der Ausnutzung der gesamtwirtschaftlichen Faktorquellen führen kann, die nur zu einem Teil durch erhöhte Inanspruchnahme von Ortsveränderungsleistungen und Informationen sowie gegebenenfalls notwendige

zeitliche Verschiebungen von Zweckerfüllungen aufgezehrt wird. Einzelwirtschaftlich wird aufgrund der dadurch möglichen Verringerung der Kosten eine Zweckerfüllung überhaupt oder doch die Zweckerfüllung in eigener Regie erst ermöglicht. Es kann somit von einem Effekt der Verbesserung der Ausnutzung der gesamtwirtschaftlichen Faktorquellen gesprochen werden, der dem der Arbeitsteilung vergleichbar ist.

Während die Arbeitsteilung an Objekten in hoher Weise genutzt wird, scheint die Möglichkeit der Nutzungsteilung, allerdings von Faktoren der Gemeinnutzung abgesehen, bislang insgesamt erst in geringer Weise ausgeschöpft zu sein. Dies gilt offenbar selbst für Wirtschaftssysteme, die auf ein Privateigentum an Produktionsfaktoren zu verzichten bestrebt sind und somit eine vergleichsweise günstige Voraussetzung für eine Nutzungsteilung mehrfach nutzbarer Faktoren aufweisen. Allerdings ist davon auszugehen, daß Aussagen über die Verbreitung der Anwendung der Nutzungsteilung sowohl für einzelne Betriebe innerhalb der Gesamtwirtschaft wie auch für Abteilungen innerhalb eines Betriebes nach dem verwendeten Faktor zu differenzieren sind. So findet sich beispielsweise in einigen Wirtschaftszweigen, allerdings begünstigt durch die aufgrund seiner Marktstärke durchsetzbare Verhaltensweise eines Anbieters (Büromaschinen) oder durch eklatante wirtschaftliche Vorteile aufgrund eines nur einmaligen Gebrauches durch den Verwender (Vermietung von Filmen, Hochzeitskleidung und Baugerüsten), eine ausschließliche Anwendung oder doch vergleichsweise weite Verbreitung der Nutzungsteilung, während sie bei anderen Faktoren nicht oder nur zögernd Verbreitung findet.

An eigenen Leistungsobjekten des Betriebes vorgenommene arbeitsteiliges Wirtschaften sowie die Nutzungsteilung wirkender Faktoren bedingen, gegebenenfalls neben Informationsübermittlung und Ortsveränderung, die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren. Während eine entsprechen-

de Arbeitsteilung die umfassende Übertragung des Nutzungspotentials von Faktoren erfordert, liegt der Nutzungsteilung die Übertragung nur einzelner Nutzungsaspekte und/oder -zeiten des Gesamtnutzungspotentials eines Faktors zugrunde.

8) Die Kennzeichnung der Rechtsänderungsleistung durch Merkmale

Zur Unterscheidung der Arten der Rechtsänderungsleistung ist es notwendig, diese durch die sie kennzeichnenden Merkmale zu beschreiben. Die Rechtsänderungsleistung ist dann vollständig beschrieben, wenn das Leistungsobjekt sowie die Art der Veränderung der rechtlichen Zuordnung des Faktors aufgeführt wird.

Als Leistungsobjekte treten dabei alle Faktoren der realen Welt wie Sachobjekte, Menschen (Mitarbeiter), Informationen, Geld sowie Ansprüche auf Leistungen aller Art auf¹⁾, sofern und soweit sie auf andere Wirtschaftssubjekte rechtlich übertragbar sind. Es ist nämlich zu beachten, daß Veränderungen der rechtlichen Zuordnung von Leistungsobjekten aufgrund öffentlich- oder privatrechtlicher Normen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein können. Letzteres gilt insbesondere für Ansprüche auf Leistungen, deren Veränderung der rechtlichen Zuordnung, da es sich bei ihnen um zwischen zwei Subjekten bestehende Rechtsbeziehungen handelt, nicht in jedem Falle ohne Zustimmung des verpflichteten Wirtschaftssubjektes möglich ist.

Die durch die Rechtsänderungsleistung bewirkte Veränderung des Leistungsobjektes kann durch Angabe der Artenmerkmale gegebene beziehungsweise ohne weitere Einwirkung bestehende rechtliche Zuordnung eines Leistungsobjektes und veränderte rechtliche Zuordnung beschrieben werden. Die Art der Ver-

1) Als Leistungsobjekte können einzelne abgegrenzte Faktoren oder Faktorgesamtheiten bis hin zu komplett eingerichteten Betrieben in Frage kommen. Im folgenden wird nur auf einzelne Faktoren abgestellt.

Änderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren wird zum Teil durch die Gattung vorbestimmt. So sind Möglichkeiten der Übertragung des Nutzungspotentials von Arbeitskräften aus ethischen Gründen eingeschränkt. Hierauf wird, da es sich um Besonderheiten der Faktorgattungen handelt, erst bei deren Behandlung eingegangen. Wird von derlei Eigentümlichkeiten zunächst abgesehen, so kann grundsätzlich die Übertragung des Nutzungsrechtes eines Faktors umfassend oder in eingeschränkter Weise geschehen¹⁾.

Die Unterscheidung von Arten der an Faktoren vorgenommenen Veränderung der rechtlichen Zuordnung muß zunächst an dem beim Einsatz der einem Nachfrager rechtlich zugeordneten Faktoren zur Erfüllung angestrebter Zwecke auftretenden Verbrauchscharakter ansetzen, da beim Einsatz untergehende Faktoren in jedem Falle eine umfassende Übertragung des Nutzungsrechtes erfordern. Es soll hierfür die in der betriebswirtschaftlichen Produktionstheorie eingeführte Unterscheidung zwischen Potential- und Repetierfaktoren²⁾ herangezogen und neben ihrer üblichen Anwendung auf produktive auch auf konsumtive Kombinationsprozesse übertragen werden. Unter Potentialfaktoren werden solche Faktoren verstanden, die aufgrund eines ihnen innewohnenden Bündels von Nutzungsmöglichkeiten mehrfach in auf eine bestimmte Zweckart ausgerichteten Kombinationsprozessen eingesetzt werden können, während Repetierfaktoren beim erstmaligen Einsatz ihre Zweckerfüllungseignung verlieren³⁾. Dies kann aufgrund physischen Unteranges oder Verlustes einer entsprechenden Funktionsfähigkeit geschehen. Die Einordnung von Faktoren in Potential- und Repetierfaktoren ist insofern zweckmäßiger als jene in Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, als sie nicht an dem grund-

1) Vgl. hierzu auch Bergner, H., a.a.O., S. 592.

2) Vgl. Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 191 f. und 223, Bruhn, E.-E., Die Bedeutung der Potentialfaktoren für die Unternehmungspolitik, Berlin 1965, sowie Steffen, R., Analyse industrieller Elementarfaktoren in produktionstheoretischer Sicht, Berlin 1973, S. 20 ff.

3) Vgl. Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 191 und 223.

sätzlichen Charakter eines Objektes anzuknüpfen versucht, sondern das Verbrauchsverhalten eines Faktors in bezug auf eine bestimmte Zweckerfüllung ausdrückt. Es ist nämlich sowohl bei in konsumtiven wie auch in produktiven Kombinationsprozessen eingesetzten Faktoren nicht möglich, sie objektiv eindeutig in die Gruppe der Gebrauchs- oder Verbrauchsgüter einzuordnen, da ein Faktor in der einen Verwendungsrichtung Verbrauchs-, in der anderen dagegen Gebrauchsobjekt sein kann¹⁾. Eine eindeutige Zuordnung läßt sich für einen bestimmten Faktor nur unter Berücksichtigung des angestrebten Zweckes des Wirtschaftssubjektes vornehmen. Diesen Ansatz wählt die Unterscheidung zwischen Potential- und Repetierfaktoren. So lassen sich beispielsweise Maschinen, im Industriebetrieb als wirkende Faktoren eingesetzt, eindeutig als Potentialfaktoren, als Leistungsobjekte handels- und verkehrsbetrieblicher Kombinationsprozesse dagegen als Repetierfaktoren einordnen. Selbst ein von seiner konsumtiven Verwendung her gesehen Gebrauchsobjekt par excellence - Grundstücke - kann aus der Sicht der Kombinationsprozesse eines Grundstückshändlers nur als Repetierfaktor eingestuft werden.

Obendrein ist jedoch das vom Wirtschaftssubjekt angewendete Verbrauchsverhalten zu berücksichtigen. Objektiv als Gebrauchsobjekt verwendbare Faktoren werden wegen des Gesamtzusammenhanges häufig als Repetierfaktoren eingesetzt. So werden gerade in der heutigen "Wegwerfgesellschaft" im konsumtiven Bereich, wie aber auch zunehmend im betrieb-

1) Schließlich ist anzuführen, daß es bei Sachobjekten gar keine Verbrauchsgüter im naturwissenschaftlichen Sinne geben kann, da weder Materie erzeugt noch vernichtet werden kann.

lichen Bereich Faktoren, die einem mehrmaligen Einsatz zugänglich wären, nur einmal verwendet. Als Beispiele mögen Papierservietten, Campinggeschirr, Einweg-Behälter aller Art und Informationen aufgeführt sein.

Allerdings setzt die Unterscheidung der in Kombinationsprozessen des Nachfragers eingesetzten Faktoren in Potential- und Repetierfaktoren voraus, daß über den Zweck und gegebenenfalls das angelegte Verbrauchsverhalten des Nachfragers bereits entschieden ist. Es kann in der Wirklichkeit jedoch vorkommen, daß sich die angestrebten Zwecke eines Wirtschaftssubjektes im Zeitablauf ändern oder diese Änderung in faktischen Gegebenheiten begründet ist. So kann beispielsweise eine im Handelsbetrieb als Handelsware gekaufte Schreibmaschine (Verbrauchsgut) aufgrund einer Umdisposition zu einer genutzten Maschine (Gebrauchsgut) werden.

Aus der Art des Verbrauchscharakters der in den Kombinationsprozessen der Nachfrager eingesetzten, ihnen rechtlich zugeordneten Faktoren folgt grundsätzlich eine Vorprägung der möglichen Art der Veränderung der rechtlichen Zuordnung. Ist zu erwarten, daß ein Faktor aufgrund der Art der letztlich angestrebten Zwecke, einer möglichen Zweckänderung oder unkontrollierter Einflüsse beim Einsatz in Kombinationsprozessen des Nachfragers zu einem Repetierfaktor wird, so ist eine Übertragung des Nutzungsrechtes in umfassender Form erforderlich¹⁾.

1) Hierbei besteht Übereinstimmung mit der oben getroffenen Aussage, daß bei zwischenbetrieblicher Arbeitsteilung in der Form der Veränderung eigener Leistungsobjekte jeweils eine umfassende Übertragung des Nutzungsrechtes notwendig ist, denn diese ist mit einer repetierfaktorartigen Verwendung der Leistungsobjekte verbunden.

Wird dagegen vom Nachfrager ein Einsatz des Faktors als Potentialfaktor angestrebt, so kommt neben der, mit Ausnahme bei Arbeitskräften, auch in diesem Fall möglichen umfassenden Übertragung¹⁾ eine in sachlicher und/oder zeitlicher Weise beschränkte Übertragung des Nutzungspotentials in Frage. Die sachliche Beschränkung besteht darin, daß nur bestimmte der objektiv möglichen Nutzungsaspekte dem Nachfrager übertragen werden, die zeitliche Beschränkung hat zum Inhalt, daß dem Nachfrager der Faktor nur während eines abgegrenzten Zeitintervalles innerhalb seiner Gesamtnutzungszeit zur Nutzung rechtlich zugeordnet wird.

Aus diesen Ausführungen folgt, daß die Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines Faktors grundsätzlich zunächst in der Weise geschehen kann, daß ein einem Betrieb umfassend rechtlich zugeordneter Faktor umfassend einem Nachfrager rechtlich übertragen wird. Die Merkmale bisherige Zuordnung (Träger) und zukünftige Zuordnung (Empfänger) kennzeichnen diese Form der Veränderung erschöpfend. Die zweite Möglichkeit der Veränderung besteht darin, daß der Betrieb einen ihm selbst umfassend oder eingeschränkt rechtlich zugeordneten Faktor in eingeschränkter Weise auf den Nachfrager rechtlich zuordnet. Hierbei ist zu beachten, daß dies rechtmäßig, wovon hier auszugehen ist, nur innerhalb des dem Betrieb selbst zustehenden Verfügungsspielraumes erfolgen kann. Die beschränkte Zuordnung des Faktors auf den Nachfrager kann zum einen zeitlich unbeschränkt in sachlich eingeschränkter Form und zum anderen sachlich uneingeschränkt oder eingeschränkt in zeitlich begrenzter Weise geschehen. Über die aufgeführten Merkmale hinaus sind dann Übertragener Nutzungsaspekt sowie Zeitpunkt des Beginnes und der Beend-

- 1) Sie wird von Wirtschaftssubjekten etwa bei erwarteter hoher Kapazitätsauslastung aus wirtschaftlichen Gründen oder allgemein aus Gründen des Eigentumsstolzes angestrebt werden.

digung als jene die Leistungsart beschreibenden Merkmale anzusehen¹⁾.

Fraglich ist dabei, ob die Dauer der Veränderung der rechtlichen Zuordnung jener Leistungsobjekte, deren Gesamtnutzungspotential vom Betrieb zeitlich geteilt wird, als qualitatives Merkmal der Leistungsart oder als die Leistungsmenge bestimmende Größe zu behandeln ist. Es wäre möglich, die Rechtsänderungsleistung in der Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines Faktors über eine Standardzeiteinheit (Stunde, Tag, Woche, Monat oder Jahr) anzusehen und die Anzahl der Zeiteinheiten der Veränderung der rechtlichen Zuordnung als eine, unter Umständen neben der Menge der Leistungsobjekte weitere Dimension der Leistungsmenge aufzufassen. Hierdurch würde allerdings der Tatsache, daß von Nachfragern regelmäßig die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren über bestimmte Zeitabschnitte nachgefragt wird, nicht genügend Rechnung getragen. Der Mieter einer Wohnung fragt beispielsweise nicht dreihundertfünfundsechzigmal im Jahr die Überlassung der Wohnung für einen Tag, sondern die rechtliche Zuordnung von einem bestimmten Anfangszeitpunkt bis zu einem bestimmten oder gegebenenfalls offenen Endzeitpunkt nach. Folglich erscheint es sinnvoll, die Dauer der rechtlichen Zuordnung eines Leistungsobjektes als qualitatives Merkmal der Rechtsänderungsleistung anzusehen²⁾. Demgegenüber stellt der Zeitpunkt der umfassenden Übertragung des Nutzungsrechtes oder des Beginnes einer zeitlich ingeschränkten Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines

1) Vgl. hierzu auch Witte, E., a.a.O., S. 270 und 272. Von Witte wird unter anderem die Dauer und die erlaubte Art der Nutzung zu den artbildenden Merkmalen der Kreditleistung gezählt.

2) Dies schließt, da es sich bei der Zeit um einen in allgemein anerkannten Maßgrößen quantifizierbaren Tatbestand handelt, nicht aus, daß die Dauer als Grundlage der Bemessung der Höhe der vom Nachfrager zu entrichtenden Gegenleistung herangezogen wird.

Leistungsobjektes kein Merkmal der Leistungsart, sondern die die Einordnung einer Leistung in die reale Kalenderzeit kennzeichnende Größe dar.

Die Rechtsänderungsleistung ist streng von der Zeitüberbrückungsleistung zu unterscheiden. Zwar geht eine Rechtsänderungsleistung in zeitlich beschränkter Form ebenfalls mit der Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform des Leistungsobjektes einher, jedoch bestehen zwischen beiden Leistungskategorien im Normalfall¹⁾ keinerlei sachliche Gemeinsamkeiten. Während bei der Zeitüberbrückungsleistung der Nachfrager dem Betrieb Objekte aus seinem Verfügungsbereich zur Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform überläßt, eine Übertragung des Nutzungsrechtes damit jedoch nicht verbunden ist, liegt der Rechtsänderungsleistung die Übertragung des dem Betrieb zustehenden Rechtes der Ausnutzung des Potentials eines Faktors auf den Nachfrager zugrunde, wobei die damit unumgänglich verbundene Veränderung der zeitlichen Erscheinungsform des Faktors eine an sich vom Betrieb unerwünschte Nebenwirkung der Leistungserstellung beinhaltet. Es liegen folglich in beiden Fällen vom Betrieb für den Nachfrager erstellte Leistungen vor, welche völlig unterschiedlicher Natur sind.

Die vorstehenden Ausführungen sollten zeigen, daß die Rechtsänderungsleistung durch die Merkmale Leistungsobjekt sowie gegebene und erwünschte rechtliche Zuordnung vollständig beschrieben werden kann, wobei letzteres Merkmal gegebenenfalls durch Angabe von Untermerkmalen zu spezifizieren ist. Unterschiedliche Ausprägungen der die

1) Zur möglichen Ausnahme vgl. S. 165, Fußnote 2, der vorliegenden Arbeit.

Rechtsänderungsleistung kennzeichnenden Merkmale führen zu verschiedenen Arten dieser Leistungskategorie. Im folgenden wird auf Besonderheiten der an bestimmten Leistungsobjektgattungen erstellten Leistungsarten eingegangen und ein Überblick über von Betrieben der Praxis erstellte Rechtsänderungsleistungen zu geben versucht.

7) An unterschiedlichen Leistungsobjektgattungen erstellte Rechtsänderungsleistungen und Überblick über von Betrieben der Praxis als Endleistung erstellte Rechtsänderungsleistungen

(1) An Sachobjekten erstellte Rechtsänderungsleistungen

An Sachobjekten als Endleistung erstellte Rechtsänderungsleistungen können entweder die umfassende oder die eingeschränkte Übertragung des Nutzungsrechtes eines Faktors zum Inhalt haben.

Die umfassende Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines Sachobjektes vom Betrieb auf den Nachfrager erfordert im Rechtssinne die Übertragung des Eigentums (Übereignung)^{1) 2)}. Endleistungen dieser Art werden von für den anonymen Markt oder auf Auftrag Zustandsänderungen an Leistungsobjekten vornehmenden Betrieben und Handelsware vorhaltenden Handelsbetrieben erstellt.

Die nicht umfassende Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Sachobjekten kann zum einen in zeitlich umfassender, aber sachlich eingeschränkter Weise und zum anderen in zeitlich eingeschränkter und sachlich umfassender oder nicht umfassender Weise geschehen.

1) Das BGB kennt vier Fälle der Übereignung beweglicher Sachen (§§ 929, 930 und 931) sowie die Eigentumsübertragung an Grundstücken (§ 873), vgl. hierzu Capelle, K.-H., Bürgerliches Recht - Sachenrecht, Wiesbaden 1963, S. 51 ff. und 33 ff.

2) Streng ist diese Zwecke des Nachfragers erfüllende Übereignung als Verfügungsgeschäft von dem zugrunde liegenden Leistungsvertrag als Verpflichtungsgeschäft zu unterscheiden, vgl. hierzu ebenfalls Capelle, K.-H., a.a.O., S. 33 und 51.

Die zeitlich umfassende, aber sachlich eingeschränkte Übertragung kann nur dann auftreten, wenn ein Sachobjekt mehrere Nutzungsaspekte aufweist und/oder mehrfach nutzbar ist. Sie tritt beispielsweise in Form der altüberkommenen Wege- und Weiderechte auf; ihr Rechtsinstitut ist die Grunddienstbarkeit¹⁾. Sie sind für eine Betrachtung der auf Dauer angelegten Leistungserstellung von Betrieben unbedeutend.

Die in zeitlicher und sachlicher Hinsicht beschränkte Übertragung wird zunächst danach unterschieden, ob es sich um Veränderungen der rechtlichen Zuordnung von Faktoren zum Zwecke der Gemeinschaftsnutzung oder der Ausschließlichkeitsnutzung durch den Nachfrager handelt. Eine Gemeinschaftsnutzung setzt dabei voraus, daß die Faktoren gleichzeitig in unterschiedlichen Arten und/oder in einer bestimmten Art mehrfach zweckerfüllend in Kombinationsprozessen der Nachfrager eingesetzt werden können. Beispiele sind die Übertragung des Nutzungsrechtes an Schwimmbädern, Schlittschuhbahnen, Tennisplätzen, Kegelbahnen, Parkplätzen und Straßen. Leistungen der aufgeführten Arten werden von öffentlichen Betrieben für die Gemeinschaft, von Wohnungsvermietern für die Gesamtheit der Mieter und von sonstigen Betrieben für Dritte erbracht.

Die zeitlich begrenzte Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren auf nur je einen Nutzer (Ausschließlichkeitsnutzung) kommt in den Formen der Leihe, Vermietung, Verpachtung und dem der Vermietung oder Verpachtung entsprechenden Leasing vor²⁾. Die juristisch höchst bedeutsame Frage, ob entsprechende Rechte des Nachfragers dinglicher oder schuldrechtlicher Natur sind, ist für die Zwecke der vorliegenden

1) Vgl. Capelle, K.-H., a.a.O., S. 80 ff.

2) Vgl. zu den Rechtsinstituten Lwowski, H.-J., Erwerbsersatz durch Nutzungsverträge - Eine Studie zum Leasing, Diss. Hamburg 1967.

Arbeit bedeutungslos¹⁾. Hier ist nur wesentlich, daß die Leistung des Betriebes in eine Übertragung des Nutzungsrechtes an einem Faktor auf einen Nachfrager besteht, welches diesen, gegebenenfalls unter Zuhilfenahme räumlicher und zeitlicher Veränderungen, in die Lage versetzt, rechtmäßig nach eigenem Wunsch über den Faktor zu verfügen. Ob dies aufgrund eines schuldrechtlichen oder dinglichen Rechtes am Sachobjekt geschieht, interessiert dabei für die hier angestrebte Einteilung in elementare Leistungskategorien nicht²⁾.

Rechtsänderungsleistungen der aufgeführten Formen werden von Betrieben erbracht, die immobile Sachobjekte wie Grundstücke, Häuser, Wohnungen, Zimmer, Säle, Theater-, Konferenz- und Ausstellungsräume sowie mobile Gebrauchsgegenstände wie Kraftfahrzeuge, Maschinen und Ausrüstungsgegenstände aller Art an nachfragende Wirtschaftssubjekte zeitlich begrenzt³⁾ zum Zwecke der Nutzung rechtlich zuordnen.

-
- 1) Die durch Leihe, Miete, Pacht und Leasing begründeten Rechte des Nachfragers werden im auf dem römischen basierenden deutschen Recht nicht zu den dinglichen, sondern zu den schuldrechtlichen Rechten gezählt, vgl. beispielsweise Lwowski, H.-J., a.a.O., S. 72 ff.
 - 2) Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß diese Unterscheidung betriebswirtschaftlich nicht bedeutsam sei. So übt sie beispielsweise Einfluß auf das, aufgrund möglicher Leistungsstörungen oder Unternehmungskrisen des Nachfragers, vom Betrieb getragene Risiko aus. Vgl. hierzu Stützel, W., Entscheidungstheoretische Elementarkategorien als Grundlage einer Begegnung von Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft, in: ZfB, 36. Jg. 1966, S. 779.
 - 3) Hierbei wird die zeitliche Begrenzung grundsätzlich nach der Kalenderzeit vorgenommen. Denkbar ist allerdings auch eine Abgrenzung nach der im vorhinein noch unbestimmten Dauer der Verrichtung, beispielsweise Überlassung eines Gerüstes bis zur Renovierung des Hauses oder Überlassung eines Filmes für drei Aufführungen.

(2) An Mitarbeitern erstellte Rechtsänderungsleistungen

Geistig und körperlich gesunden Menschen wohnt nach Maßgabe ihrer diesbezüglichen Befähigungen ein Nutzungspotential inne, welches sie in gewisser Weise auf einen Betrieb übertragen können. Hierdurch versetzen sie diesen in die Lage, gemäß den Bestimmungen des der Übertragung zugrunde liegenden Leistungsvertrages über ihren Einsatz als Faktor betrieblicher Kombinationsprozesse zu verfügen. Da aus ethischen Gründen an Menschen seit Abschaffung der Sklaverei und Leibeigenschaft im Übergang zu höherstehenden Gesellschaftsformen keine Eigentumsrechte mehr bestehen können, kann es sich nur um eine eingeschränkte Übertragung des Nutzungsrechtes auf einen Betrieb handeln. Die Verfügungsgewalt des Betriebes richtet sich somit niemals auf den Menschen als Ganzes, sondern umfaßt immer nur einen Teil seiner gesamten Leistungsfähigkeit¹⁾. Diese Einschränkung der Verfügungsmöglichkeit des Betriebes über Mitarbeiter betrifft sowohl den Nutzungsfächer wie gegebenenfalls auch das quantitative Leistungsvermögen des Menschen sowie ebenfalls den zeitlichen Aspekt der Nutzungsrechtsübertragung. Eine alle Nutzungsaspekte betreffende und/oder die gesamte Existenzdauer umfassende Übertragung des Nutzungspotentials eines Menschen ist ausgeschlossen.

1) Vgl. Rößle, K., Gut, in: HWB, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 2464.

Gegenstand der Betrachtung sind jedoch nicht die Formen der Inanspruchnahme von Rechtsänderungsleistungen durch Betriebe¹⁾, sondern die Übertragung des Nutzungsrechtes an Mitarbeitern des Betriebes auf Dritte als Endleistung von Betrieben. Dieser liegt eine Vereinbarung zwischen Betrieb und seinen Mitarbeitern zugrunde, aufgrund deren er das Nutzungspotential an ihnen in bestimmter, nur einzelne Nutzungsaspekte umfassender Weise auf andere Wirtschaftssubjekte übertragen kann. Geschieht dies, so kann das nachfragende Wirtschaftssubjekt infolge der Inanspruchnahme der Rechtsänderungsleistung an Arbeitskräften den Arbeiter in seinen Kombinationsprozessen nach seinen Anordnungen einsetzen.

Die Rechtsänderungsleistung an Arbeitskräften ist dabei streng von durch Mitarbeiter des Betriebes an Objekten des Nachfragers bewirkten Veränderungen des Zustandes, der räumlichen und der zeitlichen Erscheinungsform zu unterscheiden. Wird im zwischen Betrieb und Nachfrager bestehenden Leistungsvertrag bestimmt, daß eine entsprechende Veränderung an Objekten des Nachfragers herbeizuführen ist, so kann, selbst wenn sie vom Mitarbeiter des Betriebes im Wirkungsbereich des Nachfragers erstellt wird, nur diese als Leistung des Betriebes angesehen werden. Als Beispiele mögen die Montage gelieferter Anlagen und Reparaturen aufgeführt sein.

Demgegenüber stellt die Rechtsänderungsleistung an Arbeitskräften eine völlig andere Leistungskategorie des Betriebes dar. Bei ihr wird im Leistungsvertrag als dem dispositiven Teil der zwischen Betrieb und Nachfrager bestehenden Lei-

1) In dieser Kategorie kann im übrigen auch die von Haushalten den Betrieben gegenüber erbrachte Leistung erfaßt werden, sofern sie nicht, wie beim reinen Akkord, einer Zustandsänderungsleistung nahekommt. Allerdings sind Leistungen der Haushalte wegen der hier angestrebten Beschränkung auf Betriebe nicht zu diskutieren.

stungsbeziehung bestimmt, daß das dem Betrieb zustehende Nutzungsrecht an einem Arbeiter einer bestimmten körperlichen und geistigen Befähigung für eine bestimmte Dauer auf den Nachfrager übergeht. Dies geschieht in der Weise, daß der Arbeiter sich den Anordnungen des die Leistung in Anspruch nehmenden Wirtschaftssubjektes unterstellen muß. Der Einsatz der Arbeitskräfte und damit die Erbringung sachlicher Leistungen durch sie geschieht nach den Weisungen des die Rechtsänderungsleistung in Anspruch nehmenden Wirtschaftssubjektes. Diese sachlichen Leistungen sind nicht Gegenstand der vertraglichen Beziehungen zwischen Betrieb und Nachfrager, und somit können sie nicht als Leistung des Betriebes angesehen werden. Dies ergibt sich auch daraus, daß selbst dann, wenn aus Gründen, die vom Betrieb nicht zu vertreten sind, der Arbeiter nicht eingesetzt wird, also effektiv keine Sachleistung erbringt, die Verpflichtung des die Rechtsänderungsleistung in Anspruch nehmenden Wirtschaftssubjektes zur Entrichtung der vereinbarten Gegenleistung an den Betrieb bestehen bleibt. Dies kann nur dann der Fall sein, wenn die vom Betrieb zu erbringende Leistung ebenfalls als erbracht anzusehen ist. Sie kann dann aber nicht in einer sachlichen Leistung, sondern nur in der Veränderung der rechtlichen Zuordnung der Arbeitskräfte gesehen werden.

Als Endleistung wird eine Rechtsänderungsleistung an Mitarbeitern von jenen Betrieben erstellt, die das ihnen zustehende beschränkte Verfügungsrecht über Arbeitskräfte kurzzeitig oder langfristig auf es nachfragende Wirtschaftssubjekte übertragen. Dies tritt beispielsweise beim Personal-Leasing hinsichtlich Arbeitskräften aller Qualifikationen auf. Leistungen der betrachteten Art werden jedoch, soweit durch das Personal-Leasing noch nicht erfaßt, auch erbracht, wenn Betriebe das ihnen rechtlich zustehende Nutzungspotential von Hostessen, Künstlern, Fußballspielern und dergleichen mehr auf Zeit an es nachfragende Wirtschaftssubjekte übertragen, sofern diese Leistung nicht nur in einer Vermittlung der an sich selbständigen Arbeitskräfte besteht¹⁾.

1) In diesem Fall besteht die Leistung des Betriebes in einer Informationsübermittlung.

(3) An Informationen erstellte Rechtsänderungsleistungen

Abbildungen realer und idealer, vergangener und zukunftsbezogener Sachverhalte im menschlichen Geist stellen Wissen dar. Ist es auf Zwecke orientiert, so wird es - wie bereits mehrfach erwähnt - als Information bezeichnet¹⁾. Wird Wissen in seiner rechtlichen Zuordnung verändert, so kann davon ausgegangen werden, daß es der Erfüllung von Zwecken dient. Es empfiehlt sich somit, im folgenden von Informationen zu sprechen.

Dadurch, daß Informationen ihren Ursprung nur im menschlichen Geist haben und ihren letzten Zweck ebenfalls nur im menschlichen Geist finden können, ist für ihre konsumtive oder produktive Nutzung grundsätzlich die faktische Verfügung in Form der Kenntnis, nicht dagegen allein die rechtliche Verfügungsmacht notwendig. Es erscheint fraglich, ob eine Übertragung der rechtlichen Verfügung über Informationen losgelöst von der Kenntnisvermittlung vorstellbar ist, somit Rechtsänderungsleistungen an Informationen als elementare Endleistung überhaupt auftreten können.

Zur Klärung der Fragen, ob die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Informationen als elementare Leistungskategorie denkbar ist und in welchen Formen sie gegebenenfalls in der Praxis auftritt, ist es notwendig, die unterschiedlichen Arten der durch Verwendung von Informationen seitens der Nachfrager erfüllbaren Zwecke zu erörtern.

Es ist davon auszugehen, daß den Informationen interne Sachverhalte des Bereiches des Nachfragers oder externe Tatbestände zugrunde liegen können²⁾. Eine Verwendung der diese abbildenden Informationen kann dabei ausschließlich

- 1) Vgl. S.140 f. der vorliegenden Arbeit sowie die dort aufgeführte Literatur.
- 2) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 190. Wenn auch die Vermutung naheliegt, daß an Informationen erstellte Endleistungen, welche sich auf interne Sachverhalte beziehen, eher Gegenstand einer Zustandsänderungs- denn einer Rechtsänderungsleistung seien, so ist doch die Rechtsänderungsleistung an interne Sachverhalte betreffenden Informationen keineswegs ausgeschlossen. Als Beispiel mögen Angebot und Verkauf eines ohne Auftrag erstellten Konzeptes der Neuordnung von Verkaufsniederlassungen durch Unternehmensberater genannt werden.

im Geiste des Nachfragers oder als Steuerungs-
mittel zum Zwecke des gestaltenden Einwirkens auf zukünftige
Sachverhalte erfolgen. Letztlich ist es möglich, daß das
nachfragende Wirtschaftssubjekt Informationen seinerseits
als Leistungsobjekt für die Erstellung von Rechtsänderungs-
leistungen zu nutzen beabsichtigt.

Die Frage, ob an Informationen elementare Rechtsänderungs-
leistungen erstellt werden können, kann nur dadurch beantwortet
werden, daß geprüft wird, ob eine Übertragung des Nutzungs-
rechtes an Informationen grundsätzlich auch dann möglich ist,
wenn diese dem nachfragenden Wirtschaftssubjekt in ihrer
Aussage bereits bekannt sind oder gegebenenfalls überhaupt
nicht bekannt gemacht werden müssen, ohne daß die Möglich-
keit einer zweckentsprechenden Nutzung durch den Nachfrager
entfällt. Wird von einem Einsatz der Information zur Erfüllung
interner Zwecke seitens des Nachfragers ausgegangen, so ist
zunächst nicht einzusehen, warum dieser eine Rechtsänderungs-
leistung an Informationen in elementarer Form nachfragen
könnte. Hat er das gewünschte Wissen bereits erlangt, so
wird er grundsätzlich keine Leistung des Betriebes in An-
spruch nehmen; ist ihm die benötigte Information noch nicht
bekannt, so wird er nicht die Veränderung der rechtlichen Zu-
ordnung allein, sondern diese zusammen mit der faktischen
Zuordnung als Leistungsbündel nachfragen. Allenfalls bei
einer Nutzung der Information als Leistungsobjekt einer
Rechtsänderungsleistung durch den Nachfrager (N_1) wäre,
sofern der Dritte (N_2) die faktische Kenntnis direkt vom
Betrieb erlangen könnte, das Vorliegen einer Rechtsänderungs-
leistung in elementarer Form in der Beziehung zwischen Be-
trieb und Nachfrager (N_1) denkbar¹⁾.

Die Aussagen sind dann zu modifizieren, wenn berücksichtigt
wird, daß geistige Sachverhalte²⁾ gegen unbefugte Nutzung

-
- 1) Als Beispiel mag der Handel mit technischem Know-how
genannt werden.
 - 2) Diese geistigen Sachverhalte gehen zum Teil über den
Bereich der Informationen hinaus. Sie umfassen nämlich
beispielsweise auch nicht nur gedankliche, sondern
ikonische Abbildungen von Sachverhalten, deren wesent-
licher Bestandteil geistiger Natur ist.

durch Dritte rechtlich geschützt werden können¹⁾. Die Möglichkeit des Schutzes besteht jedoch nur für neue und als schutzwürdig angesehene geistige Tatbestände und ist Gegenstand des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechtes²⁾. Der Schutz gegen eine unberechtigte Nutzung ist dabei auf eine bestimmte, bei den einzelnen Arten unterschiedliche Anzahl von Jahren befristet. Es ist somit weder möglich, nach Ablauf der Schutzfrist eine Erfindung weiterhin schützen zu lassen, weil sie nicht mehr neu ist, noch kann beispielsweise die Form eines bestimmten natürlichen Steines geschützt werden, weil es sich dabei nicht um einen schutzwürdigen geistigen Tatbestand handelt.

Wird das Augenmerk auf gegen unberechtigte Nutzung durch Dritte geschützte Informationen gelegt, so ist es zweckmäßig, hinsichtlich des Umfangs des Schutzes zwischen den aufgeführten Arten der Nutzung zu unterscheiden. Die im rein geistigen Bereich liegende "Nutzung" einer gesetzlich geschützten Information ist, sofern sie nicht durch einen geschützten Prozeß der Informationsübertragung vermittelt wird, nicht vom rechtlichen Schutz erfaßt und auch nicht erfaßbar. So verstößt das Erfreuen an der geschützten Form einer Konstruktion sowie die Kenntnis des Prozeßablaufes eines Verfahrens zur Stahlerzeugung allein nicht gegen den rechtlichen Schutz. Rechtlich geschützt werden kann die Information dagegen, soweit sie wirtschaftlich genutzt wird. Dies kann, wie bereits erwähnt, zum Zwecke der Steuerung von Sachzuständen sowie in Form der Veränderung der rechtlichen Zuordnung der Information geschehen. Dabei ist zu beachten, daß das empfangene Recht zur sachbe-

1) Dies stellt im Grunde genommen nichts anderes dar, als daß die bei körperlichen Faktoren durch Verschuß im weitesten Sinne mögliche Abschirmung vor gegen gesellschaftliche Konventionen verstoßende unrechtmäßige Verwendung durch einen rechtlichen Kunstgriff, des Schutzes unter Androhung von Sanktionsmaßnahmen, ermöglicht wird.

2) Vgl. Bergner, H., a.a.O., S. 587.

zogenen Nutzung keineswegs immer gleichzeitig das Recht der Veränderung der rechtlichen Zuordnung einschließt¹⁾.

Aus obigen Ausführungen folgt, daß aufgrund der für geistige Tatbestände bestehenden Schutzmöglichkeit Informationen im Falle des vorliegenden rechtlichen Schutzes über den bereits aufgeführten Fall hinaus auch dann Gegenstand einer elementaren Rechtsänderungsleistung sein können, wenn sie in ihrem Denkinhalt bereits dem Nachfrager bekannt sind, die Erfüllung der von diesem angestrebten Zwecke aber obendrein eine bestimmte rechtliche Zuordnung verlangt. Somit ist von der Möglichkeit des Auftretens der an Informationen erstellten Rechtsänderungsleistung in elementarer Form auszugehen.

Im folgenden wird die Betrachtung sowohl auf elementare Rechtsänderungsleistungen wie auch auf zusammen mit der Kenntnisvermittlung in einem Leistungsbündel auftretende Rechtsänderungsleistungen abgestellt. Die Beantwortung der Frage, in welchen Formen die Rechtsänderungsleistung auftreten kann, setzt eine Klärung des beim Einsatz im Kombinationsprozeß des Nachfragers auftretenden Verbrauchsscharakters von Informationen voraus. Bei oberflächiger Betrachtung führt die Tatsache, daß eine Information nach ihrer faktischen Übermittlung grundsätzlich sowohl beim Betrieb als Wissen vorhanden bleibt wie auch dem Nachfrager bekannt ist, zu dem Eindruck, daß bei Informationen in jedem Fall eine beliebige Vermehrbarkeit von Potentialfaktoren gegeben sei. Wenn diese Vermehrbarkeit von Wissen auch zum Teil möglich ist, so tritt sie doch keineswegs in allen Fällen auf, in denen Informationen Leistungsobjekt von Rechtsän-

1) Vgl. auch Bergner, H., a.a.O., S. 595.

derungsleistungen sind.

Das bei der Nutzung durch Nachfrager auftretende Verbrauchsverhalten wird dabei grundsätzlich sowohl von der Art der Nutzung wie auch von der Art des in der Information abgebildeten Sachverhaltes abhängig sein. Da über Vergangenes handlungswirksam nicht mehr entschieden werden kann¹⁾, können Informationen über nicht zukunftsbezogene reale und ideale Sachverhalte nicht zu einem gestaltenden Einwirken auf diese herangezogen werden. Dadurch wird ihr Verbrauchscharakter unabhängig von dem zugrunde liegenden Sachverhalt und richtet sich ausschließlich danach, ob sie einfach oder mehrfach zur Erfüllung von Zwecken eingesetzt werden. Dabei wird beispielsweise ein Teil der Kontrollinformationen wie auch der in Zeitungen und Zeitschriften enthaltenen Informationen den Charakter von Repetierfaktoren und Informationen über Marktgegebenheiten der Vergangenheit als Grundlage mehrerer zukunftsbezogener Entscheidungen und die Daten des Jahresabschlusses den der Potentialfaktoren annehmen können.

Bei zukunftsbezogenen Informationen wird das Verbrauchsverhalten neben einer Beeinflussung durch die Art der Nutzung durch die zukünftige Dauerhaftigkeit des zugrunde liegenden Sachverhaltes bestimmt. Dabei wird zwischen einer durch die gestaltende Maßnahme bewirkten Veränderung²⁾ sowie einer Unveränderlichkeit des Sachverhaltes unterschieden. Informationen über einen durch eine Maßnahme des Wirtschaftssubjektes veränderbaren Sachverhalt können solange als Potentialfaktoren auftreten, wie der Tatbestand selbst unverändert bleibt. Als Beispiel möge die Information über Art und Lage eines Rohstoffvorkommens genannt werden. Sie kann, sofern eine Veränderung jeweils nicht erfolgte, wiederholt in Entscheidungsprozessen bezüglich der Aufnahme der Förderung eingesetzt werden. Wird dagegen die Informa-

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 54

2) Einzubeziehen wären ebenfalls autonome Veränderungen des Sachverhaltes wie beispielsweise das Auftreten und Vorübergehen einer Sonnenfinsternis.

tion in der Weise genutzt, daß sie nur zur Lenkung im Hinblick auf eine sachliche Veränderung und/oder Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines Objektes dient, gegebenenfalls nach Übertragung der Information auf einen Dritten durch diesen, so weist sie jeweils für das Wirtschaftssubjekt **den Verbrauchscharakter** eines Repetierfaktors auf¹⁾.

Ist dagegen der in der Information abgebildete Sachverhalt dauerhaft gültig, so weist die Information auch bei Nutzung des sachlichen Tatbestandes durch den Nachfrager selbst und/oder nach Veränderung der rechtlichen Zuordnung durch ihn auf Dritte den Charakter eines möglichen Potentialfaktors auf. Beispiele hierfür mögen die Informationen "Sonntags verkehrt um 18.05 Uhr ein Zug von H nach M", "Firma J in B ist Lieferant von Aluminiumhalberzeugnissen" und "Der Preis eines bestimmten Aluminiumprofils beträgt im Monat August 11 DM pro Einheit" sein. Es ist jedoch zu beachten, daß der tatsächliche Verbrauchscharakter selbst bei mögliche Potentialfaktoren darstellenden Informationen von dem geäußerten Verhalten der Wirtschaftssubjekte abhängig ist. Führt ein Nachfrager aufgrund eines nur einmaligen Veränderungswunsches oder aus sonstigen Gründen eine derartige Information nur einmal einem Zwecke zu, so stellt diese einen Repetierfaktor dar²⁾.

Während die Abhängigkeit des Verbrauchsverhaltens von Informationen bezüglich der Alternativen und der Entscheidungsparameter von der Art des zugrunde liegenden Sachverhaltes

- 1) Zwar ist nach der Veränderung das Wissen über den Zustand der Vergangenheit weiterhin vorhanden, allerdings fehlt ihm die Zweckorientierung. Es stellt insoweit keine Information und somit keinen Faktor mehr dar.
- 2) Zwar könnte dieser Auffassung entgegengehalten werden, die Information bliebe auch im betrachteten Beispiel Potentialfaktor, sie würde nur als solcher nur einmal genutzt. Jedoch erscheint eine solche Sichtweise nicht sinnvoll, weil sie konsequenterweise auf andere ähnliche Fälle zu übertragen wäre. Einweggebinde, Wegwerfgeschirr sowie Transportobjekte wären dann, produktionstheoretisch höchst unbefriedigend, als "Potentialfaktoren" einzuordnen. Vgl. hierzu auch S. 192 f. der vorliegenden Arbeit.

und der Art der Nutzung durch ein Wirtschaftssubjekt aufzuzeigen versucht wurde, ist der Vollständigkeit halber noch die davon grundsätzlich unabhängige Frage des Verbrauchsverhaltens der Entscheidung als Information zu erörtern¹⁾. Wird von einer gleichartig wiederholt auftretenden Entscheidungssituation ausgegangen, so hängt das Verbrauchsverhalten der zu treffenden Entscheidung davon ab, ob diese fallweise oder generell geregelt ist²⁾. Kennzeichen der generellen Regelung ist, daß eine im Zeitablauf wiederholt auftretende gleichartige Entscheidungsnotwendigkeit von vornherein und übereinstimmend entschieden wird, während bei fallweisen Regelungen jeweils eine Einzelentscheidung getroffen wird³⁾. Generelle Regelungen weisen das Verbrauchsverhalten von Potentialfaktoren auf. In der betrachteten Situation besteht für ein Wirtschaftssubjekt somit die Möglichkeit, durch eine organisatorische Metaentscheidung die Entscheidung als Information zu einem Repetier- oder einem Potentialfaktor zu erheben.

Nun ist zu prüfen, ob davon ausgegangen werden muß, daß die Veränderung der rechtlichen Zuordnung jener Informationen, welche bei ihrem Einsatz in Kombinationsprozessen des Nachfragers das Verbrauchsverhalten von Repetierfaktoren aufweisen, in umfassender Form zu geschehen habe. Während dies für jene Informationen, die aufgrund des ihnen zugrunde liegenden "repetierfaktorartigen" Sachverhaltes bei einer sachlichen Nutzung ihre Zweckerfüllungseignung verlieren, zu bejahen ist, gilt für alle vom Nachfrager repetierartig verwendeten, jedoch dauerhaft gültigen Informationen, daß die Zweckerfüllung nur eine Kenntnis und keine umfassende rechtliche Herrschaft über den zugrunde liegenden geistigen

-
- 1) Es kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, daß eine Entscheidung Gegenstand einer Rechtsänderungsleistung ist.
 - 2) Vgl. zur fallweisen und generellen Regelung Gutenberg, E., Die Produktion, a.a.O., S.237 ff., und Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 185 ff.
 - 3) Vgl. Kosiol, E., Aktionszentrum, a.a.O., S. 186.

Tatbestand verlangt. Da im betrachteten Beispiel der geistige Tatbestand durch einen Einsatz des Wissens durch Nachfrager als Repetierfaktor wie auch als Potentialfaktor in keinem Falle¹⁾ oder in weiten Bereichen nicht²⁾ beeinträchtigt wird, kann die Kenntnis von Betrieben mehreren Nachfragern vermittelt werden, ohne daß eine gegenseitige Beeinträchtigung der Zweckerfüllung damit verbunden ist. Aus diesen Ausführungen folgt somit, daß ein repetierartiges Verbrauchsverhalten von Informationen auf Seiten der Nachfrager keineswegs immer eine umfassende Veränderung der rechtlichen Zuordnung erfordert.

Nur dann, wenn der durch die Information abgebildete Sachverhalt einen repetierartigen "Verbrauchscharakter" aufweist und er verändert werden soll oder wenn ein Wirtschaftssubjekt die rechtlich umfassende Herrschaft über einen geistigen Tatbestand anstrebt, ist eine Veränderung der rechtlichen Zuordnung in umfassender Form vorzunehmen. Dies setzt allerdings die umfassende rechtliche Herrschaft des Betriebes voraus. Als Beispiel mag für nur einmalig nutzbare Informationen die Leistung eines seltenen Kunstobjekts vermittelnden Maklers und für mehrfach nutzbare geistige Tatbestände die umfassende Übertragung des Rechtes an Werken der Musik, Literatur, an Patenten und Gebrauchsmustern genannt werden.

Wird dagegen vom nachfragenden Wirtschaftssubjekt eine nicht umfassende rechtliche Verfügung über den geistigen Tatbestand angestrebt, so kann die Rechtsänderungsleistung des Betriebes auch in einer teilweisen Übertragung des Nutzungsrechtes bestehen. Sie kann zum einen die Übertragung unter-

- 1) Als Beispiel möge die Information über eine technische Konstruktion oder ein Verfahren genannt werden.
- 2) Als Beispiele mögen Informationen über eine Gratisvorführung eines Filmtheaters oder über von einer Brauerei ausgeschenktes Freibier genannt werden, bei der eine Nutzungsbeeinträchtigung dann auftritt, wenn von einer so großen Anzahl von Wirtschaftssubjekten die Information zur Gestaltung ihres Verhaltens verwendet wird, daß die Kapazität des Theaters beziehungsweise die verfügbare Menge Bier ausgeschöpft sind.

schiedlicher Nutzungsaspekte (Buch- und Filmrechte an einem Roman) oder des gleichen Nutzungsaspektes (Vervielfältigung eines Buches) auf mehrere Nachfrager und zum anderen die zeitlich abgegrenzte Vergabe von Lizenzen an Wirtschaftssubjekte zum Gegenstand haben.

(4) An Geld erstellte Rechtsänderungsleistungen

Zur Kennzeichnung der auftretenden Arten der am Nominalgut Geld erstellten Rechtsänderungsleistungen ist zunächst auf den Charakter des Geldes einzugehen. Hierbei wird nur auf Geld in Form des Bargeldes abgestellt¹⁾. Bargeld ist der Funktion nach immateriell, es bedarf jedoch in jedem Falle einer materiellen Trägersubstanz²⁾. Aus der Möglichkeit des Einsatzes von Bargeld als Mittel der Gegenleistung zur Erlangung der Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte im Wege des Leistungstausches, also der Inanspruchnahme von Verrichtungen oder konkreter Faktorvorrätigkeiten, ergibt sich der Wert des Bargeldes.

Neben einem Einsatz als Mittel des Leistungstausches kann Geld zum Zwecke der umfassenden oder beschränkten Wertübertragung auf andere Wirtschaftssubjekte extern verwendet werden³⁾. Wird Geld nicht extern verwendet, so kann es die Funktion eines Wertaufbewahrungsmittels annehmen⁴⁾. Im Gegensatz zu den mit den übrigen Faktorgattungen verbundenen konkreten Potentialen kann mit Geld ein abstraktes Potential verbunden gedacht werden.

1) Buchgeld (Bank- und Postscheckguthaben) wird als Anspruch auf Bargeld angesehen, vgl. Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 87. Sofern es jederzeit in Bargeld transformiert werden kann, gelten die folgenden Aussagen indirekt ebenfalls für derartiges Buchgeld.

2) Vgl. Chmielewicz, K., Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, a.a.O., S. 87.

3) Vgl. Ehrlicher, W., a.a.O., S. 233.

4) Vgl. ebenda, S. 233.

Es ist zu unterscheiden zwischen einer Übertragung des Nutzungsrechtes an dem materiellen Trägermedium und einer Übertragung des Nutzungsrechtes an dem mit Geld verbundenen abstrakten Potential. Die Übertragung des materiellen Trägermediums auf andere Wirtschaftssubjekte tritt in jedem Falle der Rechtsänderungsleistung in umfassender Weise auf. Demgegenüber kann die Übertragung des dem Geld innewohnenden abstrakten Potentials sowohl in umfassender wie auch in zeitlich begrenzter Weise erfolgen¹⁾.

Eine umfassende Übertragung des dem Geld innewohnenden abstrakten Potentials kann, sofern sie ohne Gegenleistung erfolgt, nicht als Normalfall der auf Dauer ausgerichteten betrieblichen Leistungserstellung angesehen werden. Sie bedeutete, die umfassende Übertragung des mit Geld verbundenen Potentials als Betriebszweck betreiben zu wollen. Dies kann als Zweck der Betätigung von caritativen Einrichtungen, nicht jedoch von grundsätzlich auf Einkommenserwerb ausgerichteten Betrieben geschehen.

Dennoch spielt auch die umfassende Übertragung des dem Geld innewohnenden abstrakten Potentials im Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle. Zum einen tritt sie in der Form der geldlichen Gegenleistung für von einem Wirtschaftssubjekt in Anspruch genommene Leistungen sowie im Zusammenhang mit der Erstellung von Versicherungs- und Glücksspielleistungen auf. Zum anderen stellt sie den Gegenstand der Steuerzahlung dar.

Wird von einer zeitlich beschränkten Übertragung des dem Geld innewohnenden abstrakten Potentials auf Nachfrager ausgegangen, so kann Geld von diesen als Mittel der Gegenleistung, Wertübertragung oder Wertaufbewahrung benutzt werden. Eine Verwendung als Wertaufbewahrungsmittel kann grundsätzlich jedoch nur dann als sinnvoll angesehen werden, wenn es gegebenenfalls und zu gegebener Zeit extern genutzt wird. Die zeitlich beschränkte Rechtsänderungsleistung

1) Eine sachliche Beschränkung der Nutzungsmöglichkeit, beispielsweise in Form der Verwendungsbindung, ist möglich, jedoch selten und soll hier nicht beachtet werden.

an Geld erfordert somit ebenfalls eine umfassende Übertragung des materiellen Trägermediums. Nun folgt aus der zeitlich nicht umfassenden Übertragung des abstrakten Nutzungspotentials die Notwendigkeit der Rückgewährung des dem Geld innewohnenden Potentials. Dies bedeutet dann, daß einerseits nicht die Zahlungsmittel beschränkt übertragen werden, sondern unbeschränkt, und andererseits, daß das Potential in grundsätzlich unbeschränkter Nutzungsmöglichkeit, aber beschränkter Nutzungszeit übertragen wird. Diese Rechtsänderungsleistung an Geld könnte somit als zeitlich begrenzte "Verpachtung" des dem Geld innewohnenden abstrakten Potentials gekennzeichnet werden. Die zeitlich begrenzte Rechtsänderungsleistung an Geld wird neben anderen Leistungen von Betrieben des Bankgewerbes und von nahezu allen anderen Betrieben erbracht.

(5) An Ansprüchen erstellte Rechtsänderungsleistungen

Aufgrund entsprechender eingegangener Verpflichtungen der Bezogenen entstandene und zum Betrachtungszeitpunkt bestehende Ansprüche auf Erstellung von Leistungen aller Art¹⁾ können Objekt einer Rechtsänderungsleistung sein, sofern und soweit sie einer Übertragung auf andere Wirtschaftssubjekte zugänglich sind. Für den Fall, daß diese von der Zustimmung oder Genehmigung des Leistungsschuldners abhängig ist, gilt dies, sofern die Zustimmung vorliegt oder die Genehmigung erteilt wird.

Ansprüche können zeitlich konkretisiert sein oder in ihrer Geltendmachung der uneingeschränkten oder innerhalb eines

1) Dies gilt in gleicher Weise für staatliche Konzessionen.

Zeitraumes freien Wahl des Berechtigten¹⁾ unterliegen. Der Umfang der erforderlichen Nutzungsrechtsübertragung muß dabei aus den Nutzungsmöglichkeiten der Ansprüche abzuleiten versucht werden. Zeitlich konkretisierte Ansprüche können nur in der Weise genutzt werden, daß sie zum Fälligkeitszeitpunkt in eine entsprechende Leistung umgewandelt oder zwischenzeitlich weiterveräußert werden. Zeitlich nicht konkretisierte Ansprüche können außerdem zur Sicherung der Deckung eines Eventualbedarfes verwendet werden. In jedem Falle ergibt sich jedoch letztlich ein subjektiver Untergang des Anspruches. Hieraus folgt, daß die Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Ansprüchen grundsätzlich nur in einer umfassenden Weise sinnvoll ist²⁾.

Entsprechende Veränderungen der rechtlichen Zuordnung von Ansprüchen auf Leistungen aller Art werden beispielsweise von Bankbetrieben in Form des Handels mit Schecks, Wechsel, sonstigen Forderungen, Devisen, Obligationen und Aktien sowie von Zeitungshändlern in Form des Handels mit Eintrittskarten von Theater- und Sportveranstaltungen, Fahrscheinen und Briefmarken als Nebenerwerb erstellt.

- 1) Im Grunde genommen liegt dann, wenn dem Nachfrager ein Optionsrecht auf den Zeitpunkt der Inanspruchnahme eingeräumt wird, eine zusätzliche Leistung des Bezogenen und somit ein Leistungsbündel vor, vgl. hierzu S. 254 f. der vorliegenden Arbeit.
- 2) Dies schließt nicht aus, daß in der Praxis Ansprüche verkörpernde Objekte wie beispielsweise Briefmarken und Aktien zum Zwecke der Darlehensgewährung zeitlich befristet übertragen werden und daß es bei der Sicherungsübereignung faktisch zu einer zeitlich begrenzten Übertragung des Eigentums an Ansprüche verkörpernde Objekte wie Obligationen, Aktien, Schecks, Wechsel und Schuldscheinen kommt.

III. Das abstrakte Leistungsversprechen auf Realleistungen als eigenständige Endleistungskategorie

a) Ableitung eines geschlossenen Systems nicht objektbezogener elementarer Endleistungen

1. Risiken und Chancen

Haben vom Betrieb erstellte Endleistungen nicht die Zwecke des Nachfragers erfüllende Veränderung von Leistungsobjekten zum Gegenstand, so können sie nur in einer Gewährung von Leistungsversprechen oder, mit anderen Worten, Begründung von Ansprüchen des Nachfragers auf zukünftige Erstellung von Realleistungen bestehen. Leistungen anderer Art sind nicht denkbar; durch die Realleistungen werden **alle schon bestehenden** zweckerfüllenden Veränderungen der realen Welt, durch die Leistungsversprechen auf Realleistungen **alle zukünftigen** erfaßt. Die Funktion derlei Arten betrieblicher Endleistungen ist, wie im einzelnen zu zeigen sein wird, die Abnahme bestimmter der Wirtschaftsführung des Nachfragers bedrohender Risiken und die Übertragung von Chancen auf diesen¹⁾. Folglich ist zunächst auf das Wesen von Chancen und Risiken einzugehen.

Grundsätzlich steht einem Wirtschaftssubjekt zu jedem Zeitpunkt ein mehr oder weniger umfangreicher Faktorbestand zur Verfügung, welcher im Zeitablauf zur Erfüllung interner abgeleiteter oder letzter Zwecke oder zur Erstellung von Endleistungen eingesetzt werden kann. Zur Vergrößerung des Faktorbestandes wie auch zur direkten Erfüllung von Zwecken können im Zeitablauf auch Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte in Anspruch genommen werden.

1) Zwar geht auch mit der Erstellung von Realleistungen grundsätzlich eine Transformation von Chancen und Risiken einher, jedoch dienen die hier darzustellenden Endleistungsarten ausschließlich der Übertragung von Chancen und Risiken, ohne zum Zeitpunkt ihrer Erstellung eine Verbindung zu irgendwelchen Realleistungen aufzuweisen.

Das Streben eines jeden Wirtschaftssubjektes besteht darin, die interne Verwendung vorhandener Faktorpotentiale sowie die Gestaltung seiner Beziehungen zu Leistungen erstellenden und Endleistungen in Anspruch nehmenden Wirtschaftseinheiten so zu gestalten, daß ein Höchstmaß an Zielerfüllung damit verbunden ist¹⁾. Hierzu ist es notwendig, die entsprechenden Aktivitäten erst durch geistige Antizipation des zukünftigen Geschehens festzulegen (Entscheidung) sowie sie durch Realisationsprozesse entsprechend auszugestalten (Ausführung)²⁾.

Jedes Wirtschaftssubjekt legt seinen Entscheidungen über Alternativen, zu denen ausdrücklich auch das bewußte Wählen der Unterlassensalternative im Sinne des Nichtveränderns des sonst bestehenden Zustandes zu zählen ist³⁾, Vorstellungen über die in der Zukunft angestrebten Ziele, bestehenden Alternativen und über die Konsequenzen der zu wählenden Alternativen im Hinblick auf die Zielerreichung zugrunde. Mit Sicherheit zielgerechte Entscheidungen wären nur dann möglich, wenn es dem Wirtschaftssubjekt gelänge, sich im vorhinein über die bei der Realisierung eintretenden zukünftigen Ausprägungen der Elemente der Entscheidungssituation Gewißheit zu verschaffen⁴⁾. Die Unterstellung einer vollkommenen Vorausssehbarkeit allen zukünftigen Geschehens bei der Entscheidungsfindung ist jedoch in sich logisch widersprüchlich. Die Unterstellung der vollkommenen Voraussicht allen zukünftigen Geschehens impliziert nämlich streng genommen eine ex ante bestehende Determiniertheit allen entscheidungsrelevanten zukünftigen Geschehens;

1) Vgl. Diederich, H., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre II, 3. Aufl., Stuttgart - Düsseldorf 1974, im folgenden zitiert als "Band II", S. 102.

2) Vgl. S.32ff. der vorliegenden Arbeit sowie die dort aufgeführte Literatur.

3) Vgl. hierzu auch Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 43.

4) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 55.

wenn aber alles Geschehen vorausbestimmt ist, ist für die Entscheidung 'im Sinne einer Auswahl unter möglichen Verhaltensweisen kein Platz mehr'¹⁾.

In der Wirklichkeit ist das zukünftige Wollen und Geschehen nicht vollkommen vorausbestimmt. Es unterliegen sowohl die angestrebten Ziele wie auch die möglichen Verhaltensweisen (Alternativen) und vor allem die Konsequenzen der Alternativen im Hinblick auf die Zielsetzung im Zeitablauf bezüglich ihres Auftretens und gegebenenfalls ihrer Merkmalsausprägungen Einflüssen, die vom Entscheidungsträger nicht oder nicht in der Wirklichkeit mit Sicherheit entsprechenderweise vorhergesehen werden können²⁾. Aus der Unmöglichkeit, die Ausprägungen aller eine zielgerechte Entscheidung beeinflussenden Elemente einer Entscheidungssituation vorherzusehen, resultiert die Unsicherheit des Entscheidungsträgers³⁾.

Die Unsicherheit des Entscheidungsträgers besteht isoliert betrachtet darin, daß die bei der Entscheidung für den Realisationszeitpunkt zugrunde gelegte Zielvorstellung nicht mit der zu diesem Zeitpunkt tatsächlich offenbarten Zielsetzung übereinstimmt, daß die gewählte Alternative nicht der im Hinblick auf die angestrebte Zielsetzung sich im nachhinein als optimal erweisenden entspricht und daß die bei der Entscheidung erwarteten Konsequenzen der Alternativen von den bei der Realisation tatsächlich eintretenden

- 1) Vgl. Morgenstern, O., Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 4, 1935, S.343ff., Albert, H., Ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen 1954, S. 59 ff., Philipp, F., a.a.O., S. 62 f., und Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 55.
- 2) Vgl. Schneider, D., Investition und Finanzierung, 3. Aufl., Köln und Opladen 1974, S. 70.
- 3) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 56.

abweichen. Es wird ausdrücklich die nicht vorhersehbare im Zeitablauf bestehende Veränderbarkeit der Zielsetzung des Entscheidungsträgers als Quelle seiner Unsicherheit anerkannt. Allerdings scheint es für die weitere Betrachtung notwendig, von einer gegebenenfalls im Zeitablauf wechselnden bekannten Zielsetzung auszugehen. Ohne eine solche Kenntnis der Zielsetzung sind Aussagen über Chancen und Risiken nicht möglich.

Die im folgenden betrachtete Unsicherheit des Entscheidungsträgers kann sowohl den zukünftigen Fortbestand des einem Wirtschaftssubjekt zu einem Zeitpunkt sowie durch bewirkte Veränderungen im Zeitablauf verfügbaren Faktorbestandes wie auch Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Vorleistungen anderer Wirtschaftssubjekte oder der Erstellung von Endleistungen für den Bedarf Dritter und die dabei realisierten Ausprägungen der die Leistungsbeziehungen kennzeichnenden Merkmale betreffen.

Die Unsicherheit des Fortbestehens des Faktorbestandes ist dadurch begründet, daß dieser aufgrund von durch eigenes Handeln unbeabsichtigt hervorgerufenen, durch nicht kontrollierbares Einwirken Dritter oder der Natur herbeigeführten Beeinträchtigungen, Zerstörungen oder Entzügen unterliegen kann, welche nicht oder nicht sicher vorhersehbar sind. Ähnliches gilt für durch unbeabsichtigtes eigenes Handeln eines Wirtschaftssubjektes hervorgerufene Beeinträchtigungen von Vermögensbestandteilen anderer Wirtschaftssubjekte, für die es aufgrund der Veranlassungshaftung Schadensersatz zu entrichten hat, wodurch es zu einem unmittelbaren Entzug von Teilen oder einer Belastung des eigenen Faktorbestandes kommt.

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Inanspruchnahme von Vorleistungen anderer Wirtschaftssubjekte bestehende Unsicherheiten können darin begründet sein, daß nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden kann, ob von anderen Wirtschaftssubjekten Leistungen bestimmter Art und in gewünschter Menge zum gewünschten Zeitpunkt am gewünschten

Ort in Anspruch genommen werden können und welche Gegenleistung dafür zu entrichten sind. Entsprechendes gilt für die vom Wirtschaftssubjekt gegebenenfalls beabsichtigte Erstellung von Leistungen für den Bedarf Dritter.

Allerdings wird in den seltensten Fällen eine völlige Ungewißheit gegeben sein. Häufig wird der Entscheidungsträger den Bereich möglicher Ausprägungen der aufgeführten Merkmale kennen und gegebenenfalls sogar objektiv oder subjektiv bestimmte, ordinal oder kardinal gemessene Wahrscheinlichkeitsvorstellungen bezüglich des Auftretens von Merkmalsausprägungen bestimmter Art hegen.

Die Unsicherheit des Entscheidungsträgers über die zum Zeitpunkt der Realisation in der Zukunft tatsächlich bestehenden Alternativen und ihre bei einer Realisation tatsächlich eintretenden Auswirkungen auf die Zielerreichung sowie mögliche Fehler bei der Durchführung des Entscheidungsprozesses begründen die mit der Entscheidung für den Entscheidungsträger verbundene Gefahr, eine Entscheidung zu treffen, die sich im nachhinein als nicht die unter Berücksichtigung der günstigsten Ausgestaltungsmöglichkeit der von ihm zu beeinflussenden Tatbestände optimale Entscheidung erweist¹⁾. Diese Möglichkeit des Treffens im nachhinein nicht optimaler Entscheidungen stellt eine dem Leben des Menschen immanente Gefahr dar²⁾. Wenn auch Maßnahmen zu ihrer Verringerung ergriffen werden können, so läßt sie sich doch in keinem Falle gänzlich vermeiden.

In der Literatur wird verschiedentlich das Risiko als Gefahr einer Fehlentscheidung definiert³⁾. Zur Überprüfung

- 1) Vgl. Philipp, der Ungewißheit und menschliches Versagen als Quellen des Risikos aufführt, Philipp, F., Risiko und Risikopolitik, Stuttgart 1967, S. 9 ff.
- 2) Vgl. zur Gefahr als Gegebenheit des Lebens, Mahr, W., Einführung in die Versicherungswirtschaft, 3. Aufl., Berlin 1970, S. 13 ff.
- 3) Vgl. Wittmann, W., a.a.O., insbesondere S. 189, Fußnote 358, und Philipp, F., Risiko und Risikopolitik, a.a.O., S. 13.

der Zweckmäßigkeit dieses Vorgehens ist zunächst zu klären, was als Fehlentscheidung anzusehen ist. Wird als Entscheidung die Auswahl einer unter mehreren Alternativen im Hinblick auf die angestrebte Zielsetzung gekennzeichnet¹⁾, so könnte eine "Fehlentscheidung" vorläufig als Auswahl einer im Sinne der Zielsetzung nicht optimalen Alternative aufgefaßt werden. Beruht diese auf einer fehlerhaften Informationsverarbeitung oder einer Nichtinanspruchnahme verfügbarer Informationen, so liegt auch zweifellos eine Fehlentscheidung vor.

Bedenklich erscheint dagegen die Ausdehnung des Begriffes Fehlentscheidung auf alle übrigen Entscheidungen, die sich wegen der Indeterminiertheit zukünftigen Geschehens erst im nachhinein als nicht optimal erweisen. Zwar wird es in vielen Fällen, in denen die vom Entscheidungsträger nicht gewählte Alternative von anderen Wirtschaftssubjekten realisiert wurde und in denen der eigene, bei der Realisation eintretende Einfluß auf die Ausprägungen Null oder sehr gering gewesen wäre, möglich sein, im nachhinein die tatsächlichen Zielerreichungsausmaße der nicht gewählten Alternativen festzustellen, in anderen Fällen wird diese Möglichkeit nur in Form von Hypothesen bestehen. Abgesehen von dem nicht in jedem Fall als sinnvoll zu bezeichnenden Faktoreinsatz zur Ermittlung derlei hypothetischer Ergebnisse nicht gewählter Alternativen sind diese grundsätzlich ähnlich unsicher wie zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung. Eine exakte Möglichkeit, Fehlentscheidungen festzustellen, bestünde somit nicht in jedem Fall. Es ließe sich bei einer entsprechenden Definition des Risikos vielfach selbst im nachhinein nicht ermitteln, welche Risiken in der Vergangenheit getragen wurden.

1) Vgl. beispielsweise Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 43.

Selbst wenn generell die Möglichkeit des nachträglichen Ermittels der Ergebnisse nicht gewählter Alternativen bestünde, wäre es fraglich, ob mit Recht bei der Auswahl einer sich im nachhinein als nicht optimal erweisenden Alternative von einer Fehlentscheidung zu sprechen wäre. Fehlerhaftes Vorgehen kennzeichnet ein falsches im Vergleich zu einem möglichen richtigen Verhalten. Aus der Sicht des Entscheidungsträgers gibt es bei Entscheidungen über Einzelmaßnahmen und Indeterminiertheit der Entscheidungsparameter jedoch kein objektiv richtiges Vorgehen. Wählt ein Wirtschaftssubjekt in einer Entscheidungssituation die seinem Präferenzsystem entsprechende Alternative aus, so ist dies, sofern nicht wirtschaftlich nutzbare Informationsquellen ungenutzt bleiben und/oder Fehler der Informationsverarbeitung begangen werden, aus der Entscheidungssituation heraus als die richtige Entscheidung anzusehen. Eine nachträglich feststellbare, im Vergleich zu anderen möglichen Verhaltensweisen geringere Zielerreichung der ausgewählten Alternative ist kein akzeptabler Standpunkt für die Beurteilung der Fehlerhaftigkeit von auf die Zukunft gerichteten Entscheidungen¹⁾. Sie ist, wenn überhaupt, in jedem Falle erst im nachhinein feststellbar. Über Vergangenes kann jedoch handlungswirksam nicht entschieden werden²⁾; der Standpunkt der Entscheidung ist in jedem Falle der vor der Realisation der zugehörigen Maßnahme. Fehler der Entscheidung können dann auch nur jene sein, die vor der Realisation objektiv feststellbar sind. Als Fehlentscheidung werden somit nur jene aus der Nichtinanspruchnahme wirtschaftlich verwertbarer Informationen³⁾ und der fehlerhaften Informationsverarbeitung resultierenden nicht optimalen Entscheidungen bezeichnet; zusammen mit aus der Indeterminiertheit zukünftigen Geschehens folgenden nicht optimalen Entscheidungen begründen sie die Gesamtheit der sich im nachhinein nicht als optimal erweisenden Entscheidungen.

1) Schließlich müßte ansonsten beispielsweise die Gesamtheit der Bundesbürger allwöchentlich samstags abends ihre Fehlentscheidungen registrieren, nämlich nicht die richtigen Zahlen im deutschen Zahlenlotto angekreuzt zu haben.

2) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 54.

3) Vgl. hierzu Fußnote 1 auf S. 230 der vorliegenden Arbeit.

Fraglich ist, ob es für die Zwecke der vorliegenden Arbeit sinnvoll ist, Risiko als Gefahr der sich im nachhinein als nicht optimal erweisenden Entscheidung zu definieren. Risiken bestünden dann in der Möglichkeit, daß eine gewählte Alternative bei ihrer Realisation ein geringeres Zielerreichungsausmaß als eine nicht gewählte Alternative aufweist¹⁾. Abgesehen von Schwierigkeiten der nachträglichen Ermittlung der Ergebnisse nicht gewählter Alternativen würde bei diesem Vorgehen immer auf die im nachhinein bei optimaler Ausgestaltung der vom Entscheidenden zu beeinflussenden Tatbestände sich als optimal erweisenden Alternative als Vergleichsgröße abgestellt, so daß es keinerlei mit der Entscheidung verbundene Chancen gäbe, wenn von der Möglichkeit, die zufällige Auswahl der optimalen Alternative als Chance zu definieren, abgesehen wird. Zwar ist eine entsprechende Definition des Risikos möglich, die Negierung des Vorliegens von Chancen läßt eine entsprechende Definition für die Zwecke der vorliegenden Arbeit jedoch nicht sinnvoll erscheinen. Darüber hinaus muß der Untersuchung ein Risikobegriff zugrunde gelegt werden, der das Risiko in einer solchen Weise erfaßt, wie es als Leistung von Betrieben anderen Wirtschaftssubjekten abgenommen werden kann. Dies ist bei dem diskutierten Risikobegriff jedoch nicht gegeben. So ist eine Versicherung gegen jedwede Gefahr einer sich im nachhinein als nicht optimal erweisenden Entscheidung nicht möglich und auch gedanklich nicht zu begreifen, müßte sie doch die Entscheidung, die Versicherungsleistung in Anspruch zu nehmen, selbst mit umfassen.

Wenn somit der Möglichkeit, Risiko als Gefahr einer sich im nachhinein als nicht optimal erweisenden Entscheidung zu definieren, hier nicht gefolgt wird, dann bedingt dies gleichzeitig, daß die aus der Auswahl einer sich im nachhinein als nicht optimal erweisenden Alternative drohende Gefahr relativer Zielerreichungseinbußen vom Begriff Risiko nicht abgedeckt werden kann. Das Risiko wie auch der komplementäre Begriff der Chance beziehen sich dann streng

1) Dies ist beispielsweise der Risikobegriff von F. Philipp (Risiko und Risikopolitik, a.a.O., S. 13) und ein Unterfall des Risikobegriffes von H. Diederich (Band I. a.a.O., S. 58).

auf eine Alternative (Maßnahme) einer Entscheidungssituation.

Der Gesamterfolg der einer Entscheidung zugrunde liegenden Maßnahme wird durch eine mehr oder minder große Zahl das Zielerreichungsausmaß positiv oder negativ beeinflussender Konsequenzen der Maßnahme bestimmt. Jedes Handeln, dies gilt für interne Verwendungen von Faktoren ebenso wie für Austauschbeziehungen eines Wirtschaftssubjektes mit seiner Umwelt, birgt von vornherein nicht nur die Möglichkeit des Gewinnes, sondern auch des Verlustes¹⁾. Wird von - der Ungewißheit unterliegenden - isolierten Konsequenzen einer Maßnahme ausgegangen, so könnte zunächst ganz allgemein die mögliche Zielerreichungsförderung als Chance und die mögliche Zielerreichungsbeeinträchtigung als Risiko bezeichnet werden²⁾. Hierbei besteht Übereinstimmung mit der oben vorgenommenen Scheidung der durch Faktorkombination bewirkten Veränderungen in Zwecke erfüllende Leistungen und Zwecken zuwiderlaufende Kosten³⁾. Allerdings ist zu beachten, daß im Gegensatz zu den Leistungen und Kosten, bei denen ein Standpunkt nach der Realisation eingenommen wurde, bei der Erfassung von Chancen und Risiken immer ein Betrachtungsstandpunkt vor dem möglichen Eintritt der Veränderungen bezogen wird. Chancen und Risiken bestehen nicht in dem Ereignis an sich, sondern in der Möglichkeit eines entsprechenden Ereignisses⁴⁾. Hieraus folgt, daß es realisierte Chancen und Risiken nach der hier vertretenen Auffassung nicht geben kann; realisiert werden im Zeitablauf nur bestimmte Ausprägungen der Maßnahmenkonsequenzen, welche

1) Vgl. Heyde, J. E., a.a.O., S. 125 f.

2) Dieses hier bei der Erfassung von Chancen und Risiken vorgenommene Abstellen auf - aus der Vielzahl der mit jeder Maßnahme üblicherweise verbundenen Konsequenzen isolierte - Teilwirkungen ist für interne Maßnahmen als fruchtbar anzusehen und erscheint für die hier zu behandelnden, Chancen und Risiken übertragenden Leistungsarten als unumgänglich. Gegenstand dieser ist nicht eine Maßnahme in ihrer Gesamtheit der zweckerfüllenden und Zwecken zuwiderlaufenden Wirkungen, sondern regelmäßig nur ein abgegrenzter Aspekt der Förderung oder Beeinträchtigung des Zielerreichungsausmaßes.

3) Vgl. S. 61 ff. der vorliegenden Arbeit.

4) Vgl. hierzu auch Oberparleiter, K., a.a.O., S. 99.

Zwecke erfüllen (Leistungen) oder ihnen zuwiderlaufen (Kosten).

Es ist allerdings fraglich, ob jede mögliche zielfördernde Wirkung als Chance und zielbeeinträchtigende Wirkung als Risiko bezeichnet werden sollte. Es kann nämlich der Standpunkt eingenommen werden, daß es nur bezüglich jenes Anteils der Beeinflussung des Zielerreichungsausmaßes sinnvoll ist, von Chancen oder Risiken zu sprechen, der ein theoretisch minimal mögliches Ausmaß, gegebenenfalls Null, übersteigt. Wird beispielsweise bei einem Spiel mit einem Würfel gegen Einsatz von DM 3,50 die Möglichkeit geboten, eine Ausschüttung eines Geldbetrages in Höhe der gewürfelten Punkte als Spielgewinn zu erlangen, so besteht offenbar eine Chance nur auf einen Gewinn $>$ DM 1, der Gewinn von DM 1 ist sicher. Ein Risiko besteht dagegen nicht; der Einsatz von DM 3,50 als "Kosten" des Spieles ist gewiß¹⁾. Entsprechendes gilt beispielsweise beim Vorliegen staatlich garantierter Höchstpreise für eine möglicherweise in Anspruch zu nehmende Leistung sowie Mindestpreise für eine möglicherweise zu erstellende Endleistung, sofern von der Möglichkeit einer Veränderung dieser Preise abgesehen wird.

Wird den isoliert betrachteten Konsequenzen von Maßnahmen die im Sinne der positiven oder negativen Beeinflussung der Zweckerfüllung theoretisch minimal mögliche Ausprägung zugrunde gelegt, so bestehen Chancen darin, daß bei den die Zielerreichung positiv beeinflussenden Maßnahmewirkungen diese minimalen Ausprägungen übertroffen werden, und Risiken liegen darin begründet, daß bei den die Zielerreichung negativ beeinflussenden Maßnahmenkonsequenzen die Möglich-

1) Hieraus folgt unmittelbar, daß der Gesamterfolg einer Maßnahme nicht ausschließlich anhand der Chancen und Risiken, sondern nur unter Einbeziehung der als "sicher" anzusehenden Auswirkungen auf die Zielerreichung beurteilt werden kann.

keit des Übertreffens dieser minimalen Ausprägungen gegeben ist. Bezüglich des die Zielerreichung unumgänglich fördernden oder beeinträchtigenden Anteils bestehen weder Chancen noch Risiken, sondern Gewißheit¹⁾. Entsprechend definierte Chancen und Risiken werden für den Faktorbestand sowie für die Austauschbeziehungen eines Wirtschaftssubjektes mit Elementen seiner Umwelt grundsätzlich objektiv oder objektiviert feststellbar sein²⁾. Sie können gegebenenfalls zu messen versucht werden. Die Darstellung von Möglichkeiten der Messung der Höhe bestehender Chancen und Risiken wird jedoch nicht zum Gegenstand der vorliegenden Arbeit gezählt³⁾.

Im folgenden werden einige weitere mögliche und zum Teil in der Literatur gebräuchliche Verwendungen der Begriffe Chance und Risiko dargestellt und kritisiert. Wird zunächst die Betrachtung isolierter Maßnahmenwirkungen beibehalten, so können der Definition der Chance und des Risikos andere Ausprägungen als Null oder die theoretisch minimale, nämlich auch die im Sinne der Zielerreichung theoretisch maximal mögliche Ausprägung sowie objektiv oder subjektiv bestimmte Erwartungswerte zugrunde gelegt werden. Wird die theoretisch maximal mögliche Ausprägung als Basis gewählt, so bestehen bei zweckerfüllenden Maßnahmewirkungen nur Risiken und bei Zwecken zuwider laufenden Konsequenzen von Maßnahmen nur Chancen. Diese Sichtweise zeichnet sich durch Umkehrung der aufgeführten aus, sie wird nicht für zweckmäßig gehalten.

-
- 1) Diese theoretisch unumgänglichen zielfördernden und zielbeeinträchtigenden Wirkungen einer Maßnahme können weder sinnvoll Gegenstand eines Lotterievertrages sein, noch kann sich ein Wirtschaftssubjekt gegen sie versichern. Ein Lotteriespiel, bei dem gegen Einsatz von DM 10 mit Sicherheit ein "Gewinn" von DM 5, gegebenenfalls aber höhere Gewinne ausgezahlt werden, ist bezüglich des Mindestgewinnes ebenso sinnlos wie eine Versicherung undenkbar ist, die die "Versicherung" des zeitabhängigen Gebrauchsverschleißes eines Hauses zum Gegenstand hat.
 - 2) Dies schließt jedoch nicht aus, daß sie von Wirtschaftssubjekten subjektiv völlig anders eingeschätzt werden. Diese subjektive Einschätzung ist insofern bedeutsam, als sie die Handlungen des Wirtschaftssubjektes bestimmen; subjektiv nicht empfundene Chancen fragt es nicht nach, nicht gesehene Risiken ist es nicht bestrebt zu vermeiden.
 - 3) Es erscheint jedoch möglich, das Konzept des Bernoulli-Nutzens auf die Messung so definierter Chancen und Risiken anzuwenden. Vgl. zum Bernoulli-Nutzen beispielsweise Schneeweiß, H., Entscheidungskriterien bei Risiko, Berlin - Heidelberg - New York 1967, S. 61 ff.

Die durch eine das Zielerreichungsausmaß positiv beeinflussende Maßnahmenkonsequenz hervorgerufenen Chancen einer Alternative bestehen bei der Wahl des objektiv oder subjektiv bestimmten Erwartungswertes als Vergleichsgröße in der Möglichkeit des Übertreffens, die Risiken in der Gefahr des Unterschreitens des Erwartungswertes. Die durch eine das Zielerreichungsausmaß negativ beeinflussende Maßnahmenwirkung hervorgerufenen Chancen bestehen in der Möglichkeit des Unterschreitens, die Risiken in der Gefahr des Überschreitens des Erwartungswertes bei der Realisation der Maßnahme. Somit resultierten aus jeder isolierten Maßnahmenwirkung gleichzeitig Chancen und Risiken. Dieser Sichtweise wird hier nicht gefolgt, da entsprechend definierte Chancen und Risiken nicht generell Gegenstand von sie transformierenden betrieblichen Leistungen sein können.

Allerdings muß die Erfassung von Chancen und Risiken nicht in jedem Falle einzelne Maßnahmenkonsequenzen einer Alternative betreffen, sondern sie kann auch Gruppen von Maßnahmenkonsequenzen oder den Gesamterfolg einer Maßnahme zum Gegenstand haben. Wird vereinfachend davon ausgegangen, daß sowohl das durch eine Maßnahme bewirkte Ausmaß der Zielerreichungsförderung wie auch der -beeinträchtigung ungewiß ist, so sind mit einer Maßnahme Einzelchancen und -risiken verbunden. Wird weiter davon ausgegangen, daß beide in einer einheitlichen Maßgröße der Zielsetzung gemessen und somit zusammengefaßt werden können, so läßt sich die Maßnahme anstelle durch mögliche Teilerfolge durch mögliche Gesamterfolge kennzeichnen. Auch für mögliche, aber nicht sichere Gesamterfolge einer Maßnahme lassen sich die Ausdrücke Chance und Risiko verwenden. Ihren Definitionen können ein objektiv oder subjektiv bestimmter Erwartungswert, ein Zielerreichungsausmaß von Null oder das theoretisch maximal oder minimal mögliche Zielerreichungsausmaß zugrunde gelegt werden. In den beiden zuletzt aufgeführten Fällen treten entweder nur Chancen (theoretisch minimaler Erfolg) oder Risiken (theoretisch maximaler Erfolg) auf.

Von der Betrachtung isolierter Maßnahmenwirkungen und Gesamtergebnisse einzelner durchzuführender Maßnahmen ist die Betrachtung einer großen Zahl voneinander unabhängiger, gleichzeitig oder zeitlich nacheinander durchgeführter, gleichartiger und unter gleichen Bedingungen zu realisierender Einzelmaßnahmen (Alternativen) zu unterscheiden. Wird die Zahl der beobachteten Ereignisse unendlich groß, so strebt die relative Häufigkeit einer bestimmten Ereignisart einem Grenzwert zu¹⁾. Dieser Grenzwert ist der mathematische Erwartungswert (Wahrscheinlichkeit)²⁾. Praktisch genügt bereits eine endliche Zahl von Beobachtungen, um die relative Häufigkeit als Näherungswert für den mathematischen Erwartungswert eines Ereignisses berechnen zu können³⁾.

Aufgrund der Gleichartigkeit, Unabhängigkeit und der großen Zahl der Wiederholungen gelingt es selbst bei Ungewißheit über die Ausprägungen einzelner Maßnahmenwirkungen und des Gesamterfolges von einzelnen Maßnahmen, insgesamt den Erwartungswert zu realisieren; die Ereignisse oder Vorgänge hören in ihrer Gesamtheit auf, ungewiß zu sein⁴⁾. Dieser Effekt wird aufgrund eines Ausgleichs der Einzelrisiken und -chancen herbeigeführt^{5) 6)}. W. Wittmann spricht von einer "Konsolidierung von im einzelnen nicht berechenbaren Ungewißheiten"⁷⁾.

1) Vgl. Gutenberg, E., Der Absatz, a.a.O., S. 17.

2) Vgl. ebenda, S. 17.

3) Vgl. ebenda, S. 17.

4) Vgl. ebenda, S. 17.

5) Vgl. Wittmann, W., a.a.O., S. 52, sowie die Literatur zur Versicherungsbetriebslehre.

6) Diese Ausgleichsfunktion ist nach der hier vertretenen Auffassung streng zu trennen von der Versicherung. Diese wird hier in der Risikoübernahme durch andere Wirtschaftssubjekte gesehen. Hieraus folgt, daß Wirtschaftssubjekte für sich allein zwar Risiken und Chancen konsolidieren können, eine Selbstversicherung dagegen ausgeschlossen ist. Vgl. hierzu auch Fußnote 1 auf S. 246 der vorliegenden Arbeit.

7) Vgl. Wittmann, W., a.a.O., S. 52.

Ist dem Entscheidungsträger der Erwartungswert einer isolierten Maßnahmenwirkung oder des Gesamterfolges einer Maßnahme in richtiger Weise bekannt, so verlieren die Erwartungen den Charakter der Ungewißheit und stellen unter den aufgeführten Bedingungen eindeutige Erwartungen dar¹⁾. Dadurch bestehen für die Gesamtheit der in großer Zahl durchzuführenden Einzelmaßnahmen keinerlei Chancen und Risiken, sondern es liegt Sicherheit der Ergebnisse vor²⁾. Für jede einzeln betrachtete Maßnahme treten dagegen nach wie vor Chancen und Risiken der aufgezeigten Art auf.

Der vorstehende Abriss hat die Vielfalt der Möglichkeiten aufgezeigt, die mit den Ausdrücken Chance und Risiko verbundenen Denkinhalte zu erfassen. Im Hinblick auf die große Zahl der möglichen Begriffsbestimmungen sei betont, daß es in wissenschaftlichen Abhandlungen letztlich um die Erfüllung von Aussagezwecken geht. Begriffen kommt bei diesen Bemühungen nur ein instrumentaler Charakter zu³⁾. Je allgemeiner ein verwendeter Begriff ist, desto mehr generelle Aussagen lassen sich formulieren, desto geringer ist allerdings auch der mit den Begriffen ausgedrückte Informationsgehalt⁴⁾. Die Ausdrücke Chance und Risiko werden im folgenden, sofern nicht ausdrücklich anderes erwähnt wird, als Möglichkeit der ein minimal mögliches Ausmaß übersteigenden Zielförderung beziehungsweise Zielbeeinträchtigung isolierter Maßnahmenwirkungen aufgefaßt.

-
- 1) Vgl. Knight, F. H., Risk, Uncertainty and Profit, Boston 1921, S. 20.
 - 2) Vgl. Schneider, D., a.a.O., S. 82.
 - 3) Vgl. Grochla, E., a.a.O., Sp. 553.
 - 4) Vgl. ebenda, Sp. 553.

2. Einzelwirtschaftliche Maßnahmen des Abbaues der Ungewißheit und das abstrakte Leistungsversprechen als Mittel der zwischenbetrieblichen Chancen- und Risikentransformation

α) Einzelwirtschaftliche Maßnahmen des Abbaues bestehender Ungewißheiten

Jedes rational handelnde Wirtschaftssubjekt versucht, die interne Verwendung seiner Faktoren sowie die Leistungsbeziehungen zu seiner Umwelt so zu gestalten, daß ein Höchstmaß an Zielerfüllung damit verbunden ist. Dabei besteht die Gefahr, daß Alternativen ausgewählt werden, deren Realisation ein geringeres als das theoretisch maximal mögliche Zielerreichungsausmaß erbringt. Sie resultiert, wie bereits gezeigt wurde, aus der Möglichkeit des Treffens von Fehlentscheidungen sowie aus der Ungewißheit zukünftigen Geschehens. Durch Maßnahmen kann die Gefahr des Treffens im nachhinein nicht optimaler Entscheidungen verringert werden.

Der Vollständigkeit halber seien zunächst Maßnahmen der Vermeidung von Fehlentscheidungen aufgeführt. Wird, um den Einfluß der Ungewißheit auszuschalten, vereinfachend von objektiv bekannten Alternativen und determinierten Entscheidungsparametern ausgegangen, so kann die Gefahr des Treffens von Fehlentscheidungen durch Verbesserung des Informationsstandes sowie sorgfältigere Informationsverarbeitung verringert werden¹⁾. Allerdings ist zu beachten, daß durch dabei notwendige Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte sowie den bei Selbsterstellung auftretenden Faktorverzehr Zielerreichungsminderungen auftreten können, die durch die Verringerung der Gefahr des Treffens von Fehlentscheidungen nicht kompensiert werden²⁾.

1) Vgl. Wittmann, W., a.a.O., S. 83 ff., und Philipp, F., Risiko und Risikopolitik, a.a.O., S. 71 f.

2) Theoretisch exakt sind Verbesserungen des Informationsstandes sowie der Informationsverarbeitung solange vorzunehmen, wie die Grenzkosten niedriger als die hierdurch bewirkte Verbesserung des Zielerreichungsausmaßes der Entscheidung sind. Allerdings stehen dieser formal richtigen Optimierungsbedingung praktische Schwierigkeiten der Erlangung von Informationen über Kosten und Wirksamkeit zusätzlicher Informationen sowie verbesserter Informationsverarbeitung gegenüber.

Aus Gründen der Darstellung der einem Wirtschaftssubjekt zur Verfügung stehenden Maßnahmen der Verringerung der Ungewißheit wird von der Möglichkeit subjektiv fehlender, aber objektiv verfügbarer Informationen und fehlerhafter Informationsverarbeitung abgesehen. Die Fragestellung lautet dann, ob und gegebenenfalls in welcher Weise ein Wirtschaftssubjekt auf die Ungewißheit der mit seinen Entscheidungen verbundenen Konsequenzen einwirken kann, um die Gefahr des Auswählens sich im nachhinein als nicht optimal erweisenden Vorgehens zu vermeiden oder zu verringern. Da die Ungewißheit sich in Chancen und Risiken ausdrückt, ist diese Frage derjenigen ähnlich, durch welche Maßnahmen auf Chancen und Risiken eingewirkt werden kann. Hierauf wird im folgenden eingegangen. Es sind dabei jedoch in diesem Abschnitt nur jene Maßnahmen anzuführen, die nicht spezielle Chancen und Risiken transformierende Leistungen von Betrieben zum Inhalt haben.

Als erste Möglichkeit der Beseitigung der Ungewißheit, dies gilt grundsätzlich sowohl für interne Umschichtungen von Faktoren wie auch für bestimmte Aspekte der Leistungsbeziehungen eines Wirtschaftssubjektes mit Partnern seiner Umwelt, ist der Risiken- und Chancenausgleich anzuführen. Ihm liegt in jedem Falle die Zusammenfassung mehrerer Einzelmaßnahmen zu einem einheitlichen Ganzen zugrunde.

Zum einen kann die Unsicherheit eines Gesamts von Handlungen in der Weise verringert oder beseitigt werden, daß über einen gemeinsamen Tatbestand verbundene Maßnahmen so zusammengefaßt werden, daß das mit der einen Maßnahme verbundene Risiko durch eine mit der oder den anderen Maßnahmen verbundene Chance kompensiert wird. Als Beispiel mag die Absicherung

einer Forderung in ausländischer Währung gegen das Risiko einer Wechselkursenkung durch gleichzeitige Inanspruchnahme eines Kredites in der gleichen Währung genannt werden.

Voraussetzung der zweiten Möglichkeit des Ausgleiches der Ungewißheit der Ergebnisse von Einzelmaßnahmen ist das Vorliegen einer großen Zahl gleichartiger, unabhängiger, gleichzeitig oder zeitlich nacheinander durchgeführter Einzelmaßnahmen, welche zu einem Entscheidungsgesamt zusammengefaßt werden. Wie bereits dargestellt wurde, wird durch Konsolidierung der Ungewißheit der Erwartungswert der isolierten Maßnahmenwirkungen beziehungsweise des Maßnahmenerfolges insgesamt realisiert¹⁾; neben einer Transformierung der Risiken werden allerdings auch Chancen in Sicherheit überführt.

Die Möglichkeit der Konsolidierung der Ungewißheit einzelner Maßnahmen eines Gesamtes wird sich Wirtschaftssubjekten in bestimmten Fällen eröffnen. Als Beispiele mögen Ausschußquoten bei der Erstellung eines Erzeugnisses in großer Zahl sowie Garantierückstellungen für ein in großer Zahl an Dritte geliefertes und von diesen unter einheitlichen Bedingungen eingesetztes Produkt aufgeführt werden²⁾. Wenn auch Möglichkeiten der Konsolidierung der Ungewißheit bei nach Kausalgesetzen ablaufenden Wirkprozessen in der Praxis häufig am Fehlen einer oder mehrerer der aufgeführten Teilveraussetzungen scheitern werden, so ist sie in diesen Fällen doch denkbar. Zweifelhaft ist dagegen, ob derlei Konsolidierung der Ungewißheit für nach dem Prinzip anreizbestimmten Fremdverhaltens ablaufenden Wirkprozessen überhaupt theoretisch denkbar ist. Es handelt sich hierbei um Vorgänge, für die exakte Erwartungswerte wegen der Individualität des einzelnen und der im Zeitablauf wandelbaren Zwecksetzung überhaupt nicht ableitbar sind, allenfalls

1) Vgl. S. 227 f. der vorliegenden Arbeit sowie die dort aufgeführte Literatur.

2) Vgl. Gutenberg, E., Der Absatz, a.a.O., S. 17.

kann es sich bei für derartige Wirkprozesse zugrunde gelegten "Erwartungswerten" um grobe Annäherungen handeln.

Besteht keine Möglichkeit, die Ungewißheit der Ergebnisse zukünftig durchzuführender Maßnahmen durch Ausgleich der Teilergebnisse in Gewißheit des Gesamtergebnisses zu überführen, so bleiben dem Wirtschaftssubjekt gegebenenfalls die Vorgehensweisen, durch vorsorgende Realisierung die Ungewißheit in Gewißheit zu überführen oder seine Anpassungsfähigkeit an mögliche Zukunftslagen zu erhöhen.

Die Überführung von Ungewißheit in Gewißheit durch vorsorgende Realisierung besteht in auf Vermeidung unerwünschter und Herbeiführung erwünschter Wirkungen ausgerichteten Maßnahmen. Wird zunächst von der Aufnahme von Austauschbeziehungen zur Umwelt abgesehen und ausschließlich die Ungewißheit des Fortbestehens des Faktorbestandes sowie seiner internen Umschichtung betrachtet, so resultieren hieraus Risiken des Fortbestehens des Bestandes und Chancen der Verwendung. Die Verringerung des durch eine mögliche Beeinträchtigung des Faktorbestandes, und das betrifft auch die aufgrund von Leistungsbeziehungen zur Umwelt zeitweilig im Verantwortungsbereich des Wirtschaftssubjektes befindlichen Faktoren, drohenden Risikos kann durch Maßnahmen des Schutzes der Faktoren vor drohenden unerwünschten Einwirkungen geschehen. Beispiele sind die Errichtung von Blitzableitern, Verschließen von Lagergut in Lagerräumen, Inanspruchnahme von Leistungen der Wach- und Schließgesellschaften, Vorhalten von Feuerlöschern und Kühlen verderblicher Faktoren. Sie liegen im Bereich der Selbsterstellung oder Inanspruchnahme von Realleistungen der oben aufgezeigten Arten. Es ist jedoch zu beachten, daß durch derlei Maßnahmen einerseits Risiken des Faktorbestandes nicht gänzlich vermieden werden können und andererseits durch Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte

und/oder Faktorverzehr Zielerreichungsbeeinträchtigungen sowie gegebenenfalls Chancenminderungen hervorgerufen werden, welche unter Umständen vom Wirtschaftssubjekt nicht als durch die Risikominderung kompensiert angesehen werden.

Wird zunächst weiterhin von der ausschließlich internen Verwendung des Faktorbestandes ausgegangen, so können Maßnahmen der Überführung von Ungewißheit in Gewißheit durch vorsorgende Realisation darin bestehen, Faktoren letzten Zwecken zuzuführen oder sie durch Zeitüberbrückung, Zustandsänderung oder Ortsveränderung so umzuwandeln, daß dadurch die Chancen im Zeitablauf aufrechterhalten oder erhöht werden.

Es ist zu beachten, daß durch derlei Maßnahmen einerseits die bereits angesprochenen Risiken des Faktorbestandes beeinflusst werden sowie neue Risiken der Faktorumschichtung entstehen und vorher bestehende Chancen aufgegeben werden¹⁾ sowie aufgrund notwendiger Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte und/oder Faktorverzehr Zielerreichungsminderungen eintreten, welche gegebenenfalls insgesamt vom Wirtschaftssubjekt durch die Chancenerhöhung nicht als kompensiert angesehen werden.

Wird jetzt die Aufnahme von Leistungsbeziehungen eines Wirtschaftssubjektes zu Partnern seiner Umwelt in die Betrachtung einbezogen, so ist zu prüfen, in welcher Weise vorsorgend auf die aus der zukünftigen Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte sowie der Erstellung von Endleistungen für den Bedarf Dritter resultierenden Risiken und Chancen zwecks Beseitigung der Ungewißheit einge-

1) In diesem Zusammenhang ist die Veränderung der Anpassungsfähigkeit zu beachten, auf welche erst im folgenden eingegangen wird.

wirkt werden kann. Ein vorsorgendes Einwirken ist zwar grundsätzlich, jedoch keineswegs in jedem Falle möglich. Sofern es möglich ist, kann es obendrein aus dem Gesamtzusammenhang nicht immer als zweckmäßig angesehen werden.

Dies mag anhand eines Beispiels verdeutlicht werden. Wird von einem Wirtschaftssubjekt zu einem bestimmten Zeitpunkt der Zukunft eine Ortsveränderung angestrebt, so ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Vorsorge in Form der Realisierung nicht möglich. Möglich ist dagegen eine Vorsorge durch sofortige Inanspruchnahme einer Rechtsänderungsleistung an entsprechenden Faktoren oder durch Sicherung der Inanspruchnahme der Ortsveränderungsleistung oder auch entsprechender Faktoren durch Abschluß konkreter Leistungsverträge mit derartige Leistungen erstellenden Marktpartnern. Eine Beseitigung diesbezüglicher Ungewisheiten ist für Wirtschaftssubjekte somit weitgehend erreichbar.

Wird nun jedoch davon ausgegangen, daß regelmäßig aufgrund nicht vollständiger Determiniertheit allen zukünftigen Wollens und Geschehens die Frage des Auftretens eines entsprechenden Wunsches der Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte selbst ungewiß ist, so wäre zwar eine entsprechende Vorsorge möglich, nichtsdestoweniger würde diese Vorgehensweise, abgesehen von Risiken eines etwaigen Faktorbestandes und der Erfüllung der Leistungsversprechen anderer Wirtschaftssubjekte, Ungewisheiten der Verwendung begründen. Es wäre ungewiß, ob bei einer entsprechenden Vorsorge die gesicherten Leistungen beziehungsweise vorhandenen Faktoren zweckerfüllend genutzt werden könnten. Die durch Vorsorge bewirkte Beseitigung der Risiken der Inanspruchnahme würde dann durch Ungewißheit einer zweckentsprechenden Verwendung ersetzt werden.

Ähnliches läßt sich für Wirtschaftssubjekte, die Leistungen für den Bedarf Dritter erstellen, bezüglich der aus der

Aufnahme von Endleistungsbeziehungen resultierenden Risiken und Chancen anführen. Zwar wird es in vielen Fällen möglich sein, durch sofortige Realisation die Risiken und Chancen in Gewißheit zu überführen, jedoch wird vielfach aufgrund späterer Erstellungswünsche der Marktpartner und/oder aufgrund erst in der Zukunft verfügbarer Faktoren eine Realisation der Leistungsbeziehung in der Zukunft angestrebt werden. Hat ein Wirtschaftssubjekt Gewißheit darüber, daß zu einem Zeitpunkt der Zukunft Faktoren zwecks Erstellung von Endleistungen verfügbar sind, so wäre zwar im Betrachtungszeitpunkt ebenfalls eine vorsorgliche Realisation nicht möglich, jedoch könnte die zweckentsprechende Verwertung der Faktoren durch Abschluß eines konkreten Leistungsvertrages weitgehend gesichert werden. Nun ist jedoch davon auszugehen, daß der in der Zukunft verfügbare Bestand an Faktoren ebenfalls nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden kann; Arbeitskräfte können krank werden, Maschinen können entzweigen und Werkstoffe können verderben. Der vorsorgliche Abschluß derlei konkreter Leistungsverträge zwecks Überführung der Chancen in Gewißheit würde somit ebenfalls Risiken der Leistungserstellung begründen.

Es zeigt sich somit, daß eine vorsorgende Realisierung der Leistungsbeziehungen eines Wirtschaftssubjektes mit Partnern seiner Umwelt nur zum Teil möglich ist, zum Teil überdies neben der erwünschten Ungewißheit verringernden Wirkung neue, unerwünschte Ungewißheiten begründet. Bezüglich zweiseitig in Marktbeziehungen eingebetteter Betriebe wären diese Ungewißheiten nur dann weitgehend zu vermeiden, wenn es ihnen gelänge, durch gleichzeitigen Abschluß von Leistungsverträgen sowohl die Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte und die dafür zu entrichtende Gegenleistung wie auch die Erstellung von Leistungen für den Bedarf Dritter und die dafür zu empfangende Gegenleistung abzusichern¹⁾. Für die Wahrnehmung dieser

1) Vgl. Wittmann, W., a.a.O., S. 36.

Möglichkeit, bei der es sich im übrigen um eine Form des oben bereits dargestellten Ausgleiches handelt, ist es allerdings notwendig, daß das Wirtschaftssubjekt die Bereitschaft zum Eingehen entsprechender Verpflichtungen gleichzeitig sowohl bei Marktpartnern hinsichtlich der Inanspruchnahme von Leistungen wie auch der Erstellung von Endleistungen vorfindet, weil bei nur einseitiger Absicherung Ungewißheit hinsichtlich der Verwertung oder Risiken der Inanspruchnahme bestehen bleiben. Es kann kaum davon ausgegangen werden, daß die aufgezeigten Voraussetzungen in der Praxis häufig vorliegen werden. Auch ist zu beachten, daß durch ein entsprechendes Vorgehen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen weitgehend vermieden werden. Dem menschlichen Wesen ist jedoch das Bestreben, durch Handlungen Chancen zu eröffnen, selbst wenn damit Risiken verbunden sind, immanent.

Der Vollständigkeit halber sei letztlich noch auf Maßnahmen der Erhöhung der Anpassungsfähigkeit eingegangen. Bei den Maßnahmen zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit versucht ein Wirtschaftssubjekt nicht, auf die Ungewißheit selbst einzuwirken, sondern nur den Faktorbestand sowie die Beziehungen zu Marktpartnern vorsorglich so auszugestalten, daß es sich ungewissen, aber für möglich gehaltenen zukünftigen Anforderungen und Gegebenheiten besser zielentsprechend anzupassen vermag¹⁾. Als Beispiele mögen bei ungewissen in der Zukunft zu erfüllenden eigenen Zwecken beziehungsweise Marktanforderungen die Installation von Mehrzweckaggregaten und das Vermeiden des Eingehens von Abnahmeverpflichtungen einer bestimmten Faktorart gegenüber Lieferanten sowie bei Ungewißheit über die auf dem Markt erhältlichen Faktoren das Vermeiden des Eingehens von Lieferungsverpflichtungen gegenüber Kunden genannt werden.

1) Vgl. Jacob, H., Preispolitik, 2. Aufl., Wiesbaden 1971, S. 272 ff., und Mellwig, W., Anpassungsfähigkeit und Ungewißheitstheorie, Tübingen 1972, S. 12 ff.

Eine anpassungsfähige Ausgestaltung des Faktorbestandes sowie der Austauschbeziehungen zu den Marktpartnern wird die Ungewißheit der Maßnahmen in ihrer Gesamtheit vergleichsweise gering halten können, weil das Wirtschaftssubjekt immer dann, wenn das Zielerreichungsausmaß negativ zu werden droht, entsprechend reagieren und gegebenenfalls die Aktivitäten einstellen kann. Anpassungsfähigkeit wird dabei aber grundsätzlich mit einer Verringerung der Chancen einhergehen.

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß Wirtschaftssubjekte grundsätzlich Maßnahmen zur Beeinflussung der Ungewißheit zukünftigen Geschehens und damit der von ihnen zu tragenden Chancen und Risiken ergreifen können. Diese Möglichkeiten bestehen jedoch keineswegs immer, und außerdem weisen sie, außer einer durch Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte und/oder durch Faktorverzehr bei Selbstarstellung hervorgerufenen Zielerreichungsminderung, neben der erwünschten Verringerung spezifischer Ungewißheiten häufig die Begründung neuer Ungewißheiten auf.

Das Streben nach Beseitigung von Risiken und Erwerb von Chancen seitens der Wirtschaftssubjekte bietet für Betriebe die Möglichkeit, Leistungen ganz anderer Art als der bislang gekennzeichneten objektbezogenen Arten zu erstellen. Sie sind auf die Abnahme spezifischer Risiken des Wirtschaftssubjektes sowie die Übertragung von Chancen gerichtet. Sie werden im folgenden Teilabschnitt dargestellt.

B) Das abstrakte Leistungsversprechen als Mittel der zwischenbetrieblichen Chancen- und Risikentransformation und als originäre Endleistungskategorie

Es stellt sich die Frage, durch welches Mittel vom Betrieb dem nachfragenden Wirtschaftssubjekt Chancen übertragen und Risiken abgenommen werden können. Das Mittel könnte in einem vom Betrieb dem Nachfrager gegenüber abgegebenen Leistungsversprechen auf Erstellung von Realleistungen bestimmter Art gesehen werden. Zur notwendigen Klärung der Frage, ob Leistungsversprechen eine eigenständige Kategorie der von Betrieben erstellten Endleistungen darstellen, ist zu prüfen, ob durch Leistungsversprechen selbständig Zwecke nachfragender Wirtschaftssubjekte erfüllt werden können.

Wird von einem Betrieb im Rahmen eines Leistungsvertrages einem Nachfrager gegenüber ein konkretes Leistungsversprechen auf Erstellung einer Realleistung einer bestimmten Art zu einem bestimmten Zeitpunkt der Zukunft¹⁾ an einem bestimmten Ort abgegeben, so wird hierdurch - vereinbarungsgemäßes Erfüllen vorausgesetzt - die Ungewißheit der Möglichkeit des Inanspruchnehmens einer entsprechenden Leistung seitens des Nachfragers beseitigt. Aufgrund des erlangten konkreten Anspruches wird der Nachfrager in die Lage versetzt, seinerseits so zu disponieren, als hätte er die entsprechende Leistung realiter bereits empfangen. Somit muß von einer Erfüllung abgeleiteter Zwecke des Nachfragers ausgegangen werden.

Allerdings weist das konkrete Leistungsversprechen, wie es Gegenstand eines jeden Leistungsvertrages ist, für den hier zu betrachtenden Zweck der unabhängig von Realleistungen erfolgenden Chancen- und Risikentransformation wesent-

1) Aus Gründen der Vereinfachung wird weiterhin vernachlässigt, daß der Zeitpunkt der Einordnung einer Realleistung in die Kalenderzeit häufig dem Zufall unterliegt.

liche Mängel auf. Einerseits kann ein derartiges konkretes Leistungsversprechen grundsätzlich nicht ohne die zugehörige Endleistung existieren. Verpflichtet sich in einem Leistungsvertrag ein Betrieb einem Dritten gegenüber zur späteren Erstellung einer Realleistung, so erstreckt sich die von diesem zu entrichtende Gegenleistung grundsätzlich nur auf diese und nicht auf das Leistungsversprechen. Im Beispiel einer zu einem späteren Zeitpunkt als dem des Vertragsschlusses vorzunehmenden Eigentumsübertragung an einem Sachobjekt ist der Nachfrager regelmäßig nicht bereit, für die Abgabe des Versprechens und die Eigentumsübertragung jeweils eine gesonderte Gegenleistung zu entrichten. Zwar wird hier weiterhin das Erfordernis einer Gegenleistung nicht zu den die Endleistung notwendigerweise kennzeichnenden Merkmalen gezählt, jedoch ist eine entrichtete Gegenleistung als ein Anzeichen für eine selbständige Zweckerfüllung und somit für das Vorliegen einer selbständigen Endleistung anzusehen. Offenbar wird das konkrete Leistungsversprechen von nachfragenden Wirtschaftssubjekten nicht als eigenständige Leistung anerkannt¹⁾. Es handelt sich somit im Gegensatz zu den behandelten Realleistungen als originäre Leistungen um eine derivative Leistung des Betriebes.

Andererseits führen die im Leistungsvertrag enthaltenen Bestimmungen nicht nur zu einer Beseitigung der Ungewißheit

1) Von Ausnahmen jener nie auf konkrete Leistungen, sondern nur auf Chancen- und Risikentransformation ausgerichteten Termingeschäfte des Waren-, Aktien- und Devisenterminhandels sei abgesehen. Zum Beispiel werden an Warenterminmärkten normalerweise weder Waren geliefert noch Waren abgenommen. Die meisten der bestehenden Warenterminmärkte enthalten sogar satzungsgemäße Regelungen, die den Terminkäufer vor einer "unfairen" Anlieferung schützen sollen. Vgl. hierzu Engels, W., Rentabilität, Risiko und Reichtum, Tübingen 1969, S. 33. Wenn dem Leistungsversprechen eines Termingeschäftes die reale Ausführung fehlt, so kann es nicht als unselbständige Leistung angesehen werden, sondern es stellt eine eigenständige Leistung dar. Derartige Leistungsversprechen führen zu einer bestimmten Chancen- und Risikenverteilung zwischen Betrieb und Nachfrager.

bezüglich der Inanspruchnahme der Realleistung als der vom Wirtschaftssubjekt erwünschten Komponente des Leistungstausches, sondern meistens ebenfalls zur Beseitigung der Ungewißheit der zu entrichtenden Gegenleistung als der unerwünschten Seite des Leistungstausches. Aufgrund einer im Zeitablauf auf Seiten des Nachfragers möglicherweise eintretenden Veränderung der Einschätzung des Wertes der in Anspruch zu nehmenden Realleistung und/oder der zu gewährenden Gegenleistung kann dies für den Nachfrager bedeuten, daß der gesamte zukünftige Leistungstausch neben Möglichkeiten der Erhöhung auch Gefahren der Beeinträchtigung der Zielerreichung mit sich bringt. Als Beispiel möge der Terminkauf von Aktien aufgeführt werden. Durch den konkreten Leistungsvertrag werden somit nicht nur ungewisse erwünschte, sondern meistens auch unerwünschte Tatbestände in Sicherheit überführt. Als Mittel der ausschließlich der Chancenübertragung und Risikoabnahme dienenden betrieblichen Leistung ist das konkrete Leistungsversprechen demzufolge ungeeignet.

Es ist allerdings keineswegs unumgänglich, die zwischen Betrieb und Nachfrager bestehenden Rechtsbeziehungen so zu gestalten, daß die folgende Realleistungsbeziehung für den Nachfrager in jedem Falle insgesamt auch Gefahren der Zielerreichungsminderung birgt.

Die erste Möglichkeit der Abänderung ist darin zu sehen, daß dem Nachfrager nur das Recht des Eintrittes in die dem Leistungsvertrag folgende Realleistungsbeziehung, nicht dagegen die Pflicht auferlegt wird. Es kann von einer Option auf Ingangsetzen des Leistungstausches gesprochen werden. Hierdurch werden ihm bezüglich des gesamten Leistungstausches zwar Möglichkeiten der Zielförderung übertragen, denn es ist davon auszugehen, daß er von einem Optionsrecht nur dann Gebrauch macht, wenn insgesamt eine Erhöhung seiner Zielerreichung zu erwarten ist; eine gleichzeitige Übertragung von Risiken wird dagegen vermieden.

Die zweite Möglichkeit der Ausgestaltung der Rechtsbeziehungen besteht darin, daß die vom Betrieb zu erbringende Realleistung ohne Gegenleistung des Nachfragers erstellt wird¹⁾. Dies kann jedoch, um die Veranlassung nahezu beliebiger Vermögens- und Leistungstransformationen vom Betrieb auf den Nachfrager durch diesen zu verhindern, grundsätzlich nur dann Gegenstand einer auf Dauer ausgerichteten Leistungsbeziehung sein, wenn die Verpflichtung zur Erbringung der Realleistung des Betriebes nicht durch den freien Willen des Nachfragers herbeigeführt werden kann, sondern durch Eintritt einer objektiv feststellbaren Bedingung begründet wird.

Es handelt sich bei derlei von Betrieben abgegebenen Leistungsversprechen nicht um hinsichtlich der Frage der Erstellung oder Nichterstellung sowie des Zeitpunktes der Erstellung der zugrunde gelegten Realleistung konkretisierte Leistungsversprechen, sondern um Leistungsversprechen, bei denen die konkrete Leistungserstellungspflicht des Betriebes durch Ausübung des Optionsrechtes durch den Nachfrager oder durch Eintritt einer objektiv feststellbaren Bedingung begründet wird. Sie werden als abstrakte Leistungsversprechen bezeichnet.

Das abstrakte Leistungsversprechen des Betriebes bewirkt durch eine entsprechende Ausgestaltung eine Übertragung von Chancen auf den Nachfrager und/oder Abnahme seiner Risiken. Die Begründung entsprechender Ansprüche des Nachfragers wird als bewirkte Veränderung ökonomisch bedeutsamer Tatbestände im Sinne der allgemeinen Definition der Leistung angesehen. Eine originäre Endleistung kann das abstrakte Leistungsversprechen jedoch nur darstellen, wenn und soweit es selbständig Zwecke nachfragender Wirtschaftssubjekte erfüllt. Dies wird nur für möglich gehalten, wenn diesem unabhängig von Realleistungen Chancen übertragen oder Risiken

1) Die obige Aussage über eine Leistungserstellung des Betriebes ohne Gegenleistung des Nachfragers bezieht sich nur auf die Realleistung, nicht dagegen auf das vom Betrieb abgegebene Leistungsversprechen.

abgenommen werden¹⁾.

Auch der Erstellung der als abstrakte Leistungsversprechen bezeichneten Endleistungen von Betrieben liegt ein Leistungsvertrag zwischen Betrieb und Nachfrager zugrunde. Dabei ist gedanklich streng zwischen dem konkreten Leistungsversprechen als Bestandteil des Leistungsvertrages und dem abstrakten Leistungsversprechen als betriebliche Endleistung zu unterscheiden, wenngleich sie in der Praxis regelmäßig zusammen in einem Vertrag auftreten. Wird in einem Leistungsvertrag Einigung zwischen Betrieb und Nachfrager über den vorzunehmenden Leistungsaustausch erlangt, so stellen das folgende, während eines Zeitintervalles aufrechterhaltene abstrakte Leistungsversprechen die Endleistung des Betriebes und die vom Nachfrager entrichtete Gegenleistung dessen Leistung dar. Daß diese Unterscheidung zwischen dem konkreten Leistungsversprechen als Bestandteil des Leistungsvertrages und dem abstrakten Leistungsversprechen als betriebliche Endleistung berechtigt ist, ergibt sich nicht zuletzt auch daraus, daß konkrete Leistungsversprechen ähnlich wie bei Realleistungen auch auf später zu erbringende abstrakte Leistungsversprechen abgegeben werden können²⁾.

-
- 1) Wie bereits erwähnt wurde, können die von einem Wirtschaftssubjekt getragenen Chancen und Risiken ebenfalls durch Erstellung von Realleistungen verändert werden. Das Wesentliche des abstrakten Leistungsversprechens ist dagegen, daß es ausschließlich der Chancen- und Risikotransformation dient. - Die betriebswirtschaftlich höchst bedeutsame Frage, ob Risiken von einem Betrieb getragen werden können und ob die für die Risikotragung erlangte Gegenleistung in Anbetracht dieser Risiken und der gegebenenfalls sonstigen Faktoreinsätze als angemessen anzusehen ist und somit eine Förderung der Zielerreichung erwarten läßt, soll in der vorliegenden Untersuchung nicht behandelt werden. Hier wird ausschließlich auf die Darstellung der elementaren Arten betrieblicher Leistungen abgestellt.
 - 2) Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn ein Versicherungsvertrag auf eine in der Zukunft liegende Periode abgeschlossen wird. Das konkrete Leistungsversprechen im Gegenwartszeitpunkt besteht dann in der Verpflichtung, in der zugrunde gelegten Versicherungsperiode das abstrakte Leistungsversprechen aufrechtzuerhalten.

Das abstrakte Leistungsversprechen ist in jedem Falle auf Realleistungen der oben dargestellten Arten gerichtet. Es unterscheidet sich von diesen dadurch, daß es nicht eine Veränderung der realen Welt zum Gegenstand hat. In Abgrenzung zu den abstrakten Leistungsversprechen als nicht objektbezogenen Leistungen wurden die Realleistungen als an Leistungsobjekten bewirkte Veränderungen bezeichnet.

An dieser Stelle ist die Begründung dafür zu geben, daß abstrakte Leistungsversprechen als nicht an Leistungsobjekten erstellte Veränderungen gekennzeichnet werden. Zwar weisen die Realleistungen, auf die das abstrakte Leistungsversprechen gerichtet ist, ein Leistungsobjekt auf, allerdings handelt es sich dabei um das Leistungsobjekt der entsprechenden Realleistung, nicht dagegen des abstrakten Leistungsversprechens. Es könnte insofern allenfalls von einem potentiellen Leistungsobjekt gesprochen werden. Selbst wenn dem gefolgt würde, wäre jedoch die den Leistungstatbestand begründende Veränderung nicht als eine Veränderung des potentiellen Leistungsobjektes anzusehen.

Allerdings wäre es möglich, bei der Auffassung eines Anspruches als Objekt des Rechtsverkehrs, wie dies im Verlaufe der Arbeit geschah, den durch das abstrakte Leistungsversprechen begründeten Anspruch des Nachfragers als Objekt anzusehen. Allerdings bestünde die Leistung des Betriebes dann nicht in der Veränderung des Objektes, sondern in seiner Begründung. Somit erscheint es notwendig, davon auszugehen, daß die hier erfaßten Leistungsarten Veränderungen ökonomisch bedeutsamer Tatbestände darstellen, die nicht an bestehenden Leistungsobjekten erstellt werden^{1) 2)}.

-
- 1) Dies schließt aber nicht aus, daß in innerbetrieblichen Prozessen des entsprechende Leistungen erstellenden Betriebes oder in der Betrieb-Nachfrager-Beziehung Leistungsobjekte auftreten können, wie dies einerseits bei Verwaltungsarbeiten und andererseits bei den Anspruch verbriefenden Verträgen und Policen der Fall ist. Allerdings stellen an solchen Leistungsobjekten bewirkte Veränderungen nicht die Zwecke Dritter erfüllenden Leistungen dar.
 - 2) Von der Möglichkeit, daß das abstrakte Leistungsversprechen nicht an ein Wirtschaftssubjekt, sondern ein Objekt gebunden ist, wie dies bei Garantieleistungen regelmäßig der Fall ist, sei hier abgesehen. Allerdings liegt auch hier eine Subjekt-Subjekt-Beziehung vor, wobei das eine Subjekt im jeweiligen Rechtsinhaber des Objektes zu sehen ist.

Es ist letztlich die Frage zu klären, ob einer Anerkennung des abstrakten Leistungsversprechens als originäre Endleistungskategorie nicht das vermeintliche Fehlen des Merkmals "Faktorkombination" des allgemeinen Leistungsbegriffes im Wege steht. Hierzu ist zu prüfen, ob bei der Erstellung von abstrakten Leistungsversprechen Faktoreinsatz notwendig ist.

Für alle später darzustellenden Formen des abstrakten Leistungsversprechens gilt, daß die angestrebte Übertragung von Chancen auf das Wirtschaftssubjekt sowie die Abnahme spezifischer Risiken durch den Betrieb nur dann realisiert werden und somit das abstrakte Leistungsversprechen für das nachfragende Wirtschaftssubjekt nur dann ihren Zweck erfüllt, wenn das Versprechen vereinbarungsgemäß bei freier Wahl des Wirtschaftssubjektes oder bei Eintritt der zugrunde gelegten Bedingung erfüllt, das heißt die zugrunde gelegte Realleistung erstellt wird. Eine Versicherung, die bei Eintritt eines Schadens diesen nicht ausgleicht, oder eine Lotterie, bei der trotz Ziehung der Gewinnzahlen Gewinne nicht ausgeschüttet werden, ist für Nachfrager ohne jeden wirtschaftlichen Wert.

Eine vereinbarungsgemäße Erfüllung des abstrakten Leistungsversprechens ist allerdings nur dann möglich, wenn der Betrieb während der Dauer der Gültigkeit des Leistungsversprechens eine entsprechende Leistungsbereitschaft aufweist¹⁾. Ist diese nicht gegeben, so liegen unter Umständen im Bereich strafbarer Handlungen angesiedelte Spekulationen vor, die hier nicht weiter zu betrachten sind. Die Aufrechterhaltung

1) Hierzu muß der betrachtete Betrieb jedoch nicht notwendigerweise eine direkte eigene Leistungsbereitschaft vorhalten, sondern es reicht in bestimmten Fällen, die Leistungsbereitschaft in indirekter Form aus, beispielsweise mittels eines Inanspruchnehmens eines abstrakten Leistungsversprechens von anderen Wirtschaftssubjekten, wie dies im Falle des Erstellens von Versicherungsleistungen durch das Garantiekapital auftritt. Unumgänglich ist jedoch, daß an irgendeiner Stelle eine direkte Leistungsbereitschaft besteht.

einer direkten Leistungsbereitschaft verlangt den kombinierten Einsatz von Faktoren, folglich kann von einer ohne Faktoreinsatz stattfindenden Leistungserstellung nicht gesprochen werden.

Somit scheint die Anerkennung des abstrakten Leistungsversprechens als eigenständige Kategorie betrieblicher Endleistungen ausreichend begründet. Das abstrakte Leistungsversprechen kann nur in einer aus mehreren selbständigen Gliedern bestehenden Wirtschaft auftreten. Einzelne sowie die Gesellschaft als Ganzes müssen Chancen und Risiken selbst tragen.

3. Das System nicht objektbezogener elementarer Endleistungen

Es stellt sich die Frage, in welchen Formen das abstrakte Leistungsversprechen als von Betrieben erstellte Endleistung auftreten kann. Sie soll zunächst anhand des Kriteriums, ob die vom Nachfrager angestrebte Realleistung nach dessen freier Wahl (Option) oder aufgrund des objektiv feststellbaren Eintritts einer dem abstrakten Leistungsversprechen zugrunde gelegten Bedingung zu erstellen ist, beantwortet werden. Es wird folglich zwischen unbedingten und bedingten abstrakten Leistungsversprechen unterschieden.

Kann die Realleistung vom Nachfrager im Falle des Auftretens eines im vorhinein möglich erscheinenden, aber nicht sicheren Wunsches der Inanspruchnahme von Realleistungen nach seiner freien Wahl erlangt werden, so dient das abstrakte Leistungsversprechen offenbar der Sicherung der Deckung eines Eventualbedarfes an entsprechenden Realleistungen. Die vom Betrieb erstellte Endleistung wird als unbedingtes abstraktes Leistungsversprechen zur Sicherung der Deckung eines Eventualbedarfes des Nachfragers, kurz Sicherungsleistung, bezeich-

net. Durch Inanspruchnahme der Sicherungsleistung können dem Nachfrager, wie noch zu zeigen sein wird, Chancen übertragen und Risiken abgenommen werden.

Ist die Realleistung vom Betrieb nach Eintritt einer im Leistungsversprechen zugrunde gelegten objektiv feststellbaren und von Nachfrager und Betrieb nicht oder zumindest nicht mit Sicherheit herbeiführbaren Bedingung zu erbringen, so ergibt dies nur dann einen wirtschaftlichen Sinn, wenn mit der Erstellung der Realleistung eine Vermögensübertragung im weitesten Sinne vom Betrieb auf den Nachfrager verbunden ist.

Wird das abstrakte Leistungsversprechen auf Erstellung von Realleistungen zum Zwecke des Ausgleiches eines dem Wirtschaftssubjekt durch den möglichen, jedoch ungewissen Eintritt der Bedingung entstehenden Schadens oder, mit anderen Worten, zum Zwecke der Abnahme entsprechender Risiken gewährt, so liegt eine Versicherungsleistung vor¹⁾.

Nun kann eine aufgrund des Eintritts einer zugrunde gelegten Bedingung vorgenommene Vermögensübertragung in Form der Erstellung einer Realleistung auch erfolgen, ohne daß dem Wirtschaftssubjekt durch Eintritt der Bedingung ein Schaden

1) Vgl. die abweichende Definition der Versicherungsleistung (Versicherung) in der Literatur zur Versicherungsbetriebslehre, in der größtenteils neben der Abnahme von Risiken des Nachfragers der Risikoausgleich durch den Betrieb aufgeführt wird. Vgl. beispielsweise Mahr, W., a.a.O., S. 26 und 76, Farny, D., a.a.O., S. 12, und insbesondere Wälder, J., Über das Wesen der Versicherung - Ein methodologischer Beitrag zur Diskussion um den Versicherungsbegriff, Berlin 1971. Dieser Sichtweise wird hier nicht gefolgt, weil einerseits in der Praxis der Versicherungswirtschaft auch nicht ausgeglichen und nicht ausgleichbare Risiken (Versicherung der Beine von Marlene Dietrich) übernommen werden und andererseits die Versicherungsleistung hier in einer umfassenderen Weise, welche zusätzlich auch außerhalb der Versicherungswirtschaft erstellte strukturell gleiche Leistungen zu erfassen versucht, betrachtet werden soll.

entstanden ist. Wird ein abstraktes Leistungsversprechen auf Erstellung einer Realleistung bei dem möglichen, aber ungewissen Eintritt einer Bedingung vom Betrieb abgegeben, ohne daß hierdurch ein Schaden des Nachfragers ausgeglichen werden soll, so liegt eine Glücksspielleistung vor. Durch Erstellung der Glücksspielleistung werden vom Betrieb Chancen auf das nachfragende Wirtschaftssubjekt übertragen.

Das System der Formen des abstrakten Leistungsversprechens kann aus Abbildung 6 ersehen werden.

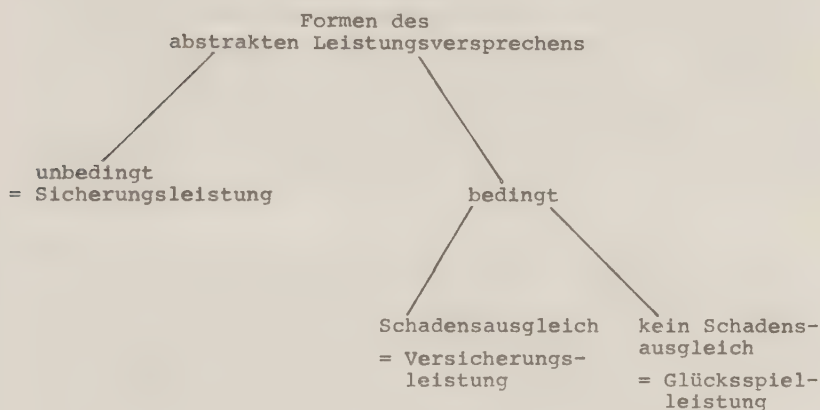


Abb. 6: Formen des abstrakten Leistungsversprechens

b) Darstellung der Formen des abstrakten Leistungsversprechens im einzelnen

1. Die Sicherungsleistung

α) Darstellung der Sicherungsleistung

Der Sicherungsleistung liegt auf Seiten des Nachfragers die Vorstellung eines möglicherweise in der Zukunft zu einem bestimmten oder unbestimmten Zeitpunkt oder gewiß in der Zukunft zu einem unbestimmten Zeitpunkt auftretenden Wunsches der Inanspruchnahme von Realleistungen anderer Wirtschaftssubjekte zugrunde. Ein derartiger Eventualbedarf kann auf Realleistungen aller Art gerichtet sein. Hinsichtlich vieler Leistungsarten wird eine vorsorgliche Deckung nicht möglich sein. Selbst wenn eine konkrete Vorsorge durch Inanspruchnahme von Rechtsänderungsleistungen an Faktoren möglich ist, so bringt diese für das Wirtschaftssubjekt Unsicherheiten des Faktorbestandes und der zweckentsprechenden Verwertung mit sich, die einzelwirtschaftlich nicht vollständig abgebaut werden können¹⁾.

Betriebe können die hieraus resultierende Ungewißheit von Wirtschaftssubjekten durch Abgabe eines auf die gewünschte Realleistung gerichteten unbedingten abstrakten Leistungsversprechens (Sicherungsleistung) beseitigen. Hierdurch verpflichtet sich der Betrieb, auf Wunsch des Nachfragers die zugrunde gelegte Realleistung zu erstellen. Wegen des Fehlens einer objektiven Bedingung für den Eintritt des Entstehens der konkreten Leistungspflicht des Betriebes ist dies grundsätzlich nur in der Weise möglich, daß vom Nachfrager für die vom Betrieb erstellte Realleistung eine - neben der für das abstrakte Leistungsversprechen gewährten Gegenleistung - gesonderte Gegenleistung zu entrichten ist, da ansonsten die Herbeiführung nahezu beliebiger Vermögens- und Leistungstransformationen vom Betrieb auf den Nachfrager durch diesen ermöglicht würde.

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 229 ff. der vorliegenden Arbeit.

Aufgrund der Inanspruchnahme einer Sicherungsleistung können Wirtschaftssubjekte im Falle des Auftretens ihres Bedarfes diesen durch die nach ihrer freien Wahl vom Betrieb erbrachte Realleistung decken. Das abstrakte Leistungsversprechen dient somit der Sicherung der Inanspruchnahme der vom Wirtschaftssubjekt ungewiß gewünschten Realleistung, wobei die Sicherung auch die geldliche Gegenleistung zum Gegenstand haben kann. Hierdurch werden dem nachfragenden Wirtschaftssubjekt vom Betrieb Chancen übertragen.

Andererseits umfaßt die bei Ausübung des Optionsrechtes durch den Nachfrager eintretende Realleistungsbeziehung grundsätzlich auch seine Verpflichtung zur Erbringung einer Gegenleistung. Hierbei ist zu beachten, daß die durch das abstrakte Leistungsversprechen vorgenommene Sicherung neben der angestrebten Leistung auch die für die Inanspruchnahme der gewünschten Realleistung zu gewährende Gegenleistung umfassen kann. Geschieht dies, so werden dem Nachfrager vom Betrieb Risiken abgenommen.

Die Sicherungsleistung kann auch so gedeutet werden, daß der Betrieb dem Nachfrager, getrennt von der gegebenenfalls zu erstellenden Realleistung, eine entsprechende Leistungsbereitschaft "verkauft". Der Nachfrager kann die Realleistung des Betriebes durch Ausübung seines Optionsrechtes in Anspruch nehmen und erlangt somit durch die Sicherungsleistung selbst eine indirekte Einsatz- beziehungsweise Verwendungsbereitschaft.

Aufgrund der Unsicherheit allen zukünftigen Wollens und Geschehens ist davon auszugehen, daß Nachfrager hinsichtlich vieler Realleistungsarten Eventualbedarf haben. Offenbar wird in der Praxis von Wirtschaftssubjekten nicht hinsichtlich aller Arten von Realleistungen eine Sicherung der Inanspruchnahme gewünschter Realleistungen sowie gegebenenfalls der Gegenleistung für notwendig gehalten. Wird

von einer unter Umständen möglichen Vorsorge durch Rechtsänderungsleistung an Faktoren abgesehen, so kann der Grund zunächst darin bestehen, daß die Deckung auftretenden Eventualbedarfes unproblematisch ist oder vom Wirtschaftssubjekt als problemlos angesehen wird. Dies ist dann der Fall, wenn eine entsprechende Realleistung nach den Erfahrungen des Wirtschaftssubjektes jederzeit in Anspruch genommen werden kann. Dies gilt beispielsweise für Leistungen von Reparaturwerkstätten, Leistungen öffentlicher Verkehrsmittel im Linienverkehr sowie für Rechtsänderungsleistungen an Gegenständen des täglichen Bedarfes und marktgängigen Rohstoffen außerhalb Zeiten der Verknappung. Der Grund für die Nichtinanspruchnahme besteht dann darin, daß die mögliche Deckung des Eventualbedarfes für das Wirtschaftssubjekt keine Ungewißheit zu beinhalten scheint. Jedoch selbst bei subjektiv empfundener Ungewißheit können Wirtschaftssubjekte auf die Inanspruchnahme von Sicherungsleistungen verzichten. Der Grund ist dann darin zu sehen, daß ihnen die Ungewißheit der Deckungsmöglichkeit des Eventualbedarfes sowie der Gegenleistung weniger gewichtig erscheint als die für die Inanspruchnahme der Sicherungsleistung zu entrichtende Gegenleistung.

Auch wenn die Sicherungsleistung hier als grundsätzlich eigenständige elementare Endleistungsart angesehen wird, weil sie geeignet ist, selbständig Zwecke von Nachfragern zu erfüllen, so wird doch keineswegs verkannt, daß ihre wesentliche Bedeutung in der Verbindung mit der Erstellung entsprechender Realleistungsarten liegt. Nur vergleichsweise selten wird sie völlig gelöst in einer regelmäßigen Erstellung entsprechender Realleistungen auftreten.

8) Die Merkmale der Sicherungsleistung

Zur Beschreibung der Sicherungsleistung ist es notwendig, die sie kennzeichnenden Merkmale aufzuführen. Die Sicherungsleistung erscheint dann vollständig beschrieben, wenn die Dauer der Gültigkeit sowie der Inhalt des abstrakten Leistungsversprechens angegeben werden. Unterschiedliche Ausprägungen dieser Merkmale führen zu verschiedenen Arten der Sicherungsleistung.

Zunächst ist auf die Dauer der Gültigkeit des abstrakten Leistungsversprechens einzugehen. Sie kann durch konkrete Ausprägungen der Artenmerkmale Zeitpunkt des Beginns und der Beendigung der Gültigkeit des abstrakten Leistungsversprechens beschrieben werden. Wenn es sich bei dem zwischen zwei Zeitpunkten liegenden Zeitintervall auch um einen in allgemein anerkannten Maßeinheiten quantifizierbaren Tatbestand handelt, so empfiehlt es sich doch auch hier, die Dauer der Gültigkeit des abstrakten Leistungsversprechens als qualitatives Merkmal der Leistungsart einzuordnen¹⁾. Es wäre beispielsweise sinnlos, davon auszugehen, daß ein Nachfrager, der am 26. März über die Börse Zwei-Monats-Optionen auf den Kauf von Aktien einer bestimmten Gesellschaft erwirbt, sechshundsechzigmal eine Tagesoption nachfragt.

Als zweites Merkmal der Sicherungsleistung ist der Inhalt des abstrakten Leistungsversprechens anzusehen. Er kann nur durch Angabe aller die gegebenenfalls eintretende Realleistungsbeziehung kennzeichnenden Merkmale beschrieben werden. Dieses Merkmal umfaßt somit eine Reihe von Artenmerkmalen, denn nur durch die Gesamtheit der die Realleistungsbeziehung kennzeichnenden Größen ist die genaue

1) Vgl. S. 195 der vorliegenden Arbeit.

Übertragung von Chancen auf den Nachfrager sowie die Abnahme von Risiken durch den Betrieb zu erfassen. Hierbei ist zu beachten, daß je nach der vom Nachfrager angestrebten Chancen- und/oder Risikentransformation das Augenmerk auf eine Sicherung aller oder nur einzelner Merkmale der Realleistungsbeziehung gerichtet sein kann. Folglich finden sich Sicherungen der Inanspruchnahme der angestrebten Realleistung, der geldlichen Gegenleistung oder beider. Da die Sicherung der geldlichen Gegenleistung als einer Realleistungsart ebenfalls als Sicherung der Inanspruchnahme einer Realleistung aufgefaßt werden kann, ist im folgenden nur die Sicherung der Realleistung ohne und mit Sicherung der Gegenleistung zu unterscheiden.

Das erste Merkmal dieser Merkmalsgruppe stellt die Art der Realleistung dar, auf die das abstrakte Leistungsversprechen gerichtet ist. Eine genaue Kennzeichnung kann durch Angabe von Ausprägungen der oben aufgeführten, die Realleistungsart beschreibenden Merkmale erfolgen. Weiterhin gehören die Modalitäten der Erstellung der Realleistung nach Ausüben des Optionsrechtes durch den Nachfrager dazu. Sofern nicht bereits als Merkmal der Leistungsart enthalten, ist der Ort der Leistung aufzuführen. Hinsichtlich der Form der Inanspruchnahme der Realleistung nach Ausübung des Optionsrechtes durch den Nachfrager sind zwei Fälle zu unterscheiden. Im ersten Fall liegt eine Art Selbstbedienung des Nachfragers aufgrund eines grundsätzlichen Einverständnisses des die Realleistung erstellenden Betriebes vor¹⁾. Als Beispiele mögen das Einschalten eines Stromverbrauchers in die das Leitungsnetz des Stromerzeugers, das Veranlassen der automatischen Schaltung einer Telefonverbindung durch Wählen einer Telefonnummer und die Entnahme von Gas und Wasser aus den Leitungen der entsprechenden öffentlichen Versorgungsbetriebe genannt werden. Im zweiten Fall wird die Leistung nach Ausübung des Optionsrechtes durch den

1) Vgl. auch für die Stromentnahme aus dem öffentlichen Leitungsnetz Riebel, P., Typen der Markt- und Kundenproduktion in produktions- und absatztheoretischer Sicht, a.a.O., S. 670.

Nachfrager bewußt einzeln durch den Betrieb erstellt. Es ist zwischen sofortigem Beginn und Leistungserstellung nach Ablauf oder innerhalb einer bestimmten Frist zu unterscheiden.

Hinsichtlich der bei Inanspruchnahme der Realleistung durch den Nachfrager pro Einheit zu entrichtenden Gegenleistung kann vereinbart werden, daß sie in ihrer Höhe bereits bei Abschluß des Leistungsvertrages festlegt, sich nach dem zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme gültigen Börsen- oder Marktpreis bestimmt oder zu diesem Zeitpunkt frei auszuhandeln ist. Auch eine entsprechende Abrede ist zu den Merkmalen der Sicherungsleistung zu zählen.

2') Beispiele der von Betrieben der Praxis erstellten Sicherungsleistungen

Sicherungsleistungen im hier aufgefaßten Sinne können auf jede der oben aufgeführten Realleistungsarten gerichtet sein. Allerdings ist hinsichtlich vieler Realleistungsarten das Auftreten von Eventualbedarf auf Seiten der Nachfrager so selten und/oder der Faktoreinsatz für die Begründung einer Leistungsbereitschaft der Betriebe so aufwendig, daß sich in der Praxis keine Märkte für entsprechende Sicherungsleistungen herausgebildet haben. Allenfalls treten Sicherungsleistungen dann in einer noch darzustellenden degenerierten Form auf.

Auf Zustandsänderungen, Ortsveränderungen und Zeitüberbrückungen von Objekten der Nachfrager gerichtete Sicherungsleistungen treten in der Praxis beispielsweise in der Weise auf, daß Betriebe nachfragenden Wirtschaftssubjekten innerhalb eines abgegrenzten Zeitraumes die Durchführungsverpflichtung einer bestimmten oder bis zu einer Höchstmenge gehenden Anzahl von Leistungen gegen Entgelt versprechen, ohne daß die Nachfrager überhaupt, in vollem Umfange oder in einer zeitlich gebundenen Weise davon Gebrauch machen müssen. Solche Leistungen werden beispielsweise von industriellen Verarbeitungsbetrieben (Lohnindustrie), Reparatur- und Servicebetrieben, Elektrizitätswerken, Verkehrsbetrieben,

Telefongesellschaften und Lagerhausbetrieben erbracht.

Auf die Inanspruchnahme von Rechtsänderungsleistungen gerichtete Sicherungsleistungen können sowohl die umfassende wie auch die beschränkte Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren zum Gegenstand haben. Als Beispiele der zuerst genannten Möglichkeit seien gewährte Optionsrechte auf die Übereignung von Sachobjekten, Informationen (Erfindungen, Werke der Literatur und der Musik), Geld (Verkaufsoptionen aller Art) und Ansprüchen (Aktien, Obligationen) genannt. Bezüglich einer nicht umfassenden Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Faktoren sind Optionen auf die zeitlich begrenzte Übertragung des Nutzungsrechtes an Sachobjekten (Miete, Pacht, Leasing), Arbeitskräften (Bereitschaftsdienst) und Informationen (Lizenzen) denkbar. Besondere praktische Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die auf die zeitlich begrenzte Überlassung von Geld gerichtete Sicherungsleistung erlangt. Hierbei wird den die Leistung in Anspruch nehmenden Wirtschaftssubjekten von Betrieben (Banken) das Optionsrecht eingeräumt, über Zahlungsmittel bis zu einer bestimmten Gesamtmenge und bestimmter oder beliebiger Dauer zu verfügen und somit im Rahmen der gezogenen Grenzen Rechtsänderungsleistungen an Geld in Anspruch zu nehmen¹⁾.

Häufig treten Sicherungsleistungen der aufgezeigten Arten nur in einer degenerierten Form auf, bei der über die Erstellung einer Realleistung durch den Betrieb bereits fest entschieden ist, allerdings dem Nachfrager die Wahl des Zeitpunktes der Inanspruchnahme freigestellt wird²⁾. Es handelt sich insofern um eine degenerierte Form der

- 1) Als Gegenleistung ist von Nachfragern eine Bereitstellungsprovision zu entrichten. Dieser Ausdruck weist auf den Zusammenhang der vom Betrieb bei der Erstellung von Sicherungsleistungen vorzuhaltenden Leistungsbereitschaft hin.
- 2) Darüber hinaus kann gegebenenfalls dem Nachfrager noch die genaue Spezifizierung einer im Grundsatz bestimmten Realleistungsart überlassen werden. Dies tritt beispielsweise bei Rechtsänderungsleistungen an Sachobjekten in der Form des Spezifikationskaufes, bei Verkehrsleistungen in Form der Wahl der Objektarten und Relationen auf.

Sicherungsleistung, als nicht mehr über Inanspruchnahme oder Nichtinanspruchnahme, sondern nur noch über den Zeitpunkt der Inanspruchnahme eine Wahlmöglichkeit besteht. Streng genommen liegt hier jedoch nicht mehr eine elementare Leistungsart, sondern ein Leistungsbündel, bestehend aus Sicherungsleistung und Realleistung, vor.

Bezüglich der Erstellung von Zustandsänderungs-, Ortsveränderungs- und Zeitüberbrückungsleistungen tritt die degenerierte Sicherungsleistung beispielsweise bei Elektrizitätswerken und Lagerhausbetrieben, bei denen eine bestimmte Mindestabnahmemenge der von ihnen erstellten Leistungsart pro Periode zugrunde gelegt wird, bezüglich dieser Mindestabnahmemenge der Leistungsart oder bei Verkehrsbetrieben dann auf, wenn mittels einer zeitlich übertragbaren Fahrkarte vom Nachfrager zwar nicht mehr über die Frage, ob er die Leistung in Anspruch nehmen will oder nicht, jedoch über die Frage der zeitlichen Einordnung der Inanspruchnahme entschieden werden kann¹⁾. Bei Rechtsänderungsleistungen an Sachobjekten erscheint die degenerierte Sicherungsleistung beispielsweise beim Abrufkauf.

Eine besondere Eigenart weist im Rahmen eines Leistungsbündels von Sicherungsleistung und Realleistung die Leistungsbeziehung dann auf, wenn dem Nachfrager vom Betrieb das Recht eingeräumt wird, im Rahmen des theoretisch Möglichen eine beliebig große Menge gleichartiger oder unterschiedlicher Leistungen in Anspruch zu nehmen. Dies tritt beispielsweise hinsichtlich der Leistungen der Rundfunk- und Fernsehanstalten und der im Linienverkehr erstellten Leistungen von Verkehrsbetrieben auf²⁾.

- 1) Besteht dagegen die Möglichkeit der Rückgabe der Fahrkarte gegen völlige oder teilweise Erstattung des Kaufpreises, so liegt eine vollständige Sicherungsleistung vor.
- 2) Ein entsprechendes Angebot eines Betriebes findet seinen Grund darin, daß eine zusätzliche Inanspruchnahme keinerlei oder nur verhältnismäßig geringe Grenzkosten hervorruft und bei der als ausreichend groß angesehenen Inanspruchnahmemöglichkeit der Betrieb von diesem Vorgehen ein vergleichsweise höheres Zielerreichungsausmaß erwartet.

2. Das bedingte abstrakte Leistungsversprechen in den Formen Versicherungs- und Glücksspielleistung

α) Die Versicherungsleistung

(1) Darstellung der Versicherungsleistung

Der Versicherungsleistung liegt der Wunsch von Menschen nach Sicherheit vor möglichen, aber ungewissen zukünftigen, das Zielerreichungsausmaß beeinträchtigenden Wirkungen oder, mit anderen Worten, Abnahme entsprechender Risiken zugrunde¹⁾.

Die Versicherungsleistung wurde oben als vom Betrieb einem nachfragenden Wirtschaftssubjekt gegenüber abgegebenes bedingtes abstraktes Leistungsversprechen auf Vornahme einer Realleistung gekennzeichnet, bei der im Falle des aufgrund des Eintritts der zugrunde gelegten Bedingung erfolgenden Erstellens der Realleistung ein Ausgleich eines durch Eintritt der Bedingung entstandenen Schadens des Nachfragers erfolgt²⁾. Dies geschieht in der Weise, daß für die gegebenenfalls vom Betrieb erstellte Realleistung vom Nachfrager keine oder nur eine Gegenleistung zu erbringen ist, deren Zeitwert geringer als der Wert der Realleistung ist³⁾. Durch das bei Erstellung von Versicherungsleistungen vom Betrieb

-
- 1) Vgl. auch Farny, D., a.a.O., S. 64: "Die Versicherung ist ein Wirtschaftsgut mit einem bestimmten Nutzen; dieser resultiert aus dem allgemeinen Bedürfnis nach Sicherheit, das von Wirtschaftseinheiten jeder Art empfunden wird." Allerdings wird nach der hier vertretenen Auffassung das Bestehen eines allgemeinen Bedürfnisses nach Sicherheit verneint; es würde der in der Realität auftretenden Nachfrage nach Glücksspielleistungen widersprechen. Es kann sich somit allenfalls um einen allgemeinen Wunsch nach Sicherheit vor unerwünschten Ereignissen handeln.
 - 2) Es ist zu beachten, daß nicht die Vermeidung der Beeinträchtigung, sondern der Ausgleich des daraus resultierenden Schadens Gegenstand der Versicherungsleistung ist.
 - 3) Hieraus folgt, daß Versicherungsleistungen nur bis zur vollständigen Abdeckung des Risikos erbracht werden können. Unter Vernachlässigung der im Einzelfall bestehenden Schwierigkeit der Bemessung der Höhe eines Schadens muß streng genommen ein den Ausgleich des Schadens übersteigender Teil des Wertes der betrieblichen Realleistung als Chance angesehen werden. Hierauf wird im folgenden nicht weiter eingegangen.

abgegebene bedingte Schutzversprechen¹⁾ werden den Nachfragern aus möglichen, aber ungewissen, ihr Zielerreichungsausmaß negativ beeinflussenden Wirkungen resultierende Risiken ganz oder teilweise abgenommen und auf den die Leistung erstellenden Betrieb übertragen, welcher sie unter Umständen aufgrund einer großen Zahl voneinander unabhängiger gleichartiger Ereignisse ausgleichen kann²⁾.

(2) Die Merkmale der Versicherungsleistung

Zur Kennzeichnung unterschiedlicher Arten der Versicherungsleistung ist es notwendig, sie durch Merkmale zu beschreiben. Unterschiedliche Ausprägungen dieser Merkmale führen zu abweichenden Arten der Versicherungsleistung.

Als erstes Merkmal der Versicherungsleistung ist das Zeitintervall der Gültigkeit des abstrakten Leistungsversprechens aufzuführen. Es kann durch konkrete Ausprägungen der Merkmale Zeitpunkt des Beginns und der Beendigung des Schutzversprechens gekennzeichnet werden.

Der Inhalt des Versicherungsverprechens wird durch die die Verpflichtung des Betriebes zur Erstellung einer Realleistung begründende Bedingung sowie durch die Gesamtheit der die folgende Realleistungsbeziehung kennzeichnenden Größen bestimmt.

Jene die konkrete Verpflichtung des Betriebes zur Erstellung einer Realleistung begründende Bedingung stellt eine mögliche zukünftige Veränderung eines Tatbestandes dar, welche

1) Vgl. zum Ausdruck "bedingtes Schutzversprechen" Farny, D., a.a.O., S. 8.

2) Vgl. ebenda, S. 14 und S. 23 f. Allerdings wird hier, wie bereits erwähnt, der Risikoausgleich nicht als die Versicherungsleistung bestimmendes Merkmal angesehen.

zu einer direkten oder indirekten Minderung des Zielerreichungsausmaßes des Nachfragers führt. Sie darf, um die beliebige Herbeiführung einer Vermögenstransformation vom Betrieb auf den Berechtigten¹⁾ durch den Versicherungsnehmer zu vermeiden, grundsätzlich nicht von diesem willentlich herbeigeführt werden können.

Bei der Bedingung handelt es sich einerseits um vom Versicherungsnehmer selbst nicht willentlich veranlaßte, von Dritten oder aufgrund von Naturprozessen verursachte Veränderungen der sich in seinem Verantwortungsbereich befindlichen Faktoren oder seiner selbst. Die Veränderung kann dabei in einem Verlust des Nutzungspotentials aufgrund eines endgültigen oder zeitweiligen Entzuges der rechtlichen Zuordnung der sachlichen Faktoren oder in einer Beeinträchtigung des Nutzungspotentials aufgrund einer nach den oben aufgeführten Wirkungsmechanismen verursachten Zustandsänderung der sachlichen Faktoren oder des Versicherungsnehmers selbst bestehen; auch ist eine Beeinträchtigung des Nutzungspotentials durch eine nicht erwünschte Ortsveränderung von Objekten denkbar. Sie spielt jedoch in der Versicherungspraxis keinerlei Rolle.

Die Zwecke des Versicherungsnehmers zuwiderlaufende Veränderung kann andererseits jedoch auch in einem Entzug von Faktoren aufgrund einer durch sein Handeln hervorgerufenen Beeinträchtigung der Faktorausstattung anderer Wirtschaftssubjekte oder dieser selbst, für die er aufgrund der Veranlassungshaftung die rechtlichen Folgen tragen muß, bestehen.

Die Bedingung kann durch Ausprägungen der Merkmale versicherter Tatbestand und Art der Beeinträchtigung beschrieben werden. Sofern das Versicherungsverprechen auf den Eintritt der Bedingung in einem geographisch abgegrenzten

1) Neben dem Versicherungsnehmer selbst können gegebenenfalls andere Wirtschaftssubjekte als Berechtigte bestimmt werden.

Raum beschränkt ist, ist dieser ebenfalls zu den Merkmalen zu zählen. Wird die Verpflichtung des Betriebes zur Erbringung einer Realleistung über den Eintritt des Versicherungsfalles hinaus vom Übersteigen einer bestimmten Schadenshöhe abhängig gemacht, so liegt eine Selbstbeteiligung des Versicherungsnehmers vor. Die Höhe der Selbstbeteiligungsquote ist dann ebenfalls als Merkmal der Versicherungsleistung zu nennen.

Als weitere Merkmale der Versicherungsleistung sind die die im Falle des Eintritts der Bedingung abzuwickelnde Realleistungsbeziehung zwischen Betrieb und Versicherungsnehmer beziehungsweise sonstigem Berechtigten kennzeichnenden Größen aufzuführen. Hierzu gehört als erstes Merkmal die Art der Realleistung, auf die das Versicherungsverprechen gerichtet ist. Ihre genaue Kennzeichnung kann mit Hilfe der bei der Darstellung der Realleistungsarten aufgeführten Merkmale geschehen. Versicherungsverprechen können grundsätzlich auf alle Arten der Realleistung gerichtet sein. In der Praxis tritt jedoch eine Beschränkung auf eine vergleichsweise geringe Anzahl von Arten auf. Hierbei handelt es sich keineswegs immer um eine Wiederherstellung des vor Eintritt der Bedingung bestehenden Zustandes (Naturalrestitution) bezweckende Leistungen, da diese häufig nicht möglich ist (dauerhafte Personenschäden, Entwendung von und Schäden an einmaligen Objekten) oder von Versicherungsleistungen erstellenden Betrieben nicht angeboten wird.

Vielfach wird der Schaden einer bestimmten Art einen unterschiedlichen Umfang annehmen können und eine gestaffelte Leistungspflicht des Betriebes bedingen. Eine entsprechende Verknüpfung zwischen Schadensumfang und Leistungspflicht kennzeichnet ebenfalls den Inhalt des Versicherungsverprechens.

Weiterhin sind zu den Merkmalen der Versicherungsleistung die Angabe des Ortes und des Zeitpunktes der Erstellung der Realleistung zu zählen. Hierzu gehört insbesondere auch die Vereinbarung, ob die Realleistung in einem Betrag oder in Teilbeträgen zu erbringen ist.

Das Entrichten einer Gegenleistung durch den Nachfrager für die aufgrund des Eintritts der Bedingung vom Betrieb erstellte Realleistung tritt zwar grundsätzlich nicht auf, zerstört den Risiken abnehmenden Charakter der Versicherungsleistung jedoch nur dann, wenn die Gegenleistung den Wert der Realleistung erreicht.

(3) Beispiele der von Betrieben der Praxis erstellten Versicherungsleistungen

Nach der hier vertretenen Auffassung als Versicherungsleistung einzuordnende Leistungen werden in der Praxis sowohl von Betrieben der Versicherungswirtschaft wie auch von Betrieben anderer Wirtschaftszweige erbracht.

Neben durch unterschiedliche Zeitintervalle der Gültigkeit können von Betrieben der Versicherungswirtschaft erstellte Versicherungsleistungen nach der Zuordnung des Schadens (Eigen-, Fremdschaden), der Art des Schadens und der Schadensursache (Selbst-, Dritt-, Naturveranlassung), der den Schaden ausgleichenden Realleistung (Naturalrestitution und sonstige Sachleistung, Leistung in Geld) und der Leistungsweise (im Ganzen, Leistung in Teilbeträgen) unterschieden werden. In der Praxis auftretende Ausprägungen dieser Merkmale und Kombinationen der Merkmalsausprägungen sind so vielfältig, daß auf eine Aufzählung verzichtet werden muß. Die in der Realität auftretenden Arten der von Betrieben der Versicherungswirtschaft erstellten Leistungen sind im übrigen in der Literatur ausreichend beschrieben¹⁾.

1) Vgl. beispielsweise Mahr, W., a.a.O., und Gürtler, M., Betriebswirtschaftliche Probleme des Versicherungswesens, Wiesbaden 1959, S. 12 ff.

Zu den von Betrieben außerhalb der Versicherungswirtschaft in elementarer Form erstellten Versicherungsleistungen sind beispielsweise von Banken übernommene Bürgschaften und Garantien zu zählen. Häufig treten derlei Versicherungsleistungen jedoch mit anderen Leistungsarten in einem Leistungsbündel auf. Als Beispiele mögen auf die Wiederherstellung, Lieferung eines gleichartigen Objektes oder Schadensausgleich in Geld gerichtete Garantieleistungen von Industrie- und Handelsbetrieben, die Übernahme des Ausfallrisikos durch Factoringinstitute sowie die Zusicherung einer bei Lieferstörungen zu zahlenden Konventionalstrafe durch Lieferanten von Sachobjekten genannt sein.

8) Die Glücksspielleistung

(1) Darstellung der Glücksspielleistung

Die Glücksspielleistung beruht auf einer Form der Spiel Leidenschaft von Menschen. Die Teilnahme an Spielen kann von Menschen zu ihrer Unterhaltung als Selbstzweck sowie zur Erlangung von Spielgewinnen betrieben werden; beide Möglichkeiten können miteinander verbunden auftreten. Der Glücksspielleistung liegt die zweite der aufgeführten Formen menschlicher Spiel Leidenschaft zugrunde. Sie kann als Wunsch des Menschen nach Erlangung möglicher, aber ungewisser, sein Zielerreichungsausmaß fördernder Ereignisse oder, mit anderen Worten, Empfang von Chancen gekennzeichnet werden.

Auf die Erlangung von Chancen gerichtete Bedürfnisse können durch Inanspruchnahme der von Betrieben erstellten Glücksspielleistungen erfüllt werden. Die Glücksspielleistung wurde als vom Betrieb abgegebenes bedingtes abstraktes Leistungsversprechen auf Vornahme einer Realleistung definiert, bei der im Falle des Erstellens der Realleistung

eine Vermögens- oder Leistungsübertragung vom Betrieb auf den Nachfrager erfolgt. Durch die Abgabe des Glücksspielversprechens werden vom Betrieb Chancen auf das nachfragende Wirtschaftssubjekt übertragen. Für die Erlangung der Chancen werden vom Nachfrager grundsätzlich sichere Gegenleistungen¹⁾, meist geringen Wertes erbracht.

Im Falle für das Leistungsversprechen erlangter Gegenleistungen kann der Betrieb regelmäßig aufgrund einer Vielzahl von einander unabhängiger gleichartiger Ereignisse die Chancen- transformation vornehmen, so daß zwar bei Eintritt der Realleistungs- verpflichtung eine Vermögensübertragung vom Betrieb auf den Nachfrager erfolgt, diese jedoch durch die Summe der für das Glücksspielversprechen erlangten Gegenleistungen ausgeglichen oder mehr als ausgeglichen wird.

(2) Die Merkmale der Glücksspielleistung

Zur Beschreibung der Glücksspielleistung ist es erforderlich, die sie kennzeichnenden Merkmale aufzuführen. Unterschiedliche Ausprägungen dieser Merkmale führen zu verschiedenen Arten der Glücksspielleistung.

Als erstes Merkmal der Glücksspielleistung ist der Zeitpunkt, zu dem beziehungsweise der Zeitraum, innerhalb dessen das Glücksspielversprechen gültig ist, zu nennen.

Der Inhalt des bedingten abstrakten Leistungsversprechens kann durch die die konkrete Leistungspflicht des Betriebes begründende Bedingung sowie jene die gegebenenfalls folgende Realleistungsbeziehung kennzeichnenden Größen beschrieben werden.

Wie im Falle der Versicherungsleistung ist bei der Glücks-

1) Die Gegenleistung stellt allerdings kein notwendiges Kennzeichen der Glücksspielleistung dar. So werden beispielsweise von Preisausschreiben durchführenden Betrieben Glücksspielleistungen erstellt, denen die Gegenleistung fehlt.

spielleistung das Erstellen der Realleistung an den Eintritt eines möglichen, aber ungewissen Ereignisses als Bedingung geknüpft. Es kann durch Ausprägungen der Merkmale Tatbestand und Art der bewirkten Veränderung beschrieben werden. Eine Voraussage einer bestimmten Veränderung eines bestimmten Tatbestandes wird vom Nachfrager autonom oder nach Einigung mit dem Betrieb von diesem dem Glücksspielversprechen als Bedingung zugrunde gelegt. Durch Eintritt des zur Bedingung erhobenen Ereignisses wird die konkrete Leistungspflicht des Betriebes begründet. Zur Abgrenzung von der Versicherungsleistung darf das die Bedingung darstellende Ereignis nicht in einem einen Schaden des Nachfragers begründenden Tatbestand bestehen. Zur Bedingung können sowohl vom Betrieb wie auch vom Nachfrager unbeeinflussbare ungewisse, zukünftige Ereignisse und aufgrund einer vom Betrieb durchgeführten Ziehung oder Ausspielung oder durch Handlungen des Nachfragers herbeigeführte Ereignisse (Spiel) erhoben werden. Denkbar sind auch Kombinationen der aufgeführten Möglichkeiten. In jedem Falle darf das Eintreten eines bestimmten Ereignisses jedoch nicht ausschließlich vom Willen des Betriebes oder des Nachfragers abhängig sein, sondern muß Zufallseinflüssen unterliegen.

Als weiteres Merkmal der Glücksspielleistung ist die Art der Leistung, auf die das abstrakte Leistungsversprechen gerichtet ist, aufzuführen. Sie kann mit Hilfe der die Leistungsart kennzeichnenden Merkmale beschrieben werden. Es kann sich hierbei um alle möglichen Arten der Realleistung¹⁾ handeln, wobei allerdings in der Praxis nur einige wenige ausgewählte Arten Bedeutung erlangt haben. Werden unterschiedliche Arten und Umfänge des Spielgewinnes geboten,

1) Denkbar wäre ebenfalls ein auf Sicherungs-, Versicherungs- oder Glücksspielleistungen gerichtetes Glücksspielversprechen, im letzten Fall jedoch nur, sofern dieses nicht wiederum auf eine Glücksspielleistung und so fort gerichtet ist. Dieser Gedanke soll hier jedoch nicht weiterverfolgt werden.

so ist die Verknüpfung dieser mit den zugrunde gelegten Bedingungen ebenfalls zu den Merkmalen der Versicherungsleistung zu zählen.

Weiterhin sind, sofern nicht als Kennzeichen der Realleistungsart erfaßt, der Ort, an dem, und der Zeitraum, nach dem oder innerhalb dessen nach Entstehen der konkreten Leistungspflicht die Realleistung zu erstellen ist, als Merkmale aufzuführen.

Die im Falle des Eintritts der Bedingung zu erbringende Realleistung wird vom Betrieb grundsätzlich ohne Anspruch auf Gegenleistung erstellt; wie im Falle der Versicherungsleistung zerstört das Vereinbaren einer Gegenleistung für die erstellte Realleistung jedoch nicht den chancenübertragenden Charakter der Glücksspielleistung, solange sie nicht den Wert der Realleistung erreicht.

(3) Beispiele der von Betrieben der Praxis erstellten Glücksspielleistungen

In der Praxis mögliche Arten der Glücksspielleistung ergeben sich aus der Kombination konkreter Ausprägungen der aufgeführten, die Glücksspielleistung kennzeichnenden Merkmale. Da ihre Anzahl sehr groß ist und ihre Darstellung den Umfang der vorliegenden Arbeit sprengen würde, wird im folgenden nur ein Überblick der bei Glücksspielleistungen der Praxis auftretenden Ausprägungen der Merkmale Bedingung und Realleistungsart gegeben.

Im Falle der Zustandswette besteht die für die Begründung der konkreten Leistungspflicht des Betriebes vom Nachfrager zu erfüllende Bedingung darin, daß dieser einen vom Betrieb erfragten Zustand in richtiger Weise angeben (Lösung) hat¹⁾. Der Gewinn entfällt auf den oder die Einsender mit

1) Die Zustandswette stellt im Grunde genommen keine Glücksspielleistung im hier verstandenen, auf der Ungewisheit beruhenden Sinne dar, weil es am Vorliegen objektiver Ungewisheit mangelt. Sie beruht nur auf der subjektiven Unkenntnis des Nachfragers. Gleiches gilt für Zustandswetten im Privatbereich.

der richtigen Lösung, sofern nicht zwischen mehreren Einsendern mit richtiger Lösung zusätzlich eine Verlosung erfolgt. Von Betrieben durchgeführte Preisausschreiben stellen häufig Zustandswetten dar.

Im Falle der Ereigniswette ist dagegen vom Nachfrager eine weder von ihm noch vom Betrieb herbeizuführende Veränderung eines bestimmten Tatbestandes in der zukünftigen Wirklichkeit entsprechender Weise vorauszusagen. Sportwetten, beispielsweise in Form des Fußballtotos, der Wette 6 aus 45, des Pferdetotos und Rennquintetts, der Wetten auf Ergebnisse bestimmter Fußballspiele und sonstiger Sportveranstaltungen stellen Ereigniswetten dar.

Für die Herbeiführung der die konkrete Verpflichtung des Betriebes zur Erbringung der angestrebten Realleistung begründenden Bedingung mittels einer vom Betrieb durchgeführten Ausspielung besteht eine Vielzahl technischer Möglichkeiten. Diese reichen von der Ziehung der Namen der Gewinner oder der sie ersetzenden Losnummern oder sonstiger Symbole aus Urnen, wie dies in der staatlichen Klassenlotterie oder bei Tombolas geschieht, bis zum Ausspielen von Symbolen und Symbolkombinationen, wie dies beispielsweise beim Roulette und beim Zahlenlotto der Fall ist.

Während bei Wette und Ausspielung die Einwirkungsmöglichkeit des Nachfragers auf die Fixierung seiner Wahl der zugrunde gelegten Bedingung beschränkt ist, findet sich bei von ihm herbeizuführenden Bedingungen eine aktive Beteiligung des Spielers. Sie kann von einer gemeinschaftlichen Durchführung von nach bestimmten Regeln ablaufenden auf Gewinn gerichteten Gesellschaftsspielen über das Betätigen von auf Gewinn gerichteten Spielautomaten bis hin zu Ge-
- allerdings ebenfalls der Ungewißheit unterliegenden - Geschicklichkeitsbeweisen reichen, wie dies beispielsweise in Form des Ringwerfens und des Schießens auf Zielscheiben von Schaustellerbetrieben angeboten wird.

Grundsätzlich kann das Glücksspielversprechen auf Realleistungen aller Art gerichtet sein. In der Praxis haben sich jedoch bei gewerbsmäßig betriebenen Glücksspielen Gewinne in Form von Realleistungen nur wenige Arten durchgesetzt. So sind die gesamtwirtschaftlich bedeutenden, von Betrieben wiederkehrend erstellten Glücksspielleistungen wie beispielsweise Zahlenlotto, Fußball- und Pferdetoto, Wette 6 aus 45, Rennquintett, Klassenlotterie und Roulette auf Geld oder, wie bei der Glücksspirale, auf Sachobjekte gerichtet.

D. Betriebliche Endleistungen als Bestandteile eines Leistungsbündels

I. Elementare Endleistungen und Bündel von Endleistungen

Aus methodischen Gründen der Erkenntnisgewinnung wurden die Arten betrieblicher Endleistungen bislang in elementarer Form dargestellt. Es wurde nachgewiesen, daß die vollzogene Veränderung des Zustandes, der räumlichen und zeitlichen Erscheinungsform und der rechtlichen Zuordnung von Leistungsobjekten sowie das abstrakte Leistungsversprechen auf Realleistungen aller Art als die von Betrieben Nachfragern gegenüber erbrachten originären elementaren Endleistungskategorien anzusehen sind.

In der Praxis treten Endleistungen jedoch nicht in jedem Falle in von anderen isolierter, elementarer Form auf. Von Betrieben werden häufig Leistungsbündel erstellt¹⁾. Entsprechende Leistungsbündel liegen dann vor, wenn vom Betrieb bewirkte, nicht isolierbare Veränderungen eines Tatbestandes, wie beispielsweise Zustandsänderung und Zeitüberbrückung, mehrere Zwecke des Nachfragers zu erfüllen vermögen²⁾ und/oder wenn

- 1) Vgl. zum Begriff Leistungsbündel Krümmel, H.-J., Bankzinsen, Köln - Berlin - Bonn - München 1964, S. 37 und S. 121 f., und Engelhardt, W., a.a.O., S. 164.
- 2) Von den von Betrieben für den Bedarf Dritter erstellten Leistungsbündeln sind jene Leistungsbündel zu unterscheiden, bei denen eine einzige Maßnahme sowohl Zwecke des Nachfragers wie auch des Betriebes erfüllt. Vgl. hierzu S. 165, Fußnote 2, und S. 170 der vorliegenden Arbeit. Von derartigen Sonderfällen wird im folgenden jedoch abgesehen.

vom Betrieb isolierbare Veränderungen nur als Bündel abgegeben oder nachgefragt werden. Ersteres ist beispielsweise dann der Fall, wenn neben der Veränderung der rechtlichen Zuordnung eines Leistungsobjektes dieses durch Zustellung an den Nachfrager ebenfalls einer Ortsveränderung unterzogen oder wenn neben der Reparatur einer defekten Maschine vom Betrieb ein Garantieverprechen für ein bestimmtes Zeitintervall abgegeben wird. Eine bündelweise Nachfrage von Endleistungen durch ein Wirtschaftssubjekt tritt dann auf, wenn nur das Gesamt von gegebenenfalls isolierbaren Endleistungen des Betriebes die Zwecke des Nachfragers zu erfüllen vermag, wie dies beispielsweise bei einer Tonfilmvorführung gegeben ist.

Allerdings ist zu unterscheiden, ob die Zugrundelegung mehrerer isolierbarer Endleistungsarten in einem Leistungsvertrag nach freier Wahl beider Parteien oder aufgrund einer Optionsfixierung einer Marktseite erfolgt. Während im ersten Fall von einer durch einen gemeinsamen Absatz- beziehungsweise Beschaffungsvorgang verbundenen Erstellung mehrerer isolierter Endleistungsarten ausgegangen wird, soll der Begriff Leistungsbündel sich nur auf die von einer Marktseite vorgenommene zwangsweise Koppelung mehrerer elementarer Endleistungsarten erstrecken¹⁾.

Ob Endleistungen tatsächlich einzeln oder nur innerhalb eines Leistungsbündels absatzfähig werden, bestimmt die Marktseite, die sich jeweils in der stärkeren Verhandlungsposition befindet²⁾. Allerdings wird diese sich bei ihren Entscheidungen über die Erstellung oder Inanspruchnahme von Leistungen auch an den Wünschen des Leistungspartners ausrichten müssen, um ein Höchstmaß an Zielerfüllung zu erlangen.

1) Vgl. hierzu Krümmel, H.-J., Bankzinsen, a.a.O., S. 37 und S. 121 f.

2) Vgl. ebenda, S. 37.

II. Formen der Kombination elementarer Endleistungen zu Leistungsbündeln

a) Kombinationen von Realleistungen

Formen der Kombination von Realleistungen treten in der Praxis als Leistungsbündel in einer Vielfalt von Ausprägungen auf. So ist beispielsweise eine Verbindung von Zustandsänderungs- und von Ortsveränderungsleistung gegeben, wenn ein Reparaturbetrieb dem Nachfrager das reparierte Objekt zustellt. Eine Verbindung von Zustandsänderungs- und Zeitüberbrückungsleistung liegt vor, wenn vom Nachfrager neben der gewünschten Zustandsänderung eines Objektes ebenfalls eine Zeitüberbrückung angestrebt wird¹⁾. Eine Verbindung von Ortsveränderungs- und Zeitüberbrückungsleistung tritt demgegenüber auf, wenn neben der Ortsveränderung noch eine die Transportdauer übersteigende Zeitüberbrückung vorgenommen wird, wie dies in der Realität häufig geschieht. Ein besonders prägnantes Beispiel eines Leistungsbündels ist gegeben, wenn an noch nicht reifen Naturprodukten wie beispielsweise Bananen in mehreren gleichzeitig durchgeführten Kombinationsprozessen sowohl eine Zustandsänderungsleistung (Reife), eine Ortsveränderungsleistung (von Südamerika nach Europa) wie auch eine Zeitüberbrückungsleistung erstellt wird.

Eine Verbindung mehrerer Rechtsänderungsleistungsarten liegt dann vor, wenn Veränderungen der rechtlichen Zuordnung von mehreren Objekten nur gemeinsam erlangt werden können, wie dies beispielsweise bei einem Koppelungsverkauf, bei verbundener Vermietung eines Schiffes und seiner Ausrüstung und beim Einnehmen einer Mahlzeit im Restaurant auftritt.

1) Allerdings wird, wie bereits erwähnt, nicht jede im Zusammenhang mit einer Zustandsänderungs- oder Ortsveränderungsleistung auftretende Zeitüberbrückung von Leistungsobjekten vom Nachfrager als Leistung angesehen. Im Regelfall ist sie nur unerwünschte, aber notwendige Konsequenz der Inanspruchnahme der angestrebten Leistung. Vgl. S. 112 f. und S. 155 der vorliegenden Arbeit.

Eine Verbindung von Rechtsänderungsleistung und einer sonstigen Realleistung ist dann gegeben, wenn nach erfolgter Veränderung der rechtlichen Zuordnung auf den Nachfrager ein Objekt noch einer weiteren Veränderung unterzogen wird. Diese könnte in einem Herrichten des Zustandes des Leistungsobjektes auf die besonderen Zwecke des Nachfragers, in einer Übergabe oder einer sonstigen Zustellung an den Nachfrager oder in einer Zeitüberbrückung vom Zeitpunkt der Rechtsänderung bis zum gewünschten Verfügungszeitpunkt des Nachfragers bestehen.

b) Die Verbindung von Realleistungen und abstrakten Leistungsversprechen

1. Die Verbindung von Realleistung und Sicherungsleistung

Wenn auch bei der Darstellung der Sicherungsleistung als Form des abstrakten Leistungsversprechens davon ausgegangen wurde, daß theoretisch eine Trennung der Leistungsbeziehung in Sicherungsleistung und Realleistung möglich sei, so wurde doch bereits darauf hingewiesen, daß häufig eine so starke Verbindung besteht, daß eine praktische Trennung kaum durchzuführen ist.

Die Verbindung einer Sicherungsleistung in nicht degenerierter Form mit einer Realleistung könnte dann vorliegen, wenn die Übertragung eines Optionsrechtes an eine andere Endleistung gekoppelt wird. Häufiger wird dagegen die Verbindung der Sicherungsleistung in degenerierter Form¹⁾ mit Realleistungen auftreten, wie dies bezüglich der Leistungen von Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken, zeitlich übertragbaren Fahrkarten und Briefmarken sowie beim Kauf auf Abruf der Fall ist.

1) Vgl. hierzu S. 254 f. der vorliegenden Arbeit.

2. Die Verbindung von Realleistung und Versicherungsleistung

Ein aus Realleistung und Versicherungsleistung gebildetes Leistungsbündel besteht beispielsweise dann, wenn die Realleistung beziehungsweise das dieser zugrunde liegende Leistungsobjekt mit einem Versicherungsverprechen derart verbunden ist, daß bei Eintritt einer Bedingung der Betrieb zur Erstellung einer bestimmten Realleistung verpflichtet ist. Als Beispiele mögen aufgeführt werden, daß die Zustandsänderungsleistung mit einer Versicherungsleistung dergestalt verbunden sein kann, daß bei Eintritt einer bestimmten Bedingung der Betrieb zur Nachbesserung, Neulieferung oder Entschädigung in Geld verpflichtet ist. Vergleichbares läßt sich für eine Verbindung mit einer Ortsveränderungs- oder Zeitüberbrückungsleistung sagen¹⁾.

Weiterhin können mit einer Versicherungsleistung verbundene Rechtsänderungsleistungen auftreten. Das Versicherungsverprechen kann sich dabei zunächst auf die Aufrechterhaltung eines bestimmten Zustandes (Funktionsfähigkeit) im Zeitablauf beziehen. Unter der Bedingung, daß eine Veränderung des Zustandes (Funktionsfähigkeit) im Zeitablauf eintritt, kann eine Zustandsänderungsleistung in Form einer Ausbesserung oder Reparatur, Neulieferung oder Ersatz in Geld vorgesehen werden. Solche Versicherungsleistungen werden im Regelfall von dem die Rechtsänderungsleistung vornehmenden Betrieb erbracht, sofern dieser nicht seinerseits auf Vorlieferanten oder Hersteller zurückgreifen kann. Auch werden derlei Versicherungsleistungen dem Nachfrager häufig unter Inanspruchnahme der Leistungen von Versicherungsbetrieben zugänglich gemacht. Das Versicherungsverprechen kann sich bei der Verbindung mit einer Rechtsänderungslei-

1) Es ist allerdings zu beachten, daß entsprechende Versicherungsleistungen von Betrieben häufig nicht selbst erstellt werden, sondern sie auf Leistungen von Betrieben der Versicherungswirtschaft zurückgreifen.

stung jedoch auch auf eine andere Bedingung als die Aufrechterhaltung eines bestimmten Zustandes beziehen. Es sind beispielsweise mit einer Rechtsänderungsleistung verbundene Versicherungsleistungen, die unter der Bedingung des Eintritts des Verlustes oder des Diebstahls zu erfüllen sind, bekannt geworden. So bot beispielsweise ein Versandhaus im Sommerkatalog 1975 einen Diamantring gekoppelt mit einer auf ein Jahr begrenzten Versicherung gegen Diebstahl an¹⁾. Ähnliches gilt für die Übertragung des Nutzungsrechtes auf Zeit und Versicherung gegen Diebstahl, Beschädigung und dergleichen bei Kraftfahrzeugen und Skiern.

3. Die Verbindung von Realleistung und Glücksspielleistung

Eine Verbindung von Realleistung und Glücksspielleistung ist in der Weise denkbar, daß mit Realleistungen beispielsweise in der Form der Ortsveränderungs- oder Rechtsänderungsleistung Glücksspielversprechen verbunden sind. Allerdings dürfte die praktische Bedeutung eines derartigen Leistungsbündels gering einzuschätzen sein.

1) Vgl. Neckermann-Katalog, Frühling/Sommer 1975, S. 3.

Vierter Abschnitt

ARTEN BETRIEBLICHER VORLEISTUNGEN

A. Die innerbetriebliche Leistung in der Literatur

"Der Bereich dessen, was als innerbetriebliche Leistung bezeichnet werden soll, ist nicht eindeutig determiniert."¹⁾ Während nach E. Kosiol der Begriff der internen Leistung "so weit gefaßt werden (muß, der Verf.), daß er zwar nicht die Produktionsfaktoren selbst, wohl aber jedes Kombinationsergebnis dieser Faktoren ... umschließt"²⁾, versteht K. Mellerowicz unter Innenleistungen "marktfähige Leistungen des Betriebes, die von ihm selbst verbraucht werden"^{3) 4)}.

Während gegen die erstgenannte Definition einzuwenden ist, daß nach ihr auch nicht zweckerfüllende Ergebnisse von Faktorkombinationen als Leistungen anzusehen wären, wendet W. Engelhardt gegen die zweitgenannte Definition mit Recht ein, daß sowohl die Begriffsmerkmale Marktfähigkeit wie auch Eigenverbrauch angreifbar sind⁵⁾. Es sind sowohl ausschließlich auf den Betrieb bezogene Leistungen wie auch zunächst für betriebliche Zwecke erstellte, aber später an andere Wirtschaftssubjekte abgegebene Leistungen denkbar. Darüber hinaus erfassen die genannten Definitionen die Leistung nicht als Veränderung eines ökonomisch bedeutsamen Tatbestandes.

Aussagen über Arten innerbetrieblicher Leistungen lassen sich im wesentlichen nur aus Erörterungen der betrieblichen

1) Engelhardt, W., a.a.O., S. 161.

2) Kosiol, E., Kritische Analyse, S. 24.

3) Mellerowicz, K., Kosten und Kostenrechnung, Bd. 1, Theorie der Kosten, 4. Aufl., Berlin 1963, S. 191.

4) Vgl. zu den in der Literatur aufgeführten Kennzeichnungen innerbetrieblicher Leistungen ebenfalls die Definition der Betriebsleistung und der internen Leistung bei Walther, A., a.a.O., S. 237 f., und der (Wieder-)Einsatzleistung bei Menrad, S., Der Kostenbegriff, a.a.O., S. 53.

5) Vgl. Engelhardt, W., a.a.O., S. 161 f.

Funktionen herleiten, handelt es sich doch bei den Funktionen um Aufgaben, deren erfolgreiche Bewältigung einen dem in der vorliegenden Arbeit verwendeten Leistungsbegriff entsprechenden Tatbestand zum Inhalt hat¹⁾.

Allerdings sind die Aussagen über die zu unterscheidenden betrieblichen Funktionen in der Literatur ebenfalls nicht einheitlich. Neben den offenbar als unumgänglich angesehenen Funktionen der Beschaffung, der Leistungserstellung, des Absatzes und, sofern nicht unter Beschaffung erfaßt, der Finanzierung findet sich eine mehr oder weniger beliebige Ausdehnung auf weitere Funktionen wie beispielsweise Betriebsführung (Leitung), Gestaltung, Kontrolle und Verwaltung²⁾.

B. Die Arten der betrieblichen Vorleistungen

I. Die Ableitung der Vorleistungsarten aus der betrieblichen Aufgabe des Erstellens von Endleistungen

Die Leistung wurde allgemein als die durch Faktorkombination bewirkte zweckerfüllende Veränderung eines ökonomisch bedeutsamen Tatbestandes definiert. Nach dem Träger des durch die Leistungserstellung unmittelbar erfüllten Zweckes wurde in Zwecke Dritter erfüllende Endleistungen und Zwecke des Betriebes erfüllende Vorleistungen³⁾ unterschieden. Zwecke Dritter erfüllende Leistungen wurden im vorhergehenden Abschnitt dargestellt. An dieser Stelle ist auf die Zwecke des Betriebes erfüllenden Leistungen einzugehen. Im folgenden wird versucht, aus der von Betrieben in marktwirtschaftlichen

1) Vgl. hierzu auch Löffelholz, J., a.a.O., S. 30 und 418.

2) Vgl. hierzu-jeweils teilweise-Gutenberg, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1958, S. 22.f., und Maléri, R., a.a.O., S. 116.

3) Es ist zu beachten, daß die so definierten Vorleistungen nicht mit den in der Literatur aufgeführten, im übrigen auch untereinander abweichend definierten innerbetrieblichen Leistungen identisch sind.

Systemen erfüllten Aufgabe, der selbständigen Erstellung von Endleistungen, ein geschlossenes System betrieblicher Zweckbereiche abzuleiten. Entsprechende Zwecke erfüllende, durch Faktorkombination des Betriebes bewirkte Veränderungen eines ökonomisch bedeutsamen Tatbestandes wären dann als Arten betrieblicher Vorleistungen anzusehen.

Die Erstellung einer Endleistung durch den Betrieb setzt grundsätzlich den Abschluß eines Leistungsvertrages zwischen Betrieb und dem die Leistung nachfragenden Wirtschaftssubjekt¹⁾, das heißt erfolgreich abgeschlossene Absatzbemühungen des Betriebes voraus. Als erster Vorzweck ist der Abschluß von Leistungsverträgen mit Partnern des Absatzmarktes anzuführen; der vom Betrieb erlangte Abschluß eines Leistungsvertrages wird als Leistung des Absetzens (Absatzleistung) bezeichnet.

Müssen zur Erstellung einer Endleistung Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte in Anspruch genommen werden, deren Inanspruchnahme dem Betrieb nicht aufgrund historischer Realakte oder noch gültiger Beschaffungsverträge gesichert ist, so ist ihre Inanspruchnahme dem Betrieb durch auf sie gerichtete Leistungsverträge zu sichern. Sie stellen das Ergebnis erfolgreich abgeschlossener Beschaffungsbemühungen des Betriebes dar. Der Abschluß entsprechender Beschaffungsverträge wird als Leistung des Beschaffens (Beschaffungsleistung) bezeichnet.

In einem aus einer Anzahl verselbständigter Wirtschaftseinheiten bestehenden und einer freiheitlichen Steuerung der Beziehungen der Wirtschaftseinheiten zueinander über Märkte

1) Zum Leistungsvertrag sowie zu möglichen Ausnahmen vgl. S. 78 ff. der vorliegenden Arbeit.

des Leistungstausches beruhenden Wirtschaftssystem müssen sich die Betriebe ihre Partner für Leistungsbeziehungen auf Märkten selbst suchen und die Ausgestaltung der Leistungsbeziehungen mit diesen freiheitlich vereinbaren. Sie haben somit Aufgaben zu erfüllen, die in dieser Form in Zentralverwaltungsverwaltungswirtschafts-Systemen nicht auftreten¹⁾. Diese Leistungen des Absatzens und des Beschaffens können nach der hier vertretenen Auffassung ausschließlich für den Betrieb selbst, nie dagegen für den Bedarf Dritter erstellt werden, da es sich um die Erfüllung gliedhafter Teilfunktionen des Betriebes handelt²⁾. Dem steht auch nicht entgegen, daß in der Realität scheinbar Beschaffungs- und Absatzleistungen von anderen Wirtschaftseinheiten für einen Betrieb erstellt werden, wie dies im Kommissionsgeschäft oder der Vermittlung von Leistungen geschieht. Hier liegt entweder ein Selbsteintritt dieser Wirtschaftseinheiten vor, dann erstellen sie für sich selbst Beschaffungs- und Absatzleistungen sowie Endleistungen für den Bedarf Dritter, oder es liegt eine Vermittlertätigkeit ohne Selbsteintritt vor; in diesem Fall ist die von ihnen erbrachte Leistung als an einer Information erstellte Rechtsänderungsleistung aufzufassen³⁾.

Neben Absatz- und Beschaffungsleistungen treten aus den Endleistungen abgeleitete Vorleistungen auf⁴⁾. Wird von einer bestimmten vom Betrieb zu erstellenden Endleistungsart ausgegangen, so kann diese unter Umständen unmittelbar durch Kombination von dem Betrieb zum Betrachtungszeitpunkt verfügbaren Faktoren erstellt werden. Es liegt dann ein einstufiger

-
- 1) Gutenberg spricht entsprechend beim Absatz auch von einem systembezogenen Tatbestand, vgl. Gutenberg, E., Der Absatz, a.a.O., S. 3 ff., insbesondere S. 6. Nach P. Riebel müßte diese Einordnung jedoch auch auf die Beschaffung und große Teile des Finanzierungsbereichs, wie Finanzmittelbeschaffung und Teile der -verwendung, ausgedehnt werden, vgl. Riebel, P., Eine betriebswirtschaftliche Theorie der Produktion, in: Finanzarchiv, 26. Bd. 1967, S. 147.
 - 2) Vgl. auch die Aussage über gliedhafte Teilfunktionen des Menschen auf S. 15, Fußnote 1, der vorliegenden Arbeit.
 - 3) Vgl. hierzu auch Krümmel, H.-J., Bankzinsen, a.a.O., S. 14.
 - 4) Dies gilt im übrigen auch für Absatz- und Beschaffungsleistungen. So kann aus der am Ort B durchzuführenden Verhandlung über den Abschluß eines Leistungsvertrages die Notwendigkeit der Ortsveränderung eines Mitarbeiters von A nach B abgeleitet werden.

Kombinationsprozeß vor. Regelmäßig werden allerdings aus der Endleistung als dem zu erfüllenden Zweck zunächst so lange sachlich umrissene Vorzwecke soweit abzuleiten sein, bis ein Mittel zu ihrer Erfüllung verfügbar ist. Dieses Mittel besteht, sofern von der direkten Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte abgesehen wird, in von Betrieben durch Faktorkombination erstellten Vorleistungen. Hierbei handelt es sich, wie noch zu zeigen sein wird, ausnahmslos um an Leistungsobjekten erstellte Vorleistungen¹⁾.

Diese Vorleistungen sind offensichtlich nicht unmittelbar Zwecke Dritter, sondern unmittelbar Zwecke des Betriebes erfüllende Leistungen. Sie versetzen diesen erst in die Lage, die unmittelbar Zwecke Dritter erfüllende Endleistung zu erstellen²⁾ und über die hierfür erlangte Gegenleistung das von ihm angestrebte Ziel zu erreichen.

Die aus der Erstellung von Endleistungen abgeleiteten Vorleistungen des Betriebes umfassen somit die (nicht objektbezogenen) Absatz- und Beschaffungsleistungen sowie die objektbezogenen Vorleistungen. Auf die Arten betrieblicher Vorleistungen wird in den folgenden Teilabschnitten noch einzugehen sein.

Bei der Erstellung betriebswirtschaftlicher Aussagensysteme kann es zweckmäßig sein, die auf bestimmte Objektgattungen ausgerichteten betrieblichen Leistungsprozesse aus dem Funktionszusammenhang auszugliedern und organisatorisch zu verselbständigen (Institutionalisierung). Dies gilt insbesondere für auf das Objekt Geld gerichtete Prozesse, weil aufgrund der Tatsache, daß bei zweiseitig verpflichtenden

-
- 1) Dies gilt auch für im Hinblick auf jene Endleistungsarten, denen selbst ein Leistungsobjekt fehlt, erstellte Vorleistungen.
 - 2) Folglich können derlei Vorleistungen auch als zum Zwecke der Begründung einer spezifischen (End-)Leistungsbereitschaft erstellt angesehen werden.

Leistungsverträgen die auf die Erstellung von Leistungen für den Bedarf Dritter gerichteten absetzenden Aktivitäten auch als auf die Sicherung der Inanspruchnahme der Gegenleistung gerichtete beschaffende Aktivitäten gedeutet werden können und umgekehrt¹⁾, erst die Betrachtung der geldlichen Gegenleistung als eine besondere Leistungsart allgemein die Unterscheidung von beschaffenden und absetzenden Aktivitäten ermöglicht²⁾.

II. Die nicht-objektbezogenen Vorleistungen

a) Die Leistung des Absatzens

Der Ausdruck Absatz³⁾ wird in der betriebswirtschaftlichen Literatur nicht einheitlich definiert⁴⁾. Vielfach wird Absatz als Überlassung von Leistungen (Sachgüter und Dienstleistungen) gegen Entgelt charakterisiert⁵⁾. Der Begriffsbildung liegt dann offenbar die Vorstellung zugrunde, daß in Betrieben Leistungen (Betriebsleistungen) erstellt werden, die durch den Absatz in Marktleistungen im Sinne A. Walthers transformiert werden^{6) 7)}.

- 1) Hieraus folgt, daß Leistungsverträge grundsätzlich sowohl einen - auf die zu erstellende Endleistung gerichteten - absetzenden wie auch einen - auf die in Anspruch zu nehmende Leistung anderer Wirtschaftssubjekte gerichteten - beschaffenden Aspekt aufweisen. Ganz deutlich tritt dies beim Realtausch zutage.
- 2) Für die zeitlich beschränkte Veränderung der rechtlichen Zuordnung von Geld reicht dieses Kriterium allein jedoch noch nicht aus, da sowohl Leistung wie auch Gegenleistung mit Zahlungen verbunden sind. Allerdings lassen sich Leistung und Gegenleistung in diesem Fall leicht trennen.
- 3) Hier wird der Ausdruck Absatz anstelle des Ausdruckes Leistungsverwertung vorgezogen, weil letzterer einerseits den Eindruck des Verwertens von bereits Entstandenem hervorruft und andererseits insofern für die hier verfolgten Zwecke zu weit ist, als er auch die innerbetriebliche Verwertung bereits erstellter Vorleistungen umfaßt.
- 4) Vgl. Gümbel, R., Absatz, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 4.
- 5) Vgl. Leitherer, E., Absatzlehre, Stuttgart 1964, S. 9, Gümbel, R., a.a.O., Sp. 1, Schweitzer, M., und Hettich, G. O., Absatzorganisation, betriebliche, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 61, und Nieschlag, R., Dichtl, E., und Hörschgen, H., a.a.O., S. 7.
- 6) Vgl. zur Unterscheidung von Betriebs- und Marktleistung Walther, A., a.a.O., S. 237 ff. sowie S. 70 der vorliegenden Arbeit.
- 7) Vgl. hierzu auch Selchert, F. W., Der "Absatz" im Wirtschaftsprüfungsbetrieb, in: Die Unternehmung, 25. Jg. 1971, S. 2.

Während ein so gefaßter Absatzbegriff in seiner üblichen Anwendung auf die Gegebenheiten Vorleistungen an Leistungsobjekten für den anonymen Markt erstellenden Betriebe der Industrie und des Handels dann anwendbar ist, wenn die Erstellung entsprechender Vorleistungen dem Bereich der betrieblichen Leistungserstellung und die Überlassung an Nachfrager (Übereignung, Vermietung, Verpachtung) als Absatz eingeordnet wird¹⁾, bereitet seine Übertragung selbst bei der üblichen Betrachtungsweise auf die "Dienstleistungen" sowie allgemein auf die in der vorliegenden Arbeit betrachteten Endleistungen Schwierigkeiten.

Die bei einer solchen Definition vorgenommene Subsumierung des Vollzuges des Leistungstausches unter den Absatzbegriff führt dazu, daß bei Endleistungen eine Trennung von Absatz und Leistungserstellung nicht möglich ist. Dies hat zum einen den Nachteil, daß Leistungen an Objekten Dritter erstellende Betriebe wie zum Beispiel Lagerhaus- und Verkehrsbetriebe sowie Versicherungsbetriebe als gleichzeitig Leistungen erstellend und absetzend anzusehen wären. Zum anderen müßten Endleistungen aufgrund von langfristig abgeschlossenen Leistungsverträgen erstellende Betriebe als unentwegt absetzend charakterisiert werden, selbst wenn sie gegebenenfalls keinerlei Kontakte zu Leistungspartnern knüpfende Maßnahmen durchführen, wie dies bei Gas- und Wasserwerken sowie Wohnungsvermietern denkbar ist²⁾.

1) Vgl. Nieschlag, R., Dichtl, E., und Hörschgen, H., a.a.O., S. 7.

2) Vgl. auch S. 181 f. der vorliegenden Arbeit.

Eine derartige Einbeziehung des Vollzuges des Leistungstausches in den Absatzbegriff erscheint jedoch aus Gründen einer für alle Leistungsarten übereinstimmenden Abgrenzung des Absatzbereiches sowie einer exakten Trennung der betrieblichen Funktionen Leistungserstellung und Absatz nicht sinnvoll. Entweder liegt in den aufgeführten Beispielen Leistungserstellung oder Absatz vor¹⁾.

Wie bereits mehrfach erwähnt, werden in der vorliegenden Arbeit unter Absatz alle betrieblichen Aktivitäten zusammengefaßt, welche auf den Abschluß von auf Erstellung von Endleistungen gerichteten Leistungsverträgen abzielen. Hierdurch wird zum einen eine übereinstimmende Anwendung des Absatzbegriffes auf alle Endleistungsarten ermöglicht und zum anderen kann dem Absatz ein im Grundsatz aktives Verhalten beigemessen werden²⁾. Aus der gewählten Definition des Absatzes folgt, daß nur ein Absatz zu erstellender Endleistungen möglich ist, Absatz somit in jedem Falle der Erstellung der im Leistungsvertrag zugrundegelegten Endleistungen vorausgehen muß.

-
- 1) Dies schließt jedoch nicht aus, daß bestimmte betriebliche Aktivitäten Auswirkungen sowohl auf die Leistungserstellung wie auch auf den Absatz ausüben, wie dies beispielsweise bei der Produktgestaltung gegeben ist.
 - 2) Wenn auch der Absatz durch ein im Grundsatz aktives Verhalten gekennzeichnet ist, so kann dieses doch unterschiedlich intensiv sein. Zum einen kann es sich auf die Annahme der von Nachfragern an den Betrieb herangetragenen Leistungserstellungswünsche (Anpassung) beschränken, zum anderen kann es die gestaltende Einflußnahme auf Marktpartner (Gestaltung) zum Inhalt haben. Vgl. zur Anpassung und Gestaltung als Möglichkeiten der Auskleidung der Leistungsbeziehungen Diederich, H., Band II, a.a.O., S. 105 ff.

Beim Absatz bemüht sich der Betrieb durch aktives Handeln oder durch entsprechendes Bereithalten bei aktivem Verhalten der Nachfrager, Abnehmer für jene Endleistungen zu finden, zu deren Erstellung er sich grundsätzlich entschlossen hat und deren Erbringung er gegebenenfalls durch objektbezogene Vorleistungen bereits mehr oder weniger weitgehend vorbereitet hat. Der Abschluß eines Leistungsvertrages stellt dabei die Erfüllung eines abgeleiteten Zweckes des Betriebes dar. Der Leistungsvertrag begründet zwischen dem Zeitpunkt des Vertragsschlusses und der Leistungserstellung das Recht, zum vereinbarten Zeitpunkt eine Endleistung zu erstellen und hierfür im Tausch eine Gegenleistung zu empfangen. Aufgrund der Tatsache, daß die Vereinbarungen des Leistungsvertrages rechtlich durchsetzbar sind, kann dann von einer Erfüllung von Zwecken des Betriebes ausgegangen werden, wenn der Leistungstausch eine Förderung der Zielerreichung des Betriebes zum Gegenstand zu haben scheint¹⁾.

Der auf die Erstellung von Endleistungen gerichtete Leistungsvertrag stellt das Ergebnis erfolgreich abgeschlossener Absatzbemühungen des Betriebes und Beschaffungsbemühungen des Leistungen in Anspruch nehmenden Wirtschaftssubjektes dar. Hieraus folgt, daß der Leistungsvertrag als eine gemeinschaftlich von Betrieb und Marktpartner herbeigeführte Entscheidung über den folgenden Leistungstausch und somit als eine durch Faktoreinsatz des Betriebes wie auch des Marktpartners bewirkte Veränderung der zwischen ihnen bestehenden Rechtsbeziehungen anzusehen ist.

1) Tatsächlich ist kein Abschluß eines Leistungsvertrages durch Partner denkbar, welcher nicht direkt oder indirekt zum Zeitpunkt des Abschlusses eine Zielerreichungsförderung verspricht.

Wird die im Leistungsvertrag zugrunde gelegte Endleistung durch Faktorkombination erstellt, so liegt nach der hier vertretenen Auffassung nicht mehr Absatz, sondern Leistungserstellung des Betriebes vor. Dies gilt ohne Ausnahme für alle Arten betrieblicher Endleistungen.

Aus dem hier gewählten Abstellen auf den Abschluß von Leistungsverträgen folgt, daß von Betrieben erstellte Leistungen, denen kein ausdrücklich oder durch konkludentes Handeln geschlossener Leistungsvertrag zugrunde liegt, wie dies beispielsweise bei Übermittlung von Werbeinformationen, Warenproben oder von Nachfragern erschlichenen Leistungen wie Schwarzfahren, -hören und -sehen der Fall ist, als zwar erstellte, aber nicht abgesetzte Endleistungen anzusehen sind. Gleiches gilt im übrigen auch für vom Staat erstellte Leistungen, wie die des Schutzes (Polizei) und der Veränderung der rechtlichen Zuordnung von öffentlichen Faktoren (Straßen, Kanäle, Parks).

b) Die Leistung des Beschaffens

Während die Beschaffung in der Literatur bislang häufig vernachlässigt wurde¹⁾ oder, sofern behandelt, als "Bereitstellung der für die Lösung der Betriebsaufgaben erforderlichen Arbeitskräfte, ... Sachgüter und Dienstleistungen"²⁾, gegebenenfalls noch erweitert um die Bereitstellung finanzieller Mittel, bezeichnet wird, soll hier ein dem gewählten Absatzbegriff entsprechender Beschaffungsbegriff zugrunde gelegt werden. Dies erscheint notwendig, weil der betrieblichen Beschaffung und dem Absatz anderer Leistungen erstellender Wirtschaftssubjekte ein identischer Leistungsvertrag zugrunde

1) Vgl. Diederich, H., Band I, a.a.O., S. 244.

2) Gutenberg, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 22, ähnlich Sundhoff, E., Grundlagen und Technik der Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Essen 1958, S. 20, Fäßler, K., und Kupsch, P. U., Beschaffungs- und Lagerwirtschaft, in: Industriebetriebslehre, hrsg. von E. Heinen, 4. Aufl., Wiesbaden 1975, S. 223, und Glaser, H., Beschaffungsplanung, in: HWB, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 513.

liegt, der bezüglich einer bestimmten Leistung zum einen vom Betrieb und zum anderen vom Marktpartner aus betrachtet werden kann. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Betriebswirtschaftslehre auf eine Betrachtung der Funktion Beschaffung nicht verzichten kann¹⁾.

Unter Beschaffung wird hier die Gesamtheit der betrieblichen Aktivitäten verstanden, welche auf den Abschluß von auf die Inanspruchnahme der Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte gerichteten Leistungsverträgen abzielen. Bei der Beschaffung bemüht sich der Betrieb, die Inanspruchnahme jener Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte zu sichern, zu deren Verwendung er sich grundsätzlich entschlossen hat. Dies geschieht durch den Abschluß eines auf die Inanspruchnahme von Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte gerichteten Leistungsvertrages.

Wird unmittelbar nach Abschluß des Leistungsvertrages oder zu einem späteren Zeitpunkt vom Partner des Beschaffungsmarktes die vereinbarte Leistung erstellt, nimmt der Betrieb die erbrachte Leistung in Anspruch²⁾. Weil diese Leistung durch Faktorkombination des die Leistung erbringenden Wirtschaftssubjektes bewirkt wird, muß die Inanspruchnahme nicht unumgänglich eine Leistungserstellung auf Seiten des Betriebes zum Gegenstand haben. Wenn die Inanspruchnahme jedoch nicht zwingend aktive Verrichtungen des

1) Vgl. Nieschlag, R., Dichtl, E., und Hörschgen, H., a.a.O., S. 5.

2) Die Inanspruchnahme ist von der Nutzung durch den Betrieb zu unterscheiden. Die Nutzung kann unter Umständen zeitlich später erfolgen und obendrein gegebenenfalls den Einsatz weiterer Faktoren und/oder die Inanspruchnahme anderer Vorleistungen erfordern.

Betriebes voraussetzt, so kann sie auch nicht als von Betrieben ausgeübte Funktion angesehen werden. Folglich kann die Inanspruchnahme nicht sinnvoll unter Beschaffung als eine der betrieblichen Funktionen subsumiert werden.

Aus der zugrunde gelegten Definition der Beschaffung folgt, daß bei der Inanspruchnahme von Vorleistungen anderer Wirtschaftssubjekte ohne Zugrundeliegen eines Leistungsvertrages, wie dies beispielsweise hinsichtlich der von anderen Wirtschaftseinheiten abgegebenen Werbeinformationen und der Nutzung der vom Staat vorgehaltenen Einrichtungen möglich ist, nicht von Beschaffung gesprochen werden kann. Gleiches gilt für die Inanspruchnahme von Leistungen der Natur.

III. Die objektbezogenen Vorleistungen

a) Die Ableitung objektbezogener Vorleistungen aus Endleistungen

Wird gedanklich von einer vorgegebenen zu erstellenden Endleistung ausgegangen, so stellt diese für die hier anzustellende Betrachtung den letzten Zweck dar, welcher im Falle einer vom Betrieb erstellten Leistung durch von ihm realisierte Faktorkombinationen zu erfüllen ist. Nur im Ausnahmefall wird dies unmittelbar durch eine einstufige Kombination von im Betrieb verfügbaren Faktoren geschehen können¹⁾. Regelmäßig sind aus der Endleistung Vorzwecke abzuleiten, deren stufenweise erfolgende Erfüllung den Betrieb erst in die Lage versetzt, die Endleistung zu erstellen. Die Ableitung von Vorzwecken muß so weit durchgeführt werden, bis ein vom Betrieb einsetzbares Mittel zu ihrer Erfüllung verfügbar ist, das heißt bis ein Vorzweck unmittelbar durch Faktorkombination des Betriebes oder Inanspruchnahme der Leistungen anderer Wirtschaftssubjekte

1) Selbst in diesem Fall ist zu beachten, daß sich in der Vorhaltung der Faktoren bereits andere Vorleistungen des Betriebes niedergeschlagen haben.

erfüllt werden kann.

Die Ableitung von Vorzwecken aus einer vorgegebenen Endleistung sowie die Erstellung von Vorleistungen im Hinblick auf die angestrebte Erstellung der Endleistung wird durch Abbildung 7 vereinfachend dargestellt¹⁾. Es wird nicht der Anspruch erhoben, die zum Teil sehr komplizierten Gegebenheiten der Realität durch die Abbildung vollständig zu erfassen.

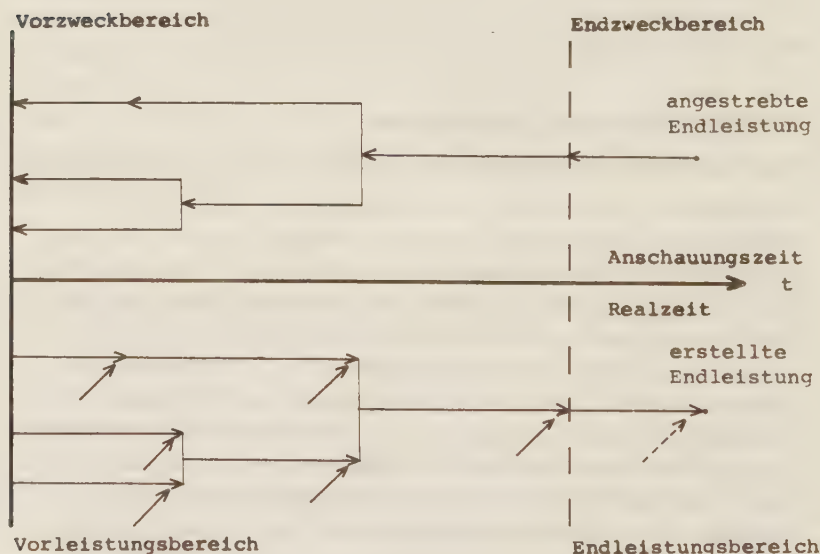


Abb. 7: Ableitung von Vorzwecken aus einer vorgegebenen Endleistung und stufenweise Erstellung von Vorleistungen

1) Aus der Erstellung von Endleistungen folgt für den Betrieb obendrein die Notwendigkeit der nachträglichen Veränderung nicht erwünschter Zustände, wie beispielsweise Reinigung von Behältnissen, Beseitigung von angefallenen Schadstoffen und Rückführung von Transportmitteln. Auf eine ausdrückliche Berücksichtigung derlei mit der Erstellung von Endleistungen im Zusammenhang stehender "Nachzwecke" wird aus Vereinfachungsgründen weiterhin abgesehen.

Zur Erfüllung derlei abgeleiteter Vorzwecke ist die Erstellung objektbezogener Vorleistungen nötig. Grundsätzlich können sie vom Betrieb selbst erstellt werden, oder der Betrieb kann auf entsprechende Leistungen anderer Betriebe oder der Natur zurückgreifen. Sofern dies geschieht, handelt es sich jedoch nicht um Leistungen des Betriebes, sondern um Leistungen jener Wirtschaftssubjekte oder der Natur. Im folgenden wird nur auf vom Betrieb erstellte objektbezogene Vorleistungen abgestellt.

Aus Abbildung 7 ist ersichtlich, daß, im Einzelfall abhängig von der Art der Endleistung und der verwendeten Faktoren, mehrere genau oder annähernd gleichzeitig und/oder zeitlich nacheinander zu erfüllende Vorzweckstufen unterschieden werden können. Hieraus folgt, daß die Gesamtheit der objektbezogenen Vorleistungen einerseits in mehr oder minder gleichzeitig und andererseits in zeitlich nacheinander zu verrichtende Vorleistungen getrennt werden kann.

Im ersten Fall handelt es sich um über mehrere isolierbare Stufen der Energieumwandlung und -übertragung erfolgende Wirkungen, bei denen praktisch simultan eine stufenweise Veränderung von Leistungsobjekten erfolgt^{1) 2)}. Es handelt sich bei diesen Vorleistungen um die aufgrund einer stufenweisen Einbeziehung von Objekten in produktive Kombinationen bewirkte Veränderungen ihrer energetischen Erscheinungsform³⁾. Sie stellen solche Vorleistungen dar, welche nur mittelbar in die Endleistung oder in andere Vorleistungen eingehen;

1) Vgl. hierzu S. 33 f. und S. 125 ff. der vorliegenden Arbeit.

2) Besteht dabei eine starre Kopplung von Teilen eines produktiven Systems, so empfiehlt es sich, selbst bei einem hohen Komplexitätsgrad auf eine Betrachtung einzelner Wirkstufen zu verzichten (starres Getriebe). Dies erscheint jedoch dann nicht zweckmäßig, wenn die Wirkungen der einzelnen Stufen selbständig geregelt werden können (Elektrizitätserzeugung und -umwandlung).

3) Vgl. hierzu S. 127 der vorliegenden Arbeit.

als Beispiele mögen die Drehbewegung der Spindel einer Drehbank, der Hub des Stempels einer Stanze sowie die Erleuchtung eines Werkraumes genannt sein. Gleichwohl stellen sie notwendige durch Faktoreinsatz zu erzeugende Veränderungen von Objekten und somit objektbezogene Vorleistungen dar. Um zum Ausdruck zu bringen, daß sie unwiederbringlich verlorengehen, sofern sie nicht einen indirekten oder direkten dauerhaften Niederschlag an Leistungsobjekten finden, werden sie hier als Einsatzleistungen bezeichnet¹⁾.

Vorleistungen der zweiten Art stellen dauerhaft an Leistungsobjekten bewirkte Veränderungen dar. Beispiele sind die Veränderung der Form eines Werkstoffes und die Ortsveränderung eines Arbeiters. Im Gegensatz zu den oben aufgeführten handelt es sich hierbei um solche Vorleistungen, die einschließlich der im Leistungsobjekt verkörperten Leistungen der Natur und anderer Wirtschaftssubjekte in zeitlich folgenden, auf Erstellung von Vor- oder Endleistungen ausgerichteten Kombinationsprozessen einzusetzen bestimmt sind. Sie werden als Wiedereinsatzleistungen bezeichnet²⁾.

Gleichzeitig oder zeitlich nacheinander erstellte objektbezogene Vorleistungen bestehen in der Veränderung von Leistungsobjekten. Hierbei zeigt sich jedoch, daß die oben vorgenommene Einteilung der Faktoren in aktive, Veränderungen bewirkende und passive, Veränderungen erduldennde keineswegs generell gültig für alle betrieblichen Kombinationsprozesse

-
- 1) Vgl. zum Begriff auch Menrad, S., Der Kostenbegriff, a.a.O., S. 53, und Bergner, H., Leistungsverrechnung, innerbetriebliche, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 2485.
 - 2) Vgl. zum Begriff Menrad, S., Der Kostenbegriff, a.a.O., S. 53.

erfolgen kann, sondern immer relativ ist.

Bei mehreren Stufen gleichzeitig zu erstellender Vorleistungen besteht eine Verschachtelung der Faktoren. So ist eine Werkhalle in Beziehung zum Grundstück als aktivem Faktor Leistungsobjekt einer Zeitüberbrückungsleistung, in Beziehung zu Lagergütern oder Maschinen dagegen in das System der aktiven Faktoren einzuordnen. Der Anker eines Stromgenerators ist in Beziehung zum die Drehbewegung hervorriefenden Verbrennungsmotor Leistungsobjekt, in bezug auf die Stromabgabe des Generators dagegen in das System der wirkenden Faktoren integriert.

Ähnliches gilt für zeitlich nacheinander erstellte Vorleistungen. So ist beispielsweise Treibstoff Leistungsobjekt von auf Ortsveränderung und Zeitüberbrückung ausgerichteten Kombinationsprozessen, hinsichtlich des Einsatzes zum Betreiben eines Verbrennungsmotors dagegen aktiver Faktor. Die Einordnung kann bei mehrfach einsetzbaren Faktoren im Zeitablauf gegebenenfalls wechseln; so sind beispielsweise Werkzeuge und Akkumulatoren in bezug auf ihren produktiven Einsatz als aktive Faktoren, in bezug auf Ortsveränderung, Zeitüberbrückung und Zustandsänderung zum Zwecke ihrer Regenerierung dagegen als Leistungsobjekte einzustufen.

b) Das System elementarer objektbezogener Vorleistungen

Es stellt sich die Frage, in welchen Arten objektbezogene Vorleistungen auftreten. Die Antwort müßte streng genommen für jede Endleistungsart gesondert gegeben werden. Da hier jedoch allgemeingültige Aussagen angestrebt werden, soll abzuleiten versucht werden, welche Arten von Vorleistungen in Betrieben überhaupt denkbar sind.

Bei den objektbezogenen Vorleistungen handelt es sich offenbar um Veränderungen von Faktoren, die im Hinblick auf

gleichzeitig gewünschte Wirkungen oder auf ihren Einsatz in zeitlich folgenden Kombinationsprozessen vorgenommen werden. Da Sachobjekte (S), Menschen (M), Informationen (I) und Geld (G) ein vollständiges System interner Faktoren darstellen und Faktoren bezogen auf einen von anderen Wirtschaftssubjekten isolierten Betrieb nur in ihrem Zustand, ihrer räumlichen und ihrer zeitlichen Erscheinungsform verändert werden können, läßt sich das System der Arten objektbezogener Vorleistungen durch Kombinationen der aufgeführten Objektgattungen und Veränderungsmöglichkeiten erstellen¹⁾.

Zum selben Ergebnis führt auch die Überlegung, welche der in der vorliegenden Arbeit dargestellten elementaren Endleistungsarten vom Betrieb neben einer Erstellung für Dritte zur Erfüllung eigener Zwecke erbracht werden können. Offenbar ist es nicht möglich, Rechtsänderungsleistungen oder abstrakte Leistungsversprechen als betriebliche Vorleistung zu erstellen²⁾, weil sie gerade die zwischenbetriebliche Transformation der Nutzungsmöglichkeit von Faktoren beziehungsweise von Chancen und Risiken zum Inhalt haben.

-
- 1) Eine Ausnahme besteht wiederum bezüglich der nicht möglichen Veränderung des Zustandes von Geld.
 - 2) Dies gilt jedenfalls, solange der Betrieb als organisatorische Einheit gesehen wird, wie dies hier aus Vereinfachungsgründen geschieht. Wird dagegen die Betrachtung auf einzelne Betriebe eines Konzerns, Betriebsstätten, Abteilungen, Arbeitsplätze eines Betriebes ausgedehnt, so erscheinen Rechtsänderungsleistungen und zum Teil abstrakte Leistungsversprechen auch "innerbetrieblich" möglich.

Das System objektbezogener Vorleistungen wird durch Abbildung 8 dargestellt.

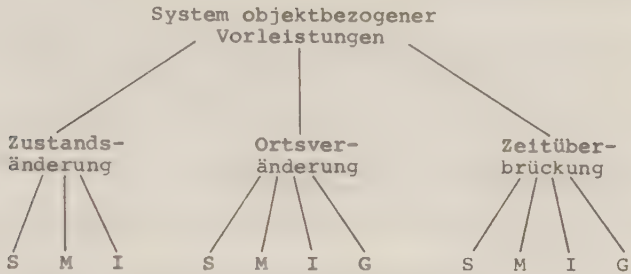


Abb. 8: Das System objektbezogener Vorleistungsarten¹⁾

Auf eine nähere Kennzeichnung dieser Vorleistungsarten kann an dieser Stelle verzichtet werden, da sie durch dieselben Merkmale wie entsprechende betriebliche Endleistungen beschrieben werden können²⁾.

1) Vgl. hierzu S. Abbildung 4 auf S. 110 der vorliegenden Arbeit.

2) Vgl. hierzu S. 111 - 170 der vorliegenden Arbeit.

Literaturverzeichnis

A. Selbständige Schriften

- Ackoff, Russell L. (unter Mitarbeit von Shiv K. Gupta und J. Sayer Minas), Scientific Method, optimizing applied research decisions, New York und London 1962
- Adam, Dietrich, Entscheidungsorientierte Kostenbewertung, Wiesbaden 1970
- Derselbe, Produktions- und Kostentheorie bei Beschäftigungsgradänderungen, Tübingen 1974
- Albert, Hans, Ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen 1954
- Amonn, Alfred, Objekt und Grundbegriffe der Theoretischen Nationalökonomie, 2. Aufl., Leipzig - Wien 1927
- Arnold, Gerhard, Organisation der Betriebsstruktur - Ein Beitrag zur zweckmäßigen Gestaltung und Sicherung betrieblicher Leistungs- und Entscheidungsbereiche, Berlin 1967
- Arnold, Ulli, Betriebliche Personalbeschaffung, Berlin 1975
- Becker, Hans, Fehlleistungen im Betriebe, Diss. Köln 1930
- Becker, Otto, Der Leistungsbegriff in der Betriebswirtschaftslehre, Diss. Heidelberg o.J.
- Beiträge zur Begriffsbildung und Methode der Betriebswirtschaftslehre, Festschrift für W. Bouffier, hrsg. von R. Bratschitsch und K. Vodrazka, Wien 1965
- Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Ertragslehre, Festschrift für E. Schäfer, hrsg. von P. Riebel, Opladen 1971
- Bendixen, Peter, Die Leistungserstellung der Güterverkehrsbetriebe, Diss. Hamburg 1966
- Berekoven, Ludwig, Die Werbung für Investitions- und Produktionsgüter, München 1961
- Derselbe, Grundlagen der Vermietung mobiler Güter, Essen 1967
- Berthel, Jürgen, Informationen und Vorgänge ihrer Bearbeitung in der Unternehmung, Berlin 1967
- Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, Wiesbaden 1964
- Blei, Alexander, Die Leistungsrechnung in der Industrie, Berlin 1969
- Bocheński, J. M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, 2. Aufl., München 1959
- Böhm-Bawerk, Eugen v., Rechte und Verhältnisse vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Güterlehre, Innsbruck 1881
- Böhrs, Hermann, Leistungslohn, Wiesbaden 1959
- Bouffier, Willy, Betriebswirtschaftslehre als Leistungslehre, Wien 1950
- Braeß, Paul, Betriebswirtschaftliche Gedanken zur Risikotheorie und Schwankungsrückstellung, Berlin 1965
- Derselbe, Versicherung und Risiko, Wiesbaden 1960

- Bratschitsch, Rudolf, Das betriebswirtschaftliche Funktionen- und Leistungsdenken im Stufenbau der Wirtschaft, Wien 1965
- Bruhn, Ernst-Egon, Die Bedeutung der Potentialfaktoren für die Unternehmungspolitik, Berlin 1965
- Buddsberg, Hans, Betriebslehre des Binnenhandels, Wiesbaden 1959
- Büschgen, Hans Egon, Bankbetriebslehre, Wiesbaden 1972
- Bunge, Mario, Causality, Cambridge (Mass.) 1959
- Burger, Ewald, Einführung in die Theorie der Spiele, Berlin 1959
- Capelle, Karl-Hermann, Bürgerliches Recht - Sachenrecht, Wiesbaden 1963
- Castan, Edgar, Typologie der Betriebe, Stuttgart 1963
- Cherry, Colin, Kommunikationsforschung - eine neue Wissenschaft, 2. Aufl., Hamburg 1967
- Clauss, Walter, Der Begriff des wirtschaftlichen Gutes, Diss. Halle 1927
- Diederich, Helmut, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre I, 4. Aufl., Stuttgart - Düsseldorf 1974
- Derselbe, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre II, 3. Aufl., Stuttgart - Düsseldorf 1974
- Ehrt, Robert, Die Zurechenbarkeit von Kosten auf Leistungen auf der Grundlage kausaler und finaler Beziehungen, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1967
- Engels, Wolfram, Betriebswirtschaftliche Bewertungslehre im Licht der Entscheidungstheorie, Köln und Opladen 1962
- Derselbe, Rentabilität, Risiko und Reichtum, Tübingen 1969
- Entscheidungen bei unsicheren Erwartungen - Beiträge zur Theorie der Unternehmung, hrsg. von H. Hax, Köln und Opladen 1970
- Eucken, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin - Göttingen - Heidelberg 1959
- Farny, Dieter, Produktions- und Kostentheorie der Versicherung, Karlsruhe 1965
- Fourastié, Jean, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, 2. Aufl., Köln 1969
- Funktionen- und Leistungsdenken in der Betriebswirtschaft, Festschrift für K. Oberparleiter, hrsg. von W. Bouffier, Wien 1956
- Gälweiler, Alois, Produktionskosten und Produktionsgeschwindigkeit, Wiesbaden 1960
- Gerthsen, Christian, und Kneser, Hans O., Physik, 10. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1969
- Grosse-Oetringhaus, Wigand F., Fertigungstypologie unter dem Gesichtspunkt der Fertigungsablaufplanung, Berlin 1974
- Gürtler, Max, Betriebswirtschaftliche Probleme des Versicherungswesens, Wiesbaden 1959

- Gürtler, Max, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre der Versicherung, Stuttgart 1964
- Gutenberg, Erich, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1958
- Derselbe, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, 19. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1973
- Derselbe, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Zweiter Band: Der Absatz, 15. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1976
- Derselbe, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Dritter Band: Die Finanzen, 6. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1973
- Gutowski, Armin, Konstruktions- und Entwicklungsaufträge, Heidelberg 1960
- Händel, Wolfgang, Die wirtschaftliche Leistung als Bestimmungsfaktor der Marktstellung von Betrieben, Köln und Opladen 1969
- Handwörterbuch der Absatzwirtschaft (HWA), hrsg. von B. Tietz, Stuttgart 1974
- Handwörterbuch der Betriebswirtschaft (HWB), Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, und Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, hrsg. von E. Grochla und W. Wittmann
- Handwörterbuch des Rechnungswesens (HWR), hrsg. von E. Kosiol, Stuttgart 1970
- Hartmann, Nicolai, Einführung in die Philosophie, 5. Aufl., Göttingen 1949
- Derselbe, Teleologisches Denken, Berlin 1951
- Hax, Karl, Grundlagen der Betriebsunterbrechungsversicherung, 2. Aufl., Köln und Opladen 1965
- Derselbe, Grundlagen des Versicherungswesens, Wiesbaden 1964
- Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, 3. Aufl., Wiesbaden 1970
- Derselbe, Das Kapital in der betriebswirtschaftlichen Kosten-theorie, Wiesbaden 1966
- Derselbe, Das Zielsystem der Unternehmung, 2. Aufl., Wiesbaden 1971
- Derselbe, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Wiesbaden 1972
- Hellauer, Josef, Nachrichten- und Güterverkehr, Wiesbaden 1951
- Henning, Karl Wilhelm, Betriebswirtschaftslehre der industriellen Erzeugung, 4. Aufl., Wiesbaden 1963
- Henzel, Friedrich, Kosten und Leistung, 4. Aufl., Essen 1967
- Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftslehre des Außenhandels, 1. Teil, Wiesbaden 1962
- Heyde, Johannes Erich, Entwertung der Kausalität? Für und wider den Positivismus, Zürich - Wien 1957

- Hirsch, Ernst E., Einführung in das Bürgerliche Vermögensrecht, 2. Aufl., Berlin - Frankfurt /M. 1959
- Höfler, Alois, Logik, 2. Aufl., Wien und Leipzig 1922
- Hofmann, Werner, Wert- und Preislehre, Berlin 1964
- Illetschko, Leopold L., Betriebswirtschaftliche Probleme der Verkehrswirtschaft, Wiesbaden 1959
- Derselbe, Innerbetrieblicher Transport und betriebliche Nachrichtenübermittlung, Stuttgart 1962
- Derselbe, Transport-Betriebswirtschaft im Grundriß, Wien 1957
- Jacob, Herbert, Preispolitik, 2. Aufl., Wiesbaden 1971
- Jacobi, Helmut, Werbepsychologie, Wiesbaden 1963
- Kallwass, Wolfgang, Privatrecht für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, 6. Aufl., Porz am Rhein 1972
- Kalveram, Wilhelm, Industriebetriebslehre, 7. Aufl., Wiesbaden 1960
- Kern, Werner, Die Messung industrieller Fertigungskapazitäten und ihrer Ausnutzung, Köln und Opladen 1962
- Derselbe, Industriebetriebslehre, 2. Aufl., Stuttgart 1974
- Kilger, Wolfgang, Produktions- und Kostentheorie, Wiesbaden 1958
- Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse, Erster Band: Verhaltenswissenschaftliche Ansätze der Entscheidungstheorie, Wiesbaden 1970
- Derselbe, Entscheidungsprozesse, Zweiter Band: Informationsverarbeitungstheorie des Entscheidungsverhaltens, Wiesbaden 1971
- Derselbe, Dritter Band: Entscheidungen in Organisationen, Wiesbaden 1971
- Kirsch, Werner, Bamberger, Ingolf, Gabele, Eduard, und Klein, Karl-Heinz, Betriebswirtschaftliche Logistik, Wiesbaden 1973
- Klatt, Sigurd, Die ökonomische Bedeutung der Qualität von Verkehrsleistungen, Berlin 1965
- Klingst, Anna, Optimale Lagerhaltung, Würzburg - Wien 1971
- Kloock, Josef, Betriebswirtschaftliche Input-Output-Modelle, Wiesbaden 1969
- Kloten, Norbert, Die Eisenbahntarife im Güterverkehr, Tübingen - Basel 1959
- Knight, Frank H., Risk, Uncertainty Profit, Boston 1921
- Koch, Heinz, Die Preispolitik der Güterverkehrsbetriebe im Linienverkehr, Göttingen 1968
- Koch, Helmut, Die Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft vom Handeln, Tübingen 1975
- Koch, Waldemar, Grundlagen und Technik des Vertriebes, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1958

- Koch, Waldemar, Grundlagen und Technik des Vertriebes, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1958
- Korndorfer, Wolfgang, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1970
- Kosiol, Erich, Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum, Reinbek bei Hamburg 1966
- Derselbe, Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum, 9. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1975
- Derselbe, Kostenrechnung und Kalkulation, Berlin 1969
- Krelle, Wilhelm (unter Mitarbeit von Scheper, Wilhelm), Produktionstheorie, Tübingen 1969
- Kroeber Riel, Werner, Beschaffung und Lagerung, Wiesbaden 1966
- Derselbe, Wertschöpfung, Wertschöpfungsrechnung, Wertschöpfungsdenken unter besonderer Berücksichtigung des Handels, Diss. Berlin 1963
- Krömmelbein, Gerhard, Leistungsverbundenheit im Verkehrsbetrieb, Berlin 1967
- Krümmel, Hans-Jacob, Bankzinsen, Köln - Berlin - Bonn - München 1964
- Kruschwitz, Lutz, Eigenerzeugung oder Beschaffung? Eigenverwendung oder Absatz? Zweckmäßige Optimierungsmethoden für industrielle Entscheidungsalternativen, Berlin - Bielefeld - München 1971
- Lang, Maximilian, Industrielle Energiewirtschaft, Stuttgart 1961
- Laßmann, Gert, Die Produktionsfunktion und ihre Bedeutung für die betriebswirtschaftliche Kostentheorie, Köln und Opladen 1958
- Leasing-Handbuch, hrsg. von K. F. Hagenmüller, 3. Aufl., Frankfurt /M. 1973
- Lechner, Karl, Verkehrsbetriebslehre, Stuttgart 1963
- Lehmann, Max Rudolf, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl., Wiesbaden 1956
- Derselbe, Industriekalkulation, 5. Aufl., Essen 1964
- Derselbe, Leistungsmessung durch Wertschöpfungsrechnung, Essen 1954
- Leistungs- und Kostenanalyse als Grundlage der Transportrationalisierung, Frankfurt /M. 1975
- Leistungswirtschaft, Festschrift für F. Schmidt, hrsg. von Fr. Henzel, Berlin - Wien 1942
- Leitherer, Eugen, Absatzlehre, Stuttgart 1964
- Lintzhöft, Helge, Die Kosten für den Einsatz sachlicher Potentialfaktoren, Diss. Hamburg 1968
- Löffelholz, Josef, Repetitorium der Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl., Wiesbaden 1975

- Lohmann, Martin, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Tübingen 1964
- Lorenz, Wolfgang, Produktions- und Kostentheorie, 2. Aufl., Würzburg - Wien 1970
- Lwowicz, Hans-Jürgen, Erwerbsersatz durch Nutzungsverträge - Eine Studie zum Leasing, Diss. Hamburg 1967
- Meckrup, Fritz, Die wirtschaftlichen Grundlagen des Patentrechts, Weinheim 1962
- Derselbe, The Production and Distribution of Knowledge in the United States, Princeton (N.J.) 1972
- Mehr, Werner, Einführung in die Versicherungswirtschaft, 3. Aufl., Berlin 1970
- Maleri, Rudolf, Grundzüge der Dienstleistungsproduktion, Berlin - Heidelberg - New York 1973
- Marré, Heribert, Funktionen und Leistungen des Handelsbetriebes, Köln und Opladen 1960
- Marshall, Alfred, Principles of Economics, 8. Aufl., London 1952
- Marx, Karl, Das Kapital, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals, 9. Aufl., Berlin 1960
- Derselbe, Das Kapital, Zweiter Band: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, 8. Aufl., Berlin 1961
- Derselbe, Das Kapital, Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, 8. Aufl., Berlin 1961
- Mayer, Leopold (sen.), Betriebswirtschaftslehre des Lagerhausgeschäftes, Berlin - Leipzig - Wien 1927
- Derselbe, Speditionsgeschäft und Speditionsbetrieb, Berlin - Wien 1933
- Mayntz, Renate, Soziologie der Organisation, Reinbek bei Hamburg 1963
- Meffert, Heribert, Betriebswirtschaftliche Kosteninformationen, Wiesbaden 1968
- Mellarowicz, Konrad, Kosten und Kostenrechnung, Bd. 1, Theorie der Kosten, 5. Aufl., Berlin - New York 1973
- Mellwig, Winfried, Anpassungsfähigkeit und Ungewissheitstheorie, Tübingen 1972
- Menger, Carl, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Wien - Leipzig 1923
- Menrad, Siegfried, Der Kostenbegriff, Berlin 1965
- Michael, Manfred, Produktideen und "Ideenproduktion", Wiesbaden 1973
- Mommsen, Margret, Leistungsmessung in Betrieben, Berlin 1939
- Newmann, John von, und Morgenstern, Oskar, Theory of Games and Economic Behavior, 3. Aufl., Princeton (N.J.) 1953

- Nicklisch, H(einrich), Wirtschaftliche Betriebslehre, 6. Aufl., Stuttgart 1922
- Nieschlag, Robert, Dichtl, Erwin, und Hörschgen, Hans, Marketing, 8. Aufl., Berlin 1975
- Oberparleiter, Karl, Funktionen und Risiken des Warenhandels, 2. Aufl., Wien 1955
- Ostwald, Wilhelm, Die Energie, Leipzig 1908
- Pareto, Vilfredo, Manuale di economia politica, 2. Aufl., Milano 1921
- Paulsen, Andreas, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. 3: Produktionsfaktoren, 6. Aufl., Berlin 1969
- Philipp, Fritz, Risiko und Risikopolitik, Stuttgart 1967
- Derselbe, Wissenschaftstheoretische Kennzeichen der Besonderen Betriebswirtschaftslehren, Wiesbaden 1966
- Popp, Werner, Einführung in die Theorie der Lagerhaltung, Berlin - Heidelberg - New York 1968
- Popper, Karl R., Logik der Forschung, 3. Aufl., Tübingen 1969
- Pressmar, Dieter B., Kosten- und Leistungsanalyse im Industriebetrieb, Wiesbaden 1971
- Prion, Willi, Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb, 3. Buch: Der Wirtschaftsbetrieb als Betrieb (Arbeit), Berlin 1936
- Produktionstheorie und Produktionsplanung, Festschrift für K. Hax, hrsg. von A. Moxter, D. Schneider und W. Wittmann, Köln und Opladen 1966
- Riebel, Paul, Die Kuppelproduktion, Köln und Opladen 1955
- Derselbe, Einzelkosten- und Deckungsbeitragsrechnung, Opladen 1972
- Derselbe, Industrielle Erzeugungsverfahren in betriebswirtschaftlicher Sicht, Wiesbaden 1963
- Schäfer, Erich, Der Industriebetrieb, Bd. 1, Köln und Opladen 1969
- Derselbe, Die Unternehmung, 8. Aufl., Opladen 1974
- Schenk, Hans-Otto, Geschichte und Ordnungstheorie der Handelsfunktionen, Berlin 1970
- Schiecke, Knut, Die Garantieleistung in produktions- und absatzwirtschaftlicher Betrachtung, Diss. Nürnberg 1967
- Schmalenbach, Eugen, Kapital, Kredit und Zins in betriebswirtschaftlicher Beleuchtung, 4. Aufl., bearbeitet von R. Bauer, Köln und Opladen 1961
- Derselbe, Kostenrechnung und Preispolitik, 8. Aufl., bearbeitet von R. Bauer, Köln und Opladen 1963
- Schneeweiß, Hans, Entscheidungskriterien bei Risiko, Berlin - Heidelberg - New York 1967
- Schneider, Dieter, Investition und Finanzierung, 3. Aufl., Köln und Opladen 1974

- Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Bd. 2: Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 11. Aufl., Tübingen 1967
- Derselbe, Industrielles Rechnungswesen, 5. Aufl., Tübingen 1969
- Derselbe, Theorie der Produktion, Wien 1934
- Schmidt, Ralf-Bodo, Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1. Band: Grundlagen, Stuttgart 1969
- Derselbe, Wirtschaftslehre der Unternehmung, 2. Band: Zielerreichung, Stuttgart 1973
- Schröder, Hans-Horst, Zum Problem einer Produktionsfunktion für Forschung und Entwicklung, Meisenheim am Glan 1973
- Schröder, Jürgen, Zur Theorie der Devisenterminmärkte, Berlin 1969
- Schulz, Winfried, Kausalität und Experiment in den Sozialwissenschaften, Mainz 1970
- Schumpeter, Joseph, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., Berlin 1952
- Schweitzer, Marcell, und Küpper, Hans-Ulrich, Produktions- und Kostentheorie der Unternehmung, Reinbek bei Hamburg 1974
- Schypula, Günter, Leistungsdifferenzierung im Personenfernverkehr, Diss. Frankfurt /M. 1975
- Sieghart, Rudolf, Die öffentlichen Glücksspiele, Wien 1899
- Stackelberg, Heinrich von, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen - Zürich 1951
- Steffen, Reiner, Analyse industrieller Elementarfaktoren in produktionstheoretischer Sicht, Berlin 1973
- Streitferdt, Lothar, Grundlagen und Probleme der betriebswirtschaftlichen Risikothorie, Wiesbaden 1973
- Sundhoff, Edmund, Grundlagen und Technik der Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Essen 1958
- Theisen, Paul, Grundzüge einer Theorie der Beschaffungspolitik, Berlin 1970
- Thielmann, Kurt, Der Kostenbegriff in der Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1964
- Thoms, Walter, Rentabilität und Leistung, Stuttgart 1940
- Ulrich, Hans, Die Unternehmung als produktives soziales System, 2. Aufl., Bern und Stuttgart 1970
- Vogel, Walter, Versuche zur formalen Darstellung der Abhängigkeit der Kosten von der Leistung, Diss. Zürich 1951
- Wälder, Johannes, Über das Wesen der Versicherung - Ein methodologischer Beitrag zur Diskussion um den Versicherungsbegriff, Berlin 1971

- Walterspiel, Georg, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre des Hotels, Wiesbaden 1969
- Walther, Alfred, Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1. Bd.: Der Betrieb, 2. Aufl., Zürich 1959
- Westphal, Wilhelm H., Physik, 25./26. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1970
- Wittgen, Robert, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, München 1974
- Wittmann, Waldemar, Produktionstheorie, Berlin - Heidelberg - New York 1968
- Derselbe, Unternehmung und unvollkommene Information, Köln und Opladen 1959
- Wöhe, Günter, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 11. Aufl., München 1973
- Zimmermann, Dieter, Produktionsfaktor Information, Neuwied und Berlin 1972
- Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von E. Gutenberg, hrsg. von H. Koch, Wiesbaden 1962
- Zur Theorie des Absatzes, Festschrift zum 75. Geburtstag von E. Gutenberg, hrsg. von H. Koch, Wiesbaden 1973

B. Aufsätze, Beiträge in Sammelwerken und sonstige Quellen

- Beckmann, Martin J., Grundbegriffe der Produktionstheorie vom Standpunkt der Aktivitätsanalyse, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 75 1955, S. 33 - 58
- Berekoven, Ludwig, Der Begriff "Dienstleistung" und seine Bedeutung für eine Analyse der Dienstleistungsbetriebe, in: Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung, 12. Jg., Nürnberg 1966
- Bergner, Heinz, Filmbetriebe, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1371 - 1390
- Derselbe, Leistungsverrechnung, innerbetriebliche, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 2483 - 2496
- Derselbe, Zur Frage des Gutscharakters von Rechten in der Unternehmung, in: ZfbF, 19. Jg. 1967, S. 587 - 598
- Berthel, Jürgen, Information, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1865 - 1873
- Beste, Theodor, Was ist Leistung in der Betriebswirtschaftslehre?, in: ZfhF, 38. Jg. 1944, S. 1 - 18
- Böhrs, Hermann, Die menschliche Arbeitsleistung und die Möglichkeiten ihrer Messung, in: ZfB, 31. Jg. 1961, S. 641 - 654
- Bratschitsch, Rudolf, Funktionen, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1596 - 1603

- Bredt, O., Produktion, Beschäftigung, Leistung und Kapazität, in: Technik und Wirtschaft, 36. Jg. 1943, S. 105 - 116
- Brockhoff, Klaus, Probleme und Methoden technologischer Vorhersagen, in: ZfB, 39. Jg. 1969, 2. Ergänzungsheft, S. 1 - 24
- Büschgen, Hans E., Bankbetriebe, Arten der, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 369 - 383
- Chmielewicz, Klaus, Wirtschaftsgut, in: HWR, Stuttgart 1970, Sp. 1943 - 1952
- Derselbe, Wirtschaftsgut und Rechnungswesen, in: ZfbF, 21. Jg. 1969, S. 85 - 122
- Decker, Franz, Dienstleistungsbetriebe, in: HWB, Bd. I, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1164 - 1175
- Diederich, Helmut, Absatzpolitische Entscheidungen in Verkehrsbetrieben, in: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen, Festschrift für R. Henzler, hrsg. von K. Alzwell, Wiesbaden 1967
- Derselbe, Die allgemeine Betriebswirtschaftslehre als Grundlage der Betriebswirtschaftslehre des Verkehrs, in: Gegenwartsfragen der Verkehrsbetriebslehre, Schriftenreihe der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG), Köln 1975, S. 135 - 161
- Derselbe, Zur Theorie des Verkehrsbetriebes, in: ZfB, 36. Jg. 1966, 1. Ergänzungsheft, S. 37 - 52
- Ehrlicher, Werner, Geldtheorie, in: HdSW, Bd. 4, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1965, S. 231 - 258
- Eichhorn, Siegfried, Bedarfswirtschaftliches Disponieren in den Betrieben, in: ZfhF, 14. Jg. 1962, S. 1 - 18
- Eick, Jürgen, Dienstleistungen, in: HdSW, Bd. 12, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1965, S. 550 - 559
- Ellinger, Theodor, Die Informationsfunktion des Produktes, in: Produktionstheorie und Produktionsplanung, Festschrift für K. Hax, hrsg. von A. Moxter, D. Schneider und W. Wittmann, Köln und Opladen 1966, S. 253 - 336
- Endres, Walter, Betriebsgruppenvergleiche im Dienst betriebswirtschaftlicher Forschung und Lehre, in: ZfB, 41. Jg. 1971, S. 723 - 744
- Energie, in: Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, hrsg. von G. Klaus und M. Buhr, 7. Aufl., Berlin 1970, S. 285 - 287
- Engelhardt, Werner, Grundprobleme der Leistungslehre, dargestellt am Beispiel der Warenhandelsbetriebe, in: ZfbF, N.F., 18. Jg. 1966, S. 158 - 178
- Faehndrich, Henner, Das Wesen von Kostenrechnung und Kalkulation, in: BFuP, 15. Jg. 1963, S. 281 - 298
- Derselbe, Die Betriebswirtschaftslehre der Bibliotheken, in: ZfhF, N.F., 14. Jg. 1962, S. 494 - 504

- Fäßler, Klaus, und Kupsch, Peter Uwe, Beschaffungs- und Lagerwirtschaft, in: Industriebetriebslehre, hrsg. von E. Heinen, 4. Aufl., Wiesbaden 1975, S. 219 - 279
- Farny, Dieter, Grundfragen einer theoretischen Versicherungsbetriebslehre, in: Wirtschaft und Recht der Versicherung, Festschrift für P. Braeß, Karlsruhe 1969, S. 27 - 72
- Derselbe, Produktions- und kostentheoretische Probleme der Versicherungsunternehmen, in: ZfB, 34. Jg. 1964, S. 715 - 733
- Derselbe, Produktion von Dienstleistungen, in: Der Volkswirt, 21. Jg. 1967, S. 232 - 235
- Fettel, Johannes, Die Produktivität der Produktion, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift zum 85. Geburtstag von W. Rieger, hrsg. von J. Fettel und H. Linhardt, Stuttgart 1963, S. 11 - 20
- Fischer, Otfried, Bankgeschäfte, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 419 - 434
- Derselbe, Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Kapitaltheorie, in: ZfbF, N.F., 21. Jg. 1969, S. 26 - 42
- Förstner, Karl, Betriebs- und volkswirtschaftliche Produktionsfunktionen, in: ZfB, 32. Jg. 1962, S. 264 - 282
- Frese, Erich, Prognose und Anpassung, in: ZfB, 38. Jg. 1968, S. 31 - 44
- Frisch, Ragnar, Monopol - Polypol - Der Begriff der Kraft in der Wirtschaft, in: Preistheorie, hrsg. von A. E. Ott, 3. Aufl., Köln - Berlin 1968, S. 17 - 32
- Glaser, Horst, Beschaffungsplanung, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 512 - 523
- Göpl, Hermann, Die neuere Entwicklung der Produktions- und Kostentheorie, in: BFuP, 20. Jg. 1968, S. 363 - 375
- Grochla, Erwin, Betrieb, Betriebswirtschaft und Unternehmung, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 541 - 557
- Gümbel, Rudolf, Absatz, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 1 - 22
- Gutenberg, Erich, Offene Fragen der Produktions- und Kostentheorie, in: ZfhF, N.F., 8. Jg. 1956, S. 429 - 449
- Häuser, Karl, Bedürfnis, Bedarf, Gut, Nutzen, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 449 - 463
- Halfpap, Klaus, Das Wesen der betrieblichen Wertschöpfung unter güterseitigem Aspekt, in: ZfbF, N.F., 17. Jg. 1965, S. 542 - 557
- Hasenack, Wilhelm, Funktionenlehre, betriebswirtschaftliche, in: HWB, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 2091 - 2105
- Derselbe, Input-Output-Analyse, in: HWB, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 2828 - 2844
- Hax, Karl, Eine Versicherungstheorie der Unternehmung, in: ZfbF, N.F., 23. Jg. 1971, S. 480 - 484

- Heinen, Edmund, Das Kapital in der Produktions- und Kostentheorie, in: ZfB, 36. Jg. 1966, 1. Ergänzungsheft, S. 53 - 63
- Henzel, Fritz, Der Unternehmer als Disponent seiner Kosten, in: ZfB, 13. Jg. 1936, S. 139 - 167
- Derselbe, Die Funktionsteilung in der Unternehmung, in: ZfB, 9. Jg. 1932, S. 193 ff.
- Derselbe, Die Produktions- und Kostentheorie in kritischer Betrachtung, in: ZfbF, N.F., 19. Jg. 1967, S. 313 - 328
- Henzler, Reinhold, Die Ware als handelsbetrieblicher Leistungsfaktor, in: Handelsbetrieb und Marktordnung, Festschrift für C. Ruberg, Wiesbaden 1962, S. 141 - 147
- Derselbe, Versuch einer Analyse der Gesamtleistung von Handelsbetrieben, in: Beiträge zur Begriffsbildung und Methode der Betriebswirtschaftslehre, Festschrift für W. Bouffier, hrsg. von R. Bratschitsch und K. Vodrazka, Wien 1965, S. 33 - 37
- Herrmann, Walther, Produktionspolitik, in: HdSW, Bd. 8, S. 582 - 591
- Holscher, Claus, Werbebetrieb, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 2211 - 2215
- Hruschka, Erich, Die Planung im Leistungsgefüge der Betriebswirtschaft, in: BFuP, 10. Jg. 1958, S. 423 - 435
- Ihde, Gösta-Bernd, Lernprozesse in der betriebswirtschaftlichen Produktionstheorie, in: ZfB, 40. Jg. 1970, S. 451 - 468
- Derselbe, Physische Distribution, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 1617 - 1627
- Derselbe, Zur Behandlung logistischer Phänomene in der neueren Betriebswirtschaftslehre, in: BFuP, 24. Jg. 1972, S. 129 - 145
- Jacob, Herbert, Unsicherheit und Flexibilität - Zur Theorie der Planung bei Unsicherheit, in: ZfB, 44. Jg. 1974, S. 299 - 326, S. 401 - 448 und S. 505 - 526
- Derselbe, Zum Problem der Unsicherheit bei Investitionsentscheidungen, in: ZfB, 37. Jg. 1967, S. 153 - 187
- Jahr, Günther, Funktionsanalyse von Rechtsfiguren als Grundlage einer Begegnung von Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, in: ZfB, 36. Jg. 1966, S. 757 - 768
- Kaiser, H., Die Hochschulen als Produzenten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 20 1966, S. 10
- Kausalität, in: Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, hrsg. von G. Klaus und M. Buhr, 7. Aufl., Berlin 1970, S. 561 - 565
- Kern, Werner, Industriebetriebslehre, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1849 - 1858
- Kilger, Wolfgang, Der Faktor Arbeit im System der Produktionsfaktoren, in: ZfB, 31. Jg. 1961, S. 597 - 611

- Kirsch, Werner, Betriebswirtschaftliche Logistik, in: ZfB, 41. Jg. 1971, S. 221 - 234
- Kirsch, Werner, und Gabele, Eduard, Ziele in Handelsbetrieben, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 2334 - 2352
- Klatt, Sigurd, Die Eigenschaften einer Verkehrsleistung, in: ZfVW, 35. Jg. 1964, S. 125 - 138 und S. 227 - 246
- Kloock, Josef, Kurzfristige Produktionsplanungsmodelle auf der Basis von Entscheidungsfeldern mit den Alternativen Fremd- und Eigenfertigung (mit variablen Produktionstiefen), in: ZfbF, N.F., 26. Jg. 1974, S. 671 - 682
- Derselbe, Zur gegenwärtigen Diskussion der betriebswirtschaftlichen Produktionstheorie und Kostentheorie, in: ZfB, 39. Jg. 1969, Ergänzungsheft 1, S. 49 - 82
- Knoblich, Hans, Die Typologie der Waren als Kernstück einer wirtschaftswissenschaftlichen Warenlehre, in: ZfbF, N.F., 17. Jg. 1965, S. 686 - 712
- Derselbe, Warentypologie, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 2175 - 2184
- Knopik, Gisbert, Factoring in den USA und in Deutschland, in: ZfbF, N.F., 17. Jg. 1965, S. 269 - 294
- Koch, Helmut, Über eine allgemeine Theorie des Handelns, in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von E. Gutenberg, hrsg. von H. Koch, Wiesbaden 1962, S. 367 - 423
- Kolbeck, Rosemarie, Effekten, Arten der, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1223 - 1231
- Kolbinger, Josef, Leistungsidee, Geschichte der ..., in: HWB, Bd. 3, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 3777 - 3788
- Derselbe, Leistungs- und kostentheoretische Korrelationen, in: Gegenwartsfragen der Unternehmung, hrsg. von B. Bellinger, Wiesbaden 1961, S. 107 - 122
- Kortzfleisch, Gerd von, Systematik der Produktionsmethoden, in: Industriebetriebslehre in programmierter Form, Bd. 1, hrsg. von H. Jacob, Wiesbaden 1972, S. 119 - 205
- Kosiol, Erich, Kritische Analyse der Wesensmerkmale des Kostenbegriffes, in: Betriebsökonomisierung, hrsg. von E. Kosiol und F. Schlieper, Köln und Opladen 1958, S. 7 - 37
- Kossbiel, Hugo, Arbeitsteilung, betriebliche, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 254 - 262
- Krelle, Wilhelm, Ersetzung der Produktionsfunktion durch preis- und kapazitätsabhängige Produktionskoeffizienten, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1964, S. 289 ff.
- Derselbe, Unsicherheit und Risiko in der Preisbildung, in: ZfdgStW, Bd. 113 1957, S. 632 - 677
- Krümmel, Hans-Jacob, Börsen und Börsengeschäfte, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 969 - 986

- Kuhn, Alfred, Arbeit und Arbeitsleistung, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 163 - 173
- Kühnemund, Klaus, Zur Diskussion des Kausalitätsprinzips im Rechnungswesen, in: BFuP, 22. Jg. 1970, S. 237 - 243
- Kulhavy, Ernest, Dienstleistung, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 455 - 459
- Langen, Heinz, Betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte des "LEASING", in: BFuP, 17. Jg. 1965, S. 626 - 645
- Leffson, Ulrich, Leasing beweglicher Anlagegüter, in: ZfhF, N.F., 16. Jg. 1964, S. 396 - 413
- Leitherer, Eugen, Die typologische Methode in der Betriebswirtschaftslehre, in: ZfbF, N.F., 17. Jg. 1965, S. 650 - 662
- Linhardt, Hanns, Versuch einer Systematik der Dienstleistungsunternehmen, in: Betriebswirtschaftliche Umschau, 39. Jg. 1969, S. 369 - 376
- Littmann, Konrad, Lotterie- und Glücksspielbesteuerung, in: HdSW, Bd. 7, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1961, S. 46 - 48
- Loitsberger, Erich, Faktor oder Prozeß als Grundbegriff der Betriebswirtschaftslehre, in: Beiträge zur Begriffsbildung und Methode der Betriebswirtschaftslehre, Festschrift für W. Bouffier, hrsg. von R. Bratschitsch und K. Vodrazka, Wien 1965, S. 112 - 134
- Lücke, Wolfgang, Probleme der quantitativen Kapazität in der industriellen Erzeugung, in: ZfB, 35. Jg. 1965, S. 354 - 369
- Männel, Wolfgang, Eigenfertigung und Fremdbezug, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1231 - 1237
- Marré, Heribert, Handelsfunktionen, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 709 - 720
- Mayer, Hans, Gut, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, hrsg. von L. Elster, A. Weber, F. Wieser, 4. Aufl., Bd. 4, Jena 1927, S. 1272 - 1280
- Mellerowicz, Konrad, Leistung, in: HWB, Bd. 3, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 3774 - 3776
- Menrad, Siegfried, Kosten und Leistung, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 2280 - 2290
- Derselbe, Kosten und Leistung, in: HWR, Stuttgart 1970, Sp. 870 - 879
- Meyer, Arnold, Bedeutung und Besonderheiten der Dienstleistungsbetriebe, in: Industrielle Organisation, 37. Jg. 1968, S. 116 - 122
- Meyer, Paul W., Ertrags- und Funktionsanalyse als Mittel betriebswirtschaftlicher Kontrolle, in: ZfbF, N.F., 17. Jg. 1965, S. 245 - 254
- Derselbe, Marktmodell, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 1387 - 1395

- Morgenstern, Oskar, Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 6 1935, S. 337 - 357
- Müller, J. Heinz, Produktionstheorie, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, hrsg. von W. Ehrlicher, I. Esenwein-Rothe, H. Jürgensen und K. Rose, 4. Aufl., Göttingen 1973, S. 57 - 106
- Neckermann-Katalog, Frühling/Sommer 1975
- Nicklisch, Heinrich, Leistung, in: HWB, Bd. 3, 1. Aufl., Stuttgart 1927, Sp. 1155 ff.
- Nowak, Paul, Bestimmung der Betriebsindividualität mit Hilfe von Betriebsgliederungen, in: ZfhF, N.F., 6. Jg. 1954, S. 484 - 499
- Derselbe, Leistungsverrechnung, innerbetriebliche, in: HWB, Bd. 3, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 3788 - 3794
- Nürck, Robert, Produktionskosten und Produktionsgeschwindigkeit, in: ZfB, 32. Jg. 1962, S. 217 - 224
- Derselbe, Wirtschaftlicher Faktoreinsatz und Energieumwandlung, in: ZfhF, N.F., 13. Jg. 1961, S. 286 - 300
- Oberparleiter, Karl, Betriebswirtschaftliche Leistungsgewähr, in: BFuP, 5. Jg. 1953, S. 321 - 331
- Pfeiffer, Werner, Überlegungen zu einer allgemeinen Theorie der technischen Entwicklung, in: ZfB, 37. Jg. 1967, S. 188 - 203
- Pleiß, Ulrich, Bildungsbetriebe, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 947 - 958
- Preiser, Erich, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für W. Rieger zu seinem 75. Geburtstag, Stuttgart 1953, S. 14 - 38
- Raffée, Hans, Haushalt, Wirtschaftslehre des privaten, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1791 - 1812
- Derselbe, Konsumentenverhalten, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1025 - 1044
- Riebel, Paul, Die Bereitschaftskosten in der entscheidungsorientierten Unternehmerrechnung, in: ZfbF, N.F., 22. Jg. 1970, S. 372 - 386
- Derselbe, Die Fragwürdigkeit des Verursachungsprinzips im Rechnungswesen, in: Rechnungswesen und Betriebswirtschaftspolitik, Festschrift für G. Krüger, hrsg. von M. Layer und H. Strebel, Berlin 1969, S. 49 - 64
- Derselbe, Eine betriebswirtschaftliche Theorie der Produktion, in: Finanzarchiv, 26. Bd. 1967, S. 124 - 149
- Derselbe, Typen der Markt- und Kundenproduktion in produktions- und absatztheoretischer Sicht, in: ZfbF, N.F., 17. Jg. 1965, S. 663 - 685
- Derselbe, Verkehrsbetriebe, absatzwirtschaftliche Probleme der, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 2075 - 2086

- RöBle, Karl, Funktionen, betriebswirtschaftliche, in: HWB, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 2091 - 2095
- Derselbe, Gut, in: HWB, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 2460 - 2465
- Ruffner, Armin, Produktionsfunktionen, in: HWR, Stuttgart 1970, Sp. 1442 - 1450
- Schenk, Hans-Otto, Kritische Anmerkungen zur Lehre von den Handelsfunktionen in der Binnenhandelstheorie, in: ZfbF, N.F., 18. Jg. 1966, S. 391 - 399
- Scheuch, F., und Hasenauer, R., Leistung - Dienstleistung - Dienstleistungsbetrieb, in: Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung, 15. Jg. 1969, S. 125 - 134
- Schmidt, Ralf-Bodo, Die Delegation der Unternehmerleistung, in: ZfhF, N.F., 15. Jg. 1963, S. 65 - 73
- Schneider, Dieter, Kostentheorie und verursachungsgemäße Kostenrechnung, in: ZfhF, N.F., 13. Jg. 1961, S. 677 - 706
- Schubert, Werner, und Hohenbild, Rolf, Kostenverursachung, Prinzipien der, in: HWB, Bd. 2, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 2360 - 2368
- Schwantag, Karl, Eigenkapital als Risikoträger, in: ZfhF, N.F., 15. Jg. 1963, S. 218 - 231
- Derselbe, Investition und Finanzierung - Produktion und Absatz. Zum Zusammenhang von Wirtschaftlichkeitsrechnung und Kostenrechnung, in: ZfB, 37. Jg. 1967, S. 1 - 28
- Schweitzer, Marcell, Zur Verbindung von Produktions- und Organisationstheorie, in: Zeitschrift für Organisation, 38. Jg. 1969, S. 24 - 29
- Schweitzer, Marcell, und Hettich, Günter Otto, Absatzorganisation, betriebliche, in: HWA, Stuttgart 1974, Sp. 61 - 70
- Selchert, Friedrich W., Der "Absatz" im Wirtschaftsprüfungsbetrieb, in: Die Unternehmung, 25. Jg. 1971, S. 1 - 15
- Derselbe, Der Absatz in kostentheoretischer Sicht - ein Beitrag zur Kombination der absatzpolitischen Instrumente, in: ZfB, 41. Jg. 1971, S. 235 - 256
- Specht, Karl Gustav, Lotterie, in: HdSW, Bd. 7, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1961, S. 45 - 46
- Speidel, Gerhard, Forstbetriebe und Forstliche Betriebslehre, in: HWB, Bd. 1, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 1558 - 1571
- Stackelberg, Heinrich von, Elemente einer dynamischen Theorie des Kapitals (ein Versuch), in: Archiv für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung, Bd. 7 1941, S. 8 - 29
- Derselbe, Stundenleistung und Tagesleistung, in: Archiv für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung, Bd. 7 1941, S. 34 - 40

- Stegmüller, Wolfgang, Das Problem der Kausalität, in: Probleme der Wissenschaftstheorie, Festschrift für V. Kraft, hrsg. von E. Topitsch, Wien 1960, S. 171 - 190
- Stein, Otto, Bedarf und Bedürfnis, in: HdSW, Bd. 1, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1956, S. 707 - 718
- Stützel, Wolfgang, Entscheidungstheoretische Elementarkategorien als Grundlage einer Begegnung von Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft, in: ZfB, 36. Jg. 1966, S. 769 - 789
- Thoms, Walter, Beharbergungsbetriebe, in: HWB, Bd. 1, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 567 - 568
- Vodrazka, Karl, Zum Funktionsbegriff in der Betriebswirtschaftslehre, in: Beiträge zur Begriffsbildung und Methode der Betriebswirtschaftslehre, Festschrift für W. Bouffier, hrsg. von R. Bratschitsch und K. Vodrazka, Wien 1965, S. 215 - 234
- Walterspiel, Georg, Gemeinsame Besonderheiten Investitionsintensiver und Kundenpräsenz-bedingter Dienstleistungsbetriebe, in: ZfbF, N.F., 18. Jg. 1966, S. 12 - 27
- Weber, Wilhelm, Gut, in: HdSW, 4. Bd., Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1965, S. 735 - 741
- Weber, Wilhelm, und Straissler, Erich, Nutzen, in: HdSW, 8. Bd., Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1964, S. 1 - 19
- Wedell, Harald, Das Geldkapital als systemabhängiger betriebswirtschaftlicher Produktionsfaktor, in: BFuP, 21. Jg. 1969, S. 207 - 226
- Wild, Jürgen, Input-, Output- und Prozeßanalyse von Informationssystemen, in: ZfbF, N.F., 22. Jg. 1970, S. 50 - 72
- Willeke, Franz-Ulrich, Leistungswettbewerb und Leistungsprinzip, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift zum 85. Geburtstag von W. Rieger, hrsg. von J. Fettel und H. Linhardt, Stuttgart 1963, S. 158 - 174
- Witte, Eberhard, Zum Begriff der bankbetrieblichen Kreditleistung, in: BFuP, 9. Jg. 1957, S. 268 - 280
- Wittmann, Waldemar, Über Faktoreigenschaften und Bedingungen beim Ertragsgesetz, in: ZfdgStW, 118. Jg. 1962, S. 385 - 407

L e b e n s l a u f

Am 31. Mai 1945 wurde ich als drittes Kind des Bahnwärters Willy Beuck und seiner Ehefrau Anneliese, geb. Wittorf, in Bokhorst (Holstein) geboren.

Von 1951 bis 1960 besuchte ich die Volksschule in Busdorf/Bokhorst und in Wankendorf. Es folgte der Besuch der Zweijährigen Handelsschule in Neumünster, welchen ich mit der Erlangung der mittleren Reife beendete. Nach bestandener Aufnahmeprüfung trat ich 1962 in die Wirtschaftsoberschule Kiel ein, an der ich 1965 die Abschlußprüfung ablegte.

Im Jahre 1965 begann ich das Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, an der ich im Anschluß an das Sommersemester 1970 die Diplomprüfung für Kaufleute bestand. Mein Studium setzte ich 1972 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz fort. Seit dem 1. November 1970 bin ich als Verwalter einer Assistentenstelle am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre von Prof. Dr. H. Diederich an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz tätig.

Die mündliche Doktorprüfung bestand ich am 21. Dezember 1976.

Mainz, im Januar 1977

Heinz Beuck

Dissertationsdruck
GmbH & Co. KG.

M. SCHADEL

86 Bamberg · Hohe-Kreuz-Str. 9b · Tel. 0951/ 5 44 14